

Ich kann nicht Schweigen

VON * *

13.—15.
Tausend

bekanntem Autor sowie über dessen frühere politische Tätigkeit anzustellen. Aus meinen diesbezüglichen Erhebungen ergibt sich: **Europa**
dass der Verfasser seit Ende des Weltkrieges bis Mitte 1935 in Deutschland führend in politischen Kampf an der äußersten Rechten stand und deshalb während der Zeit der Weimarer Republik von den Linksparteien aufs schärfste angegriffen wurde; **Nationalsozialist**
dass sich seine politische Tätigkeit in enger Verbindung mit Reichswehrkreisen vollzog; **sozialist**
dass er jenseits und bis in die jüngste Vergangenheit Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters“ (Zentralorgan der NSDAP) wie der gesamten nationalsozialistischen Presse war.

EUROPA VERLAG ZÜRICH

KONRAD HEIDEN

Hitler

Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit

Eine Biographie

Kart. Fr. 6. — Leinen Fr. 8. —

DIE PRESSE URTEILT:

„Wer ist der Schriftsteller, der es wagen konnte, zu versuchen, eine politisch so umstrittene Gestalt zu zeichnen, zu deuten, zu erklären? Die Verantwortung für ein solches Beginnen ist zweifellos gross, aber Konrad Heiden ist wahrscheinlich einer der Menschen und Schriftsteller, die am ehesten dazu berufen sind.“

Neue Zürcher Zeitung

„Für manchen Gegner mag die Objektivität sogar zu weit getrieben sein, aber gerade die Ruhe des Urteils erhöht wiederum den Wert des Buches. Der merkwürdigste Mensch des 20. Jahrhunderts hat den Biographen, den er verdient, gefunden.“

„National-Zeitung“, Basel

... Vielleicht zum erstenmal wird etwas von Hitlers Charakter, abseits von der Legende, enthüllt.

Morning Post, London

„Der von Heiden sehr ausführlich und mit zahlreichen, bisher unbekanntem Einzelheiten geschilderte Aufstieg Hitlers ...

Der Christliche Ständestaat, Wien

„Auf Schritt und Tritt bemerkt man, dass Heiden bis in die Einzelheiten objektiv bleiben wollte.“

Prager Presse

Soeben in englischer Sprache erschienen.

Noch in diesem Jahre erscheinen die amerikanischen, französischen, holländischen, schwedischen und tschechischen Ausgaben.

EUROPA - VERLAG ZÜRICH

Zum ersten Male tritt ein Mann aus der Kampffront Hitlers an die Öffentlichkeit und bekennt: Ich kann nicht länger schweigen! Wie Zola seine Anklage im Dreyfus-Skandal, der Frankreich im tiefsten erschütterte, in die Welt schleuderte, so klagt der Autor dieses Buches die jetzigen Machthaber Deutschlands an, um — wie der grosse Franzose — dem Recht und der Freiheit zum Siege zu verhelfen.

Nach schweren inneren Kämpfen hat sich der Verfasser zur Erkenntnis durchgerungen, dass das deutsche Volk in ein Abenteuer geführt wird, das mit einer furchtbaren Katastrophe enden muss. Durch seine politische Betätigung an führender Stelle verfügt er begreiflicherweise über Kenntnisse interner Vorgänge, die sich hinter den Kulissen des Dritten Reiches abspielten, von denen er die wichtigsten im vorliegenden Buche mitteilt. Die Geheimnisse des Reichstagsbrandes und des Mاسakers vom 30. Juni 1934 werden hier von einem Manne geschildert, der durch seine dienstliche Stellung zum Mitwisser der Hintergründe jener Ereignisse wurde. Bedeutsam ist auch, was der Autor über die Stimmung in der Reichswehr und über die Pläne ihrer Führer berichtet.

Im ganzen: Ein wichtiges politisches Dokument unserer bewegten Zeit, das unzweifelhaft grossen historischen und menschlichen Wert besitzt.

EUROPA-VERLAG ZÜRICH

KONRAD HEIDEN

Adolf Hitler

Das erste Buch, in dem in völliger Unbefangenheit der „unbekannte Adolf Hitler“ ins nüchterne Tageslicht gerückt wird. Das absichtliche Dunkel um die wohl umstrittenste Persönlichkeit des Erdballs wird restlos gelichtet. Hitler, als Sinnbild und Verwirklicher des Zeitalters der Verantwortungslosigkeit wird aller Mystik entkleidet, die Geheimgeschichte der NSDAP, ihre wahren Gründer, Hintermänner und Geldgeber erscheinen im hellen Lichte einer wahrheitsernsten Geschichtsschreibung.

Vor allem aber schildert der Verfasser das persönliche Leben Adolf Hitlers. Die schonungslose biographische und psychologische Durchleuchtung seiner Gestalt allein gibt den Schlüssel für seine politischen Ziele, seine Ideen und damit erst das entscheidende Verständnis für das, was für die Welt auf dem Spiele steht.

EUROPA-VERLAG ZÜRICH

ICH KANN NICHT SCHWEIGEN

VON **

MIT EINEM GUTACHTEN VON
a. STAATSANWALT DR. E. ZÜRCHER
UND EINEM VORWORT DES VERLAGES

EUROPA-VERLAG ZÜRICH 1936

13.-15. Tausend

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten
Copyright 1936 by Europa-Verlag A. G. Zürich
Printed in Switzerland

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Der Verleger hat mich beauftragt, Nachforschungen über die Person des mir persönlich bekannten Autors sowie über dessen frühere politische Tätigkeit anzustellen. Aus meinen diesbezüglichen Erhebungen ergibt sich:

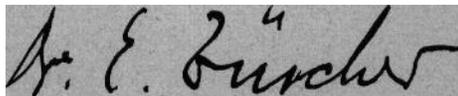
1. dass der Verfasser seit Ende des Weltkrieges bis Mitte 1935 in Deutschland führend im politischen Kampf an der äussersten Rechten stand und deshalb während der Zeit der Weimarer Republik von den Linksparteien aufs Schärfste angefeindet wurde;

2. dass sich seine politische Tätigkeit in engster Verbindung mit Reichswehr-Kreisen vollzog;

3. dass er jahrelang und bis in die jüngste Vergangenheit Mitarbeiter des «Völkischen Beobachters» (Zentralorgan der NSDAP) wie der gesamten nationalsozialistischen Presse war.

Zürich, den 30. März 1936.

Rechtsanwalt

A black and white photograph of a handwritten signature in cursive script. The signature reads "Dr. E. Zürcher". The ink is dark and the background is light.

a. Staatsanwalt

Vorwort des Verlages

Vor kurzer Zeit bat uns der Verfasser des vorliegenden Buches, ihm die Möglichkeit zu geben, Irrtümer rechtsradikaler Politik zu bekennen und Anklage gegen den Nationalsozialismus zu erheben.

Dieser Mann, der nach wie vor national fühlt und denkt, hat – aus seiner Kenntnis der führenden Persönlichkeiten in Deutschland schöpfend – mit dem Dritten Reich voll und ganz gebrochen.

Wir haben zunächst gezögert, ein solches Buch, dessen Inhalt wir nicht in allen Teilen vertreten können, herauszugeben. Dennoch entschlossen wir uns dazu, weil wir glauben, auch einer solchen Stimme Gehör verschaffen zu müssen, umsomehr, als dieser Anklage besonderes Gewicht beizulegen ist. Kommt sie doch von einem Manne, der mehr als zehn Jahre lang mit allen Kräften auf den Sturz der Republik hinarbeitete und dem Nationalsozialismus mit zum Siege verhalf, und der bis vor wenigen Monaten als führendes Parteimitglied tätig war.

Wir erblicken in dem innern Zusammenbruch des Verfassers, in seinem Ringen um Wahrheit und Gerechtigkeit das Symptom und den Beginn eines historisch bedeutsamen Prozesses im deutschen Bürgertum, der Europa vielleicht vor einem furchtbaren Vernichtungskampf zu bewahren vermag. Diese Abkehr einflussreicher Kreise vom Nationalsozialismus,

deren Sprachrohr unser Autor ist, zu vertiefen, ist eines der Ziele dieses Buches.

Wir erklären, dass der Verfasser freiwillig zu uns gekommen ist, unter keinem Druck gehandelt hat, und dass wir uns einwandfrei über seine Personalien unterrichtet und uns von seiner Identität überzeugt haben.

Zürich, am 1. Mai 1936.

EUROPA-VERLAG

I

Einleitung

Breche ich meinem Volk die Treue?

Dieser Gedanke quälte mich in den vergangenen Monaten unaufhörlich, als in mir der Entschluss zu jener Tat reifte, die ich nun heute ausführe. Welch seelische Pein mir jedes einzelne Wort bereitete, das ich in diesem Buche niederschrieb, vermag ich nicht auszusprechen. Zu furchtbar ist das Gefühl des Schmerzes über das Geschehene. Wenn ich trotz alledem die Kraft hierzu aufbrachte, so gab mir diese allein die Überzeugung, dass ich meinem Volk und Vaterland einen Dienst erweise und im Sinne von Millionen deutscher Volksgenossen handle, die von einem brutalen Regime gequält werden. Meinem Volke die Treue zu brechen, wäre ich niemals imstande – wohl aber entschloss ich mich, dieses gegenüber Männern zu tun, mit denen ich jahrelang in einer Front gekämpft habe, die sich aber unwürdig erwiesen, dass man ihnen noch weiter Treue hielt und Gefolgschaft leistete. Ebenso hart und unerbittlich, wie ich einst im Kampfe gegen das Linksregime gefochten habe, so hart werde ich auch jetzt gegen Männer meiner eigenen Front aufzutreten und Abrechnung halten.

Es ist das erste Mal, dass ein Mann, der an der Seite Hitlers gekämpft hat, aufsteht und ihm vor aller Welt Kampf ansagt und dem Hitler-Regime allerschwerste Anklagen ins Gesicht schleudert. Es ist mir leider versagt, dieses Buch mit meinem Namen erscheinen zu lassen – aus berechtigter Sorge um das Schicksal meiner Angehörigen in Deutschland, die furchtbaren Repressalien ausgesetzt würden – die Methoden der Gestapo in dieser Hinsicht sind ja weltbekannt geworden. Ich habe aber einen Ausweg gefunden, um meinen Anklagen den gleichen Wert und dieselbe Stosskraft zu verleihen, als ob mein Name dahinter stünde.

Ich stelle mich freiwillig dem Volksgerichtshof!

Ich habe mein ehrenwörtliches Versprechen in Gegenwart von Herrn alt Staatsanwalt Rechtsanwalt Dr. Zürcher (Zürich) abgegeben und dieses auch schriftlich niedergelegt, dass ich bereit bin, mich dem deutschen Volksgerichtshof freiwillig zur Aburteilung zu stellen, und zwar dann, wenn es Herrn Göring gelingt, die von mir geforderten Dokumente über den angeblich geplanten KPD-«Aufstand» 1933 und über den angeblich geplanten SA-«Putsch» vom 30. Juni 1934 im Original vorzulegen.

Die Prüfung der Echtheit dieser Originale wird von einem Gremium von mir zu bestimmender Sachverständiger vorgenommen werden, die sich aus einem Vertreter des Reichsgerichts, der Reichswehr und der Schutzpolizei zusammensetzen werden. In demselben Augenblick, in dem sich meine Vertrauensleute von dem Vorhandensein genannter Dokumente überzeugt haben, tritt die von mir schriftlich niedergelegte Anordnung in Kraft, derzufolge ich unverzüglich zu verhaften bin und derzufolge einem Auslieferungsbegehren stattzugeben ist. Ich verlange kein freies Geleit. Ich bin mir der Tragweite meiner Erklärung vollkommen bewusst und weiss auch, dass die Strafe des Volksgerichtes in diesem Falle auf Tod lauten würde. Ich hätte diese Strafe aber auch verdient, wenn ich so schwere Beschuldigungen zu Unrecht ausgesprochen hätte, wie ich es in in diesem Buche getan habe. Denn dann wäre meine Handlung in der Tat gemeinster Volksverrat. «Ich biete Ihnen meinen Kopf an, aber bevor Sie ihn mir abschlagen dürfen, müssen Sie die Dokumente im Original vorlegen», so rufe ich Herrn Göring in meinem offenen Briefe zu. (Wortlaut siehe Seite 15.) Mehr vermag ich nicht anzubieten, und ich kann mir nicht recht vorstellen, dass sich Minister Göring eine solche, noch nie dagewesene Gelegenheit entgehen lässt. Kann er sich doch hierbei für alle Zeiten von jenen schweren Vorwürfen befreien, die in Unzahl aus aller Welt gegen ihn erhoben worden sind.

Ich höre schon jetzt Herrn Göring, wie er jene Entscheidung des Reichsgerichts zitiert, wonach niemandem erlaubt ist, sich über gesetzwidrige Zustände in Deutschland beschwerdeführend an das Ausland zu wenden. Die Treuepflicht habe als oberstes Gesetz zu gelten, ebenso wie das Wohl des Staates und des Volkes. Ich aber erwidere: Gereicht es wirklich zum Wohle meines Volkes, wenn ich die Treuepflicht in reichsgerichtlichem Sinne bewahre und weiter schweige? Nein, niemals. Gerade die Treue gegenüber meinem Volke stelle ich unter einen besonders starken Beweis, wenn ich diese Handlung ausführe, die von mir ein unmenschliches Opfer fordert. Das Wohl des Volkes verlangt es, dass einer aufsteht und es laut jenen Männern ins Gesicht schreit: Die Geduld des Volkes ist zu Ende! Ich wende mich ja nicht beschwerdeführend an das Ausland, sondern rufe vom Ausland nach Deutschland Wahrheiten hinein, die der überwiegende Teil des Volkes noch nicht weiss und bisher nicht erfahren konnte, da niemand sprechen darf. Das Volk hat durchaus das richtige Gefühl, wenn es befürchtet, dass man ihm auch ein drittes Mal mitteilen könnte, es sei notwendig gewesen, «um ein Chaos abzuwenden», zu morden und dass das Morden «rechtens» wäre! Wer bürgt dafür, dass ein solcher Plan nicht schon wieder in den Köpfen der Herren Hitler und Göring spukt, damit sie sich ein drittes Mal als «Retter des Volkes» feiern lassen können? Deshalb will dieses Buch in erster Linie eine Warnung sein an die Adresse jener Männer, die deutlich wissen sollen, dass ihre betrügerischen und verbrecherischen Methoden erkannt sind und dass sie sich hüten mögen, sie zu wiederholen. Diese Männer sollen aber auch wissen, dass das Volk zum überwiegenden Teile ihre Gewaltherrschaft satt hat und den Augenblick mit heissem Herzen ersehnt, wo sie abtreten.

Verteidige ich die Marxisten?

Meine politische Vergangenheit beweist, dass ich völlig unverdächtig bin, Verteidiger der kommunistischen oder

sozialdemokratischen Partei zu sein. Allerdings einer Handlung mache ich mich gerne verdächtig: gerecht auch gegenüber meinem schärfsten Gegner von ehemals zu sein und auch in diesem Falle so zu handeln, wie ich es in jahrelangem Kampfe stets getan habe: ritterlich! Wenn ich heute als erster aus dem Rechtslager aufstehe und meine früheren Gegner gegen den von Hitler ständig erhobenen Vorwurf verteidige, dass sie alle «Narren und Verbrecher» gewesen seien, dann geschieht dies nicht, um irgendwie Gunst im linken Lager zu erwerben oder gar um irgendwelcher materieller Vorteile wegen, vielleicht mit dem Gedanken, jene Männer, die ich verteidige, könnten wieder einmal ans Ruder kommen. – Nein nur ein Gedanke bewegt mich: eine Ehrenpflicht zu erfüllen.

Als preussischer Soldat wurde einem vom ersten Tage seines Dienstes an ein Wort eingehämmert: Ritterlichkeit. Und jedem preussischen Soldaten war es eine Selbstverständlichkeit, dass er auf seinen Gegner, wenn er kampfunfähig ist und am Boden liegt, nicht nachzustossen habe, und jeder preussische Soldat wusste, dass der gefangene Gegner niemals angerührt oder beschimpft werden darf. Und jedermann wusste auch, dass man diesen Gegner, und wenn er auch noch vor wenigen Sekunden sein Gewehr im Anschlag gegen einen gehabt hat, unbedingt zu achten habe. Dieser Begriff Ritterlichkeit ist aber seit dem Tage, da Hitler die Macht ergriff, verloren gegangen, und mit Recht zweifeln jene Volksgenossen, denen so harte Wunden geschlagen wurden, daran, dass es das Gefühl für Ritterlichkeit in Deutschland überhaupt noch gibt. Und auch der Begriff «Achtung vor dem politischen Gegner» ist verloren gegangen, und so kam es, dass jeder einzelne Gegner, der dabei ertappt wurde, seine Gesinnung nicht schnell genug gewechselt zu haben, ins Zuchthaus flog und wie ein Verbrecher behandelt wurde.

Kein einziger deutscher Volksgenosse ist nach der Novemberrevolution 1918 über die Grenze gegangen, weil er sich fürchten musste, in irgendeinem Konzentrationslager zu Tode gemartert zu werden. Es gab keine Emigration mit

ihrem furchtbaren Leid, eben weil es keinen Volksgenossen gab, der sich vor solchen Dingen zu fürchten hatte – wie unsere Gegner in den blutigen Monaten der Machtergreifung 1933. Über dieses Thema gibt es keine Polemik. Es sind Tatsachen, die, zum erstenmal allerdings, von einem Anhänger der Rechten schwarz auf weiss niedergelegt werden. Es wäre feige, sich vor dem Aussprechen solcher Dinge, die nun einmal unabänderlich sind, zu scheuen. Jeder einzelne Leser soll das Gefühl haben, dass hier der Mut zu klarem Bekenntnis da ist.

Verdient Hitler Schonung?

Es geht nicht an, die Person Adolf Hitlers aus dem Grunde zu schonen, nur weil er zur Zeit die Würde des Reichspräsidenten innehat. Ich möchte vielmehr sagen: Gerade weil er diesen Posten bekleidet, darf er nicht geschont werden. Die Vorwürfe, die im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand auch gegen Hitler erhoben werden, sind so schwer, dass jene englische Zeitung im März 1933 durchaus recht hatte, wenn sie erklärte, diese Vorwürfe seien die schwersten, die jemals einem Regierungsoberhaupt entgegengeschleudert worden sind. Hitler mag geglaubt haben, dass zur Erreichung eines Zieles jedes Mittel recht ist und mag gedacht haben, dass ihm niemals ein Vorwurf aus jenen Vorgängen gemacht werden kann. Was er getan hat, war aber nicht für das deutsche Volk, sondern in erster Linie für seine Partei zum Wohle und brachte grösste materielle Vorteile mit sich. Die angebliche «Rettung des deutschen Volkes vor dem Chaos» im Februar 1933 hat das deutsche Volk so unendlich viel Leid gekostet, dass heute niemand mehr ein Gefühl des Dankes hierfür aufzubringen vermag. Man komme nicht mit dem Einwand und sage: Hitler hat aber doch so unendlich viel Gutes getan, was alles andere überschattet. Es ist nicht wahr. Das grosse Leid überschattet am Ende doch alles. Die Wiedergutmachung dieses Leides kann aber nicht von den Männern erfolgen, die es zufügten.

Alle Zweifler werden in den Monaten nach Erscheinen des Buches merken, dass alle meine Anklagen zu Recht erhoben worden sind; denn man wird niemals den Tag erleben, wo der von mir geforderte Wahrheitsbeweis von der deutschen Regierung erbracht werden kann. Im In- sowie im Auslande hört man immer wieder die Entschuldigung: Hitler weiss davon nichts. Man kann ihn dafür nicht verantwortlich machen. Das ist eine Legende, mit der in meinem Buche erbarmungslos aufgeräumt wird. Hitler weiss alles, und für jedes Geschehnis ist er daher mitverantwortlich. Es ist allerdings ein furchtbares Ereignis in der Geschichte eines Volkes, wenn ihm eine solch schwere Enttäuschung bereitet wird, wie in diesem Falle, wo das Volk plötzlich erfährt, dass dieser Mann, den es vergöttert hat, zu niedrigsten und verwerflichsten Mitteln griff, um sein Ziel zu erzwingen: die Alleinherrschaft seiner Partei!

Den kommenden Männern steht die gewaltige Aufgabe bevor, durch die Tat vom ersten Augenblick an zu beweisen, dass niemals sich ähnliche Ereignisse wiederholen. Es wird eine schwere Arbeit sein, das Vertrauen des Volkes, das man so schmäzlich getäuscht hat, wieder zu erringen und es wird viel Mühe kosten, dem seelisch todwunden deutschen Volke zur Gesundung zu verhelfen. Diese Aufgabe zu bezwingen, werden aber nur Männer vermögen, denen keine einzige jener Untaten zuzutrauen ist, wie sie ein Herr Göring gewagt hat. Oftmals hört man sagen, man dürfe dem Volke den Glauben an den Führer nicht nehmen, denn dann breche im Volke alles zusammen. Wer so spricht, weiss nicht, wie schwere Gefahr im Verzug ist, wenn man das Volk noch weiter belügt. Es ist wahr, dass in vielen Deutschen ein hoher Glaube zusammenbricht, der sie aufrecht und schaffensfreudig hielt. Von jenen muss man aber verlangen, dass sie auch soviel Kraft haben, die volle Wahrheit zu ertragen und zu erkennen, dass hier erbarmungslos medergerissen werden musste im Interesse des gesamten deutschen Volkes!

II

Offener Brief an Göring!

Herr Ministerpräsident!

Am 24. Februar 1933 liessen Sie das Karl Liebknecht-Haus durchsuchen und teilten am 25. und 26. amtlich mit, dass Ihnen «aufsehenerregende Funde über geplante Terrorakte der KPD» in die Hände gefallen seien. Die Polizei befinde sich bei der Sichtung des Materials, und die Dokumente würden «schnellstens der Öffentlichkeit übergeben» werden. Wenige Stunden nach dem Reichstagsbrand veröffentlichten Sie folgende amtliche Mitteilung:

«Am Montag Abend brannte der Deutsche Reichstag ... Es liegt zweifelsfrei die schwerste bisher in Deutschland erlebte Brandstiftung vor.

Diese Brandstiftung ist der bisher ungeheuerlichste Terrorakt des Bolschewismus in Deutschland. Unter den hundert Zentnern Zersetzungsmaterial, das die Polizei bei der Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses entdeckt hat, fanden sich die Anweisungen zur Durchführung des kommunistischen Terrors nach bolschewistischem Muster. Hiernach sollen Regierungsgebäude, Museen, Schlösser und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden. Es wird ferner die Anweisung gegeben, bei Unruhen und Zusammenstössen vor den Terrorgruppen Frauen und Kinder herzuschicken, nach Möglichkeit sogar solche von Beamten der Polizei. Durch die Auffindung dieses Materials ist die planmässige Durchführung der bolschewistischen Revolution gestört worden. Trotzdem sollte der Brand des Reichstages das Fanal zum blutigen Aufruhr und zum Bürgerkrieg sein. Schon für Dienstag früh 4 Uhr waren in Berlin grosse Plünderungen angesetzt. Es steht fest, dass mit diesem heutigen Tag in ganz Deutschland die Terrorakte gegen einzelne Persönlichkeiten, gegen das Privateigentum, gegen Leib und Leben der friedlichen Bevölkerung beginnen und den allgemeinen Bürgerkrieg entfesseln sollten.

Der Kommissar des Reiches im Preussischen Ministerium des Innern, Reichsminister Göring, ist dieser ungeheuren Gefahr mit den schärfsten Massnahmen entgegengetreten. Er wird die Staatsautorität unter allen Umständen und mit allen Mitteln aufrechterhalten. Es konnte festgestellt werden, dass der erste Angriff der verbrecherischen Kräfte zunächst abgesehen worden ist.»

Der Wortlaut Ihrer Mitteilungen, Herr Minister, liess keinen Zweifel darüber, dass Sie Dokumente aufgefunden hatten, die auf eine akute Gefahr hinwiesen. Sie betonten ja auch ausdrücklich, dass «nur durch die Auffindung dieser Dokumente furchtbarster Bürgerkrieg verhindert worden» wäre. Am Tage nach dem Reichstagsbrand trugen Sie in der Kabinettsitzung, die vor- und nachmittags tagte, dem Kabinett über die «abgewandte Gefahr» die gleichen Mitteilungen vor. Hierbei versprachen Sie die schnellste Vorlegung der Dokumente und legten dem Kabinett den Entwurf einer Notverordnung vor, deren Erlass Sie mit dem Auffinden dieser Dokumente begründeten. Diese Notverordnung wurde um 8 Uhr abends vom Reichspräsidenten von Hindenburg unterzeichnet, nachdem auch dem Reichspräsidenten die gleichen Mitteilungen gemacht worden waren. Der Reichspräsident hegte keine Zweifel an der Wahrheit solcher amtlicher Mitteilungen; kam ihm doch als altem preussischen Beamten nicht der Gedanke, dass ein Mitglied des Kabinetts ihn, das Reichsoberhaupt, wissentlich falsch unterrichten könnte. Über die grosse Bedeutung dieser Notverordnung war man sich in Ihren Kreisen sehr wohl bewusst. Hob sie doch die gesamte Verfassung auf, und vor allem nahm sie dem deutschen Bürger, ohne Unterschied der Partei, seine bisher verfassungsmässig garantierte persönliche Freiheit. Das deutsche Volk ist sich über die Bedeutung dieses Gesetzes bis zum heutigen Tage nicht bewusst geworden und glaubt in seinem überwiegenden Teil auch jetzt noch, dass diese Notverordnung vom 28. Februar 1933 ausschliesslich gegen die Kommunisten gerichtet war, weil sie den einleitenden Titel trug: «Zur Abwendung kommunistischer Ter-

rorakte» – und im Haupttitel: «Zum Schutze von Volk und Staat». Besser hatte es allerdings geheißen:

«Zur Knebelung des gesamten deutschen Volkes»

Denn auf Grund dieses Gesetzes war in Zukunft jede Diktaturmassnahme, und sei sie noch so willkürlich, von Vorneherein «rechters». Tausende deutscher Volksgenossen wurden auf Grund dieser Notverordnung ins Konzentrationslager gesperrt, und bis zum heutigen Tage geschieht dieses stündlich – stets auf Grund desselben Gesetzes. Man müsste annehmen, dass die Unterlagen, die zu einem solch wichtigen Gesetz führten, vor Erlass dieses Gesetzes aufs Gewissenhafteste geprüft worden sind, und man muss es als selbstverständlich voraussetzen, dass jene Dokumente in vollem Umfang und in Wahrheit bestanden haben und so jederzeit wieder vorlegbar sind. Nicht nur Sie, Herr Ministerpräsident, haben in Ihren Reden im März 1933 ausdrücklich betont, dass die Dokumente im Original vorhanden sind, auf Grund derer man dieses wichtige Gesetz schuf, sondern auch der Herr Reichskanzler und Herr Göbbels haben immer wieder betont: «Wir haben die unwiderlegbaren Beweise in der Hand.»

Warum hatten Sie, Herr Minister Göring, aber nichts in der Hand, als Sie in Leipzig im Reichstagsbrandprozess auftraten? Wäre es nicht weit wirkungsvoller gewesen, anstatt gegen die kommunistischen Angeklagten in Wutausbrüchen mit Worten wie «Sie Gauner» vorzugehen, in aller Ruhe vor die Angeklagten hinzutreten und ihnen die angeblich grauen-erregenden Terrorpläne im Original vor Augen zu halten? Warum taten Sie dieses nicht, Herr Minister? Ich will es Ihnen aus bester Kenntnis der Dinge sagen: Weil Sie in Wirklichkeit kein einziges Dokument besaßen, das Ihre Behauptungen belegen konnte. Ich will Ihnen auch weiter sagen, dass kein einziges derartiges Dokument im Liebknecht-Haus gefunden worden ist, was mir von einem der Beamten bekundet wurde, der damals pro forma die Durchsuchung vorzunehmen hatte. Ich habe Ihren Oberregierungs-

rat Sommerfeld ja bei der Arbeit persönlich erleben dürfen, als er die amtlichen Berichte im Vorhinein fabrizierte, ehe der Reichstag brannte. Im Übrigen: Warum verschwand Ihr Günstling Sommerfeld so plötzlich von der Bildfläche? Diese Frage beantwortet sich von selbst. Sie haben niemals geglaubt, dass einmal irgendjemand das Nachprüfungsrecht dieses Gesetzes für sich in Anspruch nehmen und dass dann die Wahrheit an den Tag kommen würde, wo das deutsche Volk zu seinem Entsetzen erfährt, dass der Anlass zu diesem Gesetz schamlos fingiert worden ist, nur mit der einen Absicht, ein Gesetz zur Niederhaltung des deutschen Volkes erlassen zu können. Die logische Folgerung aus der Tatsache, dass alle Dokumente gefälscht oder niemals bestanden haben, ist nämlich die, dass sämtliche Massnahmen, die bisher nach diesem Gesetze erlassen wurden, furchtbarster Justizmord waren, und dieses Justizmordes, Herr Minister, in vieltausendfacher Auflage, klage ich Sie an! Der Inhalt meines Buches enthält aber eine endlose Reihe weiterer Anklagen gegen Sie, und damit Sie sehen, dass ich gewillt bin, für meine Anklage auch den Beweis anzutreten, erklärte ich ehrenwörtlich und schriftlich vor dem unterzeichneten alt Staatsanwalt Zürcher, dass ich mich freiwillig dem deutschen Volksgerichtshof stellen werde. Meine Bedingungen lauten nicht auf freies Geleit, sondern wie folgt:

Ich stelle mich freiwillig dem Volksgerichtshof im selben Augenblick, in dem Sie, Herr Minister, einem von mir noch zu bezeichnenden Kollegium von Sachverständigen die Dokumente, die den angeblich im Februar 1933 geplanten KP-Aufstand betreffen, im Original vorlegen.

In diesem Kollegium werden sich aus meinem früheren politischen Wirkungskreis ein Vertreter des Reichsgerichts, ein Vertreter der Reichswehr und ein Vertreter der Schutzpolizei befinden. Es sind dies sämtlich Männer, die über eine hervorragende Sachkenntnis verfügen, die in diesem Falle natürlich dringend notwendig ist. Ich möchte schon jetzt darauf hinweisen, dass eine nachträgliche Anfertigung von Dokumenten in diesem Falle nutzlos vertane Arbeit ist, denn

meine Sachverständigen wissen genau wie ich, was an Dokumenten im Februar 1933 bestanden hat und was nicht. Meine Sachverständigen sind unbestechlicher Natur; auch das möchte ich betonen, um die Hoffnung von Vorneherein zu zerstören, dass diese Männer sich vielleicht in ein Komplott zur Verhinderung der Aufdeckung der Wahrheit hineinnehmen lassen, wie es Männer des Reichsgerichts im Brandprozess auf Ihren Wunsch taten. Meine Forderungen, die ich im Folgenden präzisiere, sind nicht unbilliger Art, und die Erfüllung kann meines Erachtens, wenn alles wahr war, innerhalb 48 Stunden erfolgen. Denn nicht wahr, Herr Minister, es kostet Sie doch nur einen Handgriff in das Dokumentenfach unter dem Kennwort: Dokumente betr. Notverordnung 28.2.1933. Ich verlange die Vorlage der Dokumente, die beweisen, dass am 28. Februar 1933 eine akute Gefahr des Ausbruches eines KPD-Aufstandes bestanden hat. In dem amtlichen Kommentar zu dem Gesetz ist diese akute Gefahr ausdrücklich betont worden. (Also: Abfangen von Geiseln, Giftbeibringung, Ermordung des Reichspräsidenten usw.).

Ich fordere des Weiteren: Vorlage der Dokumente, wonach die Kommunisten Panzerwagen der Polizei durch gefälschte Befehle in ihre Hand bekommen wollten. Dieselbe Behauptung, nur mit dem Unterschied, dass in diesem Falle die SA-Führer Ernst und Genossen sich durch gefälschte Befehle in den Besitz von Panzerwagen setzen wollten, haben Sie am 30. Juni 1934 aufgestellt. Sind Sie bereit, dieses parallele Dokument einsehen zu lassen? Sind Sie bereit, auch das parallele Dokument für den angeblich in Berlin geplanten SA-Aufstand (30. Juni 1934) zur Einsicht vorzulegen, das beweisen soll, laut Aussage Hitlers, dass «Zehntausende ihr Leben hätten lassen müssen», wenn diese Aktion ihren Lauf genommen hätte?

Nachprüfung verboten!

Es ist nicht zuviel verlangt, was ich fordere. Es sind allerdings Dokumente von hochpolitischer Bedeutung, deren

Vorlage ich erbitte. Denn vergessen wir doch nicht hierbei, dass auf Grund dieser Dokumente eine endlose Zahl ihr Leben lassen musste, sei es durch standrechtliche Erschießungen oder Hinmordung in Konzentrationslagern. Und es sind Dokumente, auf Grund deren jenes Schreckens-Gesetz ergangen ist, das Zehntausende von Volksgenossen aus Furcht vor seiner Anwendung aus der Heimat trieb und in Not und Elend stiess. Wenn Sie auch, Herr Minister, im Februar 1933 und im Juli 1934 so eifertig betonten, dass niemand das Recht zur Nachprüfung jener Geschehnisse habe, weil sie in Gesetzesform gekleidet seien, also «von Staats wegen rechtens» seien, und wenn bei der Berliner Juristentagung im Januar 1936 erneut betont wurde, dass kein Nachprüfungsrecht bestehe für Gesetze, die den Namen des Führers tragen, so antworte ich hierauf: Und dennoch nehme ich mir dieses Recht! Und ich nehme diese Nachprüfung vor im Namen meines, von Ihnen entsetzlich gequälten Volkes, und wehe Ihnen, Herr Minister, wenn das Volk erfährt, dass alles Lüge war, was Sie zur Begründung dieses Gesetzes angeführt haben, und dass alles «von Staats wegen unrechtens» war. Bedenken Sie, das deutsche Volk, wenn es auch von Ihnen und Ihren Schergen im Augenblick gefesselt ist, es sprengt diese Fesseln eines Tages. Fast möchte ich sagen: Wehe Ihnen, Herr Minister, wenn Sie dann noch im Lande sind, wenn dieses gequälte Volk einmal selbst zur «Nachprüfung» schreitet! Als die ersten Anklagen in dieser Richtung vom Ausland her erhoben wurden (in dem bekannten «Braunbuch»), da haben Sie mit donnernder Stimme erklärt: «Ich lasse dieses Buch vernichten, wo ich es treffe». Es sei Ihnen zugestanden, dass Sie die Vernichtung mit wirklich grosser Tatkraft durchgeführt haben. Sie ist Ihnen im selben Masse gelungen, wie Ihnen die Widerlegung dieser Anklagen misslungen ist.

Herr Minister Göring! Wenn Sie in diesem Falle verhindern wollen, dass diese Anklagen nicht an das Ohr des deutschen Volkes kommen, dann, Herr Minister, müssen Sie die Kraft besitzen, den Äther zu zertrümmern; denn ich ver-

sichere Ihnen, dass diese meine Anklagen in der deutschen Muttersprache von ausländischen Sendern dem deutschen Volke zu Gehör gebracht werden. Dann bliebe Ihnen nur noch eines übrig: Sie lassen sämtliche Rundfunkapparate zerschlagen.

Bis jetzt haben Sie stets behauptet, kein einziger der Männer, die vom Ausland her Beschuldigungen erheben, finde den Mut, vor einem deutschen Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten. In diesem Falle ist aber das für Sie vielleicht Überraschende nun geschehen. Der Entschluss, sich Ihnen freiwillig zu stellen und meine Einwilligung in die Auslieferung an Deutschland liegt im Safe deponiert. Greifen Sie zu, Herr Minister! Es ist eine Gelegenheit, den Verdächtigungen gegen Ihre Person für immer ein Ende zu bereiten, wie sie vielleicht nie wiederkehrt. Und ein politischer, propagandistischer Erfolg winkt, den sich auch Herr Minister Göbbels nicht entgehen lassen dürfte. Aber bevor Sie zugreifen, lassen Sie mich einwandfrei wissen, dass Sie meine Forderungen erfüllt haben, damit meine Sachverständigen zur Überprüfung schreiten können. Die Welt wird mit Spannung Sie, Herr Minister, beobachten, was Sie auf diese Anklage tun, und die Welt wird das Urteil zu fällen wissen, das Ihnen gebührt, falls Sie ausweichen und unter irgendeinem Vorwand die Forderungen nicht erfüllen!

Ein schlechtes Gewissen

Ich frage weiter: Sie wussten doch, Herr Minister Göring, dass «Der bewaffnete Aufstand», den Sie am 1. März 1933 zitierten, im Jahre 1928 erschienen war, und Ihnen war gewiss auch bekannt, dass der Inhalt dieses Buches dem Reichsgericht schon seit vielen Jahren bekannt war. Trotzdem stellten Sie in Ihrer Rede fest, das Auffinden dieser Anweisungen zwingt den Staat, den Reichspräsidenten um die Vollmachten zu einem Notgesetz zu bitten. Als Sie vor Gericht auf Herrn Dimitroff zugehen, Herr Minister, da wussten Sie zum Beispiel auch genau, dass Herr Dimitroff niemals «her-

gelaufen war, um den Reichstag anzuzünden», sondern dass Ihr Herr SA-Kamerad Ernst hingelaufen war, dessen Ladung dem Reichsgericht von Ihnen untersagt worden war! Ihre Unbeherrschtheit war durchaus ein Zeichen schlechten Gewissens und wurde auch allerorts so verstanden. Warum erhoben Sie keine Klage gegen Moro-Giafferi, was doch selbstverständlich gewesen wäre? Warum liessen Sie gegen Torgler anschliessend kein Hochverratsverfahren eröffnen? Sie hatten doch angeblich die Beweise in der Hand, dass die KPD losschlagen wollte. Warum haben Sie solch starke Hemmungen im Fall Thälmann, während Sie bei den kleinen Proleten, die Ihnen nicht gewachsen sind, keine haben und unentwegt Köpfe rollen lassen! Sie tun dies natürlich nur darum, um nachträglich noch immer wieder zu «beweisen», wie gross die von Ihnen abgewandte Gefahr gewesen ist. Sie gehen aber noch viel weiter. Obwohl Sie schon seinerzeit überführt worden sind, dass im Liebknechtthaus keine Dokumente gewesen sind, erklärten Sie im November 1935 bei der Umgestaltung des Liebknechtthauses, hier hätte man seinerzeit alles aufgefunden, was die ungeheure Gefahr bewies. Warum zeigt man denn nicht ein einziges dieser «Dokumente» in den Revolutionsmuseen? Glauben Sie im Ernst, Herr Minister, dass man Ihnen Ihre Untaten alle vergisst, nur weil wir jetzt eine grössere Luftflotte haben? Ich wünschte, die Verbrechen, die ich von Ihren Leuten habe verüben sehen, wären nicht geschehen, ich gäbe die ganze deutsche Luftflotte dafür her! Am 30. Juni 1934 «erweiterten» Sie bekanntlich «Ihre Aufgabe» und liessen unschuldige Menschen ermorden, nur weil sie zu unbequem geworden waren. Auch im Februar 1933 hatten Sie Ihre Aufgabe erweitert, denn zu Ihrer eigentlichen Aufgabe gehörte der Schutz des deutschen Volkes im Innern, Sie aber gingen hin und liessen den Reichstag anstecken, um dann ein Massaker ohne Ende durchführen zu lassen. Herr Minister Göring! Als am 30. Juni 1934 die Zustände zu himmelschreiend geworden waren, dass auch Sie es öffentlich zugeben mussten, da kündigten Sie und der Führer mit grossen Worten an, dass

das Prinzip der Schlichtheit und Sparsamkeit

nunmehr strengstens durchgeführt werde. Galt für Sie, Herr Minister, der Sie Obergruppenführer der SA sind, die Weisung jener Proklamation nicht? Denn wenn einer dazu beigetragen hat, im Volke den Eindruck zu erwecken, dass alle Prinzipien umgestossen werden, wenn sie für den Einzelnen unbequem sind, dann sind doch Sie es gewesen. Ihr Pomp, mit dem Sie Ihre Hochzeit feierten, war eine grenzenlose Verhöhnung des Volkes, dessen Steuergelder hierzu erhalten mussten, und das noch wenige Monate vorher erfahren hatte, wie Ihre Kameraden von der SA Steuergelder verjubelt und verprasst haben.

Die Schlichtheit des Führers

Es hatte sich also gar nichts geändert. Und was nützt die mit rührender Stimme nachgerühmte «Schlichtheit des Führers», wenn derselbe Führer an diesem öffentlichen Skandal, ich meine nämlich Ihre Hochzeit, Herr Minister, teilnahm und es durchaus in Ordnung fand, wie wieder einmal geschlemmt wurde – und das alles bei dem Minister einer «Arbeiterpartei». Empfinden Sie es nicht selbst als unglaublich geschmacklos, es immer wieder auszusprechen, es sei «so rührend, dass gerade der ärmste Arbeiter so freudig hungere, weil ihn der Gedanke beseele, diesem Regime zu helfen», während Sie als Dank diesem Ärmsten die Steuerlasten fortwährend erhöhen, weil Sie viel Geld zu einem glänzenden Leben benötigen! Ihren Luxus hat bis zum heutigen Tag stets der Steuerzahler bezahlt, denn Sie haben ja niemals Vermögen gehabt, sondern so hohe Schulden, dass sie bei jedem andern Beamten ein Grund zur sofortigen Entlassung wären. Sie finden es so rührend, dass Ihnen die deutsche Arbeiterschaft zum Geburtstag eine

Freifahrt nach Madeira

schenkte. Kommt Ihnen nicht der Gedanke, dass dieses Geschenk hart an der Grenze der Verhöhnung liegt, denn ich könnte mir vorstellen, dass so manch einer wünschte, Sie machten von der Rückfahrkarte keinen Gebrauch? Ist es im Stile einer «Arbeiterpartei», einen persönlichen Luxus zu treiben, über den nicht nur das Volk empört ist, sondern über den – ich meine in erster Linie Ihre Uniformen – die ganze Welt lacht, und zwar mit einer Schärfe, die tödlich wirken muss. Aber Sie haben ja kein Gefühl dafür. Sie gehen so gern nach Potsdam, Herr Minister, wenn Sie Ihren Staatsrat abhalten. In diesem Jahre jährt sich der 150. Todestag des Alten Fritz. Sähe der Alte Fritz Ihr Treiben und erführe er, dass Ihre Staatsräte für das ein- bis zweimalige Zusammentreten im Jahr ein laufendes Einkommen von 1'000 Mark pro Monat erhalten, ich glaube, er jagte Sie allesamt aus seinem Potsdam heraus. Sie verlangen vom Volke immer wieder Opfer und kündigen sogar an, dass die Opfer noch grösser werden würden. Haben Sie sich einmal überlegt, dass die Opferwilligkeit in einem Volke eines Tages auch zu Ende geht, wenn man dieses Volk fortwährend tritt und demütigt, und es täglich in Ihrer Person, Herr Minister, sehen muss, wie die Steuergelder «angelegt» werden!? Sie berufen sich so oft auf den Geist des Alten Fritz und betonen so oft: Preussen wurde gross durch den spartanischen Geist der preussischen Könige! Mir fällt im Augenblick kein preussischer König ein, der zu einer Zeit, als ihm sein Finanzminister sagte: «Majestät, unser Volk ist verarmt wie noch nie», sich einen Palast einrichten liess, wie Sie es nach wenigen Wochen Ihrer Machtergreifung taten. Die Frage «cui bono?» (Wem nützt es?), die in Leipzig so gründlich verhandelt worden ist, wird jeder, der Ihr Leben seit drei Jahren aus nächster Nähe betrachtet hat, beantworten müssen: Ihnen, Herr Minister! Und zwar nicht nur im Hinblick auf errungene politische Gewalt und politische Machtfülle. O nein, vor allem hinsichtlich Ihres Bankkontos. Für Sie hat

sich der kleine Reichstagsbrand wirklich gelohnt, und für noch so viele andere! Sie haben im Juni 1934 geglaubt, als Sie Ihre Aufgabe dahin erweiterten, Mitwisser jenes Geheimnisses umbringen zu lassen, die Gefahr sei nun gebannt, dass eines Tages einer dieser Männer unbequem wird. Drei Hauptmitwisser, die Herren Diels, Sommerfeld und Helldorf konnten Sie gezwungenermassen nicht umlegen lassen, weshalb, erkläre ich an anderer Stelle dieses Buches. Andere Mitwisser, oder besser gesagt Leute, die viel wussten, haben Sie einsperren lassen und auf diese Weise wissen lassen, dass Sie keinen Spass verstehen. Nur ist es Ihnen doch nicht ganz gelungen, denn sonst würden Sie diesen Brief heute nicht erhalten. Es war bei Gott ein wenig zuviel, was man nach der Machtergreifung alles im Interesse der Sicherheit des Staates für sich behalten musste und was man alles decken musste, um nicht allerschwerste Gefahren für den Bestand der Parteidiktatur heraufzubeschwören.

Wie war Ihnen eigentlich zumute, als Sie im Leipziger Prozess den Finger zum Eid erhoben? Ihr Gesichtsausdruck, Sie werden es selbst zugeben müssen, zeugte nicht gerade von reinem Gewissen, so wie Ihr gesamtes Verhalten vor Gericht. Ihr Ministerkollege Göbbels, der ja noch weniger Hemmungen hat als Sie in solchen Dingen, spielte seine Rolle um ein Weniges besser. Aber ihm war die Bedeutung der erhobenen Schwurfinger offenbar

Und mit Ihnen könnten noch viele Ihrer Zeugen in einem ummauerten Hofe umhergehen, «die Reihen fest geschlossen . . .»

Was glauben Sie, Herr Minister, was ein Alter Fritz sagen würde, der hörte, dass das höchste Gericht des Volkes von Ihnen unter Terror gezwungen wurde, Ihr Verbrechen nach aussen hin zu verschleiern und die Auffindung der Wahrheit zu verhindern? Es ist vielleicht eine Ihrer schwerwiegendsten Taten, dass Sie es vermochten, den Ruf des höchsten Gerichtes Deutschlands in den Augen der Welt zu vernichten!

III

Vergeudung der Steuergelder!

Wer kennt heute die runde Summe, die ein Parteimitglied erhält, das Staatsrat und Mitglied des Reichstags ist und eine hohe Beamtenstelle bekleidet? 1'000 Mark plus 600 Mark erhält er für seinen Staatsrats- und M. d. R.-Titel, ohne einen Strich zu tun, allmonatlich ins Haus geschickt! Wäre es nicht selbstverständlich, die Diäten des Reichstages und Staatsrates abzuschaffen, wenn ein Reichstag höchstens nur zweimal jährlich «tag»? Wenn unsere Gegner so etwas gewagt hätten! Wir haben die marxistischen Krankenkassenpaläste abgebildet und geschrien: Vergeudung der Steuergroschen. Man nehme die Bilder der grössenwahnsinnigen Monumentalbauten zur Hand, die wir für Parteikongresse aufgeführt haben, und betrachte sich ihre Kosten. Wo hat jemals die SPD zur Zeit, als sie einen Teil der Macht im Staate hatte, derartige Gelder verwirtschaftet? Was hätten wir geschrien, wenn solche SPD-Parteipaläste entstanden wären! Vor der Machtübernahme predigten wir Einfachheit, um nachher ein ausgesprochenes Protzentum zu entfalten. Man wettete auch gegen die Kaiserzeit. Ich aber frage, wann hat ein königlicher Ministerpräsident jemals eine solche Hochzeit gefeiert, wie ein Minister Göring? Man müsste sich einmal die Mühe nehmen, zu errechnen, wieviel Geld für gemeinnützige Zwecke geblieben wäre, wenn der neue Staat wirklich nach dem Grundsatz spartanischer Einfachheit geführt worden wäre. Müssen unsere ausländischen Gläubiger unser Gebaren nicht mit Recht als unmoralisch bezeichnen?

«Im Dienste der Arbeitsbeschaffung!»

Wenn man heute einem führenden Mann der Partei diese Widersprüche vor Augen hält, antwortet er stets: «Im Dienste der Arbeitsbeschaffung!» .. . Mit dieser Parole werden auch alle Verschwendungen des Herrn Göring bemäntelt –

sei es der kostspielige Umbau seines Palastes oder andere Verschwendungen mehr. Dass man aber mit dem gleichen Gelde, das für Partei- und Privatpaläste vergeudet wird, Tausende von Familien aus ihren Elends Wohnungen in gesunde Siedlungsbauten bringen könnte, daran denkt ein Herr Göring natürlich nicht. Ihm geht sein Wohlleben über alles, und er findet es persönlich unglaublich rührend, wenn er am «Tage der Solidarität» mit der Sammelbüchse an dem Portal des Hotels Adlon steht, um für das arme Volk zu sammeln. Und in jeder Parteizeitung ist am Abend eines solchen Tages in grosser Überschrift zu lesen – mit entsprechendem Bild natürlich – «Der Sieg des Gedankens: Gemeinnutz geht vor Eigennutz! – Nichts für uns – alles dem Volk!» In bewegten Worten schildert dann der Reporter, wie das Volk sich gedrängt habe, «seinem General Göring» eine Spende in die Sammelbüchse zu stecken! Ein solcher Artikel wird zumeist mit der pathetischen Frage geschlossen: «Wo Irat in der Weimarer Republik jemals ein Ministerpräsident mit der Sammelbüchse für das arme Volk auf der Strasse gestanden? Das ist nationalsozialistischer Geist, den die Herren Bonzen der SPD nicht kannten .. » usw.

«Gemeinnutz geht vor Eigennutz!»

Und in Gedanken fügen die meisten Leser hinzu: In der Weimarer Republik hat aber auch kein Minister das Volk um seine Steuergroschen so schamlos bestohlen, wie Herr Göring, der doch all seinen Pomp nur mit Steuergeldern bezahlt, denn Vermögen hat Herr Göring nicht, sondern stets nur haushohe Schulden.

Wenn Herr Göring nach vollbrachter Tat mit der Sammelbüchse in sein Palais zurückfährt, dann verfliegen die Gedanken an das arme Volk gar bald und ihn beherrscht wieder nur ein Gedanke: Wie lebe ich möglichst gut und glanzvoll. Dann berät er z.B. mit seinen Kumpanen seine Geburtstagsfeier, die natürlich auch aus der Tasche des Volkes bezahlt wird. Dass das Volk an seinem prunkvoll

begangenen Geburtstage mit geballter Faust auf der Strasse steht und am liebsten alles in Scherben schlagen würde, von solchen Dingen ahnt Herr Göring nichts. Er sieht nur die Ehrenspaliere der Partei, SA und SS, die auf Befehl zu «jubeln» haben, wenn er ihre Front in grosser Uniform abschreitet. Aber auch für ihn wird es sicher einmal ein furchtbares Erwachen geben-----

IV

Wie der Plan zur Reichstagsbrandstiftung entstand

Als Minister Göbbels im Leipziger Prozess vom Vorsitzenden ersucht wurde, zu den vom «Braunbuch» erhobenen Verdächtigungen unter Eid auszusagen, stellte er u.a. wörtlich fest: «Die NSDAP hatte es nicht nötig, durch ein Verbrechen ihre Wahlaussichten zu verbessern; denn die NSDAP hatte vor dem 5. März infolge ihrer starken Übermacht und der Schnelligkeit ihres Anwachsens den Wahlerfolg schon in der Tasche! Die gesinnungsmässigen Hemmungen dieser Partei schliessen übrigens von Vorneherein derartige verbrecherische Handlungen aus, wie sie ihr von gesinnungslosen Hetzern zugeschrieben werden ...» Dieser Auffassung schloss sich in der Urteilsbegründung auch der Vorsitzende, Senatspräsident Büniger, vollinhaltlich an und folgerte hieraus, dass es sich bei dieser Tat also nur um linksradikale Elemente handeln konnte. Herr Göbbels und Büniger glaubten damals, der Weltöffentlichkeit bewiesen zu haben, dass der Verdacht, der gegen die NSDAP ausgesprochen worden war, widersinnig sei und der Plan zu der Reichstagsbrandstiftung niemals von Männern dieser Partei gefasst werden konnte.

Den wichtigsten Beweis bei der Behandlung dieses heiklen Themas hatte Herr Göbbels aber vergessen, und das war der Beweis für die Behauptung, dass der Wahlerfolg sich bereits im Februar 1933 in den Taschen der NSDAP befunden habe. Wäre Minister Göbbels hierzu vom Gericht aufgefordert worden, hätte er sich in einer peinlichen Situation befunden; denn die Erinnerung an jene ausweglose Situation im Februar 1933 war in ihm gewiss noch in frischer Erinnerung. Ich will im Folgenden dem Gedächtnis des Herrn Minister Göbbels ein wenig nachhelfen und in kurzen Zügen die po-

litische Situation aufzeigen, in der sich die NSDAP vor dem Reichstagsbrand befand.

Ausweglose Situation im Februar 1933

Es war Mitte Februar 1933, als man in der Parteileitung der NSDAP zur klaren Erkenntnis gekommen war, dass der augenblickliche Wahlkampf bei normalem Verlauf niemals zu einem entscheidenden Siege führen würde – selbst wenn man ihn noch so geschickt und brutal führte. Wohl war aus dem schwarz-weiss-roten Rechtslager Zuzug zu erwarten, da in diesen Kreisen die Betrauung des Führers der NSDAP, durch Hindenburg starken Eindruck gemacht hatte. Man war sich aber klar darüber, dass diese von rechts gewonnenen Stimmen niemals ausreichen könnten, um am 5. März einen Sieg über alle übrigen Parteien zu erringen; ebenso wie man wusste, dass der mögliche Stimmengewinn aus den Mittel- und Linksparteien niemals zu einem entscheidenden Erfolge verhelfen könnte. Die Front der Gegner sah man mit äusserster Erbitterung kämpfen, und es liess sich mühelos feststellen, dass die Kommunisten und die Sozialdemokraten alles daran setzten, um am 5. März 1933 eine möglichst imponierende Stimmenzahl als sichtbaren Protest gegen Hitler aufzuweisen. Das Zentrum hatte gleichfalls alles mobilisiert und focht teilweise mit ausgesprochenem Hass gegen das Hitlerregime, wozu es durch die Terrorisierung seiner Versammlungen und seiner Presse (durch Verbote) bewogen wurde. Kurz gesagt, die Stimmung in diesem Wahlkampf war alles andere, als dass man mit gutem Gewissen behaupten durfte: «wir hatten den Wahlerfolg schon in der Tasche». Der Einwurf, der Wahlsieg in Lippe im vorhergegangenen Monat berechtigte zu dieser Auffassung, muss als kindisch bezeichnet werden; denn das kleine Ländchen Lippe wird doch niemand ernstlich als einen zuverlässigen Gradmesser für die politische Stimmung im ganzen deutschen Volke bezeichnen wollen.

Das falsche Ehrenwort

Was die Parteiführung in jenen Februartagen aber noch besonders bedrückte, war eine Tatsache, die nur sehr wenigen in der Öffentlichkeit bekannt war.

Herr Hitler halte nämlich dem Reichspräsidenten von Hindenburg bei der Machtübertragung sein feierliches Ehrenwort geben müssen, dass an dem Reichskabinett, ungeachtet des Ausfalls der kommenden Wahlen, nicht das geringste verändert werde. Das hiess also so viel, dass selbst bei einem überragenden Wahlsieg der NSDAP Herr Hitler niemals die deutschnationalen Minister hätte herausdrängen dürfen, wenn er nicht wortbrüchig werden wollte. Die Überraschung in der SA war überaus gross, als von Stahlhelmseite Mitte Februar zum erstenmal in aller Öffentlichkeit auf dieses Ehrenwort hingewiesen und betont wurde, dass es in Gegenwart der Stahlhelmführer Seldte und Düsterberg gegeben worden sei. Der Traum, die Alleinherrschaft im Staate zu verwirklichen, kostete angesichts dieses im Wege stehenden Ehrenwortes begreiflicherweise erhebliches Kopfzerbrechen. Dazu kam noch ein besonders gewichtiges Moment: die Stimmung in der SA wurde von Tag zu Tag schlechter, weil sich die Bürgerkriegselemente in der SA, die sich seit Jahren nach der gewaltsamen Abrechnung mit dem Gegner gesehnt hatten, um dieses Revolutionserlebnis betrogen fühlten. Denn wenn auch täglich Zusammenstösse zwischen der SA und Kommunisten stattfanden, so geschah doch keine einzige Kampfhandlung der KPD, die den willkommenen Vorwand zu dem grossen «Aufräumen» hätte geben können. Das bedeutete für die SA vielleicht eine der schwersten Enttäuschungen in den Tagen nach der Machtübernahme. Warum die KPD auf den Angriff verzichtete, ja sogar nicht einmal am Tage der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler den Generalstreik versuchte, entsprang folgender nüchterner Erwägung: Die KPD war sich vollkommen klar darüber, dass sie einer Front gegenüberstand, gegen die ein bewaffneter Aufstand glatter Selbstmord gewesen wäre. Sie wusste sehr

wohl, dass in allen Kampfformationen auf der Rechtsfront äusserste Alarmbereitschaft für einen solchen Fall herrschte. Die Reichswehr, Schutzpolizei, SA, SS, Stahlhelm und die grosse Zahl von Freiwilligen, die sich beim Ausbruch eines KPD-Aufstandes sofort zur Verfügung gestellt hätten, bildeten eine militärische Kampfkraft, gegen die die Bürgerkriegsformationen der KPD selbst bei raffiniertester Aufstandstaktik nichts hätten auszurichten vermögen. Wohl wäre es möglich gewesen, im ersten Augenblick Angst und Verwirrung unter der Bevölkerung zu verbreiten, aber diesem ersten Augenblick wäre sehr bald ein Strafgericht gegen die Aufrührer von furchtbarer Härte gefolgt. Und hierbei mussten die aktiv kämpfenden Truppen der KPD fest damit rechnen, dass von der SA viele tausende ihrer Familienangehörigen niedergemetzelt werden würden. Aus dieser Erkenntnis heraus befolgte man die bekannte Kriegstaktik, über Nacht seine Front freiwillig zurückzuverlegen und den Gegner ins Leere stossen zu lassen. Die Hauptkraft konzentrierte die KPD indes offensichtlich auf die politische Arbeit der Mobilisierung der Massen für den bevorstehenden, wahrscheinlich für lange Zeit letzten Wahlkampf am 5. März 1933, wo man dem Reichskanzler Hitler ein weithin sichtbares Misstrauensvotum zu erteilen beabsichtigte. Wenn vom Reichsgericht im Leipziger Prozess immer wieder die These auf gestellt wurde, «die KPD musste damals irgendetwas tun, um ihren Anhängern zu zeigen, dass sie noch da sei», so muss hierauf entgegnet werden, dass die KPD beim letzten Wahlkampf von 81 Sitzen auf 100 Sitze gelangt war, während die NSDAP im gleichen Wahlkampf zwei Millionen Stimmen eingebüsst hatte.

«Es muss etwas geschehen!»

Diese Worte hat man allerdings in den Februartagen 1933 unaufhörlich gehört, aber nicht vom Lager der KPD, sondern in unsern Parteikreisen der NSDAP, wo man sie vom höchsten bis zum kleinsten Funktionär immer nervöser verneh-

men konnte. Hitler, Göbbels und Göring werden sich gewiss noch daran erinnern können, wie gerade sie es waren, die in den Besprechungen während des Wahlkampfes ihren Mitarbeitern gegenüber immer wieder diesem Gefühle Ausdruck gaben, und wie man mit Ungeduld darauf wartete, dass die KPD einen Vorwand zum Losschlagen gebe. Denn nach einer siegreichen Niederschlagung des Kommunismus wäre es natürlich erheblich leichter gewesen, für sich die Alleinherrschaft zu erringen und Hindenburg zu bewegen, als Dank für die vollbrachte Tat zuzustimmen. In der Führung der SA, vornehmlich in den Kreisen der SA-Führer Helldorf, Heines und Ernst war man Mitte Februar über die Ausgabe der Parole: «Es muss etwas geschehen» schon weit hinaus.

Man hatte bereits einen festen Plan. Man wollte am Tage nach der Wahl ein riesiges Aufgebot von SA in Berlin zusammenziehen und den Reichspräsidenten in unmissverständlicher Form wissen lassen, was er zu tun habe – nämlich der NSDAP die Alleinherrschaft zu übertragen. Der damalige Führer der SA-Untergruppe Ost Berlin-Brandenburg, Oberführer Ernst, sprach über diesen Plan – vor allem, wenn er ein wenig zu reichlich Alkohol genossen hatte, was er täglich tat – mit derartiger Offenheit, dass es für die Auslandspresse nicht schwer war, Meldungen hierüber «aus sicherer Quelle» zu veröffentlichen. Diese wurden auf Befehl Hitlers aufs Schärfste dementiert, und Hitler als oberster SA-Führer hat damals seinen SA-Führern jenen Gedanken an einen Putsch unter Aufgebot seiner ganzen Persönlichkeit aus dem Kopf geschlagen. Kannte Hitler doch die schwere Gefahr, die in einem solchen Putsch für sein Regime liegen musste, angesichts der Tatsache, dass die Reichswehr ihn deutlich hatte wissen lassen, was sie in einem solchen Fall zu tun gedenke. Nicht nur der Putsch wäre von der Reichswehr damals niedergeschlagen worden, sondern auch der Kanzler als oberster Führer der SA wäre zum Rücktritt gezwungen worden, und das nationalsozialistische Regime hätte sein frühzeitiges Ende gefunden. Es musste also eine andere Lösung gesucht werden, bei der man vor allen Dingen mit der Reichswehr nicht

in Konflikt kam. Am 14. Februar tauchte in den politischen Rechtskreisen zum erstenmal das Gerücht auf, dass man sich im Ministerium Görings entschlossen habe, auf dem Wege einer Gewaltlösung die politische Macht ganz an sich zu reißen, und dem Wahlkampf einen überraschenden Verlauf zu geben. Niemand ahnte damals in Deutschland, dass es sich bei diesem Gerücht um eine Aktion handelte, deren Einzelheiten man bereits in dem Göring-Ministerium sorgfältig festlegte. Niemand ahnte damals, dass im Ministerium, wo man sich von Rechts wegen mit der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu befassen hat, man sich mit einem Plan beschäftigte, der einer der grössten Schläge gegen die öffentliche Ordnung werden sollte, die Deutschland je erlebt hat.

Der Sommerfeld-Plan

In gemeinsamen Beratungen, die zwischen Göring, Göbbels und den SA-Führern Helldorf, Heines und Ernst stattgefunden hatten, war man übereingekommen, unter einem fingierten Vorwande zu einem grossangelegten Schlag gegen die kommunistische Bewegung auszuholen und hierbei gleichzeitig die Alleinherrschaft im Staate an sich zu reißen. Die Durchführung dieses Planes schien jenen Männern die einzige Möglichkeit, aus der augenblicklichen ausweglosen politischen Situation herauszukommen. Bei der Durchberatung dieses Planes spielte der persönliche Referent des Innenministers Göring, Oberregierungsrat Sommerfeld, der gleichzeitig Leiter des Amtlichen Preussischen Pressedienstes war, eine entscheidende Rolle. Göring hat Herrn Sommerfeld als Belohnung für die Abfassung einer Biographie über ihn zum Oberregierungsrat ernannt und damit zu seiner rechten Hand gemacht. Sommerfeld, der sehr federgewandt war, vermochte seinem Chef schon in kürzester Zeit den Entwurf eines solchen Planes vorzulegen, wie man bei der beabsichtigten Aktion zu verfahren habe. Hiernach war die Verübung eines weithin sichtbaren Terroraktes vorgesehen, der

der KPD zur Last gelegt werden musste. Gleichzeitig sollte man der Öffentlichkeit eine Fülle von Plänen bekanntgeben, nach denen die KPD auf jenen Terrorakt hin angeblich in ganz Deutschland ähnliche Terrorakte und den bewaffneten Aufstand geplant habe. Dieser Plan Sommerfelds fand bei Göring, Göbbels und den genannten SA-Führern starken Anklang; vor allem war man überzeugt davon, dass man im Volke an der Glaubwürdigkeit eines solchen Planes nicht zweifeln werde. Auf den verübten Terrorakt hin, den man als Signal für den allgemeinen bewaffneten Aufstand zu bezeichnen plante, konnte man mühelos und ohne Verdacht zu erregen zu jedweder Massnahme gegen seine Gegner schreiten. Zwei Vorteile winkten hierbei im Hinblick auf den bevorstehenden Wahltag: erstens die Niederknüppelung des Gegners und zweitens die Möglichkeit, vom Volke als Retter aus schwerer kommunistischer Gefahr gefeiert zu werden, was unbedingt zu einer ungeheuren Stimmenzunahme führen musste. Das wichtigste aber war die Möglichkeit, nach einer solchen «Rettung» des Volkes vor dem «Chaos», das Recht zur alleinigen Führung im Staate «legal» sich erworben zu haben.

Als Herr Göring vor dem Leipziger Prozess über den Inhalt der vom Amtlichen Preussischen Pressedienst gemachten «Enthüllungen» aussagte, trug er folgende Worte vor: «Ich habe am Abend des Reichstagsbrandes in grossen Zügen dem Leiter des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes», Oberregierungsrat Sommerfeld gesagt, wie er zu arbeiten hat, um dem Volk die Augen zu öffnen.» Hätte Herr Göring es mit seinem Eide ernst genommen, hätte er aussagen müssen: «Mitte Februar legte mir mein Oberregierungsrat Sommerfeld einen Plan vor, in welchem er in grossen Zügen entworfen hatte, wie die Reichstagsbrandstiftung und die Fälschung der dazugehörigen kommunistischen Aufstandspläne vorzunehmen ist.» In der Tat hat Herr Sommerfeld den Plan in den Tagen vor dem Reichstagsbrand bis in die kleinsten Einzelheiten fertiggestellt, ja sogar die Berichte, die er als Leiter des Amtlichen Preussischen Pressedienstes angesichts

des brennenden Reichstages der Öffentlichkeit zu übergeben beabsichtigte. Nach gründlicher Durchberatung sah der Plan am 22. Februar 1933, also fünf Tage vor dem Reichstagsbrand, ungefähr so aus:

Die Einzelheiten des Planes zur Reichstagsbrandstiftung

Der Öffentlichkeit wird drei Tage vor dem Reichstagsbrand die Mitteilung übergeben, dass bei einer gründlichen Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses der KPD aufsehenerregende Funde gemacht worden seien von Material, aus dem klar hervorgehe, dass die KPD schon in allernächster Zeit Terrorakte furchtbarster Art als Auftakt zum bewaffneten Aufstand plane. Die Veröffentlichung über diese Funde hat in der Art zu geschehen, dass jeden Tag in den amtlichen Verlautbarungen eine Steigerung der kommunistischen Gefahr bemerkbar ist. Die abschreckendsten Enthüllungen haben wenige Stunden nach dem Reichstagsbrand zu geschehen, in denen in drastischster Form der Bevölkerung vor Augen geführt wird, was die KPD an Terrorakten bereits in den nächsten Stunden nach der Brandstiftung geplant hatte. Aus dieser Verlautbarung hat klar hervorzugehen, dass dieser furchtbare Bürgerkrieg, zu dem der Brand das Signal sein sollte, nur durch die Auffindung der Dokumente im Liebknechthaus und durch die tatkräftige Haltung der nationalsozialistischen Regierung verhindert worden sei. In derselben Nacht hat die gesamte SA in den Dienst der Niederschlagung dieser aufgedeckten Verschwörung gestellt zu werden, und man hat ihr hierbei seitens der Polizei freie Hand zu lassen. Um die Glaubwürdigkeit der bestandenen kommunistischen Gefahr in den Augen des Volkes noch zu erhöhen, legte man fest, am Tage nach dem Brand eine Notverordnung zu erlassen, in der die Strafen auf die geplanten Terrorakte, so zum Beispiel Brandstiftung, Giftbeibringung in Speisen, Abfangen von Geiseln sämtlich auf Todesstrafe zu erhöhen sind. Den Hauptsinn dieser Notverordnung erblickten die Verfasser jenes Planes aber darin, in den ersten

Punkten die Aufhebung der wichtigsten Paragraphen der bestehenden Verfassung zu verfügen, so z.B. die Garantierung der persönlichen Freiheit, Postgeheimnis, Telephongeheimnis und anderes mehr, das heisst, durch diese Notverordnung einen Ausnahmezustand herbeizuführen, in dem jede Diktaturmassnahme rechtmässig ist. Man war sich bewusst, was es bedeutete, wenn unter dieser Notverordnung einmal der Name des Reichspräsidenten von Hindenburg stehen würde, dessen Person fast im ganzen Volke uneingeschränktes Vertrauen besass. Von diesem Augenblick an, so glaubte man, war jedenfalls die Gefahr beseitigt, dass im Volke Zweifel auf kommen konnten über die Echtheit und Wahrheit der von der Regierung enthüllten Aufstandspläne der Kommunisten. Göring, Göbbels, Sommerfeld und Genossen haben bei der Festlegung ihres Planes jedenfalls niemals geglaubt, dass die Sonne all das einmal an den Tag bringen wird, was hier an Fälscherarbeit geleistet worden ist.

Helldorf bringt van der Lubbe

Der Teil des Planes, der sich mit der Reichstagsbrandstiftung befasste, verursachte insofern Kopfzerbrechen, als man sich nicht klar darüber war, ob man es riskieren könnte, der Öffentlichkeit mitzuteilen, dass kein Täter gefasst worden sei, sondern dass es den Brandstiftern gelungen sei, zu entkommen. Bei dieser Methode bestand die Gefahr, dass Argwohn geschöpft wird, und so entschloss man sich zu dem Vorschlag des SA.-Gruppenführers Helldorf, des jetzigen Polizeipräsidenten von Berlin, einen Täter im Reichstagsgebäude zurückzulassen, der von der Polizei in flagranti gefasst werden sollte. Helldorf hatte für diese schwierige Rolle einen Mann an der Hand, der sich nach seiner Auffassung hierfür sehr gut eignete, erstens einmal wegen seines äusserlichen kommunistischen Aussehens, zweitens wegen seiner kommunistischen Vergangenheit und drittens, weil es ein Mann war, der nach seiner ganzen Veranlagung eine solche Rolle gern übernahm. Es war Marinus van der Lubbe, der wohl niemals dar-

an geglaubt hat, dass man ihm wirklich den Kopf abschlägt, sondern bis zur letzten Sekunde angenommen haben dürfte, dass man das gegebene Versprechen einlöst, das heisst, dafür Sorge trägt, dass er, trotz Verurteilung zum Tode, unauffällig ins Ausland geschafft wird. Als man dieses Versprechen gab, hatte man allerdings nicht daran gedacht, dass der Reichstagsbrand im Ausland einmal eine solche Aufmerksamkeit erregen und man so hartnäckig auf restloser Aufklärung bestehen würde.

Denn hätte man das gewusst, dann wäre man bei der Durchführung des Planes weit vorsichtiger vorgegangen und hätte nicht eine solche Menge verdächtiger Widersprüche bestehen lassen, wie es in der Praxis geschehen ist. Man hätte vor allen Dingen das Kapitel Polizeimassnahmen von einem Polizeifachmann bearbeiten lassen, dem nicht jener Fehler unterlaufen wäre, wie dem Polizeiminister Göring, der drei Tage lang vor dem Brand unentwegt gefährlichste Aufstandsdokumente veröffentlichen lässt und über diesem Fälscherkunststückchen vergisst, die entsprechenden polizeilichen Massnahmen anzuordnen. Denn so war es ja möglich, dass jeder Laie sich bei genauerer Prüfung der Vorgänge fragen musste, weshalb stellte der Polizeiminister z.B. die öffentlichen Gebäude nicht unter Schutz, als er drei Tage vor dem Reichstagsbrand aus den angeblich aufgefundenen Dokumenten ersah, dass schon für die nächsten Tage Brandstiftungen geplant waren? Die Fehler, die die Akteure der Reichstagsbrandstiftung und die Dokumentenfälscher gemacht haben, sind, wie ich noch eingehend aufzeigen werde, in solcher Fülle vorhanden und so schwerwiegend, dass sich der Nachweis selbst ohne Kenntnis dieser Vorgeschichte führen liesse, dass die Brandstiftung und die Aufstandspläne ein Werk des Herrn Göring und seiner Mitarbeiter gewesen sind.

V

Die Regisseure des Reichstagsbrandes an der Arbeit

So «programmässig» die Durchführung der Brandlegung im Reichstag vom Stapel gegangen war, so unprogrammässig verliefen die der Brandstiftung folgenden Stunden in der Nacht vom 27. zum 28. Februar. Hatte man doch in den Kreisen der nationalsozialistischen Reichstagsbrand-Akteure um Göring und Genossen fest damit gerechnet, dass auf die Nachricht hin: «Die Kommunisten haben den Reichstag angezündet!» sich unbesonnene Elemente der KPD zu Bürgerkriegshandlungen in irgendeiner Form verleiten lassen würden – in der Annahme, der brennende Reichstag sei tatsächlich ein von der KPD-Führung beabsichtigtes Signal zum Losschlagen. Aber vergebens warteten Herr Göring und seine Mitarbeiter im Ministerium auf jene so dringend erhofften Nachrichten. Stattdessen meldete der Polizeifunk aus allen Teilen des Reiches, einschliesslich Berlin, dass keinerlei Wahrnehmungen irgendeines kommunistischen Aufstandsversuches oder eines Terroraktes zu machen seien.

«Hier herrscht vollkommene Ruhe!»

Das war der Inhalt sämtlicher Polizeifunksprüche, die in der Nacht des Reichstagsbrandes im Ministerium des Polizeiministers Göring einliefen. So kam der Morgen des 28. Februar, und nicht ein einziger kommunistischer Terrorakt im ganzen Reiche war gemeldet worden, den man der Öffentlichkeit als Befolgung des durch die Reichstagsbrandstiftung gegebenen «Signals zum Aufruhr» hätte mitteilen können. Wie wichtig ein solcher Nachweis gewesen wäre, dessen war sich Herr Göring bereits in jener Stunde sehr wohl bewusst – aber noch weit bewusster später in Leipzig, als man im Reichstagsbrandprozess mit dem besten Willen nicht in der Lage war, auch nur eine einzige Aufruhrhandlung der

Kommunisten nachzuweisen, die unter dem Eindruck des brennenden Reichstages begangen worden ist.

Daher konnte ja auch die Göringsche Behauptung vor Gericht niemals bewiesen werden: «Der Reichstagsbrand war das von der KPD gegebene Signal zum Losschlagen in ganz Deutschland.» Hätte Göring geahnt, dass die Kommunisten ihm durch ihr Verhalten einen solch peinlichen Strich durch die Rechnung machen, er hätte bestimmt «vorgesorgt», dass Aufruhrhandlungen von SA-Leuten mit KPD-Abzeichen in Szene gesetzt wurden. Aber nicht nur Herr Göring war enttäuscht, sondern vor allem seine «Rechte Hand», Oberregierungsrat Sommerfeld, der als Leiter des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes» für diese denkwürdige Nacht kommunistische Aufruhrakte in sein «Programm» fest einkalkuliert hatte, um in dem ersten amtlichen Bericht mitteilen zu können: «Wie die in den Stunden nach der Reichstagsbrandstiftung aus dem ganzen Reiche gemeldeten kommunistischen Unruhen beweisen, ist das durch den brennenden Reichstag von der KPD gegebene Signal von den kommunistischen Massen richtig verstanden worden . . .» So ungefähr hätte nämlich Herr Sommerfeld zu berichten gewusst, wenn ihm die Kommunisten den erwarteten Gefallen getan hätten. Dass sie diesem «agent provocateur» Sommerfeld diesen Gefallen nicht erwiesen, hatte seinen einzigen Grund darin, weil es niemanden in dem kommunistischen Teil der Bevölkerung gab, der in jener Nacht an den Rundfunkbericht von der kommunistischen Brandstiftung glaubte, sondern alle hinter dieser Tat einen teuflischen Plan witterten. Als Oberregierungsrat Sommerfeld aus den Meldungen des Polizeifunks immer stärker den Eindruck erhielt, dass in dieser Nacht auf keinerlei Aufruhrakte der Kommunisten zu hoffen sei, die seinem viele Tage vor der Brandstiftung fertiggestellten Bericht über den Reichstagsbrand eine besonders aktuelle und glaubwürdige Note verleihen könnten, entschloss er sich mehrere Stunden nach der Brandlegung zur Veröffentlichung der unrühmlich bekannten Verlautbarung des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes» vom 28. Februar 1933, deren

wichtigste Stellen im Brief an Göring nachgelesen werden können.

Man muss es Herrn Sommerfeld lassen, er hatte bei der Abfassung dieses ersten amtlichen Berichtes alles getan, um die Bevölkerung nachträglich in Furcht und Schrecken zu versetzen. Zugleich war es ihm gelungen, was ja mit einer seiner Hauptabsichten gewesen war, in einem grossen Teil des Volkes ein überströmendes Dankgefühl gegenüber jenem Manne zu erzeugen, der angeblich diese grauenhafte Katastrophe durch sein tatkräftiges Eingreifen im letzten Augenblick verhindert hat: Polizeiminister Göring. Während der überwiegende Teil des deutschen Volkes beim Lesen dieser amtlichen Mitteilungen des Innenministeriums an die kommunistische Brandstiftung und die geplanten Terrorakte glaubte, weil man es eben nicht für möglich hielt, dass ein Polizeiminister ein derartiges Verbrechen von seinen eigenen Leuten durchführen und amtlicherseits Lügen verbreiten lässt, wurde im kommunistischen und sozialdemokratischen Lager der brennende Reichstag und die angeblichen Terrorpläne von Vorneherein als grossangelegte Provokation von Göring und Genossen bezeichnet. Aber auch in rechtsgerichteten Kreisen begann man im Verlaufe des Tages nach dem Reichstagsbrand Zweifel zu hegen, was zum Teil auch ganz offen in der Presse zum Ausdruck gebracht wurde. Herr Göring und seine Mitarbeiter kannten die Gefahr sehr wohl, die drohte, wenn solche Zweifel oder gar Verdächtigungen in den nächsten Tagen sich immer mehr verstärkten und immer lauter ausgesprochen wurden. Es musste daher für ihn dringende Aufgabe sein, die Glaubwürdigkeit seiner amtlichen Mitteilungen über die kommunistische Verschwörung und Brandstiftung durch besondere Massnahmen zu erhöhen. Wie das zu geschehen hatte, darüber war sich Herr Göring mit seinem Oberregierungsrat Sommerfeld viele Tage vor dem Reichstagsbrand schlüssig geworden.

Notverordnung zur Aufrichtung der Parteiherrschaft

Man schritt daher zu Punkt 3 des «Programms» und der lautete: Erlass einer «Notverordnung zur Abwehr staatsgefährdender kommunistischer Gewaltakte», in der vorgesehen war, alle die in den Mitteilungen des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes» aufgeführten angeblich geplanten Terrorakte der KPD unter besonders scharfe Strafe zu stellen. Durch eine solche nochmalige Aufzählung der beabsichtigten Terrorakte hoffte man, im Volke die Vorstellung bedeutend zu erhöhen, dass solche Untaten von der KPD wirklich geplant worden seien. Der Hauptzweck jener Notverordnung sollte aber sein, eine Anzahl wichtigster Paragraphen der Reichsverfassung ausser Kraft zu setzen mit der Begründung, dass es angesichts des ausgebrochenen «Staatsnotstandes» notwendig sei. So war in erster Linie vorgesehen die Beschränkung der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, Eingriffe in das Brief-, Post- und Fernsprechgeheimnis und vieles andere mehr. Geling es, eine solche Notverordnung im Kabinett zur Annahme zu bringen und die Unterschrift des Reichspräsidenten von Hindenburg zu erhalten, so hatte man ein Gesetz in der Hand, mit dem man eine Diktatur vollkommen «legal» ausüben konnte und in der zukünftig jedwede Willkürmassnahme von Vorneherein «rechters» war – was die Praxis ja hinlänglich bewiesen hat. Minister Göring und seine Mitarbeiter waren sich bewusst, dass eine solche Notverordnung und die Unterschrift des Reichspräsidenten hierzu, nur unter dem frischen Eindruck der kommunistischen Reichstagsbrandstiftung und der enthüllten Terrorpläne erlangt werden konnte, dass diese Notverordnung also unbedingt am Tage nach dem Reichstagsbrand durchgebracht werden musste. Hierbei spielte aber noch ein anderes Moment eine gewichtige Rolle. Man war sich nämlich in den Kreisen der Reichstagsbrandstifter aus dem Innenministerium klar darüber, dass die Unterschrift des Generalfeldmarschalls von Hindenburg unter eine solche Notverordnung im Volke stärksten Eindruck machen und in wei-

testen Kreisen als vollgültiger Beweis dafür angesehen werden würde, dass in der Nacht des Reichstagsbrandes Deutschland wirklich vor dem Abgrund einer grauenhaften Katastrophe gestanden habe, in die die KPD das Land unter Anwendung unmenschlichster Terrorakte stürzen wollte. Als der Reichstag aufflammte, lag diese Notverordnung, von Oberregierungsrat Sommerfeld fein säuberlich zusammengestellt, schon seit mehreren Tagen fertig in der Schreibtischlade des Polizeiministers Göring.

Göring belügt das Kabinett

Es bedurfte also keiner besondern Arbeit, um für die Kabinettsitzung, die auf den Vormittag des 28. Februar einberufen worden war, eine solche Notverordnung vorzubereiten.

Als Minister Göring sich in diese Kabinettsitzung begab, hatte ihm sein persönlicher Referent Sommerfeld ausser dieser Notverordnung noch je ein Exemplar der kommunistischen Broschüren «Der bewaffnete Auf stand» und der «Weg zum Sieg» in die Aktenmappe gepackt und auch noch einige gefälschte Aufstandspläne für den 27. Februar 1933. Mit diesem Material bewaffnet trat der Polizeiminister vor das Kabinett, um über kommunistische Verschwörungen und die Brandstiftung der vergangenen Nacht zu berichten. Göring wusste hierbei furchtbarste Einzelheiten über die Terrorpläne zu berichten, die angeblich bei der Durchsuchung des Karl Liebknecht-Hauses seinen Beamten in die Hände gefallen seien. Aus der Broschüre «Der bewaffnete Aufstand» zitierte er umfangreiche Terroranweisungen, unterliess es aber wohlweislich hinzuzufügen, dass diese Schrift bereits im Jahre 1928 im Auslande erschienen war, und dass in der Einleitung der ungenannte Verfasser den Inhalt als den «Versuch einer theoretischen Darstellung» bezeichnet hatte. Das gleiche gilt für die Schrift «Der Weg zum Sieg», die ebenfalls illegal herausgegeben worden war. Beide Broschüren, so berichtete Herr Göring, seien im Karl Liebknecht-Haus in vielen Tausenden

von Exemplaren aufgefunden worden, womit er die Verantwortlichkeit der KPD für diese illegalen Schriften festlegen wollte. In Wirklichkeit hatte sich, wie ich an anderer Stelle nachweise, kein einziges dieser Exemplare im Karl Liebknecht-Haus befunden, geschweige denn irgendwelche Terrorpläne. Nach dem Referat über die Brandstiftung und über die angeblich geplanten Verbrechen wie z.B. Geiselmorde, Giftbeibringung in Speisen, Tötung des Reichspräsidenten u.a. m. legte Göring dem Kabinett jene Notverordnung zur Abwehr staatsgefährdender kommunistischer Gewaltakte vor, deren Annahme nicht nur er, sondern auch der Reichskanzler dringend empfahl. Am Schlusse seiner Begründung der Notwendigkeit dieser Verordnung stellte Minister Göring dem Kabinett in Aussicht, schon in den nächsten Tagen Dokumente im Original vorzulegen, die noch weit grauenhafter als die soeben vorgetragenen seien. Im Augenblick sei man noch bei der Sichtung und Entzifferung dieser Terrorpläne.

Die deutschnationalen Minister glaubten Göring

Die Kabinettsmitglieder, die nicht der Partei des Herrn Göring angehörten, schenkten damals den Ausführungen ihres Ministerkollegen selbstverständlich Glauben, ahnten sie damals doch nicht, dass es möglich sei, dass ein Polizeiminister wissentlich das Reichskabinett belüge, und dass ein Innenminister anstatt für die öffentliche Ruhe und Sicherheit zu sorgen, diese durch eine befohlene Brandstiftung aufs Schwerste gefährdet. Die Notverordnung wurde am Nachmittag des 28. Februar vom Kabinett angenommen und hatte unter anderm den folgenden Wortlaut:

«Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte angeordnet:

Paragraph I. Die Art. 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres ausser Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäusse-

zung einschliesslich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch ausserhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenze zulässig.»

Paragraph 5. Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosionen), 312 (Überschwemmungen), 315, Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten, oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem andern verabredet;

2. wer in den Fällen des Paragraphen 115, Abs. 2 des Strafgesetzbuches (schwerer Aufruhr) oder des Paragraphen 125, Abs. 2 des Strafgesetzbuches (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht,

3. wer eine Freiheitsberaubung (Par. 239 des Strafgesetzbuches) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampf zu bedienen.»

Auch Hindenburg liess sich betrügen

Um 7 Uhr abends nach der Kabinetts-Sitzung begab sich der Reichskanzler Adolf Hitler in Begleitung des Ministers Göring in das Reichspräsidentenpalais, um den Generalfeldmarschall von Hindenburg zu ersuchen, die soeben vom Kabinett angenommene Notverordnung, die den Titel erhalten

hatte «Zum Schutze von Volk und Staat», zu unterschreiben. Es war sowohl Hitler wie Göring von Vorneherein vollkommen klar, dass Hindenburg eine Verordnung von derartiger Tragweite nur dann unterschreiben würde, wenn er persönlich von deren Notwendigkeit überzeugt sei. Denn diese Notverordnung hob doch fast die gesamte Reichsverfassung auf und stellte an ihre Stelle ein Diktaturgesetz, mit Hilfe dessen eine Regierung mit den Bürgern des Staates praktisch alles machen konnte, was sie wollte. Man konnte also vom Reichspräsidenten von Hindenburg nur dann die Unterschrift zu einem solchen Ausnahmegesetz erhalten, wenn es gelang, den Reichspräsidenten wirklich zu überzeugen, dass ein Staatsnotstand herrsche. Der Reichspräsident hatte am Vormittag bereits den Bericht des Leiters des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes» vorgelegt erhalten, aus dem er ersehen hatte, dass offenbar wirklich schwere Gefahr im Verzug sei und dass es schärfster Massnahmen bedürfe. Der Reichspräsident war bereits über die erste Verlautbarung des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes» tief erschüttert und gab seiner nächsten Umgebung in starken Worten seinem Gefühle des Abscheus über die geplanten kommunistischen Terrorakte Ausdruck. Er prägte hierbei die Worte: «Es ist unfassbar, dass Menschen, die dem deutschen Volke angehören, solche furchtbare Untaten gegen das eigene Volk, dessen Sprache sie sprechen, begehen wollten.» Als ihm am Abend der zweite Vortrag gehalten wurde und Minister Göring die Notwendigkeit des Erlasses der Notverordnung «Zum Schutze von Volk und Staat» ausführlich begründete, da bemächtigte sich des Reichspräsidenten bei der Schilderung der aufgedeckten Terrorpläne (Giftbeibringung, Geiselmorde, Ermordung des Reichspräsidenten und Reichskanzlers u.a. m.) heftiger Zorn, und er setzte seinen Namenszug unter jenes Gesetz, das von diesem Augenblick an zum wichtigsten Staatsgrundgesetz des Dritten Reiches wurde.

Reichspräsident von Hindenburg hat in diesem Augenblick nicht zu ahnen vermocht, dass ihm seine Unterschrift für ein Gesetz abgerungen worden war, das von A bis Z auf

Lüge aufgebaut war, weil nämlich jene kommunistischen Terrorpläne, die angeblich schon in den nächsten Stunden nach dem Reichstagsbrand zur Ausführung gelangen sollten, niemals bestanden haben und kein einziger solcher Plan im Karl Liebknechthaus aufgefunden worden war. Generalfeldmarschall von Hindenburg hätte es doch niemals als alter preussischer General für möglich gehalten, dass er von Mitgliedern eines von ihm ernannten Kabinetts so schamlos und wissentlich angelogen werden würde. Hätte er nur im Entferntesten geahnt, dass jene Aufstandspläne, mit denen die Notwendigkeit jenes Ausnahmegesetzes begründet wurde, sämtlich nicht im Original vorlagen und auf ihre Echtheit geprüft waren, er hätte bestimmt seine Unterschrift unter jene Notverordnung verweigert. Hindenburg hat von diesem Betrug, den man an ihm verübt hat, niemals etwas erfahren.

Hindenburg erfuhr nie die Wahrheit!

Im August 1933 bestand in einem vertrauten Kreise Hindenburgs vorübergehend die Absicht, dem Feldmarschall die Wahrheit über jenen grauenhaften Vorgang zu offenbaren. Wenn man es nicht tat, so nur deshalb, weil man seine erschütterte Gesundheit schonen zu müssen glaubte. Als Hindenburg am 30. Januar Adolf Hitler zu sich rief und ihm die Regierung übertrug, da verabschiedete er sich mit den Worten: «Und nun mit Gott an die Arbeit!» Dass er vier Wochen später von Männern, denen er sein höchstes Vertrauen bekundet hatte, so schmäzlich betrogen werden würde, wusste er damals nicht. Hätte er es auch nur im Entferntesten für möglich gehalten, ein Adolf Hitler und ein Hermann Göring wären von ihm niemals in die Führung des Staates berufen worden.

Reichskanzler Hitler und Minister Göring hatten dem Reichspräsidenten von Hindenburg das ihnen entgegengebrachte Vertrauen fürwahr schlecht gelohnt. Als am Abend des 28. Februar der Öffentlichkeit der Inhalt jener Notverordnung mitgeteilt wurde und sie erfuhr, dass der Reichs-

präsident von Hindenburg sie unterzeichnet habe, machte es auf das deutsche Volk und auch auf das Ausland, wie vorausgesehen, starken Eindruck. Glaubte man doch nicht an die Möglichkeit, dass der Reichspräsident bei der Begründung der Notwendigkeit dieses Gesetzes so unglaublich angelegen worden war. Der von Minister Göring verfolgte Zweck, die Glaubwürdigkeit der von seinem Ministerium amtlich gemachten Mitteilungen über die im letzten Augenblick aufgedeckte Verschwörung zu erhöhen, war jedenfalls erreicht worden und auch das Hauptziel, ein Diktaturgesetz in die Hände bekommen zu haben, mit dem sich nun so regieren liess, wie man es sich erträumt hatte.

Ein peinlicher Regiefehler

Am Tage nach dem Reichstagsbrand, an dem es Hitler und Göring so «programmässig» gelungen war, den Reichspräsidenten zur Hergabe seiner Unterschrift unter ein Diktaturgesetz zu bewegen, ereignete sich ein höchst peinlicher Zwischenfall. Mitten in die Kabinetts-Sitzung, wo Minister Göring die von der KPD geplanten Verbrechen vortrug, platzte nämlich die Nachricht hinein, dass der KPD-Führer Torgler sich soeben freiwillig der Polizei gestellt und die Erklärung abgegeben habe, dass weder er, noch die KPD mit der Reichstagsbrandstiftung auch nur das Geringste zu tun habe. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Nachricht in Berlin und erregte grösstes Aufsehen in der Bevölkerung, die sich mit Recht fragte, wie diese Haltung eines führenden Mannes der Kommunisten mit den amtlichen Darstellungen in Einklang zu bringen sei. Denn nach diesen waren doch derartig scheussliche Verbrechen der KPD im letzten Augenblick vor ihrer Ausführung entdeckt worden, so dass jeder Führer dieser Partei bei seiner Ergreifung damit rechnen musste, vielleicht schon nach wenigen Stunden an die Wand gestellt zu werden. Herrn Göring und insbesondere dem Leiter des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes», Sommerfeld, passte diese unvorhergesehene Handlung des

KPD-Führers Torgler begreiflicherweise ganz und gar nicht in den Plan. Hatte man doch fest damit gerechnet, dass die Führer der KPD, soweit es ihnen gelang, ins Ausland fliehen würden und man dann vor der Öffentlichkeit diese Flucht als Schuldbeweis hinstellen konnte. Herr Göring und Sommerfeld wussten sich aber auch aus dieser Situation zu helfen, indem sie am nächsten Tage amtlich mitteilen liessen: «Unrichtig ist das Gerücht, nach dem der Abgeordnete Torgler sich der Polizei freiwillig gestellt haben soll.» . . . Und das wagte man, obwohl für die freiwillige Stellung Torglers einwandfreie Zeugen vorhanden waren: 1. die Polizeibeamten, die bei der Ankunft Torglers mit seinem Rechtsanwalt Rosenfeld zugegen waren, 2. der Kriminalrat Heller, dem Dr. Rosenfeld telephonisch angekündigt hatte, dass er mit Herrn Torgler im Polizeipräsidium erscheinen werde zwecks Aufklärung der gegen Torgler erhobenen Beschuldigungen. Derselbe Heller erklärte Torgler nach längerer Unterredung für verhaftet, wozu er sich vom Leiter der Politischen Polizei, Dr. Diels, während dieser Unterredung den Auftrag geholt hatte.

VI

Hitlers Verhalten vor dem brennenden Reichstag

Wie verhielt sich der Reichskanzler Hitler in dieser, die Nerven bis aufs Äusserste anspannenden Situation? Diese Frage einmal gründlich zu untersuchen und jede psychologische Feinheit hierbei zu beachten, halte ich für die Beurteilung wichtigster Probleme für so bedeutsam, dass ich dieser Untersuchung breiten Raum gebe. Da ich persönlich den Kanzler auf der Brandstätte nicht erlebt habe – ich war ausserhalb Berlins – muss ich andern Augenzeugen das Wort hierzu erteilen, die mir über das Verhalten Hitlers berichtet haben. Hiernach zeigte Hitler trotz des aufregenden Flammenspiels grösste innere Beherrschung und prägte mit ruhiger, fester Stimme die bekannten Worte: «Das ist ein von Gott gegebenes Zeichen. Niemand wird uns daran hindern, den Kommunismus mit eiserner Faust zu vernichten», und zum Berichterstatter des «Daily Express» sagte er: «Sie sind Zeuge einer grossen neuen Epoche in der Geschichte. Dieser Brand ist ihr Beginn.»

Hitler, von dem jedermann weiss, der ihn einmal in seinen grossen Reden erlebt hat, dass seine fanatische Leidenschaft auf die Zuhörer wirkt wie eine Auswirkung innerer Explosionen, zeigt sich in diesem Augenblick vollkommen frei dieser Eigenschaft, und keine einzige seiner Handlungen an diesem Abend sind unbeherrscht oder von einem Gefühl der Rache erfüllt. Dieser Mann, der, wie alle Welt weiss, die Kommunisten hasst wie die Pest, verzichtet plötzlich auf die Errichtung eines Revolutionstribunals, das schon am nächsten Tag die Brandstifter überführt und die KPD-Führer, die ja bekanntlich laut amtlicher Mitteilungen früh um 4 Uhr nach dem Reichstagsbrand den Bürgerkrieg entfesseln und scheusslichste Mittel hierbei anwenden wollten, an die Wand gestellt hätte. Hitler schlägt dem gefassten Brandstifter van der Lubbe nicht etwa mit der Reitpeitsche ins Gesicht aus

Zorn und Empörung – was man durchaus begriffen hätte – wenn er in diesem Augenblick die Beherrschung verliert. Stattdessen wird der Brandstifter zu dem wichtigen Verhör nicht etwa in die Reichskanzlei geschafft und im Beisein Hitlers verhört, sondern einem kleinen Kriminalkommissar namens Heisig übergeben, und dieser nimmt das ungeheuer wichtige Protokoll in einem Zimmer im Polizeipräsidium auf, wo sich, nach seinem eigenen Eingeständnis, zuweilen 40 bis 50 Leute herumdrängen, die an van der Lubbe Fragen stellen. Keine einzige dramatische Szene ereignet sich in dieser Nacht um die Person Hitlers, und auch am Vormittag, als im Polizeipräsidium führende Männer der KPD eingeliefert worden sind und auch Torgler sich durch Selbststellung in den Händen der Polizei befindet, da kommt es nicht zu jener grossen Szene, die man sich sehr gut hätte vorstellen können, in der Hitler den KPD-Führern die aufgefundenen Terrorpläne vors Gesicht hält, sie der Schuld überführt, grässliche Verbrechen geplant zu haben, und sie am selben Tag auf dem Bülowplatz vor dem Karl Liebknecht-Haus standrechtlich erschiessen lässt, vor dem Hauptquartier der KPD, aus deren Räumen man ja laut amtlicher Mitteilung jene Terrorpläne hervorgeholt hatte, die schon für die nächsten Stunden Giftmorde, Geiselmorde und Terrorakte jeder erdenklichen Art bringen sollten. Nichts dergleichen geschieht. Nicht einmal der Führer der Berliner SA Brandenburg, Graf Helldorf, wird in dieser aufgeregten Reichstagsbrandnacht zum Reichskanzler befohlen, was ja eigentlich eine der ersten Handlungen hätte sein müssen, um persönlich den Befehl zum Einsatz der «Garanten der Revolution», der SA, zu geben. Es steht fest, dass dieses Verhalten Hitlers in weiten Kreisen seiner Anhänger nicht verstanden wurde und man sich mit Recht fragte: warum zögert man auch nur einen Augenblick, wo die Gefahr so ungeheuer ist? Warum richtet man jene Verbrecher nicht an Ort und Stelle, um alle die abzuschrecken, die noch kurz zuvor Verbrechen planten?

Dr. Sack versucht eine Rechtfertigung

Der Verteidiger Torglers, Dr. Sack, Mitglied der NSDAP, gibt in seinem Buche «Der Reichstagsbrandprozess» einen überaus wichtigen Einblick in die Geistesverfassung des Reichskanzlers, in der er sich vor dem brennenden Reichstag befunden haben soll. Wie Sack schreibt, ist er sofort auf die erste Nachricht hin vom Reichstagsbrand zur Brandstätte geeilt. In bewegten Worten schildert Sack die menschliche Grösse Hitlers, die gerade darin gelegen habe, dass er in diesem Augenblick, wo sowohl das In- und Ausland ein Revolutionsgericht mit sofortigem Standrecht verstanden und gebilligt hätte, auf dieses verzichtet, stattdessen nur von dem einen Gedanken beseelt und geleitet ist, «demjenigen Gericht das Schicksal der Angeklagten zu überlassen, das nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz über Hochverrat zu entscheiden hat» . . . «Der Kanzler war von unerschütterlichem Vertrauen zu dem höchsten deutschen Gerichte erfüllt» (Seite 57). – Warum der Kanzler die Bildung eines Sondergerichtes ablehnte, darüber schreibt Sack auf Seite 56: «Der Kanzler wählte diesen Weg nicht. In dem festen Willen, den Rechtsstaat aufrechtzuerhalten, zugleich aber im Vertrauen auf unsere höchste gerichtliche Instanz, ordneten er und die ihm gleichstehenden politischen Stellen die staatsmännischen Bedenken unter, die sich aus der Anrufung des ordentlichen Gerichts ergaben. Mit dieser Entscheidung Adolf Hitlers war der nationalsozialistische Rechtsstaat sanktioniert.» Nach den Ausführungen Sacks zu schließen, waren diese Gedankengänge und Erwägungen im Kanzler so übermächtig stark, dass er trotz des furchtbaren Signals zum Bürgerkrieg jegliches Gefühl der Rache und der sofortigen Vergeltung in sich niedergekämpft hatte. Es ist für viele Leute in Deutschland, die um die Wahrheit noch nicht wissen, ein unlösbares Rätsel, warum Adolf Hitler in jenen Stunden ein solch fast unmenschliches Mass von staatsmännischer Selbstbeherrschung dadurch offenbarte, dass er die Abrechnung nicht sofort an Ort und Stelle vollzog. Nie-

mand im Volke hätte es geglaubt, wenn man ihm am Reichstagsbrandabend gesagt hätte, dass erst 200 Tage nach diesem Verbrechen der Prozess stattfinden würde, an dem die Reichstagsbrandstiftung der Hochverräter der KPD abgeurteilt werden würde und – dass dieser Prozess 57 Verhandlungstage haben würde und dass am Ende des Prozesses nur ein einziger der Brandstiftung überführt und verurteilt werden würde, während der KPD-Führer nicht nur freigesprochen würde, sondern von seinem Verteidiger, dem nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Sack ein ehrendes Zeugnis über seine Person und über seinen Charakter erhielt. Wer hätte damals für möglich gehalten, als die Zeitungen noch voll waren von den Enthüllungen über die von den KPD-Führern geplanten Terrorakte, dass über dem KPD-Führer Torgler am 16. Dezember 1933 im Leipziger Prozess sein nationalsozialistischer Verteidiger Dr. Sack in seinem Plädoyer wörtlich sagt (Seite 277, «Der Reichstagsbrandprozess»): «dass er sich von Mensch zu Mensch gesprochen dem Angeklagten Torgler als Mensch, ungeachtet seiner politischen Einstellung, genähert habe. Ich bin mir auch der Verantwortung bewusst, wenn ich das hier in diesem Saale vor der deutschen und vor der Weltöffentlichkeit sage». Oder wer hätte jene Szene für möglich gehalten, in der Sack bei der Verteidigung Torglers gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Karwane vorgeht, der in seiner Zeugenaussage die Worte geprägt hatte: «Ja, ich kenne diese Typen, diese Verbrechertypen, die in der kommunistischen Partei sind, und ich weiss, dass man diesen Verbrecher typen die Reichstagsbrandstiftung zutrauen kann» . . . Hierzu Sack in seinem Plädoyer(siehe Seite 301): «Ich war im Moment betroffen, weil ich, das muss ich offen sagen, wirklich nicht gedacht hatte, dass irgendeiner unserer Volksgenossen ganz und gar vergessen haben sollte, dass Blut und Erde uns alle – gleichviel welcher politischen Überzeugung der Einzelne sein mag – zusammenhält. Ich war im Moment betroffen, das Protokoll weist es aus, wie ich sagte: Herr Zeuge Karwane, das verstehe ich allerdings nicht, ich als deutscher Mann – da

machte ich eine Pause und sagte: Das geht mir ans Herz.» Und die Schlussworte Sacks: «Gott sei Dank, dass dieser Deutsche Torgler am Reichstagsbrand nicht beteiligt ist, diese meine innere Überzeugung gibt mir die Berechtigung – ich tue es verantwortungsbewusst – Ihnen zuzurufen: Sprechen Sie den Angeklagten Torgler frei!»

Hitlers Hemmungen

Und nun wieder zurück zu der Frage, deren Beantwortung jeder Leser dieser Zeilen immer dringender fordert und erwartet: Ja, was war denn der Grund, dass Reichskanzler Hitler an diesem Abend des Reichstagsbrandes ganz anders handelte, als es seinem Wesen entsprach, dem Wesen eines Mannes, der doch noch vor 30 Tagen selbst Führer einer Partei revolutionärster Prägung gewesen ist, und für den das Wort «staatsmännische Bedenken» damals doch noch ein Fremdwort war. Auf diese Frage ist in Veröffentlichungen aus Kreisen der NSDAP stets die Antwort gekommen, dass es hier galt, jedes Misstrauen des Auslandes und die üblen Verdächtigungen, die in der Auslandspresse auf getaucht waren, restlos aus der Welt zu schaffen. Das konnte man eben nur, indem man auf ein Standgericht verzichtete und die Aburteilung vor einem öffentlichen Forum vornahm. Sehr gut, diese Argumentation. Nur hat sie den Fehler, dass Hitler in der Reichstagsbrandnacht und auch am folgenden Tag noch nicht wissen konnte, dass vom Ausland jemals dieser furchtbare Verdacht ausgesprochen werden könnte, dass der Reichstag von Mitgliedern der Partei des Reichskanzlers Adolf Hitler angezündet worden sei. Hitler konnte dies frühestens am 1. März früh erfahren, wo zum erstenmal in der Auslandspresse derartige Gerüchte kursierten. Es ist also unmöglich, dass Hitler sich in der Reichstagsbrandnacht und dem darauffolgenden Tag deshalb verleiten liess, auf ein Revolutionsgericht zu verzichten, weil er durch ein öffentliches Gericht das reine Gewissen beweisen wollte. Was also waren die Hemmungen, die ja gewaltiger Art gewesen sein

müssen, die Adolf Hitler so ganz entgegengesetzt seiner Natur handeln liessen und mit ihm seinen Polizeiminister Göring, dessen hervorstechendstes Merkmal ohne Zweifel Unbeherrschtheit bis zur Brutalität ist? Ich will die Antwort geben: Für mich und für alle, die um die furchtbaren Geheimnisse jener Tage wissen, gibt es nur eine Antwort: Als der Reichskanzler Adolf Hitler mit seinen Ministern Göring und Göbbels vor dem brennenden Reichstag stand, trug der Kanzler das Geheimnis in sich, dass die Terrorpläne der KPD nicht wirklich existierten, sondern im Göring-Ministerium fabriziert worden waren, um dem deutschen Volke die Notwendigkeit klar zu machen, die KPD brutal und blutig zu Boden zu schlagen. Ebenso wusste der Kanzler, dass der brennende Reichstag ein Werk seines Polizeiministers Göring war!

Hitlers Verhalten 16 Monate später

Das Wissen um die gefälschten Enthüllungen über den geplanten Aufstand der KPD und die wahren Brandstifter genügte, um im Kanzler am Brandabend Hemmungen von so gewaltigem Ausmass entstehen zu lassen, dass es ihm, man kann es nachfühlen, wahrscheinlich bange geworden ist, mit diesem belasteten Gewissen den «obersten Gerichtsherrn» zu spielen und so zu handeln, wie es seinem wahren Wesen entsprach. Denn wie ein Adolf Hitler 16 Monate später, am 30. Juni 1934, handelte, als er sich selbst zum obersten Gerichtsherrn des deutschen Volkes ernannte, haben wir ja alle schauernd erlebt. Und deshalb können wir heute die Frage beantworten: Was wäre geschehen, wenn am Tage des Reichstagsbrandes die Enthüllungen über Giftmorde, Geiselmorde und kommunistische Schreckenstaten ohne Ende wahr gewesen wären und wirklich die KPD-Führer um 4 Uhr früh ihr grässliches Handwerk beginnen wollten? Erinnern wir uns doch an den Reichskanzler Adolf Hitler, der bei einem, in seiner Vorstellung bestehenden SA-Putsch, dessen Folgen ja nicht im Entferntesten an die Auswirkungen der

angeblichen KPD-Terrorakte herangereicht hätten, bar jeder Hemmung und bar jeder menschlichen Regung binnen weniger Stunden Männer aus dem engsten Kameradenkreis an die Wand stellen und erschiessen liess, ohne Kriegsgericht und ohne Reichsgericht, sondern dass er allein diese Männer des Todes schuldig befindet und sie in den Tod schickt. Hören wir den Kanzler Adolf Hitler vom 30. Juni 1934: «Nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken . . . Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen, in dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit war des deutschen Volkes oberster Gerichtshof in diesen 24 Stunden ich selbst. Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschiessen und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch. Und ich gab weiter den Befehl, bei jedem Versuch des Widerstandes der Meuterer gegen ihre Verhaftung diese sofort mit der Waffe niederzumachen. Die Nation muss wissen, dass ihre Existenz von niemandem ungestraft bedroht wird . . . Wenn mir die Meinung entgegengehalten wird, dass nur ein gerichtliches Verfahren ein genaues Abwägen von Schuld und Sühne hätte ergeben können, so lege ich gegen diese Auffassung feierlich Protest ein: Wer sich gegen Deutschland erhebt, treibt Landesverrat.»

Will nach dem Lesen dieser Worte wirklich jemand im Ernst sagen, dass derselbe Adolf Hitler an der Brandstätte des Reichstages und angesichts dieses Signals für die bevorstehenden Terrorakte der KPD freiwillig die Rolle des Kanzlers spielte, der auf das blutige Zuschlagen verzichtete und – wie Dr. Sack in seinem Buch so rührend zu schildern weiss – nur einen Gedanken hatte, dieses Verbrechen demjenigen Gericht zur Aburteilung zu überlassen, «das nach dem deutschen Gerichtsverfassungsgesetz über Hochverrat zu entscheiden hat», und den Grundsatz beachtete: «ein Deut-

scher soll seinem zuständigen Richter nicht entzogen werden»? Warum Hitler diese Rolle im Februar 1933 spielte, habe ich schon gesagt und möchte nur noch zu der Frage: Was wäre geschehen, wenn die Enthüllungen über den geplanten KPD-Aufstand im Februar 1933 wirklich echt gewesen wären? Stellung nehmen. Wie blutig hätten Hitler und Göring damals zugegriffen, wo es sich um Männer handelte, die in ihren Augen schlimmste Verbrecher waren, wenn wir beide bei dem Vorgehen gegen einen Putsch aus ihren Kameradenkreisen schon so unmenschlich wüten sahen!

VII

Eine Fälschung, von der die Welt noch nichts weiss

In den Braunbüchern I und II ist den schweren Verstössen, die sich die behördlichen Untersuchungsorgane bei der Aufklärung des Reichstagsbrandes zuschulden kommen liessen, grosse Aufmerksamkeit geschenkt, und es sind die für die Kriminalisten aller Länder unfassbaren Methoden scharf angeprangert worden. Es ist hierbei vor allem die Person des Leiters der Reichstagsbrandkommission, Heisig, eingehend beleuchtet worden, der sich von der ersten Vernehmung von der Lubbes an, die in der Brandnacht stattfand, schwerste Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, so z.B. dadurch – wie er selbst vor dem Reichsgericht zugab –, dass er es duldete, dass sich bei der ersten Vernehmung von der Lubbes 40 bis 50 Menschen im Zimmer herumdrängen und Fragen an van der Lubbe stellten, was bei einer ordnungsgemässen Vernehmung niemals hätte geschehen dürfen. Das Protokoll dieser wichtigsten Vernehmung ist bekanntlich im Leipziger Prozess niemals zur Vorlesung gelangt, obwohl Dimitroff immer wieder die Vorlage dieses Protokolls mit Recht verlangte. Braunbuch II hat vollkommen recht, wenn es hierzu schreibt: «Das Verschwinden dieses ersten Protokolles ist eine der grossen Merkwürdigkeiten des Reichstagsbrandprozesses.» Die Verfasser des Braunbuches ahnten damals noch nicht, dass es eine noch viel grössere Merkwürdigkeit gab, die bei der ersten Vernehmung von der Lubbes geschehen ist.

Es war selbstverständlich eine der ersten Fragen, die man im Volke stellte, als bekannt wurde, dass ein holländischer Terrorist namens van der Lubbe auf frischer Tat ertappt worden sei und ein volles Geständnis abgelegt habe: Hat van der Lubbe mit der KPD in Verbindung gestanden oder mit der Dritten Internationale, oder stellt die Tat vielleicht den Terrorakt eines einzelnen fanatischen Individuums dar? Auf diese erste Frage der Öffentlichkeit wusste der «Amtliche Preussische Pressedienst» vom 28. Februar mitzuteilen, dass

van der Lubbe bekannt habe, Mitglied der holländischen Kommunistischen Partei zu sein. Im amtlichen Radiobericht erfuhr man sogar, dass van der Lubbe ein Mitgliedsbuch der holländischen Kommunistischen Partei bei sich gehabt habe. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, dass van der Lubbe sogar auch mit der SPD in Verbindung gestanden habe. In der Öffentlichkeit hielt man es damals noch nicht für möglich, dass in amtlichen Darstellungen Dinge ausgesprochen werden, die eine glatte und bewusste Unwahrheit sind. Denn sehr bald musste das holländische Mitgliedsbuch dementiert werden, was den denkbar schlechtesten Eindruck machte.

Von der Politischen Polizei genehmigt

Inzwischen war der denkwürdige Tag der Reichstagswahl gekommen, der 5. März 1933, zu dem man dem deutschen Volke gerade zu dieser Frage der Mitverantwortlichkeit der KPD etwas besonders Massives und Glaubhaftes vorsetzen musste, und so geschah folgendes Fälscherstück, das bisher der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden ist. Man liess von der Untersuchungskommission Heisigs ein Flugblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Berlin-Brandenburg, herbeischaffen, das die Überschrift «Einheitsfront der Tat!» trug und gerichtet war: «An die Werktätigen Berlins! Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD, dem Reichsbanner, der SAJ, Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen.» In diesem Flugblatt wurde zum bevorstehenden Wahltag am Schluss aufgerufen: «Wenn unsere Hand gemeinsam den Hebel packt und die Fabriksirenen das gellende Signal zum Aufbruch geben, wenn wir gemeinsam den ehernen Schutzwall des roten Massenselbstschutzes formieren, wenn Deutschlands Arbeiterschaft über alle Saboteure der antifascistischen Kampfeinheit hinweg zum Schlag ausholt, dann ist es aus mit dem blutigen Regiment der Herrenklübler und ihrer Banden!» . . . Unterschrieben: KPD, Bezirk Berlin-Brandenburg.» Dieses Flugblatt war bereits ab Mitte Februar 1933 in Berlin in grossen Mengen zur Verbreitung gelangt und von

der Politischen Polizei genehmigt worden. Ein Tag vor der Wahl, am 4. März, erfuhr nun die erstaunte Öffentlichkeit aus einer amtlichen Verlautbarung Folgendes: Nach der amtlichen Untersuchung über die Brandstiftung im Reichstag ist nunmehr festgestellt worden, dass der Attentäter einen Pass und einen Aufruf in der hintern Hosentasche trug.» Dieser Aufruf, den laut amtlicher Darstellung van der Lubbe bei sich getragen hat, wurde von der Politischen Polizei nun der Presse in Faksimile zugestellt, ebenso wie die Bilder von der Lubbes und sein Pass, und so geschah es, dass ein Tag vor der Wahl und auch am Wahltag in der Presse überall und in Flugblättern das Faksimile dieses Aufrufes zu lesen war, aus dem ich bereits zitierte. Der «Völkische Beobachter» erschien in seiner Riesenaufgabe mit folgender Sonderseite, aus der nebenstehend das Faksimile des Flugblattes fotografiert ist.

«Das Flugblatt in der Hosentasche van der Lübbes»

Und wie stand es mit der Wahrheit um dieses Flugblatt?

Dieses damals abgebildete Flugblatt hat sich niemals in der Hosentasche des Reichstagsbrandstifters van der Lubbe befunden, sondern stellt im gesamten Voruntersuchungskomplex die gemeinste Fälschung dar. In den Kreisen des Reichsgerichtes hatte man sich für die Tatsache des angeblichen Flugblattfundes sofort nach der Presseveröffentlichung eingehend interessiert, Herr Heisig hat sich aber stets geweigert, Auskunft hierüber zu geben. Selbst der Untersuchungsrichter Vogt vom Reichsgericht vermochte nicht, dieses wichtige Beweisstück von Kriminalkommissar Heisig zu erhalten. Herr Heisig reiste bekanntlich kurz nach dem Reichstagsbrand nach Holland, um die Querverbindungen van der Lubbes zu den Kommunisten Hollands nachzuweisen und hat sich nach seiner Rückkehr von Holland sehr betrübt gezeigt, da ihm dieser Nachweis nicht gelungen ist. Das hinderte ihn aber bekanntlich nicht, vor dem Reichsgericht gegenteilige Ausführungen zu machen. Diese Unwahrheiten des Kommis-

Einheitsfront der Tat!

Werttätige Berlins! Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen!

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Maske herunter von diesem Geschwätz über „Nichtangriffspakt“

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Vier antifaschistische Kampfmaßnahmen

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Bedeutung des Nichtangriffspakts mit England

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Die Arbeiter Berlins sind eine Kraftmacht. Die Arbeiter, Arbeiterinnen aus der SPD., dem Reichsbanner, der SAJ., Gewerkschaftskollegen u. -kolleginnen sind eine Kraftmacht.

Wenn unsere Hand gemeinsam den Hebel packt und die Fabrikwägen aus gefährde Signal zum Aufbruch geben, wenn wir gemeinsam den ehernen Schutzwall der eplen Massenbewegung bilden, wenn Deutschlands Arbeiterklasse über alle Saboteure der antifaschistischen Kampfmittel hinweg zum Schlag aufruft,

dann ist es aus mit dem blutigen Regiment der Herrenhändler und ihrer Banden! dann wird es sich zeigen, das Deutschland nicht Stalien ist! dann wird die Einheitsfront der Tat den Sieg an ihre Fahnen heften!

SPD., Bezirk Berlin-Brandenburg

Das Hetz-Flugblatt, das in der Hosentasche des Kommunisten gefunden wurde

sar‘ Heisig stellen im Verhältnis zu seiner Flugblätterfälschung ein Kinderspiel dar. Und man darf wohl mit Recht sagen, wenn es Vertreter einer Behörde unternehmen, in einer politisch so wichtigen Angelegenheit mit derartigen Methoden zu arbeiten, indem sie belastende Beweisstücke in die Hosentasche eines Angeklagten hineinschmuggeln, so sind solche Männer zu allen Schandtaten bereit.

Wie sehr alle miteinander, Behörden und Officialverteidiger van der Lubbes, zusammengearbeitet haben, geht daraus hervor, dass zum Beispiel der Officialverteidiger van der Lubbe im ganzen Leipziger Prozess es wissentlich unterliess, zu fragen, erstens:

Wo ist das Flugblatt, das laut amtlicher Meldung der Politischen Polizei vom 4. März 1933 in der Hosentasche van der Lubbes gefunden worden ist? Zweitens: Wo ist die Stelle betreffs Flugblatt in dem Protokoll, das in der Brandnacht Kommissar Heisig mit van der Lubbe aufgenommen hat? Der Verteidiger hätte fortfahren müssen: Ich bitte um Verlesung der Stelle aus dem Original des Protokolls. Ich fordere weiter Vorlage der Bestätigung, in der van der Lubbe durch Unterschrift bezeugt, was ihm an Sachwerten abgenommen worden ist. Ich bitte weiter, zu verlesen, was der Angeklagte van der Lubbe zu der Tatsache geäußert hat, dass bei ihm ein Flugblatt mit der Proklamation «Einheitsfront der Tat» gefunden worden ist. Ich bitte, aus dem Protokoll zu verlesen, wann und wo van der Lubbe nach seiner Aussage dieses Flugblatt empfangen hat!» Der Verteidiger van der Lubbes hätte die Pflicht gehabt, gerade diesen Komplex mit Gewissenhaftigkeit im Prozess zur Aufklärung zu bringen, da es sich ja um die äusserst wichtige Frage handelte, ob der Terrorist van der Lubbe irgendwelche Beziehungen zur KPD gehabt hat oder nicht. Die gleichen Fragen hätte natürlich auch der Verteidiger des Kommunisten Torgler stellen müssen, Herr Dr. Sack, da auch für ihn die Aufklärung über etwaige Querverbindung seines Mandanten Torgler zur Person van der Lubbe sehr wichtig gewesen wäre. Indem diese beiden Verteidiger es nicht taten, machten sie sich einer gro-

ben Pflichtverletzung schuldig und verdienen zu Recht den Vorwurf, dass auch sie mit Herrn Kommissar Heisig im Komplott gestanden haben und dass man sich vorher gründlich darüber beraten hat, wo die Wissbegierde der Verteidigung ihre Grenze zu haben hat.

Einige Fragen an Mitschuldige

Obwohl heute der Mensch nicht mehr unter den Lebenden weilt, der befragt werden könnte, nämlich van der Lubbe, ob er ein Flugblatt dieser Art in der Hosentasche getragen habe, können an andere Männer, die noch in Amt und Würden sind, folgende Fragen gerichtet werden. Ich präzisiere diese Fragen wie folgt und richte sie an die Adresse des Leiters der Politischen Polizei, Dr. Diels, Kriminalkommissar Heisig, Reichsgerichtsrat Untersuchungsrichter Vogt, Oberreichsanwalt Werner, Senatspräsident Büniger und an den Verteidiger Dr. Sack und den Verteidiger van der Lubbes:

Haben die genannten Männer das im amtlichen Polizeibericht erwähnte Flugblatt aus der Hosentasche van der Lubbes jemals im Original gesehen? Ist Herr Kommissar Heisig bereit, die Stellen aus dem Protokoll Lubbes im Faksimile der Öffentlichkeit zu übergeben – unter eidlicher Versicherung, dass es vollste Wahrheit ist – in denen van der Lubbe über das Flugblatt befragt worden ist und Auskunft gegeben hat? Ist Herr Kommissar Heisig bereit, unter Eid Auskunft zu geben, wohin dieses wichtigste Beweisstück nach der Vernehmung gelangt ist und warum dieses Beweisstück im Prozess niemals zur Sprache gekommen ist? Ist das Berliner Polizeipräsidium bereit, die Namen der Beamten zu nennen, die die Photographie nach dem Original des Flugblattes gemacht haben? Diese Fragen zu beantworten, müsste für die Genannten eine Ehrensache sein – wenn sie ein reines Gewissen haben. Da dieses aber mit dem besten Willen nicht behauptet werden kann, wird die Öffentlichkeit auch in diesem Falle vergeblich auf eine Antwort warten.

VIII

Aus der Werkstatt der Dokumentenfälscher

Die Reichswehr hegt Misstrauen

Noch eine sehr bedeutsame Frage zu dem ominösen Flugblatt: Wie die Photographie in der erwähnten Nummer des «Völkischen Beobachters» beweist, befand sich dieses angeblich in der Hosentasche van der Lubbes gefundene Flugblatt in einem vollkommen unversehrten Zustand, denn in der Photokopie ist kein einziger Kniff oder Riss festzustellen. Dazu bitte ich zu überlegen, dass dieses Flugblatt in der Hosentasche nur in einem zusammengefalteten Zustand sich befinden haben kann. Dazu kommt, dass laut Mitteilung des Leiters der Politischen Polizei sich bei der Verhaftung ein «längerer Kampf» entsponnen hat. Ich erörtere diese Frage deswegen so gründlich, um dem Leser ganz klar vor Augen zu führen, dass die Polizeibehörde in diesem Fall bei einer groben Fälschung ertappt und restlos überführt worden ist. Des Rätsels Lösung sah bei genauer Untersuchung dieses Flugblatt-Komplexes wie folgt aus: Eine gewisse Stelle des Reichswehrministeriums hatte sich einige Tage nach Erscheinen für dieses Flugblatt interessiert und versuchte, durch einen Vertreter in das Original Einsicht zu nehmen, was aber trotz grösster Bemühungen nicht gelang. Wenn vom Reichswehrministerium das Interesse an dem in der Presse in Faksimile veröffentlichten Flugblatt so gross war, so geschah dies nicht nur, um den Inhalt im Wortlaut kennenzulernen, sondern weil in gewissen Kreisen des Ministeriums schon wenige Tage nach dem Reichstagsbrand Zweifel an der Echtheit des Materials aufgetaucht waren. Und es beginnt nun innerhalb der Rechtsfront ein Kampf um das im Liebknecht-Haus angeblich aufgefundene «Terrormaterial», der viele Wochen hinter den Kulissen mit grösster Erbitterung geführt

wird. Wie aus dem Braunbuch hervorgeht, ist man auch im Ausland über diese Auseinandersetzungen zum Teil informiert gewesen, aber über den vollen Umfang doch nicht.

War das im Karl Liebknecht-Haus laut amtlicher Mitteilung gefundene Dokumentenmaterial über den geplanten bewaffneten Aufstand und jene grauenhaften Terrormassnahmen echt? Ist solches Material überhaupt im Karl Liebknecht-Haus gefunden worden? Diese beiden Fragen zu klären, veranlasste die bereits erwähnte Stelle des Reichswehrministeriums zu einem unangekündigten Besuch des von der Politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums (IA) besetzt gehaltenen Liebknecht-Hauses. Ich habe an diesem Besuch, der Mitte März 1933 stattfand, teilgenommen und teile das Ergebnis hierüber der Öffentlichkeit mit.

Beauftragte der Reichswehr kontrollieren Göring

Bei unserem Eintreffen befand sich der zur Zeit im Liebknecht-Haus diensthabende Kommissar nicht im Hause, und so wurden wir von den Schutzpolizisten nach Vorzeigen des Ausweises vom Reichswehrministerium in das Gebäude gelassen. In Begleitung von zwei Schutzpolizisten schritten wir sämtliche Räume des Karl Liebknecht-Hauses ab und fanden hierbei an Druckmaterial Bücher und Schriften, die in der nach der Vorderfront gelegenen Liebknecht-Buchhandlung öffentlich verkauft worden waren. Ferner nahmen wir Druckmaterial in Augenschein, das sämtlich zum Wahlmaterial der KPD gehörte und dessen Inhalt sich in den üblichen kommunistischen Kampfarten bewegte, und in dem die Propagierung der antifascistischen Einheitsfront im Vordergrund stand. Viele Flugblätter, die offenbar zu den letzten Druckerzeugnissen der Rotationsmaschinen des Liebknecht-Hauses gehört haben, trugen die Überschrift: «Einheitsfront der Tat» und war unterzeichnet KPD Berlin-Brandenburg. Unsere Überraschung darüber, dass das in der Hosentasche van der Lubbes angeblich vorgefundene Flugblatt genau mit

den hier zu Tausenden liegenden Flugblättern übereinstimmte, war begreiflicherweise recht erheblich, und einer der Vertreter des Reichswehrministeriums fragte die beiden Schutzpolizisten ganz unvermittelt: «Der Abtransport der Hunderte von Zentnern Belastungsmaterial, in dem ja wirklich tolle Sachen stehen müssen, hat wohl viel Arbeit gemacht?» Hierauf lächelten die beiden Schutzpolizeibeamten und gaben vorerst keine Antwort auf unsere Frage, aber liessen in ihrer Miene deutlich erkennen, dass man um die Lüge vom angeblich vorgefundenen Terrormaterial in Schutzpolizeikreisen schon genau Bescheid wusste. Hierauf sagte derselbe Vertreter des Reichswehrministeriums in freundlichem Tone: «Wir schenken Ihnen die Antwort, wir wissen ja alles,» worauf dieser gute, biedere Schutzpolizeibeamte antwortete: «Wir verstehen ja auch nicht, wie man so was machen konnte, wo doch das Liebknecht-Haus kurz vorher von Beamten der IA-Abteilung des Polizeipräsidiums von oben bis unten durchstöbert worden ist und nichts gefunden wurde.» Uns genügte dieses Bekenntnis eines Beamten vom alten Schlag, der offenbar fühlte, dass man gegenüber hohen Beamten des Reichswehrministeriums nicht lügen konnte und durfte. Wir haben dann die angeblichen Katakomben und geheimnisvollen Falltüren gesehen und verliessen das Haus mit dem Gefühl, dass hier führende Männer des Staates sich einer Lüge schuldig gemacht haben, die dem gesamten Regime den Kopf kosten kann, wenn das Volk diese Lüge einmal erfährt. Rücksprachen mit Beamten, die am 17. Februar 1933 im Auftrage des Polizeipräsidenten Melcher die erste Durchsuchung des Liebknecht-Hauses durchgeführt hatten, gaben die volle Gewissheit, dass im Liebknecht-Haus tatsächlich nicht das geringste von dem Material, von dem Minister Göring in seinen amtlichen Auslassungen sprach, sich befunden hatte, ja nicht einmal ein einziges Exemplar der Broschüren «Der Weg zum Sieg» und «Bewaffneter Aufstand».

Wie plump die Fälschungen, die dem Volke von der Auffindung furchtbarster Terrorpläne zu berichten wussten, im

Ministerium Görings angefertigt worden waren, wird erst im vollen Umfange ersichtlich, wenn man die Situation rekonstruiert, in der sich die Sicherheitsbehörden des Staates in jenen Tagen angeblich befunden haben. Ich unterstelle einmal vorübergehend, dass die amtlichen Mitteilungen wirklich wahr waren. Dann sah die Situation wie folgt aus:

Wenn alles wahr gewesen wäre ...

Am 24. Februar, eine Woche nach Amtsantritt des neuen Polizeipräsidenten, wird das Liebknecht-Haus erneut von einem grossen Stab von Beamten durchsucht, was bereits am Tage nach der Machtergreifung geschehen war. Damals war nichts Belastendes gefunden worden. Am 25. und 26. Februar erfährt die Öffentlichkeit von Materialfunden und gefährlichsten Terrorplänen der KPD. Die Mitteilungen hierüber erwecken unbedingt den Eindruck einer Sofort-Gefahr. Wie ist der Gang einer solchen Aktion im normalen Fall bei den Behörden? Der leitende Beamte, der im Liebknecht-Haus wider Erwarten feststellte, dass Material gefunden worden ist, das auf eine Gefährdung der Staatssicherheit hindeutet, verständigt hiervon sofort telephonisch seinen Auftraggeber. Das konnte in diesem Fall der Polizeipräsident sein oder der Leiter der Politischen Polizei, die wiederum den Auftrag hierzu von dem Polizeiminister des Reiches erhalten haben konnten und dieser wiederum vom Reichskanzler. Nachdem der leitende Beamte die Meldung an die höhere Dienststelle weitergegeben hatte, war es selbstverständlich, dass als erster der Chef der Politischen Polizei sich an Ort und Stelle begab, um die Funde in Augenschein zu nehmen, was natürlich vom Polizeipräsidenten geschehen wäre. Der Chef der Politischen Polizei berichtet bei der Auffindung eines so schwerwiegenden Materials selbstverständlich sofort an das Innenministerium weiter, und der Polizeiminister oder sein Vertreter würde sich in einem solchen Fall gleichfalls unverzüglich persönlich an den Ort begeben. Nachdem der Polizeiminister das Material in Augenschein

genommen hat, wäre eine weitere Meldung an den Reichskanzler eine Selbstverständlichkeit gewesen, befand man sich doch mitten im Wahlkampf, wo auch das geringste neue Argument gegen die Gegner von grösster Wichtigkeit gewesen wäre.

Dieses ist der normale Gang, und ich wüsste nicht, weshalb er nicht den gezeichneten Verlauf genommen hätte. Über das Material und über das Innere des Liebknecht-Hauses teilte man der Öffentlichkeit Dinge mit, die auf eine gemeingefährliche Betätigung der KPD schliessen lassen musste und auch auf die Gefahr, dass es schon in den nächsten Tagen explosionsartig zu einem Angriff kommen könnte.

Wie ernst offenbar der Inhalt des aufgefundenen Materials war, bewies auch die Tatsache, dass man sogar ein Sondergesetz vom Reichspräsidenten unterzeichnen liess, das die in den Terrorplänen aufgezählten Delikte unter besonders schwere Strafe stellte. Hinzu kam, dass eines der angekündigten Delikte ja bereits zur Ausführung gelangt war. Dieses ist die Situation von damals – wobei ich vorübergehend alle amtlichen Mitteilungen als wahr unterstelle.

Eine zweite Frage: Was geschieht seitens der Sicherheitsorgane des Staates, wenn in einer solchen Situation, wie damals, Terrorpläne aufgedeckt werden, aus denen hervorgeht, dass man sich am Vorabend ihrer Durchführung befindet?

Massnahmen, die unterlassen wurden

Um ein Verbrechen gegen den Bestand des Staates und das Wohl der Bevölkerung zu verhindern, das in einer derart grauenhaften Form geplant ist, gibt es zwei Möglichkeiten: Die eine ist, sofort alles zu tun, um die Pläne zu vereiteln, d.h. Präventivaktion, die darin besteht, der Öffentlichkeit die Auffindung der Pläne zu verschweigen, um eine Beunruhigung zu vermeiden und die Täter nicht zu warnen. Erster Schritt also: schlagartig alle festnehmen, die irgendwie erreichbar sind, Grenzen und alle Ausfallstrassen nach dem Ausland zur Grenze sperren, strengste Flugzeugkontrolle,

Hafenkontrolle, Anordnung des höchsten Alarmzustandes der gesamten Polizeikräfte und in dem besonders schweren Fall auch die der Wehrmacht. Auch diese Massnahme ist nicht öffentlich zu plakatieren, um unnötige Beunruhigung zu vermeiden. In diesem Fall wäre natürlich auch die technische Nothilfe zu mobilisieren gewesen, um die Gefährdung lebenswichtiger Betriebe zu verhüten und ihre Weiterführung zu gewährleisten.

Man hätte den Einberufenen mitteilen können, dass es sich um eine Art Probealarm handelt. Binnen weniger Stunden wäre der Zugriff auf die verantwortlichen Personen durchgeführt worden. Und nun hätte man der Öffentlichkeit die Tatsachen mitteilen können, die Auffindung der Pläne, die Gefahren und die Tatsache, dass man schlagartig sämtliche Verantwortlichen hinter Schloss und Riegel gesetzt und somit die Aufstandsbewegung ihrer Führer beraubt habe.

Gleichzeitig musste ein Plakat verkünden, dass die festgesetzten Führer vom Staate als Geiseln betrachtet werden und bei Terrorakten an die Wand gestellt würden.

In den nächsten 24 Stunden hätten geständige und der Anfertigung der Terrorpläne überführte Funktionäre erschossen werden können, nachdem man im selben Moment den grossen Ausnahmezustand verkündete. Die standrechtliche Aburteilung wäre vom Volke gebilligt worden angesichts der grauenhaften Pläne, von denen man die wichtigsten, insofern sie sich in normaler Schrift abgefasst vorfinden, in Photographien der Öffentlichkeit übergeben hätte. Auch das Ausland würde alle diese Massnahmen begriffen haben und hätte kaum Kritik daran geübt, dass solche Männer nicht vor den zuständigen Senat des Reichsgerichts gekommen wären. Starke Eindruck hätte natürlich auch gemacht, wenn man in Gegenwart von Vertretern der ausländischen Botschaften und der Presse Pläne im Original vorgelegt hätte, und wenn man jeden Zweifel beseitigen wollte, wäre die Ablegung des Geständnisses eines KPD-Führers in Gegenwart eines Botschafters einer fremden Macht als Zeuge taktisch äusserst wirksam gewesen.

Keiner wurde auf frischer Tat ertappt

Eine zweite Möglichkeit bei der Verhütung der Gefährdung der Sicherheit des Staates hätte in folgender Taktik bestehen können:

Die Politische Polizei erfährt von einigen Plänen und stellt, ohne der Öffentlichkeit Mitteilung von den Plänen zu machen, die KP-Funktionäre sofort unter unsichtbare Überwachung und führt gleichfalls möglichst unauffällig Schutzmassnahmen in lebenswichtigen Betrieben durch.

Die massgeblichen Stellen der Polizei und Wehrmacht sind zu verständigen, dass auf ein gegebenes Zeichen grosser Ausnahmezustand erklärt wird. Der Sinn dieser Taktik besteht darin, die Täter in Sicherheit zu wiegen und ihnen zu erlauben, bei der Vorbereitung der Taten möglichst weit fortzuschreiten. Die Kunst ist in diesem Falle, in einem Augenblick zuzupacken, der sich kurz vor der Tat befindet. Bei dieser Taktik hat man den Vorteil, dass man die Täter erstens an Hand von materiellen Beweisen überführen kann (das könnten sein: Sprengstoffanhäufung an Brücken oder Verteilung von Waffen oder Anlegung von Zündstoffen, die man vielleicht schon am nächsten Tage zur Entladung bringen wollte). Aber ein viel wichtigerer Nachweis kann einem in einem solchen Fall gelingen, nämlich: dass jene Terroristen wirklich den Willen zur Tat gehabt haben! was z.B. im Fall van der Lubbe von grösster Bedeutung gewesen wäre, wenn man ihm wirklich hätte nachweisen können, dass er mit dem Brand ein Signal zur Entfaltung des Aufstandes geben wollte. Das ist bekanntlich, wie ja auch sein Verteidiger ausdrücklich betonte, nicht gelungen.

Nach diesen theoretischen Untersuchungen folgt die Frage: Was und welche Methode benützte der Polizeiminister Göring in der oben gekennzeichneten Situation?

Göring erfuhr kurz nach der Besetzung des Liebkecht-Hauses, dass dort aufsehenerregende Dokumente gefunden worden sind – wobei ich noch immer unterstelle, dass damals wirklich viel Material mit obigem Inhalt gefunden worden ist. Göring veranlasste alle die oben er-

wähten Vorsichtsmassnahmen nachweisbar nicht, ja sogar auch nicht einmal nach der Meldung von der versuchten Brandstiftung im Schloss, die naheliegenderweise im Rahmen der vorgesehenen Brandschätzungen liegen konnte. Auch jetzt erhalten die öffentlichen Gebäude noch keinen Schutz, keinerlei Alarmzustand wird angeordnet, sondern erst im Augenblick, wo ein weithin sichtbares Zeichen eines Terroraktes geschieht, entschliesst sich Göring, zuzuschlagen. Vom 25. bis 27. Februar lässt Göring aber fortlaufend der Öffentlichkeit amtlich mitteilen, welche gefahrbringenden Terrorpläne im Liebknecht-Haus aufgefunden worden seien – ohne auch nur einen einzigen Funktionär der KPD festnehmen zu lassen. Diese hätten also drei Tage bequem Zeit gehabt, das Weite zu suchen, weil sie ja durch Göring hinlänglich gewarnt worden waren. Was hätten denn die KPD-Führer getan, wenn all das wirklich wahr gewesen wäre, was man der Öffentlichkeit über die furchtbaren Einzelheiten der KP-Terrorpläne übergeben hatte? Vom ersten Augenblick an, wo sie erfuhren, dass im Liebknecht-Haus die entscheidenden Terrorpläne in die Hände der Polizei gefallen waren, was ja bereits am 25. Februar bekannt wurde, hätten sie bestimmt die ganze Aktion abgeblasen; denn nun war ja alles verraten und eine Durchführung von Vorneherein zum Misserfolg verurteilt. Und für die Führer gab es jetzt nur eines, sofort aus Deutschland zu verschwinden; denn es wäre ja kein Heroismus gewesen, sich einfangen und an die Wand stellen zu lassen. All das geschieht aber nicht, sondern wir sehen die Abgeordneten seelenruhig Wahlversammlungen abhalten, und Herr Torgler geht am Vormittag des Reichstagsbrandes mit einem grossen Kuchenpaket vom Potsdamerplatz in den Reichstag. Man traut seinen Ohren nicht, dass vor dem Reichsgericht ein grosser Streit entsteht, ob dieses Kuchenpaket in braunem oder weissem Papier eingepackt gewesen ist. Torgler hatte gesagt in braunem, worauf ihm einer der spitzfindigsten Richter erwidert, dass in Geschäften am Potsdamerplatz kein braunes Papier zum Kucheneinpacken verwendet wird. Es fehlte nur noch die Bemerkung, «sondern

stets nur Brandmaterial für den Reichstagsbrand eingepackt zu werden pflegt.»

Phantasie und Wirklichkeit

In der Phantasie eines Teiles des Volkes malte sich das Treiben der KPD-Führer in jener Nacht ungefähr wie folgt aus. (Hatte man doch grässliche Einzelheiten über die geplante Verschwörung von amtlicher Seite mitgeteilt erhalten.) Die Höllenmaschinen werden überprüft – überall liegen Zündschnüre – die Personen, die Giftbeibringung vorzunehmen haben, sind gedungen – keiner der KPD-Führer schläft natürlich in der eigenen Wohnung – ungeduldig warten die Verschwörergruppen auf das Kommando der Führer – die Räume für die Geiseln sind bereitgestellt – die Kommandos zum Abfangen von Geiseln warten auf das Kommando.

Und wie sah es in Wirklichkeit aus? Fast alle kommunistischen Führer schlafen in dieser Nacht seelenruhig im trauten Heim. Hätten sie ein schlechtes Gewissen gehabt, so hätten sie sich doch in jener gefährlichen Nacht bestimmt versteckt gehalten!

Aber noch ein peinlicher Regiefehler geschah Herrn Göring: Obwohl man der Öffentlichkeit tagelang mitteilte, dass Furchtbares gefunden worden sei, verhandelten seine Beamten zur selben Zeit an dem Tatort im Liebknecht-Haus mit den Verschwörern der KPD über die Herausgabe von Wahlmaterial! Sogar noch am 27. Februar nachmittags, also wenige Stunden vor dem Brand, verhandelte KP-Führer Koehnen im Karl Liebknecht-Haus mit der Polizei über Wahlmaterial und erhielt auch mehrere Zentner! Von Rechts wegen, wenn jene Funde wirklich wahr waren, hätte doch niemand von der Polizei mehr mit der KPD verhandeln, geschweige denn Propagandamaterial herausgeben dürfen. Vor allem hätte auch kein KP-Führer mehr darum gebeten, wenn er gewusst hätte, dass wirklich Belastendes gefunden worden ist.

IX

Göbbels übergibt der Öffentlichkeit neue Fälschungen

Als in den Wochen nach dem Reichstagsbrand in Deutschland sich eine immer stärker werdende Unruhe bemerkbar machte, weil weder der angekündigte grosse Hochverratsprozess gegen die KPD-Führer stattfand, noch der Prozess gegen die Reichstagsbrandstifter, und gleichzeitig die Verdächtigungen des Auslandes immer mehr durchsickerten, entschloss sich der Propagandaminister Göbbels, ein Buch verfassen zu lassen, um der Öffentlichkeit die Grösse der kommunistischen Gefahr, vor der Hitler das Reich gerettet habe, anhand von Dokumenten vor Augen zu führen. Göbbels hatte das richtige Gefühl, dass jetzt schleunigst ein derartiges Buch erscheinen müsste, um im Volke nicht Zweifel aufkommen zu lassen an der Echtheit der Regierungsmitteilungen über den im Keime erstickten kommunistischen Aufstand. Es war interessant, zu sehen, wie man damals weder im Geheimen Staatspolizeiamt, noch im Innenministerium, noch im Propagandaministerium die geringste Lust verspürte, eine solche Dokumentenzusammenstellung von sich aus abzufassen, da man an diesen Stellen natürlich genau wusste, wie heiss das Eisen ist, das man in diesem Buche anfassen müsste. War sich doch jede dieser Behörden bewusst, dass auch nicht ein einziges Dokument existierte, das in einer solchen Veröffentlichung wirklichen Eindruck auf das Volk gemacht hätte. Selbst Herr Sommerfeld, der sich bei der Abfassung der «Amtlichen Mitteilungen über den kommunistischen Aufstandsversuch» und bei den Fälschungen der KPD-Terrorpläne so federgewandt gezeigt hatte, verspürte keine Lust, dieses Buch zu schreiben.

Göbbels und Dr. Ehart vom Evangelischen Presseverband

Göbbels fand aber einen Ausweg, indem er sich Herrn Dr. Ehart vom Evangelischen Presseverband herbeiholte, der sich

publizistisch schon längere Zeit im antikommunistischen Sinne betätigt hatte. Diesem Mann erteilte Göbbels den Auftrag, ein Buch über den «kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution» zu schreiben. Gleichzeitig wurde Herrn Ehrt zugesichert, dass er in alle Dokumente, die die Aufstandspläne betrafen, Einsicht nehmen könnte. Und nun begann ein Fälscherspiel, an dem sich erneut in trautem Verein die Ministerien der Herren Göbbels und Göring und das Geheime Staatspolizeiamt beteiligten. Herrn Ehrt liess man nämlich in Dokumente Einsicht nehmen, wobei man höchst geheimnisvoll tat und stets bemerkte, dass ihr Inhalt so furchtbarer Natur sei, dass einer Veröffentlichung schwerwiegende polizeiliche Bedenken im Interesse der Staatssicherheit entgegenstünden. Von diesen Dokumenten durfte er natürlich keinen Gebrauch machen; man hatte aber den Zweck erreicht, dass Herr Ehrt keinen Zweifel an dem Vorhandensein der Aufstandspläne der KPD hegte. Jene geheimnisvollen Dokumente waren aber samt und sonders gefälscht und man hütete sich wohlweislich, auch nur eines dieser angeblichen Originale im Reichstagsbrandprozess in der Beweisaufnahme ins Feld zu führen. Was Herrn Ehrt an Dokumenten für die Veröffentlichung zur Verfügung gestellt wurde, war inhaltlich ebenfalls zum grossen Teil so töricht gefälscht, dass es selbst ein Laie sofort merken musste.

Bevor ich auf die Fälschungen eingehe, möchte ich feststellen, dass im Vorwort zu diesem Buch sich folgender Passus befindet: «Die Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution werden nicht geringes Aufsehen erregen. Es soll daher ausdrücklich gesagt werden, dass die Darstellung der bolschewistischen Verschwörertätigkeit des Hoch- und Landesverrates, des organisierten Massenterrors und des Aufstandsplanes ausschliesslich auf amtlichem Material beruhen, dessen Zuverlässigkeit ausser jedem Zweifel steht. Der Gesamtverband deutscher antikommunistischer Vereinigungen wird dafür sorgen, dass das Quellenmaterial der ernsthaft inter-

essierten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, es sei denn, dass im Ausnahmefall schwerwiegende polizeiliche Bedenken dagegen bestehen. Allen Reichs- und Staatsbehörden, die dem Verfasser Einsicht in das einschlägige Material gewährten, sei auch an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen. Die vorliegende Arbeit dient der reinen Wahrheitsforschung; sie hält sich frei von jeder Absichtlichkeit, Verallgemeinerung und Entstellung. Aus dem Geiste der Sachlichkeit und Wissenschaftlichkeit sollte eine Schrift für breite Volksschichten entstehen, die als unerschütterliche Grundlage der geschichtlichen Urteilsbildung dienen kann.»

Im amtlichen Auftrage ...

Wie aus diesem Vorwort klar hervorgeht, handelt es sich bei diesem Buche also um keine Arbeit eines Privatmannes, sondern um einen Auftrag von amtlicher Seite, der mit amtlicher Unterstützung durchgeführt worden ist. Trotz alledem unternahm es Herr Göbbels, als schon nach Kurzem der Inhalt dieses Buches im Ausland und auch im Reichstagsbrandprozess zerpfückt und als eine plumpe Fälscherarbeit entlarvt wurde, von diesem Buche abzurücken und zu erklären, dass er «der Veröffentlichung dieses Buches fernstünde!» Die von Dimitroff beantragte Ladung des Herrn Ehrh, die unbedingt notwendig gewesen wäre, wurde vom Gericht eilfertig abgelehnt, weil das Gericht sich der Gefahr bewusst war, die entstehen musste, wenn man in die Erörterung des Kapitels «Dokumente über den Aufstand der KPD vom Februar 1933» eintrat. Das Gericht folgte hierbei der strengen Weisung Görings, die Behandlung dieses Kapitels unter keinen Umständen zuzulassen, und verhinderte somit pflichtgemäss die Ladung des Herrn Ehrh.

Torglers Rolle

An diesem Punkte zeigte sich das Komplott gegen die Auffindung der Wahrheit wieder einmal besonders

drastisch, indem nämlich der KPD-Führer Torgler, der vom Gericht in dieses Komplott zur Verhinderung der Auffindung der Wahrheit mit hineingenommen war, es bewusst unterliess, zu diesem amtlichen Fälscherwerk Stellung zu nehmen; denn hätte Herr Torgler als aufrechter Mann vor Gericht gestanden und nicht als ein Mann, der seine Gesinnung verkauft hatte, dann hätte er das Buch Ehrts bestimmt zum Anlass eines tödlich wirkenden Vorstosses im Reichstagsbrandprozess genommen.

Torgler hätte als Angeklagter das Recht gehabt, vor Gericht die Forderung zu erheben, dass auch ihm die Dokumente, die Herrn Ehrht gezeigt worden sind, im Original vorgehalten werden, damit er zu den ungeheuerlichen Vorwürfen, wie z.B. den angeblich geplanten Geiselmorden, Giftbeibringung in Speisen und andern Terrorakten Stellung nehmen könnte. Hätte das Gericht das abgelehnt (aus Gründen der Staatssicherheit), so hätte sein Rechtsanwalt Dr. Sack die Pflicht gehabt, um Einsichtnahme in die Originale dieser Dokumente zu bitten – was ihm das Gericht niemals hätte verwehren dürfen; denn schliesslich waren doch in den amtlichen Mitteilungen nach dem Reichstagsbrand gegen die KPD Beschuldigungen furchtbarster Art erhoben worden, die dahin hinausliefen, dass die Partei des Herrn Torgler am Tage nach dem Reichstagsbrand Deutschland in blutigen Bürgerkrieg zu stürzen beabsichtigt hatte. Hätte Sack oder Torgler einen solchen Vorstoss gemacht, so hätte das Gericht erklären müssen, wenn es nicht lügen wollte, dass die erwähnten Dokumente im Original niemals bestanden haben, sondern die ganzen Enthüllungen ein grossangelegtes Fälscherwerk darstellten. In demselben Moment wäre natürlich der Prozess aufgefliegen, und die politischen Folgen für das Regime wären unausdenkbar gewesen. Herr Torgler und Herr Sack haben diesen Vorstoss nicht etwa versehentlich unterlassen, sondern bewusst folgten sie auch in diesem Punkte den von Göring erteilten Richtlinien.

Was Herr Göbbels schreiben liess

Es lohnt sich, auf den Inhalt des Buches des Propagandaministeriums näher einzugehen, da man auch in diesem Falle mühelos den Nachweis führen kann, dass amtlicherseits bewusst Fälscherarbeit verrichtet wurde. Wie sieht diese «reine Wahrheitsforschung» aus, um mit den Worten des Vorworts zu sprechen? Zu dem grossen kommunistischen Aufstand, zu dem angeblich die KPD durch den Reichstagsbrand Ende Februar das Signal gab, schreibt der Beauftragte des Herrn Göbbels, Herr Ehrht:

«Ende Februar 1933 waren alle Vorbereitungen getroffen, um beim verabredeten Signal losschlagen zu können. Die Rote Front schritt zum Angriff auf der ganzen Linie, selbstverständlich unter verantwortlicher Führung der KPD. Anfang Februar 1933 trat die Geheime Kopfleitung des bewaffneten Aufstandes zusammen. Als Vertreter der KPD nahmen die Führer der kommunistischen Kampfverbände an der Sitzung teil: Olbrich, Schneller, Kippenberger. Sie nahmen die Befehle der Kommunistischen Internationale entgegen, die ihnen von dem Leiter der westlichen Sektion, dem Juden Manuilski, erteilt wurden. Der Inhalt des Planes ist in grossen Zügen bekannt geworden. Danach sollte der Aufstand in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes beginnen. Das Signal sollte die Ermordung des Führers und Reichskanzlers bei seiner beabsichtigten Rheinlandreise werden. Zugleich mit dem Attentat auf den Führer oder auf den Reichspräsidenten wurde beschlossen, sämtliche Grosssende-Stationen zu besetzen, von denen aus der Aufruf zum bewaffneten Aufstand an das Proletariat ergehen sollte, und unverzüglich sollten im Anschluss daran lebenswichtige Betriebe gesprengt oder stillgelegt und Sabotageakte an öffentlichen Gebäuden, Eisenbahnen, Brücken, Kasernen, Polizeiunterkünften verübt werden. Die geheime Leitung der bolschewistischen Revolution sollte sich in Krefeld und Düren befinden, ohne dass die Mitglieder des Aktionsausschusses an einem

Ort zusammentraten, um nicht von der Polizei ausgehoben zu werden. Die militärische Leitung lag offenbar in der Hand des russischen Juden Wollenberg, dem als engster Mitarbeiter ein anderer Jude, Landesmann, beigegeben war.»

Auf Seite 179 fährt Ehrhart fort: «Am Ende hatte die KPD keine andere Wahl, als jetzt alles auf eine Karte zu setzen ... Sie entschloss sich für das Wagnis der Revolution und griff zu den Waffen. Innerhalb weniger Tage wurde der Aufstandsversuch niedergeschlagen und die KPD wurde vernichtet.»

Seite 181: «Die entscheidenden Tage des Jahres 1933 sahen in Deutschland ein einzigartiges geschichtliches Schauspiel – das Aufeinanderprallen zweier Revolutionen, einer Erhebung und eines Aufstandes. Die Kommunistische Internationale hatte in Deutschland eine vernichtende Niederlage erlitten. Die Weltrevolution war zusammengebrochen. Hierin liegt die welthistorische Bedeutung des Februars 1933 ...»

Einige peinliche Fragen

Diese zitierten Ausführungen aus dem Buche Ehrharts bedürfen eines gründlichen Kommentars. Ich stelle an die Behörden, die Herrn Ehrhart das «Original-Material» zur Verfügung gestellt haben, auf Grund dessen er obige Behauptungen aufstellt, folgende Fragen:

Warum wurde dieses bedeutsame Dokument über das Zusammentreten der «geheimen Kopfleitung des bewaffneten Aufstandes» und über jene historische Sitzung, in der angeblich der Jude Manuilski die Befehle der Internationale für die KPD überbracht haben soll, nicht im Leipziger Prozess vorgelegt und erörtert?

Warum wurden die einzelnen Punkte jenes Planes, der nach Herrn Ehrhart «in grossen Zügen bekannt geworden ist», im Leipziger Prozess mit keinem Wort erwähnt? Die Vorlage eines solchen Dokumentes wäre doch zweifelsohne Höhepunkt des Prozesses geworden.

Warum verzichtete man auf diesen Höhepunkt? Oder ist die Erwähnung dieses Dokumentes versehentlich vergessen worden? Nein, ihr Herren von der Oberreichsanwaltschaft, vom Reichsgericht, von der Geheimen Staatspolizei, vom Polizeiministerium und vom Propagandaministerium! Ich will es euch von dieser Stelle aus beantworten:

Weil kein einziges Wort an diesen Enthüllungen wahr ist, weil alles von A bis Z erlogen oder gefälscht worden ist! Treten Sie den Wahrheitsbeweis für jene Behauptungen an, und ich löse mein ehrenwörtlich gegebenes Versprechen ein, und stelle mich freiwillig dem Volksgericht. Sollten Sie, meine Herren von der Oberreichsanwaltschaft oder der Geheimen Staatspolizei, diesen Wahrheitsbeweis mit gefälschten Dokumenten anzutreten versuchen, dann werde ich Ihnen in diesem Falle Kronzeugen für Ihre Fälschungsarbeit benennen, die ich jetzt aus Sicherheitsgründen für jene Männer noch verschweigen muss. Also hüten Sie sich vor der Anfertigung derartiger «Wahrheitsbeweise!» Meine Kenntnis der Dinge ist zu gross, als dass es Ihnen auch nur in einem Punkte gelingen könnte, erfolgreich mit fabrizierten Dokumenten zu operieren.

«Die KPD griff zu den Waffen ...»

Auf Grund amtlichen Materials stellte Herr Ehrt, wie ich zitierte, fest, dass die KPD «zu den Waffen griff», dieser Aufstandsversuch aber «in wenigen Tagen niedergeschlagen und die KPD vernichtet wurde.» Ich frage weiter: Weshalb vermochte die Anklagebehörde nicht ein einziges Dokument zu erbringen, dass die KPD auf den Reichstagsbrand hin zu den Waffen gegriffen habe, oder dass an irgendeiner Stelle ein Aufstandsversuch unternommen worden sei? Man lese im Stenographischen Protokoll des Prozesses nach, dort wird man in dem Plädoyer des Officialverteidigers van der Lubbes, Dr. Seuffert, folgende schwerwiegende Feststellung finden: «Die Beweisaufnahme hat zunächst, was die objektive Seite betrifft, irgendeine Anweisung der KPD-Zentrale

nicht nachweisen können ... Wir müssen aus den Berichten über die Aufstandsvorbereitungen in den verschiedenen örtlichen Bezirken, die hier erörtert worden sind, und zwar aus den Berichten des Herrn Kriminalrates Heller, ebenso aus den Polizeiberichten, die ich habe verlesen lassen, entnehmen, dass niemand schon Ende Februar an eine derartige Erhebung dachte.» Seuffert stellt nochmals fest im weiteren Verlauf seiner Rede: «Niemand hat damals an ein Losbrechen des Aufstandes Ende Februar gedacht oder etwas derartiges im Sinne gehabt.» Seuffert betont auch, dass die Beweisaufnahme ergeben habe, dass dem Brandstifter «keinerlei Beziehungen zu Kommunisten oder zu irgendwelchen Plänen auf Aufstand oder Erhebung» nachgewiesen werden könne.

Bürgerkriegsdilettanten fälschen Dokumente

Aus der Fülle der Fälschungen des Buches aus dem Propagandaministerium seien noch folgende erwähnt. Auf Seite 173 passiert dem Verfasser folgendes Malheur, als er die «Zentrale Kampfانweisung an die Terror- und Kampfverbände» zitiert, die von der «geheimen Aufstandsleitung der KPD» am 28. Februar 1933 ergangen sein soll. Diese beginnt mit den Worten: «Liebe Freunde, wir haben uns mit andern Freunden über die augenblickliche Lage unterhalten und dabei eine Reihe von Beschlüssen gefasst.» In Punkt 6 dieser angeblichen Beschlüsse heisst es: «Kämpft um Versammlungs-, Presse- und Demonstrationsfreiheit», des Weiteren wird zu «spontanen Aufmärschen und Kundgebungen aufgefordert» und die Losung ausgegeben: «Die Waffen in die Hände der Arbeiter und armen Bauern.» Dem Fälscher dieses Aufstandsbefehls ist hierbei nämlich die Tatsache entgangen, dass der Reichstagsbrand am 27. Februar gewesen ist und am 28. Februar bereits sämtliche kommunistischen höheren und Unterfunktionäre sich in Haft befanden, also nicht die geringste Chance mehr bestand, irgendeine «zentrale Kampfانweisung» für einen bewaffneten Aufstand auszuführen!

Herrn Ehrhart passiert aber noch ein weiteres Malheur, er fährt an jener Stelle wörtlich fort: «Noch am selben Tage erging der Befehl für die höchste Alarmstufe. In den kommenden Tagen oder auch Stunden sollte der Aufstand ausgelöst werden.» Aus diesem Befehl weiss Herr Ehrhart zu berichten: «Bis Sonnabend muss dem Reichskurier gemeldet sein, wieviel Waffen in euren Bezirken vorhanden sind und wieviel Munition.» Als Punkt 5 dieses Befehls zitiert Ehrhart die Aufforderung, «festzustellen, wo Nazikasernen sind und alle strategischen Punkte der Nazis. Punkt 7 höchste Alarmstufe, 5. März abends 12 Uhr. Eintreffen der Alarmmeldung, positive Anweisungen über Operationen im Reich, Eintreffen des Reichskuriers. Wir erwarten, dass unsere Anweisungen sofort durchgeführt werden zum Sturze der Hitler-Regierung.»

Lügen haben kurze Beine

Mit wie geringen Kenntnissen die Herren Fälscher dieses Befehls für die «höchste Alarmstufe» auf polizeitechnischem und bürgerkriegstechnischem Gebiet belastet gewesen sind, dafür ist dieser Fall ein geradezu klassisches Schulbeispiel; denn sie waren sich bei der Fälschung nicht der grotesken Tatsache bewusst, dass am Tage nach dem Reichstagsbrand gar kein Befehl für die höchste Alarmstufe mehr ergehen konnte, da alle bereits verhaftet waren. Sie waren sich auch nicht bewusst, wie fast erheiternd es auf einen Fachmann wirkt, zu lesen, dass in einem Befehl für die höchste Alarmstufe und für einen Aufstand, der laut Angabe vielleicht schon in den nächsten Stunden ausbrechen sollte, aufgefordert wird, dem Reichskurier zu melden, wieviel Waffen in den einzelnen Bezirken sind und gleichzeitig festzustellen, wo die Nazikasernen sind und sonstige strategischen Punkte des Gegners. Diese Arbeiten, das weiss auch der dümmste Anfänger, werden nicht einige Stunden vor dem Losschlagen verrichtet, sondern viele Monate vorher! Herr Ehrhart wollte mit dem Zitieren obiger Befehle nachweisen, dass man wirklich am Vorabend eines Aufstandes stand, in Wirk-

lichkeit beweist aber jener Inhalt, wenn er wirklich echt wäre, dass man sich in den ersten Kinderschuh zu Vorbereitung eines Bürgerkrieges befunden hat. Ebenso unlogisch argumentiert Herr Ehrhart, wenn er als Beweis für das Losbrechen des Aufstandes am Tage des Reichstagsbrandes einen Tagesbefehl aus dem KPD-Bezirk Halle von Ende Februar zitiert, der lautet: «Du wirst mit allen dir zur Verfügung stehenden Mitteln deine Kameraden mit dem Gebrauch der Waffen von der Pistole bis zum Maschinengewehr bekannt machen.»

Auch einen solchen Befehl pflegen Funktionäre einer Bürgerkriegstruppe nicht einige Tage vor Beginn des Bürgerkrieges an ihre Kampfformationen auszugeben, sondern viele Monate vorher. Wie ungläubwürdig dieser Befehl ist, beweist aber auch die Tatsache, dass die KPD ihre aktiven Mitglieder ja schon seit vielen Jahren planmässig in der Waffe ausbildete und nicht notwendig hatte, einige Tage vor dem Reichstagsbrand diesen Befehl ergehen zu lassen. Herr Ehrhart widerspricht sich, ohne es zu wissen, fortgesetzt auf jeder Seite seines Buches. Wenn z.B. nach seiner Angabe Anfang Februar die «geheime Kopfleitung des bewaffneten Aufstandes» zusammengetreten ist, so ist es doch unmöglich, dass erst Ende Februar Befehle ergehen, wie z.B. die Mitglieder mit der Waffe bekannt zu machen oder den Waffenbestand anzugeben oder Nazikasernen festzustellen. Das Lügengebäude, das Herr Ehrhart hier im Auftrage des Propagandaministeriums errichtet hat, ist ihm anscheinend derart über den Kopf gewachsen, dass er sich selbst nicht mehr durchfand und sich bei Einzelheiten nicht mehr bewusst war, dass er den Polizeiminister Göring durch von ihm gemachte Feststellungen immer wieder glattweg der Lüge straft. Ein besonders krasser Fall ist folgender:

Dr. Ehrhart überführt Göring der Unwahrheit

Minister Göring hatte bekanntlich nach der letzten Durchsichtigung des Karl Liebkecht-Hauses amtlich mitteilen las-

sen, dass es ihm gelungen sei, Hunderte von Zentnern aufsehenerregenden Bürgerkriegsmaterials zu finden, und eine Fülle von wichtigen Terrorplänen, die im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand zur Ausführung gebracht werden sollten. Herr Ehrh hat offenbar diese amtliche Mitteilung vergessen und führt aus Versehen einen Nachweis, wie gründlich die KPD sämtliches Material, das sie belasten könnte, aus ihren Parteiräumen entfernt hat, und zwar schon seit mehreren Jahren! Ehrh stellt fest, dass die KPD sich schon seit 1930 auf die Illegalität eingestellt habe und erwähnt, dass Ende November 1932 «strenge Anweisungen ergingen für die letzten Aufräumungsarbeiten in ehemaligen Parteistellen, alle Archive und Ablagen; vor allem sämtliche Adressen mussten sofort vernichtet werden, auch die Privatwohnungen wurden von Parteimaterial gesäubert.»

Ehrh berichtet auch, dass selbstverständlich die Parteilisten alles Wichtige in Geheimschrift verfasst hätten. Dieser Nachweis des Göbbels-Beauftragten kommt einem direkten Nachweis dahingehend gleich, dass es also ausgeschlossen gewesen ist, dass Herr Göring Ende Februar bei der Durchsichtigung des Liebknecht-Hauses noch etwas gefunden haben kann, und dass jemals Terrorpläne von solcher Wichtigkeit in unchiffriertem Zustand sich dort befunden haben können. Ein anderes Beispiel: Göring lässt in seinen denkwürdigen Enthüllungen zum Reichstagsbrand mitteilen, dass man im Karl Liebknecht-Haus grosse Mengen der berüchtigten Schriften «Der bewaffnete Auf stand» und «Der Weg zum Sieg» gefunden habe. Herr Ehrh denkt bei der Abfassung seines Buches an diesen Passus in Görings Veröffentlichungen nicht mehr und führt munter den Nachweis, dass es niemals gelungen sei, «die Ausgabestellen für diese beiden Schriften zu entlarven, denn die Kartothek der Bezieher war mehrfach gesichert und chiffriert und der Versand dieser Schriften geschah selbstverständlich unter Beobachtung aller Regeln der Konspiration, nur selten mit der Post, dann jedoch in einem irreführenden Umschlag, sonst mit Kurier an Zwischenstellen und Deckadressen.»

Hierdurch beweist Herr Ehrh – ohne es gewollt zu haben – dass Herr Göring diese beiden Schriften im Karl Liebknecht-Haus nicht gefunden haben kann, was in der Tat ja auch nicht geschehen ist. Fast möchte man bei dem genaueren Studium dieses Buches des Propagandaministeriums meinen, dass man Herrn Göring absichtlich Lügen straft, was aber nicht der Fall gewesen sein dürfte. Sehr bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass in diesem Buch die wichtigen Verlautbarungen aus dem Ministerium Görings über den grauenhaften Umfang des geplanten KPD-Aufstandes mit keinem Wort erwähnt sind und man sogar unterlässt, das Gesetz vom 28. Februar 1933 zu erwähnen, das auf Grund des von Herrn Göring angeblich auf gefundenen Terrormaterials erlassen worden ist. Weshalb das unterblieb, will ich auf klären: In den Ministerien Görings und Göbbels war man sich zu jenem Zeitpunkt, als Herr Ehrh das Buch verfasste (Juli 1933), sehr wohl bewusst, dass es sehr gefährlich sei, die damals gefälschten amtlichen Berichte der Öffentlichkeit nochmals in Erinnerung zu bringen. Herrn Ehrh dürfte man mit irgendwelchen Begründungen dahingehend unterrichtet haben, dass der Abdruck dieser Verlautbarungen in seinem Buche zu unterbleiben hat. Aus Versehen ist es jedenfalls bestimmt nicht passiert, dass das wichtigste Gesetz zur Bekämpfung des Kommunismus mit seiner Begründung in diesem Buche nicht Erwähnung findet.

Steine und Knüppel als moderne Waffen

Über die «ungeheuerliche Fülle» des entdeckten Waffenmaterials der KPD berichtet Ehrh in aufgeregtesten Tönen und zitiert «einige besonders typische Fälle aus einer amtlichen Liste über beschlagnahmte Waffen.» Beim Durchlesen dieser Liste ergibt sich nicht im Geringsten irgendeine ungeheuerliche Fülle, sondern man findet u.a. unter der Rubrik beschlagnahmte Waffen' auch Posten wie, z.B. auf Seite 111:

4 Feldsteine, 1 Holzknüppel, 1 Spiralfeder, 1 Bohrer, 1 Hundepeitsche, 1 zerbrochener Gummiknüppel und anderes

mehr! Im Kommentar zu den Feldsteinen heisst es: «Die Steine sollten als Wurfgeschosse und der Holzknüppel als Schlagwaffe benützt werden. Das gleiche gilt für die Hundepeitsche.» Und dieses Buch, das kurz vor dem Reichstagsbrandprozess in mehreren Sprachen zugleich erschien und in alle Welt hinausgesandt wurde, hatte Herr Göbbels verfassen lassen, um zu beweisen, dass Ende Februar in Deutschland die Weltrevolution ausbrechen sollte, diese aber von der Regierung des Dritten Reiches schon nach wenigen Tagen niedergeschlagen worden sei! Pathetisch schreibt der Beauftragte des Herrn Göbbels, Herr Ehrt: «Hierin liegt die welthistorische Bedeutung des deutschen Februars 1933. Eine siegreiche Revolution bedarf keiner Rechtfertigung!»

Als Herr Göbbels dieses Buch schreiben liess, glaubte er eben noch immer daran, dass er und seine Genossen sich für die Schandtaten vom Februar 1933 niemals zu rechtfertigen haben würden, und dass niemals irgendeiner sie zur Rechenschaft für ihre Untaten ziehen könnte. Heute denken Göbbels und Göring schon nicht mehr so siegesgewiss, sondern sie haben bange Furcht und das mit vollem Recht.

X

Vorgeschichte zum 30. Juni 1934

Das wichtigste Stück Vorgeschichte zu den Ereignissen vom 30. Juni 1934 stellt zweifelsohne der Vorstoss des Vizekanzlers von Papen dar, den dieser am 17. Juni 1934 gegen die Göbbels-Göring-Front unternahm. Es ist dies die Rede Papens vor dem Marburger Universitätsbund, die einerseits den Ministern Göbbels und Göring als Warnungssignal in den Ohren tönen musste, dass sie auf gefährlichen Pfaden seien und das Volk sich nicht weiter verhöhnen und terrorisieren lasse, andererseits für das Ausland ein deutliches Zeichen dafür sein musste, dass das politische Barometer in Deutschland auf Sturm zeigte. Denn nach der Papen-Rede war es für das ganze Ausland offensichtlich, dass schon in aller nächster Zeit irgendetwas geschehen würde, um diese hochgespannte politische Situation zu entladen. Am 17. Juni 1934 schleuderte Minister von Papen den Göbbels und Göring folgende Wahrheiten ins Gesicht:

«Es droht die Revolution in Permanenz!»

«Eine offene männliche Aussprache frommt dem deutschen Volke mehr als beispielsweise der ventillose Zustand einer Presse, von welcher der Herr Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Göbbels, festgestellt hat, dass sie ‚kein Gesicht mehr habe‘. Dieser Mangel besteht ohne Zweifel. Wenn die berufenen Organe der öffentlichen Meinung das geheimnisvolle Dunkel, welches zur Zeit über die deutsche Volksstimmung gebreitet scheint, nicht genügend lichten, so muss der Staatsmann selber eingreifen und die Dinge beim Namen nennen ...»

«Die Vorherrschaft einer einzigen Partei an Stelle des mit Recht verschwundenen Mehrparteien-Systems erscheint mir geschichtlich als Übergangszustand, der nur so lange Be-

rechti gung hat, als es die Sicherung des Umbruchs verlangt und die personelle Auslese in Funktion tritt ...» «Jede natürliche und göttliche Ordnung muss so verloren gehen, es droht die Revolution in Permanenz ...»

«Ich habe deshalb die Probleme der deutschen Revolution und meine Stellung dazu scharf umrissen, weil das Gerede von der zweiten Welle, welche die Revolution vollenden werde, kein Ende nehmen will. Wer verantwortungslos mit solchen Gedanken spielt, der soll sich nicht verhehlen, dass einer zweiten Welle leicht eine dritte folgen kann, dass, wer mit der Guillotine droht, am ehesten unter das Fallbeil gerät. Auch ist nicht ersichtlich, wohin diese zweite Welle führen soll. Es wird viel von der kommenden Sozialisierung gesprochen. Haben wir eine antimarxistische Revolution erlebt, um das Programm des Marxismus durchzuführen?»

Kaum hatte Vizekanzler von Papen seine Rede beendet, die mit stürmischem Beifall aufgenommen worden war, da läutete es im Ministerium von Dr. Göbbels Sturm. Freunde des Ministers Göbbels, welche die Rede von Papens persönlich angehört hatten, machten in aufgeregtester Tonart Mitteilung von der «frechen Herausforderung», die sich Papen gegenüber Göbbels geleistet habe und forderten kurzweg die Verhaftung Papens durch die Geheime Staatspolizei.

Minister Göbbels dürfe sich auf keinen Fall eine solche Verhöhnung gefallen lassen. Jetzt müsse endlich gegen die Reaktion zugeschlagen werden – wie unverschämt sie bereits ihr Haupt erhebe, dafür sei die Rede Papens der klarste Beweis. In dieser Tonart bewegten sich die Ratschläge, die dem Minister Göbbels von seinen Anhängern telephonisch oder mündlich erteilt wurden. Josef Göbbels selbst raste vor Wut, als er den genauen Wortlaut der Papen-Rede vorgelegt erhielt und aus jedem Satz deutlich erkennen konnte, dass Papen ihn bewusst treffen, ja sogar vielleicht seinen Sturz mit diesem Vorstoss herbeiführen wollte. Denn Göbbels war es klar, dass Papen diese Rede nicht ohne vorherige Rückversicherung beim Reichspräsidenten von Hindenburg und bei der Reichswehr gehalten hatte – was ja auch zutraf.

Mit Zustimmung der Reichswehr.

Hierbei verdient allerdings betont zu werden, dass die Rede zwar sämtlichen führenden Männern der Reichswehr vor der Verlautbarung zugegangen war – ausser dem Reichswehrminister von Blomberg, dessen politische Haltung von Tag zu Tag unmännlicher wurde, indem er unaufhörlich um die Gunst der Parteiführer buhlte. Als erste Gegenmassnahme, die Göbbels nach der Papen-Rede traf, wurde ein telegraphisches Verbot an alle Nachrichtenbureaus erlassen, wonach die Rede Papens im Wortlaut nicht veröffentlicht werden dürfe. Das Propagandaministerium werde in wenigen Stunden einen Auszug für die Presse zur Verfügung stellen, der ohne jeden Kommentar gebracht zu werden habe. Herr Göbbels wollte durch diese Anordnung seinem Kabinettskollegen deutlich merken lassen, dass es noch immer ausschliesslich in seiner Hand liege, die deutsche Öffentlichkeit aufzuklären. Und so erschien über die Rede Papens tatsächlich nur ein kurzer Auszug, und zwar so gefasst, dass der Leser von dem Vorstoss Papens gegen Göbbels nicht das geringste erfuhr. Über die Auslandspresse, die sich durch das Verbot Dr. Göbbels natürlich nicht abhalten liess, über diese politische Sensation ausführlich zu berichten, erfuhr die deutsche Öffentlichkeit aber nach und nach doch alles – und so befand sich Minister Göbbels vor aller Öffentlichkeit in der Lage des von einem erfahrenen Manne zurechtgewiesenen Schuljungen. Vier Tage kochte ruhelos in ihm das Rachegefühl des kleinen Mannes, dem er dann auf der Sonnenwendfeier der NSDAP am 21. Juni 1934 in einer masslosen Attacke auf Papen Ausdruck gab. Göbbels führte hierbei – deutlich an die Adresse von Papens gewandt – u.a. aus: «Im Lande macht sich ein kleiner Kreis von Kritikern auf den Weg, um im geheimnisvollen Dunkel das Aufbauwerk zu stören. Das sind lächerliche Knirpse! Das Volk hat die Zeiten, da diese Herren in den Klubsesseln regierten, noch nicht vergessen, das Recht zur Macht haben wir uns angeeignet. Diese Kümmerlinge sagen, ja, Hitler ist ganz gut,

aber was sind schon die kleinen Parteifunktionäre, die keine Ahnung haben, die ungebildeten Menschen, denen wir uns unterordnen sollen? Stemmt euch dagegen, dass sich jedes hergelaufene Subjekt erlauben darf, am Aufbau unserer Bewegung herumzunörgeln. Wir werden über sie hinwegschreiten!» . . .

«Wir werden über sie hinwegschreiten!»

Göbbels wusste, dass er mit solchen Vokabeln bei den Bürgerkriegselementen der SA, die sich um die richtige Revolution auf der Strasse betrogen fühlten, stärksten Eindruck machen und sein Ansehen in dem revolutionären Teil der SA und Partei gewaltig heben werde. Seine Worte: Wir werden über sie hinwegschreiten! . . . wurden von jenen SA-Männern, die auf den Befehl zur zweiten Revolution schon lange ungeduldig warteten, auch richtig verstanden – jedenfalls nicht im geistigen Sinne aufgefasst. Wer in jenen Junitagen mit solchen SA-Männern sprach, konnte sich unschwer davon überzeugen, dass man allseitig der festen Auffassung war, dass das «Hinwegschreiten» über Vizekanzler von Papen und seine Anhänger in Form einer zweiten Revolution schon in kürzester Zeit von oben her befohlen werde. In dieser Meinung wurden jene SA-Kreise noch erheblich bestärkt, als wenige Tage nach der Rede Göbbels auch Minister Göring in die gleiche Kerbe schlug. Wäre der Reichskanzler Adolf Hitler damals ein wirklicher Führer gewesen, so hätte er es niemals zulassen dürfen, dass sein jugendlicher Minister Göbbels auf die von so hohem Verantwortungsgefühl getragene Rede seines Vizekanzlers in derart unflätiger Tonart antwortete. Sah so der «Führerstaat» Adolf Hitlers aus –, so fragte man sich mit Recht im In- und Ausland – wo ein Minister den andern als «hergelaufenes Subjekt» und «lächerlichen Knirps» bezeichnen darf, ohne vom Führer sofort zur Ordnung gerufen zu werden? Aber Deutschland war ja in jenen Junitagen kein «Führerstaat», sondern jeder kleine SA- oder Parteifunktionär spielte «Führer» und

machte, was er wollte. Und niemand zog ihn zur Rechenschaft, wenn er sich auch noch so gemein dem Volke gegenüber behahm.

Hinzu kam der bedrohliche Gesundheitszustand des Reichspräsidenten Hindenburg, der unbedingt Massnahmen der Reichsleitung forderte, um die Reichswehr zu befriedigen. Es war klar, dass das Reichswehrministerium niemals einen «Führer» an der Spitze des Staates duldet, der nicht in der Lage war, den radikalen Elementen in der Partei ein «Halt» zuzurufen.

In den letzten Tagen des Monats Juni überkam es Herrn Göbbels und Göring eiskalt, als sie vertraulichen Berichten entnahmen, dass ihre Kampfreden im revolutionären Lager der Partei und SA eine Stimmung erzeugt hatten, in der mit fieberhafter Ungeduld auf den Befehl zum «Aufräumen mit der Reaktion» gewartet wurde. Es konnte eigentlich für die Propagandisten der zweiten Revolution, Göbbels, Göring und Genossen, keine Überraschung darstellen, dass man ihre Kampfparolen so bitter und blutig ernst nahm. Schliesslich kamen diese Alarmrufe doch aus dem Munde von Männern, die an führender Stelle des Staates sassen. Und doch packte Herrn Göbbels und Göring der Schrecken, als sie plötzlich gewahr wurden, wie sinnlos hoch sie die SA-Rebellen aufgeputscht und welche gefährlichen Hoffnungen sie in ihnen erweckt hatten.

Sieben Wochen lang war der gesamte Propaganda-Apparat des Staates unter der Führung des Volksaufklärungsministers Göbbels eingesetzt worden. Unter der Parole: «Gegen Meckerer und Miesmacher – Gegen Juda und Reaktion!» Und sieben Wochen lang war hierbei von Göbbels und Genossen in einer Tonart gehetzt worden, dass man im revolutionären Lager der SA und Partei mit vollem Recht glaubte, nun endlich Taten fordern zu können. So sah die politische Situation in den letzten Junitagen aus, als es dem Kanzler Adolf Hitler und seinen Vertrauten Göbbels und Göring über Nacht klar geworden war, dass man die Geister, die man gerufen hatte, nicht mehr loswerden konnte, und dass die

Wogen des Meeres, das man unablässlich gepeitscht hatte, über dem Kopf zusammenschlagen und alles zu verschlingen drohten.

Wie sollte man aus dieser ausgeweglosen Situation wieder heraus, in die man durch eigenes Verschulden hineingeraten war?

Sowohl Hitler als auch Göbbels und Göring waren sich durchaus bewusst, dass das gesamte Regime über Nacht sein Ende finden konnte, wenn nicht im letzten Augenblick ein rettender Gedanke gefunden wurde. Diesen zu finden, war Göbbels und Göring vorbehalten, die die Hauptakteure des blutigen 30. Juni 1934 sind – also dieselben Männer, die schon einmal in ausgewegloser politischer Situation die Lösung gefunden hatten: Den Reichstagsbrand und die kommunistische Verschwörung!

Der überhitzte Kessel

Als Göbbels und Göring ihren neuen teuflischen Plan berieten, da lagen die Dinge in Deutschland kurz skizziert wie folgt: die am 17. Juni 1934 vom Vizekanzler von Papen vorausgesagten Worte waren eingetroffen: Deutschland darf nicht ein Zug ins Blaue werden, von dem niemand weiss, wann er zum Halten kommt! Inzwischen aber war Deutschland wirklich ein Zug ins Blaue geworden, und die Lokomotive dieses Zuges wurde von wahnsinnig gewordenen Heizern bedient, die den Kessel immer noch stärker befeuerten, obwohl schon seit geraumer Zeit die Signalpfeife grell ihr warnendes Signal gab und das Tempo des Zuges immer toller und unheimlicher wurde. Vergleicht man den deutschen Staat Ende Juni 1934 mit einem solchen überhitzten Dampfkessel, der jederzeit in tausend Stücke zu zerspringen droht, dann konnte man folgende Druckarten konstatieren, die ihre Kraft gegen die Innenwand jenes Kessels trieben:

Der gewaltigste Druck war die Wut des deutschen Volkes über das schamlose Treiben von SA-Kreisen und über den brutalen Terror, den diese gegenüber der friedliebenden

Bevölkerung seit vielen Monaten Tag und Nacht ausübten. Nicht minder gross war die Empörung grosser Teile des Volkes über die frechen Verhöhnungen, die es über sich ergehen lassen musste, als Herr Göbbels mit seinen Hetzkumpanen über dieses ohnehin schon zur Genüge gepeinigte Volk herfiel und es als Meckerer, Nichtsköner und Staatsfeinde beschimpfte, nur weil es sich unzufrieden zeigte über das skandalöse Auftreten von SA und Parteikreisen, die das in Bettelbüchsen gesammelte Geld und Millionen Steuergroschen verprassten und mit Lustknaben verbubelten. Wie weit die Empörung im Volke bereits gediehen war, hat die Feststellung Hitlers am 13. Juli 1934 am deutlichsten gezeigt, wo er sagte, dass man der Lynchjustiz, die solchen SA-Führern durch die Bevölkerung drohte, vorbeugen musste.

Ein weiterer Druck gegen die Wand des überheizten Kessels war die tiefgehende Erbitterung in Kreisen der SA und Partei, die zusehen mussten, wie ihre oft vom Munde abgeparten Groschen von den Führern in Gelagen mit widerwärtigsten anormalen Exzessen vergeudet wurden und fast jeder höhere Funktionär in Luxuslimousinen einherfuhr – gekauft vom Gelde ärmster SA-Männer, die zum Teil zu Fuss zur Arbeitsstätte liefen, um das Fahrgeld für den Familienunterhalt zu sparen! Auch hier war die Wut schon so gross, dass es nicht mehr lange gedauert hätte, bis jene Kreaturen in SA-Führer-Uniform von ihren eigenen Leuten erschlagen worden wären. Diesem gefährlichen Drucke gesellte sich aber noch ein mindestens ebenso bedrohlicher hinzu, den die von den Kündern der zweiten Revolution aufgeputschten SA- und Parteikreise ausübten, die mit Recht nun endlich Taten sehen wollten. Hatte man ihnen doch wochenlang unmissverständlich angekündigt, dass mit dieser Reaktion einmal gründlich aufgeräumt und erbarmungslos zugeschlagen werden würde! (Göring.) Diese Kreise, die eine blutige Abrechnung mit der verhassten Reaktion so stürmisch ersehnten, sind sich wohl niemals ernstlich darüber klar geworden, wie schnell von Reichswehr und Polizei ein solcher Spuk im Keime erstickt worden wäre. Denn die

Reichswehr stellte ebenfalls einen Druck dar, der die Spannung im Dampfkessel – genannt Drittes Reich – recht beträchtlich erhöhte. Es war ja weder Hitler, noch Göbbels oder Göring ein Geheimnis geblieben, dass die Generale der Wehrmacht nicht gewillt waren, sich das Treiben der SA allzu lange mit anzusehen.

Der Ausweg

Im letzten Augenblick, bevor es zum Ausbruch einer gewaltigen offenen Krise des gesamten Hitler-Regimes kam, die Hitler, Göring und Göbbels nicht überstanden hätten, schritt man nun zu jener wohlüberlegten Wahnsinnstat vom 30. Juni 1934! Die «Regie» dieses Schreckenstages erwies sich als so fein durchdacht, dass es dem Regime tatsächlich gelang, aus dieser ausweglosen Situation herauszukommen – wenn auch über einen Weg, der über Leichen willkürlich erschlagener Volksgenossen ging. Die Verantwortlichen für dieses Morden sind bis zum heutigen Tage von niemandem zur Verantwortung gezogen worden. Der Hauptverantwortliche, Adolf Hitler, glaubte vor dem Reichstag genügend zu seiner Rechtfertigung getan zu haben, als er mit Pathos erklärte, er sei bereit, als oberster Gerichtsherr des Volkes die Verantwortung für die 24 Stunden des 30. Juni zu übernehmen. In dieser Reichstagssitzung durfte Adolf Hitler niemand entgegenreten und ihn so zur Rechenschaft für seine Befehle ziehen, wie es in einer wirklichen Volksvertretung geschehen wäre. Sondern der gleichgeschaltete deutsche Reichstag hatte während seiner «Rechtfertigungs»-Rede keine andere Aufgabe, als an jenen Stellen Beifall zu klatschen, an denen Hitler hierzu das Kommando gab durch Einhalten im Vortrag! Während dieser Rede sassen im ganzen Reiche die Zellen der Gefängnisse und Konzentrationslager voll von tausenden Volksgenossen, die am 30. Juni «im Zuge der Aktion» von der SS verhaftet worden waren. Ein grosser Teil dieser Schutzhäftlinge des sogenannten Röhm-Putsches waren Mitglieder der Partei, der SA und des Stahlhelms, die viele

Jahre an der Nationalen Front gekämpft und sich grosse Verdienste erworben hatten. Hätte der Reichskanzler Adolf Hitler nach seiner Rede einem von uns «Röhm-Putsch»-Häftlingen das Wort erteilt, dann hätte er in der Aussprache vom Rednerpodium des Reichstags eine Erwiderung erhalten, die im folgenden Kapitel nachgeholt wird und die vom deutschen Volke einmütige Zustimmung erhalten hätte.

XI

Fragen an Hitler!

Herr Reichskanzler!

Als Sie am 13. Juli 1934 vor den Reichstag traten, um Ihre blutigen Massnahmen vom 30. Juni zu rechtfertigen, da hatte der Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes, Himmler, die sinnige Anordnung gegeben, dass sämtlichen Häftlingen des «Röhm-Putsches» Ihre Rede durch Radio zu Gehör gebracht werden solle. Ich war an diesem Tage gerade mit mehreren Schicksalsgefährten vom Columbia-Haus zum Geheimen Staatspolizeiamt transportiert worden, um wieder einmal «verhört» zu werden – wobei der vernehmende SS-Sturmführer es auch dieses Mal peinlich vermied, auf den geheimnisvollen «SA-Putsch» zu sprechen zu kommen; wusste er doch genau wie ich, dass an den amtlichen Mitteilungen über jene «Putsch-Pläne» kein einziges Wort wahr war!

Wir hörten Hitlers Rede im Gestapo-Keller

Das Verhör war also mehr eine pro forma-Angelegenheit. Ein SS-Mann Ihrer Leibstandarte führte mich dann in den berühmten Keller der Gestapo, wo man soeben den Rundfunkapparat im Kellergang aufgebaut hatte, und die Häftlinge sich zum Anhören Ihrer Rede versammelten. Sie werden es begreiflich finden, dass wir recht erheblich darauf gespannt waren, was Sie zur Rechtfertigung Ihrer Schreckens-taten ausführen würden. Dreizehn Tage hatten wir ja schon vergeblich gewartet, einmal aus Ihrem Munde, Herr Reichskanzler, eine Erklärung über die unfassbaren Vorgänge vom 30. Juni zu erhalten. Ebenso wie wir vergeblich gehofft hatten, dass Sie einmal den Weg in das Columbia-Haus oder in den Gestapo-Keller finden würden, wo doch seit dem 30. Juni alle Kerkerzellen voll «Alter Kämpfer» Ihrer Partei und SA lagen, die meist Männer waren, die sich in hohen Staats-

stellungen befanden. Es wäre doch unbedingt Ihre Pflicht gewesen, zu diesen Ihren Kampfgefährten schon in den ersten Julitagen persönlich zu kommen und in männlicher freier Aussprache über das Geschehene zu sprechen. Herr Göbbels hatte doch Ihren Mut und Ihre Entschlusskraft so überschwänglich gepriesen, weil Sie den «SA-Verschwörern» in Wiessee und auf der Landstrasse persönlich entgegengetreten waren und sie persönlich verhaftet hatten. Warum kamen Sie also nicht auch zu uns, die wir ja weit weniger gefährlich waren, da wir hinter Gittern sassen und keine Waffen mehr bei uns hatten? Warum fürchteten Sie uns? Ich will es Ihnen verraten, Herr Reichskanzler: Weil Sie wussten, dass wir trotz alledem tödliche Waffen bei uns hatten – und das war die Kenntnis der Wahrheit über den 30. Juni 1934! Und mit diesen Waffen, seien Sie versichert, hätten wir Sie unbarmherzig niedergestreckt. Da hätte selbst die stärkste Leibwache nichts genützt. Denn wir hatten ja Zeit genug gehabt, die Wahrheit zu ergründen. Wenn auch ein Teil der Männer, die zu dieser Untersuchung notwendig waren, schon wenige Stunden nach ihrer Einlieferung unter den Kugeln der SS-Exekutions-Kommandos in Lichtenfelde zusammengebrochen waren, so blieben immer noch genügend übrig, um die Hintergründe dieses grauenhaften Ereignisses restlos zu erforschen.

Gegenprozess zum 30. Juni

Weder Sie, noch Ihr Minister Göring oder Herr Himmler haben in jenen Tagen wohl gehnt, dass im Columbia-Haus, im Keller der Gestapo und im Konzentrationslager Lichtenburg unaufhörlich «Gegenprozesse» tagten, die von Männern der SA und NSDAP abgehalten wurden, die man «im Zuge der Aktion» hinters Gitter geworfen hatte, ohne dass sie auch nur jemals das geringste mit dem sagenhaften «Röhm-Putsch» zu tun gehabt hätten, sondern sogar meist erbitterte Feinde dieses üblen Stabschefs und seiner Clique gewesen sind. Als die uns bewachenden SS-Männer zum erstenmal

aus unseren Gesprächen entnehmen, dass wir es wagten, über den Führer Adolf Hitler Gericht zu halten, da fuhr uns einer der SS-Männer in empörtem Tone an: «Das wird schlimme Folgen für Sie haben! Hören Sie sofort auf zu sprechen! Wissen Sie nicht, dass Minister Göring jede Kritik an den Massnahmen vom 30. Juni bei schwerster Strafe strengstens verboten hat?»

Als dieselben SS-Männer in den nächsten Tagen bemerkten, dass wir uns um dieses Verbot den Teufel scherten und unser Gericht konsequent weiter abhielten, da änderten sie plötzlich ihre Haltung. Sie schienen doch gemerkt zu haben, dass hier Männer sassen, die anscheinend sehr tief in die Vorgänge hinter den Kulissen des Regimes eingeweiht waren; und so reizte sie ihre Neugierde erheblich mehr als die Ausübung ihres Gefangenenwärter-Dienstes; und sie hörten andächtig unseren Erörterungen zu. Kein einziger dieser SS-Männer hat von dem Inhalt unserer Gespräche der Gestapo Meldung gemacht, was uns allen unweigerlich den Kopf gekostet hätte. Wir konstatierten bei jenen SS-Mannschaften allerdings immer stärker, dass sie sich in ihrer Rolle als Gefangenenwächter von Tag zu Tag unbehaglicher fühlten. Die Wahrheit über den 30. Juni, die sie aus unserem Munde erfuhren, erschütterte so manchen SS-Mann doch sichtlich. Wie schmäzlich hatte man sie angelogen, als man ihnen befohlen hatte «zuzuschlagen, um zu verhindern, dass das deutsche Volk in eine furchtbare Katastrophe stürze.»

Und nun mussten sie mit anhören, wie alles Lüge gewesen ist, was man amtlich über den angeblich bevorstehenden SA-Putsch veröffentlichte, und wie auch alles gelogen war, was man über die Verbindung der «SA-Hochverräter» zu einer «auswärtigen Macht» amtlich berichtet hatte und vieles andere mehr.

Herr Reichskanzler, als wir im Gestapo-Keller Ihre Reichstagsrede mit anhörten, da war kein einziger mehr unter uns, der Ihren Worten noch Glauben schenkte. Jeder Satz, den Sie zur «Rechtfertigung» Ihrer Blutbefehle sagten, wurde von uns mit Verachtung aufgenommen. Denn getreulich

wiederholten Sie alle Unwahrheiten, die Ihnen Göring und Göbbels vorgesetzt hatten, und hofften auf die Gutgläubigkeit des deutschen Volkes, das Ihnen einst so blindes Vertrauen geschenkt hatte. Diese Zeiten waren aber schon längst vorbei. Sie selbst, Herr Reichskanzler, trugen Schuld daran, dass die Gläubigkeit des Volkes immer mehr geschwunden war, indem Sie den furchtbaren Terror Ihrer SA duldeten, jene himmelschreienden unmoralischen Zustände in Ihrem Führerkorps und die niederträchtige Vergeudung der Groschen der Ärmsten der Armen an SA-Festgelagen. Hatte das Volk bis jetzt stets Ihre Person in Schutz genommen mit der Entschuldigung: Der Führer weiss von all diesem Treiben nichts – über den Führer lassen wir nichts kommen! – so war seit Ihrer Reichstagsrede plötzlich eine grundlegende Wandlung eingetreten. Denn zu seinem Entsetzen hatte das Volk aus Ihrem Munde vernehmen müssen, dass Sie von den grauenhaften Zuständen sehr wohl gewusst haben. Und masslose Enttäuschung überkam das Volk, als es aus Ihrer Rede erfuhr, wie jämmerlich schwach Sie gegenüber Ihrem Stabschef Röhm und seinen üblen Spiessgesellen waren, indem Sie es nicht vermochten, jene randalierenden SA-Führerkreise zur Raison zu bringen, aber diese – wie Sie selbst in Ihrer Rede zugaben – Ihre Befehle frech sabotierten und sich einen Teufel darum kümmerten, wenn Sie Abstellung der Missstände forderten. Als Sie, Herr Reichskanzler, in Ihrer Rede immer wieder erwähnten, dass der SA-Führer Röhm und seine Umgebung Ihre Anordnungen einfach nicht befolgten – (obwohl Sie Herrn Röhm «beschwörten», «ersuchten», «baten» usw.) –, da waren Sie sich des verheerenden Eindruckes eines solchen Eingeständnisses der Machtlosigkeit wohl noch nicht bewusst. Denn hierdurch zerstörten Sie selbst den Nimbus des «tatkräftigen und mächtigen Führers» Adolf Hitler! Bei uns Männern, die wir im Columbia-Haus oder im Keller der Gestapo oder in Lichtenburg sassen, war in dieser Hinsicht ja nicht mehr viel zu zerstören. Denn ein jeder Einzelne von uns – jeder in seinem Wirkungsbereich – hatte schon seit vielen Monaten klar er-

kannt, dass Sie nicht mehr die Zügel in der Hand haben und somit auch den Titel «Führer» nicht mehr zu Recht tragen. Denn waren Sie wirklich der Führer mit jener harten Entschlusskraft, deren Sie sich so gerne rühmen, dann jagten Sie Ihren unbotmässigen Stabschef schon beim zweiten Mal, als Sie merkten, dass er Ihre Anordnungen bewusst sabotierte, zum Teufel und liessen ihn einsperren. Denn ein solcher Mann war doch die schwerste Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Staat.

Führer-Qualitäten

Ihre Geständnisse, Herr Reichskanzler, dass schon viele Monate vor dem 30. Juni Ihre Befehle nicht mehr durchgeführt wurden und Sie hiergegen völlig ohnmächtig waren, verdienen im Wortlaut zitiert zu werden, da sie die politische Lage von damals grell beleuchten. Ich zitiere aus Ihrer Reichstagsrede vom 13. Juli 1934: «Die Vorgänge in Breslau (gemeint sind die homosexuellen Skandale und Freudenfeste des Polizeipräsidenten Heines und Genossen. Der Verf.) enthüllten ein Bild von Zuständen, die als unerträglich angesehen werden mussten. Mein Befehl, dagegen einzuschreiten, wurde theoretisch befolgt, tatsächlich aber sabotiert.»

Eine Frage hierzu: Warum fuhren Sie nicht sofort persönlich nach Breslau, als Sie schon im April 1933 von dem skandalösen Treiben Ihres Polizeipräsidenten Heines und Konsorten erfuhren, rissen diesen Lotterbuben die Achselstücke herunter und liessen sie einsperren? Die von Herrn Heines drangsalierete Bevölkerung hatte eine solche Tat von Ihnen als Führer unbedingt erwartet – aber vergeblich.

Aber auch an anderer Stelle Ihrer Rede gaben Sie zu, wie vollkommen wirkungslos Ihre gegebenen Anordnungen blieben, indem Sie berichteten: «Ich habe auf diese Missstände den Stabschef Röhm hingewiesen, ohne dass eine fühlbare Abhilfe, ja auch nur ein erkennbares Eingehen auf meine Anstellungen eingetreten wäre ...»

«... Der Versuch, auf dem normalen Dienstwege Abhilfe

zu schaffen, blieb immer wieder erfolglos (!). Röhm sicherte mir persönlich immer wieder Untersuchung der Fälle und Entfernung der Schuldigen zu. Eine sichtbare Wandlung trat nicht ein (!).»

«Die Entschlossenheit der nationalsozialistischen Staatsführung, solchen Exzessen einzelner unwürdiger Elemente, die Partei und SA nur mit Schande beladen, ein Ende zu bereiten, führte zu sehr heftigen Gegenwirkungen von Seiten des Stabschefs. So wurden hohe Staatsbeamte wegen ihres Vorgehens gegen solche unwürdige Elemente zur Verantwortung gezogen, d.h. Röhm versuchte, diese durch Ehrengerichte massregeln zu lassen.»

Jawohl, Herr Reichskanzler, so sahen die Zustände damals im «Führerstaat» Deutschland aus! Anstatt dass Sie als Führer gegen Ihren aufsässigen Stabschef und gegen die Exzesse der SA-Führer mit drakonischer Härte persönlich einschritten, begnügten Sie sich mit «Hinweisen» auf diese Skandale und mit «Versuchen, Abhilfe zu schaffen.»

Sie sahen aber auch nachweislich seelenruhig zu, wie Männer, die sich aus Verantwortungsgefühl gegenüber Volk und Staat beschwerdeführend an Dienststellen gewandt hatten, hierfür gemassregelt und oftmals sogar in das Konzentrationslager geworfen wurden!

Ihre gänzliche Ohnmacht gegenüber Ihrem Stabschef gestanden Sie aber in der Schilderung jener «Beschwörungsszene» ein, die, laut Ihrer Mitteilung, Anfang Juni 1934 stattgefunden hat, als Sie «als letzten Versuch Stabschef Röhm noch einmal zu einer nahezu fünfstündigen Aussprache kommen» liessen. Hierbei teilten Sie ihm mit, dass Sie Nachrichten über die Vorbereitung einer «nationalbolschewistischen Aktion» erhalten hätten, die von «gewissenlosen Elementen» geplant sei, und die «über Deutschland namenloses Unglück bringen könnte.» «Stabschef Röhm verliess diese Unterredung mit der Versicherung, die Gerüchte seien zum Teil unwahr. Er werde im Übrigen alles tun, um nunmehr nach dem Rechten zu sehen.» – Was Röhm natürlich auch dieses Mal nicht tat.

Herr Reichskanzler, wie konnten Sie sich nach Ihren trüben Erfahrungen mit Ihrem Stabschef überhaupt noch vertrösten lassen, dass er «nunmehr nach dem Rechten sehen werde»? Wäre es nicht Ihre Pflicht und Schuldigkeit gewesen, in diesem Augenblick, wo Sie selbst sagten, eine Katastrophe sei fast unabwendbar, als oberster Führer der SA selbst nach dem Rechten zu sehen und Ihren Stabschef auf der Stelle abzusetzen? Was aber taten Sie, Herr Reichskanzler, im Monat Juni, in dem Sie jene Katastrophe einer nationalbolschewistischen Revolution mit offenen Augen heraufziehen sahen? Welche Massnahmen ergriffen Sie, um diese Gefahr abzuwenden? Diese Frage ist eine der politisch bedeutsamsten, die ich an Sie zu stellen habe, da ihre Beantwortung die ungeheure Schuld Ihrer Person an jener unheilvollen Entwicklung feststellt! Nichts unternahmen Sie, Herr Reichskanzler, sondern liessen ruhig zu, dass auch im Monat Juni die Exzesse Ihrer SA-Führer immer toller wurden und die Empörung der brutal terrorisierten Bevölkerung immer furchtbarer stieg. Aber nicht genug damit. Sie billigten auch die täglichen aufpeitschenden Reden Ihres Propagandaministers Göbbels und seiner Agitatoren, die diese im Verlaufe des Feldzuges «Gegen Miesmacher und Meckerer» – «Gegen Juden und Reaktion» – vom Stapel liessen, wodurch die ohnehin schwer erschütterte öffentliche Ordnung noch mehr gefährdet wurde.

Göbbels und Göring als «Anarchisten»

Und in diesen Reden Ihrer Minister Göbbels, Göring und anderer hoher Funktionäre kam doch die Forderung nach einer «zweiten Revolution» stets unverhohlen zum Ausdruck und meist in aufreizendster Tonart. Es wirkte also wirklich grotesk, wenn Sie in Ihrer Reichstagsrede zu dem «Gespenst einer zweiten Revolution» ausführten, dass Sie einzelnen Parteidienststellen den Befehl gaben, den immer wieder auftauchenden Gerüchten einer neuen Revolution nachzugehen und wenn möglich die Quellen dieser Gerüchte aufzufinden!

Wollen Sie im Ernst behaupten, dass Sie im Mai und Juni 1934 keine einzige der Göbbels- und Göring-Reden gelesen haben, in denen zur zweiten Revolution aufgerufen wurde, zu der es gelte, sich jederzeit bereit zu halten?!

Wir Männer des Gestapo-Kellers haben über Ihre Komödie hell auflachen müssen, die Sie bei diesem Kapitel in Ihrer Rede vor dem Reichstag gespielt haben, wie Sie z.B. folgende Geschichtchen vortragen:

«Das erste vereinzelte Geschwätz von einer neuen Revolution wurde allmählich so intensiv, dass nur eine leichtsinnige Staatsführung darüber hätte hinweggehen können. Man konnte nicht mehr alles das einfach als dummes Gerede abtun, was in Hunderten und endlich in Tausenden von Berichten mündlich und schriftlich darüber einging. Noch vor drei Monaten war die Parteiführung davon überzeugt, dass es sich um das leichtsinnige Geschwätz politischer Reaktionsäre, marxistischer Anarchisten oder aller möglichen Müssiggänger handeln würde, dem jede tatsächliche Unterlage fehlte.»

Diese «Anarchisten» waren niemand andere als Ihre Herren Göbbels und Göring und die übrigen Hetzapostel, die in Ihrem Auftrag im Mai und Juni 1934 jenen Feldzug gegen die «Meckerer und Miesmacher» durchführten! In Ihrer Schilderung vor dem Reichstag wurden Sie bei diesem Thema «Zweite Revolution» aber immer geheimnisvoller und erzählten förmlich im Schauermärchen-Tone, wie es Ihnen allmählich gelang, immer stärkere Beweise dafür in die Hand zu bekommen, dass in geheim abgehaltenen Besprechungen «ungetreuer SA-Führer» von der Notwendigkeit einer zweiten Revolution gesprochen und hierzu schon Vorbereitungen getroffen wurden.

Und um der von Ihnen auf gedeckten «Verschwörung» auch noch den Charakter des versuchten Landesverrates zu geben, und die Ihnen so verhassten «Reaktionsäre» zu treffen, trugen Sie dem Reichstag noch folgende Darstellung vor:

«Die Grösse der Gefahr wurde aber erst recht erwiesen durch die Feststellungen, die nun vom Auslande nach

Deutschland kamen. Englische und französische Zeitungen begannen immer häufiger von einer bevorstehenden Umwälzung in Deutschland zu reden, und immer mehr Mitteilungen liessen erkennen, dass von den Verschwörern eine planmässige Bearbeitung des Auslandes in dem Sinne vorgenommen wurde, dass in Deutschland die Revolution der eigentlichen Nationalsozialisten vor der Tür stünde, und das bestehende Regiment nicht mehr zum Handeln fähig sei. General von Bredow, der als aussenpolitischer Agent des Generals von Schleicher diese Verbindungen besorgte, arbeitete nur entsprechend der Tätigkeit derjenigen reaktionären Zirkel, die – ohne mit dieser Verschwörung vielleicht direkt im Zusammenhang zu stehen – sich zum bereitwilligen unterirdischen Meldekopf für das Ausland missbrauchen liessen. Ende Juni war ich daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen, und zwar noch ehe das Blut von Zehntausenden Unschuldiger die Katastrophe besiegeln würde.»

Unhaltbare Behauptungen Hitlers

Herr Reichskanzler, am 13. Juli war Ihnen bekannt, dass sämtliche Mitteilungen, die man nach den blutigen Ereignissen vom 30. Juni dem Volke über «die Verbindungen der Meuterer zu einer auswärtigen Macht» gemacht hatte, sich als glatte Lüge erwiesen hatten! Wie ausgesprochen unhaltbar ist Ihre Feststellung, dass die immer häufiger werdenden Meldungen von Auslandszeitungen Beweise gewesen seien, dass das Ausland von den Verschwörern insgeheim instruiert worden sei, dass eine Umwälzung und eine Revolution der eigentlichen Nationalsozialisten vor der Tür stünde. Hierzu bedurfte das Ausland doch keiner geheimen Mitteilungen aus den angeblichen Verschwörerkreisen, denn viele Monate vor dem 30. Juni hatten die Berichterstatter der ausländischen Zeitungen ja im Übermass Gelegenheit gehabt, solche Ankündigungen der «zweiten Revolution» sich persönlich anzuhören, und zwar in Versammlungen, wo offizielle

Männer wie z.B. ein Göbbels, Göring oder Schirach ganz offen für die «Revolution der eigentlichen Nationalsozialisten» Propaganda machten. Es bedurfte also auch nicht «des aussenpolitischen Agenten des Generals Schleicher» – wie Sie in Ihrer Rede jenen hochverdienten General v. Bredow zu beschimpfen wagten –, um dem Auslande Mitteilungen über derartige Umwälzungsbestrebungen zu machen. Ebenso wie kein «unterirdischer Meldekopf» nötig war, über den Mitteilungen zum Ausland gelangten.

Seien Sie versichert, Herr Reichskanzler, das Ausland war über die Vorgänge in Deutschland – sowohl über den Stand des politischen Barometers wie auch über den Stand der Aktionen des Hitler-Regimes – aufs Genaueste orientiert, denn was sich in Deutschland in den Monaten vor dem 30. Juni ereignete, spielte sich ja nicht hinter verschlossenen Türen ab. Sondern im Gegenteil: Die SA-Führer betrieben ihr schamloses Spiel mit den Grundsätzen der Moral doch in aller Öffentlichkeit, wenn sie die Bevölkerung terrorisierten, in Luxus-Limousinen einherfuhren und auf Freudenfesten mit Lustknaben die Steuergroschen des bedrängten Volkes verprassten und verjubelten. Unzählige Male haben Berichterstatter ausländischer Zeitungen ausführliche Schilderungen über dieses sittenlose Treiben der SA an ihre Zeitungen gesandt, und oft endete ein solcher Artikel mit der berechtigten Vermutung, dass das Regime durch dieses Treiben schon in allernächster Zeit in eine Krise kommen müsse, die es vielleicht nicht überstehe. Sie berichteten aber auch ausführlich über die Stimmung des deutschen Volkes und wiesen darauf hin, dass man nicht mehr weit sei von Akten der Selbsthilfe gegenüber der sinnlos wütenden SA. Jene ausländischen Berichterstatter kannten auch die Stimmung innerhalb der SA gründlich und verzeichneten in ihren Berichten wahrheitsgemäss die masslose Empörung, die in den Kreisen einfacher SA-Leute über das widerwärtige Betragen ihrer Vorgesetzten herrschte, die ihre sauer verdienten Groschen verjubelten und sie obendrein noch mit der Bettelbüchse auf die Strasse schickten, um immer wieder neue

Gelder zu sammeln, wenn die Kasse für die Festgelage der Führer leer geworden war!

Sie sahen aber auch noch etwas anderes, Herr Reichskanzler, und das sah die ganze Welt: Dass nämlich der Reichskanzler Adolf Hitler seit vielen Monaten die Zügel willenlos schleifen liess und weder Führer des Staates, noch seiner SA war. Und man zog hieraus den naheliegenden Schluss, dass der Führer Adolf Hitler offenbar nicht mehr die Macht und die Autorität besass, um diesen immer schlimmer werdenden Exzessen seiner Parteigenossen ein Ende zu bereiten — was Sie ja in Ihrer Reichstagsrede der Öffentlichkeit dann auch eingestanden haben.

«Alle die Grundsätze, durch die wir gross geworden waren, verloren ihre Geltung!»

Diese Worte aus Ihrer Reichstagsrede sind zweifellos das schwerwiegendste Bekenntnis, das Sie jemals vor dem Volke abgelegt haben. Denn es war das offene Eingeständnis, dass die Partei und SA die vor der Machtübernahme gepredigten Grundsätze restlos verleugnet hat, nachdem sie die Macht einmal in den Händen hatte. Und das war ja auch in der Tat der Grund zu jener grenzenlosen Enttäuschung, die wir dem Volke schon nach wenigen Wochen des Regierungsantrittes bereiteten, als es mit Entsetzen wahrnehmen musste, mit welcher Selbstverständlichkeit plötzlich alle die von der Partei proklamierten Grundsätze mit Füßen getreten wurden!

Anstatt roter – brauner Terror!

Wir hatten dem Volke die Befreiung vom roten Terror versprochen und ihm die Schrecken einer kommunistischen Gewaltherrschaft an die Wand gemalt – und nun setzten wir das ganze Land unter einen braunen Terror!

Sah so die nationalsozialistische «Weltanschauung» aus, die ein Adolf Hitler jahrelang als Heilslehre gepredigt hatte? — fragte sich das bestürzte Volk, als es in den Märztagen 1933 die SA durch das Land rasen und morden sah, und

Menschen in SA-Kasernen das Antlitz bis zur Unkenntlichkeit zertreten wurde, nur weil sie eine andere politische Gesinnung gehabt hatten.

War das der Geist der Volksgemeinschaft, der unser Volk zusammenführen und versöhnen sollte, der es vermochte, Tausende von rechtschaffenen Familien brutal zu zerstören, indem man die Ernährer ins Konzentrationslager warf und dort nach Methoden folterte, wie man sie im Mittelalter nicht schlimmer erlebt hat – und warum? – weil sie eine andere Weltanschauung hatten? Begreifen Sie jetzt, Herr Reichskanzler, welch grausamer Hohn Ihre so oft geprägten Worte in den Augen des Volkes darstellen: «Die Aufgabe meiner SA ist, das Volk zur nationalsozialistischen Weltanschauung zu erziehen.»

Sah so die verheissene «Wiedergeburt der deutschen Kultur» aus, so fragte das Volk weiter, als es mit ansehen musste, wie die Schandtaten der SA kein Ende nahmen, sondern immer noch grässlicher und zahlreicher wurden, wie man es in einem Kulturlande niemals für möglich gehalten hätte. War das der «Rechtsstaat», den man aufzubauen versprochen hatte, in dem es über Nacht plötzlich überhaupt kein Recht mehr gab, in dem jeder SA- und SS-Mann ohne den geringsten behördlichen Auftrag Menschen aus der Wohnung schleppen durfte, um diese dann in irgendeiner der Mordkasernen der SA abzuliefern, von wo jene Opfer entweder niemals wiederkehrten oder in grauenhaftem Zustande!?

Sah so das «Führerprinzip» des nationalsozialistischen Staates aus, in dem jeder SA-Mann wüten durfte, wie es ihm beliebte, ohne dass sich auch nur ein einziger der Führung gefunden hätte, diesen Kreaturen ihr blutiges Handwerk zu legen!?

«Greuelhetze der jüdischen Weltpresse»

Herr Reichskanzler! Erinnern Sie sich noch an die Tausende von Schreckensberichten, die schon in den ersten

Märztagen 1933 bei Ihnen einliefen, und in denen aus dem ganzen Reiche zu Tode verzweifelte Volksgenossen Sie um Hilfe gegen das Blutregiment Ihrer SA anflehten?!

Sie waren doch oberster Führer der SA, und so wandten sich jene armen gequälten Volksgenossen an Sie in der festen Hoffnung, dass Sie diesem Treiben unverzüglich ein Ende bereiten würden. Sie aber taten nichts, obwohl Sie authentische Behörden-Berichte über abscheulichste Greuelthaten Ihrer SA schon im März 1933 in den Händen hatten und auch die Namen der für diese Verbrechen Verantwortlichen genau kannten. Sie kümmerte es auch nicht weiter, dass die gesamte Weltpresse schon voll von Augenzeugenberichten über viehische Mordtaten Ihrer SA war, und das Ansehen Deutschlands hierdurch aufs Schwerste geschädigt wurde. Anstatt jenen Nachrichten sofort persönlich auf den Grund zu gehen und mit eiserner Strenge die Schuldigen zu strafen, wählten Sie damals den bequemeren Weg, indem Sie kurz erklärten: «Alles ist infame Greuelhetze der jüdischen Weltpresse!» und gleichzeitig eine «Gegenaktion» gegen die jüdische Greuelpropaganda anordneten. Aber nicht genug damit, dass Sie gegen die verantwortlichen SA-Führer, die solche Untaten duldeten, nicht das geringste unternahmen – gingen Sie noch viel weiter: Sie belohnten die übelsten Gangster der SA vor aller Öffentlichkeit mit Beförderungen in höchste Staatsstellen und überhäuftten sie förmlich mit Würden und Auszeichnungen!

So sah das Prinzip der «Auslese» in der Praxis aus, dass von Ihnen in die Führung des Staates statt Auslese, Auswurf berufen wurde!

Oder war z.B. der von Ihnen Mitte März 1933 zum Gruppenführer der Berlin-Brandenburger SA ernannte SA-Führer Karl Ernst «Auslese»? Sie selbst haben diesen Mann in Ihrer Reichstagsrede «Verbrecher» genannt, aber es gab auch einmal Zeiten, wo dieser Verbrecher Ernst der Lieblings-SA-Führer des Reichskanzlers Adolf Hitler und seines Stabschefs Röhm war, und überhaupt keine Würde mehr im Staate zu vergeben war, die der Führer Adolf Hitler diesem

Verbrecher Ernst nicht verliehen hätte. Herr Reichskanzler, lassen Sie sich die Personalakten Ihres damaligen Schützlings Ernst reichen, dort werden Sie folgenden, von Ihnen befohlenen Beförderungsgang verzeichnet finden:

Bei der Machtübernahme: Führer der SA-Untergruppe Ost, Berlin-Brandenburg. Sitz Hedemannstrasse, im Range eines Oberführers.

Mitte März, auf Anordnung Hitlers, Beförderung des 29 Jahre alten Oberführers Ernst zum Gruppenführer der gesamten SA Berlin-Brandenburg und somit zum Kommandeur über zirka 350,000 SA-Männer!

Ernst, der Mitglied des Reichstages war, «auf Grund besonderer Verdienste um die Bewegung», wurde vom Ministerpräsidenten Göring auch in den Staatsrat berufen und Ende März 1933 wurde Ernst in seiner Eigenschaft als Gruppenführer der SA Berlin-Brandenburg vom obersten SA-Führer Adolf Hitler zum «Sonderkommissar des obersten SA-Führers für die Stadt Berlin und Provinz Brandenburg» und zum «Standort-Führer Gross-Berlins» ernannt.

SA-Kaserne Hedemannstrasse

Ich frage Sie, Herr Reichskanzler:

Welche Verdienste und welche Fähigkeiten besass der SA-Führer Karl Ernst, als Sie sich entschlossen, diesen jungen Mann mit einer so ungeheuren Machtfülle auszustatten und ihm 350,000 SA-Männer zu unterstellen? Gruppenführer Ernst war doch durch Ihre ihm verliehenen Würden über Nacht zu einem der mächtigsten Männer im Staate geworden! Dieser Mann muss also doch über ganz besonders hervorragende Fähigkeiten verfügt haben, nicht wahr, Herr Reichskanzler? Die Fähigkeiten und moralischen Qualitäten des SA-Führers Ernst kannten Sie, bevor Sie ihn beförderten, genau so gründlich, wie ich und alle Menschen, die mit dem SA-Führer Ernst jemals etwas zu tun gehabt haben. Als Sie ihn zum Befehlshaber über 350,000 Mann ernannten, da waren aber sein Ruf und seine Fähigkeiten weit über die

Grenzen Deutschlands bekannt. – Allerdings in furchtbarstem Sinne. Denn dieser Karl Ernst war doch als SA-Oberführer der Kommandeur der berüchtigten SA-Kaserne in der Hedemannstrasse gewesen, in der unter seiner persönlichen Mitwirkung grässlichste Bluttaten an politischen Gefangenen verübt worden waren. Er war doch der Mann, an dessen Dienstzimmertür das blaue Siegel des Reichstagsabgeordneten klebte, damit die Polizei dieses Zimmer niemals betreten konnte, und aus dem Tag und Nacht die irrsinnigen Schmerzensschreie von Geschlagenen tönnten. In der ganzen Weltpresse waren schon in den ersten Märztagen ausführliche Berichte über diese von dem SA-Führer Ernst befehligten Mordkaserne erschienen und alle die Foltermethoden beschrieben worden, die im Beisein von Ernst an den wehrlosen Gefangenen verübt worden waren. Als Sie, Herr Reichskanzler, diese Kreatur Ernst zum Oberbefehlshaber der SA Berlin-Brandenburg ernannten, da gellten den Bewohnern der Nachbarhäuser der Hedemannstrassen-Kaserne noch die markerschütternden Schreie der Gefolterten in den Ohren – am Rundfunk aber vernahmen sie aus Ihrem Munde die Worte: «Wir haben das Volk vom roten Terror befreit – wir haben die Grundsätze der Sauberkeit und Moral im Volk und Staate wieder zur Geltung gebracht, die 14 Jahre von Narren und Verbrechern verleugnet worden waren.»

Der SA-Führer Ernst hatte aber auch noch andere «Qualitäten», über die Sie, Herr Reichskanzler, als Sie ihn so stürmisch auszeichneten und beförderten, ebenfalls genau unterrichtet waren. Er gehörte nämlich zu der anormal veranlagten Röhm-Clique, über deren Treiben Sie in Ihrer Rede vom 13. Juli 1934 feststellten, dass es eine «Verschwörung nicht nur gegen die moralischen Auffassungen eines gesunden Volkes, sondern auch gegen die staatliche Sicherheit» darstellte! Desgleichen waren Ihnen die alkoholischen Exzesse Ihres Schützlings, die dieser im Kreise seiner Lustknaben fast täglich in aller Öffentlichkeit beging, hinlänglich bekannt. Die moralischen Fähigkeiten dieses Mannes waren

also erwiesenermassen recht trüber Art – ebenso wie Ernst nicht über die geringsten sachlichen Kenntnisse verfügte und sogar mit der deutschen Sprache oftmals sehr peinlich in Fehde lag. Wären Sie also wirklich oberster «Führer» der SA gewesen, dann hätten Sie Herrn Ernst irgendwo anders hin «befördern» lassen müssen – aber bestimmt nicht in mächtigste Staatsstellungen!

Was also war das Geheimnis, das Sie, Herr Reichskanzler, bewog, diesen üblen Gesellen Ernst so sichtbar auszuzeichnen und ihn auf einen Posten zu berufen, auf den ein Mann untadeligster Prägung und mit reichster Erfahrung und höchstem Verantwortungsgefühl gehörte? Ein Offizier der alten Armee wäre doch bestimmt geeigneter gewesen, diese Stelle zu bekleiden – gerade in jenem Augenblick, wo es galt, härteste Erziehungsarbeit in der SA zu leisten, um aus dieser revolutionären Organisation ein staatserhaltendes Element zu machen. Der oberste Führer der SA war aber anderer Meinung und hielt jenes amoralische Subjekt Karl Ernst für den würdigsten weltanschaulichen «Erzieher» von 350,000 Menschen.

Des Rätsels Lösung ist sehr einfach – wenn auch sehr belastend für Ihre Person, Herr Hitler!

Dankbarkeit ist eine Tugend ...

Was Sie Ihrem SA-Führer Ernst so im Übermass an Gunstbezeugungen und Verleihung von höchsten Staatswürden erwiesen, war nichts anderes als die Erfüllung einer Dankspflicht gegenüber dem Mann, der Ihnen zur Erringung der unumschränkten Macht und zur Errichtung Ihrer Diktatur verholfen hatte – indem er den Reichstag anzündete! Auch Herr Ministerpräsident Göring wusste, was er diesem Manne schuldig war, als er ihn mit der Ernennung zum preussischen Staatsrat auszeichnete. Ebenso wie Göring wusste, dass mit aller Macht zu verhindern sei, dass Ernst im Reichstagsbrandprozess als Zeuge geladen würde, da Ernst nicht die Fähigkeit gehabt hätte, seine Rolle als Unschuldige

ger echt zu spielen! Als die Verdächtigungen nach dem Reichstagsbrand gegen Ernst in der Auslandspresse immer lauter wurden, da forderte Ernst von seinem obersten SA-Führer eine besonders auffällige Ehrung. Es war jene traurig berühmte Verfügung, dass die Offiziere der Wehrmacht bis zum Oberst den Gruppenführer Ernst, der in den Generalsrang erhoben wurde, zuerst zu grüssen hatten! Seien Sie versichert, dass Ihnen, Herr Reichskanzler, das Offizierskorps der Wehrmacht jene Erniedrigung von damals niemals vergisst. Denn jeder Offizier kannte doch das Lotterleben dieses jungen Burschen Ernst und seine begangenen Verbrechen am Leben schutzloser Volksgenossen!

SA-Führer Ernst forderte aber noch mehr, und zwar seine unbedingte Hinzuziehung zu jeder Repräsentation des Staates, sei es ein diplomatischer Empfang oder seien es andere Anlässe, wodurch er nach aussen auch seine hervorragende gesellschaftliche Stellung demonstrieren wollte. Und so kam es, dass bei jedem offiziellen Empfang oder diplomatischen Diner der Gruppenführer Ernst zu sehen war – in glanzvoller Uniform mit dem Koburger Hausorden am Halse. Wer hätte in einem solchen Augenblick auch nur zu denken gewagt, dass dieser Lieblings-SA-Führer eines Adolf Hitler jemals von ihm vor aller Welt als «Verbrecher» bezeichnet würde?

«Denn wenn die Aktion des Verbrechers Ernst in Berlin erst abzurollen begann, waren die Folgen unausdenkbar!» So riefen Sie, Herr Kanzler, mit bebender Stimme in Ihrer Rede vor dem Reichstag am 13. Juli 1934 aus – und wussten im gleichen Augenblick genau, dass diese Sitzung deshalb nicht im eigentlichen Reichstagsgebäude abgehalten werden konnte, weil nämlich eine «Aktion des Verbrechers Ernst» in Berlin schon einmal wirklich abgerollt war – mit Folgen grauenhaftester Art, die über das ganze Volk unermessliches Leid gebracht hatten. Für jeden gesitteten Volksgenossen war Ihr SA-Führer Ernst nicht erst seit dem 13. Juli 1934, sondern schon seit den blutigen Märztagen 1933 ein Verbrecher – und auch in den Augen der ganzen Welt.

Sie aber sah man noch kurz vor dem 30. Juni 1934 diesem Bur-schen höchste Ehrenbezeugung erweisen, indem Sie als Trau-zeuge bei der Hochzeit Ernsts fungierten.

Der Fall Heines

Ich frage Sie weiter, Herr Reichskanzler:

Wie vermochten Sie es mit dem von Ihnen proklamierten «Prinzip der Auslese» zu vereinbaren und mit den in jeder Rede betonten Grundsätzen von Sauberkeit und Moral, den SA-Führer Heines in verantwortliche Staatsstellungen zu be-rufen? Der vollkommen unmoralische Lebenswandel dieses Mannes war Ihnen doch seit vielen Jahren genau bekannt. Lassen Sie sich die Personalakten auch dieses Mannes ein-mal reichen. Dort werden Sie in langen Ausführungen aufge-zeichnet finden, dass ihm, als Sie Heines 1927 zum ersten Male aus der Partei «cum infamia» ausstießen, eine endlose Reihe schwerster sittlicher Verfehlungen nachgewiesen wor-den war. Die Beschwerden über die Sittlichkeitsverbrechen Heines, die dieser vornehmlich an Mitgliedern der Hitler-jugend begangen hatte, füllten schon damals einen umfang-reichen Aktenband, der sich lange Zeit in Ihrem Schreib-tisch befand und von Ihnen gründlich studiert worden ist. In den Jahren 1928 und 1929 haben Sie über den ausgestos-senen Heines wiederholt im engen Freundeskreise die Worte «schwule Sau» und «moralischer Schweinehund» geprägt. Umso grösser war die Verwunderung, als Sie diesen «Schwei-nehund» Heines 1930 plötzlich wieder in die Partei aufnahmen und ihn auf den hohen Posten des Führers der SA Schlesiens stellten. In weiten Kreisen der Partei herrschte damals tiefge-hende Empörung über Ihre Handlungsweise

Denn kaum hatten Sie Herrn Heines wieder zum SA-Füh-rer erhoben, begannen auch schon die Beschwerden über widerwärtige Exzesse dieses Mannes, die er sich auf dem bekannten Gebiete in den Kreisen der SA und der Hitler-jugend zuschulden kommen liess. Mit Recht fragten damals die beschwerdeführenden Volksgenossen in ihren an Sie ge-

machten Protest-Eingaben, was Sie dazu bewogen habe, einen solch durch und durch unmoralischen Menschen wieder in die Partei aufzunehmen und ihm erneut einen Posten zu verleihen, bei dem ihm Jugendliche unterstellt sind. Oder wollen Sie, Herr Reichskanzler, im Ernst nachträglich behaupten, Sie hätten damals angenommen, Heines hätte sich grundlegend gewandelt und böte nun Gewähr für ein sauberes Verhalten?

Was also war das Geheimnis Ihrer plötzlichen Sinnesänderung in der Beurteilung der Person Heines? Ich will es Ihnen verraten. Heines hat es mir persönlich im Herbst 1933 in Breslau recht unmissverständlich angedeutet, als er wieder einmal betrunken war – aber bekanntlich liegt ja offenbar gerade «in vino veritas» (im Wein die Wahrheit). Heines, der damals Obergruppenführer der SA und Polizeipräsident von Breslau war, meinte nämlich zu einer Rüge, die er offenbar von Ihnen bekommen hatte: «Adolf hat gar keinen Grund, die Schnauze so gross aufzureissen – ein Wort von mir, und er schweigt für immer!»

Diese Andeutung liess klar erkennen, dass Heines, der einer Ihrer ältesten Mitkämpfer war und auch den Marsch zur Feldherrnhalle beim Putsch mitgemacht hat, ein Geheimnis über seinen Führer bei sich trage. Er war aber nicht der einzige, nicht wahr, Herr Reichskanzler? Der zweite, der um das Geheimnis wusste, war Ihr Duzfreund Ernst Röhm, dem Sie ja eine so merkwürdige «Treue» gehalten, und vor den Sie sich, laut Ihrer Reichstagsrede vom 13. Juli 1934, «einst selber bis zum Letzten gestellt» haben . . . «ja, für den ich mich geradezu aufgeopfert hatte».

Warum Graf Helldorf verschont wurde!

Diese beiden Männer haben das Geheimnis um ihren Führer ins Grab mitgenommen. – Ich möchte in den Tagen nach der Ermordung dieser beiden SA-Führer wahrlich nicht in Ihrer Haut gesteckt haben –, wo Sie jeden Augenblick damit rechnen mussten, dass sich irgendwo ein Safe im Aus-

land öffnet und ein Dokument Heines oder Röhm der Weltöffentlichkeit übergeben wird, das jenes Geheimnis lüftete Wenn Röhm und Heines die Vorsichtsmassnahme nicht getroffen hatten, so deshalb, weil sie es wohl niemals für möglich gehalten hätten, dass sie eines Tages ohne Partei- oder Kriegsgericht binnen weniger Stunden an die Wand gestellt würden. Röhm wie Heines haben bis zur letzten Sekunde auch nicht daran geglaubt, dass die für sie bestimmte tödliche Kugel wirklich aus dem Lauf gefeuert werden würde. Hätten sie das geahnt, sie wären bestimmt so vorsichtig wie SA-Führer Helldorf gewesen, der alles fein säuberlich im Ausland deponiert hat, was er zum Reichstagsbrand noch zu sagen hat. Bei diesem Mann, den man recht gern auch in die Grube geschickt hätte, musste wohl oder übel die Kugel im Lauf bleiben – zu teuer wäre sie gekommen! . . .

Wo blieb die Generalsäuberung der Partei?

Als Sie am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten von Hindenburg die Regierungsgewalt übertragen erhielten, war dies ein Zeichen dafür, dass der Generalfeldmarschall Ihnen die Kraft zutraute, die Geschicke des deutschen Volkes zum Wohle und zum Glück zu leiten. Es war Ihre heiligste Pflicht, sich durch die Tat dieses Vertrauens würdig zu erweisen. Und hierzu gehörte damals, dass Sie Ihr Führerkorps einer gründlichen Säuberung unterzogen, in dem sich bekanntlich Elemente befanden, deren unsittlicher Lebenswandel dem Generalfeldmarschall bekannt war und seine stärkste Abneigung hervorrief, die er Ihrem Stabschef Röhm mehrfach in krassester Weise zum Ausdruck gebracht hatte. Diese Abneigung bestand aber auch in weitesten Kreisen der Partei und des Volkes, und es wäre nur die Erfüllung einer selbstverständlichen Pflicht gewesen, wenn Sie sofort nach der Machtübernahme zu einer Generalsäuberung der eigenen Reihen geschritten wären. Die Ehre und das Ansehen von Volk und Staat verlangte das unerbittlich von Ihnen, nachdem Sie nun nicht mehr nur Führer einer Partei waren, sondern das Haupt der Reichsregierung. Sie aber kamen dieser

Pflicht nicht nach, sondern glaubten, «Treue» bewahren zu müssen – mit diesen Worten bemäntelten Sie nämlich stets Ihre mangelnde Entschlusskraft, wenn man an Sie mit der Forderung herantrat, jene unheilvolle und immer grösser werdende Clique um Röhm aus der Partei auszumerzen. Dass Sie ausser der «Treue» noch etwas anderes hinderte, Röhm fallen zu lassen, wussten ja nur wenige Eingeweihte.

Die Enttäuschung in den Teilen des Volkes, die Ihnen durch ihre Stimme das Vertrauen geschenkt hatten, war jedenfalls grenzenlos, als offensichtlich wurde, dass der so abgöttisch verehrte Führer Adolf Hitler nicht den Mut fand, seinen Grundsätzen von Moral und Sauberkeit Geltung zu verschaffen und jene üblen Gestalten wie Heines und Genossen über Bord zu werfen – sondern sie neben sich auf die Kommandobrücke des Staatsschiffes nahm.

Sittlichkeitsverbrecher als Polizeipräsident

Schon wenige Tage nach der Machtergreifung sah man jene kompromittierenden Figuren Röhm, Heines und Genossen in höchsten Staatsstellen sitzen. Einen der berüchtigsten, Herrn Heines, der, wie ich aufgezeigt habe, durch seine Sittlichkeitsdelikte und seine sonstigen Exzesse ständig mit den Gesetzen in Konflikt war, hielten Sie, Herr Reichskanzler, und Ihr Minister Göring sogar für würdig, als Hüter der Gesetze und öffentlichen Sicherheit und Ordnung der Hauptstadt Schlesiens, als Polizeipräsident von Breslau zu fungieren, und Sie unterstellten ihm unter Beförderung zum Obergruppenführer eine SA-Armee von zirka 250,000 Mann! Heines, der Mitglied des Reichstages war, wurde dann vom Ministerpräsidenten Göring (genau wie der SA-Führer Ernst) «wegen besonderer Verdienste um die Bewegung» auch noch in den preussischen Staatsrat berufen.

Als Sie, Herr Reichskanzler, vor dem Reichstag am 13. Juli 1934 darzulegen versuchten, wie der Staat in eine so schwere Krise hineingeraten sei, da sagten Sie: «Aus einer Summe persönlicher Schuld und aus menschlicher Unzulänglichkeit entstand für unser junges Reich eine Krise, die nur

zu leicht von wahrhaft vernichtenden Folgen für eine absehbare Zukunft hätte werden können.»

Das Volk drohte zur Selbsthilfe zu greifen

Jawohl, Herr Reichskanzler! «Aus einer Summe persönlicher Schuld und aus menschlicher Unzulänglichkeit» ist der deutsche Staat in die schwere moralische Krise geraten, über die am 30. Juni 1934 die ganze Welt vom Propagandaminister Göbbels bis in widerliche Einzelheiten über die Lustknaben-Szenen bei der Verhaftung Heines eingeweiht wurde. Dass über das deutsche Volk eine solche Schande hereinbrach, das ist aber ausschliesslich Ihre persönliche Schuld und Unzulänglichkeit, denn Sie hatten jene Kreaturen Heines und Genossen an wichtigste Stellen des Staates gesetzt und mit ungeheurer Machtfülle ausgestattet, die diese vom ersten Tage ihres Amtsantrittes an unentwegt schmähslich missbrauchten, das Volk gemein unterdrückten und auch vor Mord nicht zurückschreckten. Und Sie haben ja dem grauenhaften Treiben dieser verbrecherischen Elemente in SA-Uniform monatelang tatenlos zugesehen, bis dann in den letzten Tagen des Juni 1934 Gefahr drohte, dass das empörte Volk zur Selbsthilfe griff. Denn so weit war es doch damals in Deutschland! Ich verrate Ihnen gewiss kein Geheimnis, wenn ich bekunde, dass die Bauern auf dem Lande schon die Dreschflegel und Sensen bereitgestellt hatten, um bei nächster Gelegenheit die SA-Horden zusammenzuschlagen, wenn sie in den Dörfern erschienen und Lebensmittel mit Waffengewalt zu rauben versuchten – wie es Woche für Woche geschehen war und auch noch weiter geschehen wäre, wenn der ganze Wahnsinn sich am 30. Juni nicht plötzlich überschlagen hätte. Und in den Städten, wo SA-Führer vom Schlage eines Heines und Ernst mit ihrem Gefolge vor aller Öffentlichkeit von Exzess zu Exzess taumelten, da war es auch nicht mehr weit, dass eine erregte Volksmenge einmal über die stets sinnlos betrunkenen Heines und Konsorten herfiel und sie auf offener Strasse erschlug. Fragen

Sie einmal die Beamten der Schutzpolizei, in wie gefährliche Situationen jene prassenden und schlemmenden SA-Führer oftmals zu später Nachtstunde kamen, wenn vor den Luxuslokalen sich Volk angesammelt hatte, um diesen Burschen einmal eine gehörige Abreibung zu geben, die ohne Zweifel einer Lynchjustiz gleichgekommen wäre. Der arme Schupo-beamte wusste, was ihm gedroht hätte, wenn es ihm nicht gelungen wäre, die erregte Menge rechtzeitig zu zerstreuen. Ist es Verleumdung, was ich soeben über den Grad der Erbitterung der Bevölkerung aus eigener Anschauung berichtet habe? Als Kronzeuge für die Richtigkeit meiner Behauptungen lasse ich Sie, Herr Reichskanzler, sprechen. Sie sagten in Ihrer Reichstagsrede: «Um zu verhindern, dass die politische Leidenschaft und Empörung an weiteren Belasteten zur Lynchjustiz greifen konnte, wurde noch am Sonntag, 1. Juli, strengster Befehl gegeben, jede weitere Vergeltung zu unterlassen.» Wie sehr das Volk tatsächlich Grund hatte, in die Siedestimmung der Lynchjustiz zu geraten, haben Sie in der gleichen Rede ja zum Teil ausführlich begründet und zugegeben. Ihre Eingeständnisse, wie schlimm das Treiben von SA-Führern in den Monaten vor dem Juni 1934 geworden war, verdienen im Wortlaut festgehalten zu werden, denn sie sind wichtigstes Beweismaterial für Ihre persönliche Schuld, Herr Reichskanzler, dass es in Deutschland jemals so weit kommen konnte. Sie kennzeichneten das sittenlose Leben, das in den Kreisen der SA-Führer Röhm, Heines, Ernst, Heidebreck und Hayn geführt wurde, in Ihrer Rede wie folgt:

«Das Leben, das der Stabschef Röhm und mit ihm ein bestimmter Kreis zu führen begann, war für jede nationalsozialistische Auffassung unerträglich. Es war nicht nur furchtbar, dass er selbst und sein ihm zugetaner Kreis alle Gesetze von Anstand und einfacher Haltung brachen, sondern schlimmer noch, dass dieses Gift sich nunmehr in immer grösseren Kreisen auszubreiten begann. Das schlimmste aber war, dass aus einer bestimmten gemeinsamen Veranlagung heraus in der SA eine Sekte sich zu bilden begann, die den Kern der Verschwörung nicht nur gegen die moralischen Auffassungen

eines gesunden Volkes, sondern auch gegen die staatliche Sicherheit abgab.»

Über die Exzesse Ihrer SA-Führer, «die Partei und SA mit Schande beluden», stellten Sie weiter fest: «Schlechte Aufführung, Trunkenheit, Belästigung friedlicher, anständiger Menschen sind eines Führers unwürdig, nicht nationalsozialistisch und verabscheuungswürdig.»

Göring gesteht den SA-Terror ein

Liefen diese Klagen wirklich erst im Monat Mai ein, Herr Kanzler? Ihr Polizeiminister Göring war in dieser Hinsicht etwas ehrlicher, als er in seiner «Rechtfertigungsrede» vor der Presse am 1. Juli 1934 über die brutale Terrorisierung der Bevölkerung und skandalösen Sittenzustände in der SA wörtlich vortrug:

«Seit Wochen und Monaten beobachten wir, in Sonderheit die verantwortlichen Dienststellen – das ist meine und die des Reichsführers der SS, Himmler – und beobachtet die Partei, dass ein Teil der obersten SA-Führer sich von den Zielen der Bewegung und des Staates abgewandt hat und ihre eigenen Interessen, ihren eigenen Ehrgeiz und zum Teil auch ihre ungleiche Veranlagung in den Vordergrund stellt. Immer wieder kamen die Klagen aus dem Lande, dass diese SA-Führer brutal gegen die Bevölkerung auftraten. Die Klagen häuften sich, dass Dinge geschahen, die mit dem Rechtsbewusstsein des Volkes nicht mehr übereinstimmten. Die Klagen häuften sich, dass alle Beschwerden bei den obersten SA-Führern keinen Sinn hatten.»

Göring schloss diese Rede mit den Worten: «Das Volk soll erkennen, dass ein sicheres und scharfes Gericht mit denen gehalten wird, die sich an ihm versündigt haben und die ihre Macht missbrauchten, um das Volk zu bedrücken.»

Gibt es ein schwerwiegenderes Eingeständnis dafür, dass das deutsche Volk von Kreisen der SA wirklich aufs Niederträchtigste terrorisiert worden ist, als diese amtliche Feststellung des Polizeiministers Göring, der genau wie der

Reichskanzler nicht geahnt zu haben scheint, welch vernichtende Waffen ihre Reden noch einmal im Kampfe zum Sturz des Hitler-Regimes werden würden!?

Warum schlug Göring nicht zu?

Warum schlug Herr Göring denn nicht mit brutaler Faust gegen jene Elemente zu, die, wie er selbst sagt, «ihre Macht missbrauchten und das Volk bedrückten?» In seinem Ministerium häuften sich doch schon seit März 1933 turmhoch die Beschwerden aus allen Kreisen des Volkes.

Warum «beobachtete» Herr Göring diese empörende Terrorisierung der anständigen Bevölkerung nur? War diese Bevölkerung nicht wert, unverzüglich vor weiteren Unterdrückungen geschützt zu werden? Wozu gibt es in einem Staat einen Innenminister, wenn er nicht für Ruhe und Ordnung im Innern des Landes Sorge trägt? Herr Göring wusste doch nachweislich von allem, was geschehen ist – auch von den furchtbaren Gefangenenmisshandlungen. Was aber tat er? Er liess, um seiner SA noch ein grösseres Betätigungsfeld zu lassen, Konzentrationslager einrichten, in denen die SA machen durfte, was sie wollte. Kein Schutzpolizeioffizier hätte es wagen dürfen, gegen die unmenschlichen Dinge, die hier geschahen, an Ort und Stelle Einspruch zu erheben, weil für die Verwaltung der Konzentrationslager nicht die Polizei, sondern ausschliesslich SA und SS zuständig waren. Wäre es nicht Pflicht gewesen, schon nach den ersten Meldungen von gemeinen Verbrechen der SA an Schutzhäftlingen, der gesamten SA sofort zu verbieten, noch irgendwelche polizeilichen Massnahmen auszuführen? Warum setzte Herr Göring die preussische Polizei nicht für diese Aufgaben ein, deren Mitglieder niemals derartige Untaten zu begehen gewagt hätten? Dem deutschen Volke und seinem Ansehen wäre viel erspart geblieben, wenn die Exekutive damals von Männern ausgeübt worden wäre, die nicht derartige Kreaturen und Verbrecher in ihren Reihen mit sich führten. Und wenn die Polizei nicht stark genug war, dann wäre doch der

Einsatz der Reichswehr das gegebene gewesen, um Abwehrmassnahmen in gesetzlicher Form durchzuführen. Die Hauptschuld an dem Versagen des Polizeiministers Göring trifft aber in erster Linie Sie, Herr Reichskanzler! Denn Sie mussten einen unfähigen Minister zum Teufel jagen, wenn er solche Zustände duldet und ihrer nicht Herr wurde. Sie mussten im Notfalle selbst das Ministerium des Innern übernehmen und dem terrorisierten Volke zeigen, dass Sie solche brutale Willkür nicht dulden und auch zu brechen verstehen. Sie aber taten etwas anderes.

Masslose Verhöhnung des leidenden Volkes

Anstatt dass Sie dem bedrängten Volke zu Hilfe kamen und nichts unversucht liessen, um die Nöte dieses Volkes zu erfahren, ordneten Sie (ich zitiere Ihre Reichstagsrede) «Mitte März an, Vorbereitungen zu treffen für eine neue Propagandawelle, die das deutsche Volk gegen den Versuch einer neuen Vergiftung immunisieren sollte.»

Und diese Propagandawelle erhielt von Ihrem Minister Göbbels die Parole: «Gegen Meckerer und Miesmacher – gegen Juden und Reaktion!» Anstatt dass also von der Führung des Staates die himmelschreienden Missstände endlich beseitigt wurden, die das Volk zu tiefster Empörung trieb, wagte man dieses Volk auch obendrein noch mit einer Propagandawelle zu überrennen und im Verlaufe dieses Feldzuges das mit Recht erbitterte Volk als «Meckerer» und «Miesmacher» zu verhöhnen. Die Reden, die Ihr Minister Göbbels und seine zu Tausenden in das Land geschickten Agitatoren damals gehalten haben, waren am 30. Juni 1934 noch in bester Erinnerung. Man hatte noch nicht vergessen, wie der Volksaufklärungsminister Göbbels sich so ausgezeichnet in den Sätzen gefallen hatte: «Seit kurzer Zeit kann man im Lande, wenn man genau hinhört, das Nagen von Wühlmäusen vernehmen, die glauben, sie könnten ihre Arbeit verrichten, ohne dass wir es merkten. In kleinlicher Kritik an SA und Partei glauben jene Meckerer und Mies-

mächer dem Ansehen der SA und der Partei heimlich einen Schaden zufügen zu können. Wir warnen jene Wühlmäuse! Wenn wir sie auch ruhig nagen lassen, so warten wir nur auf den Augenblick, wo sie aus ihrem Versteck hervorkommen; dann aber schlagen wir zu, und dann wird es ein furchtbares Heulen und Zähneklappern geben.»

Es war in der Tat eine Ironie des Schicksals, dass diese «Wühlmäuse», als man am 30. Juni zuschlug, alle zumeist die Uniform eines SA-Gruppenführers trugen und keineswegs zu den Kreisen gehörten, die man während des wochenlangen Feldzuges so übel verhöhnt und angepöbelt hatte.

Zwei Kategorien des Volkes hatten es damals Göbbels besonders angetan. Es war das Bürgertum, das er schlechtweg als «Reaktion» beschimpfte, und das waren die Mitglieder des Frontkämpferbundes, die ebenfalls als «reaktionäre Staatsfeinde» verdächtigt wurden. Ermutigt durch Göbbels' Pöbeleien, ging ja damals auch die Hitlerjugend im Verlauf des «Feldzuges gegen Meckerer und Miesmacher» zum Angriff auf die Frontsoldaten vor. Und der Hitlerjugendführer Stäbe leistete sich hierbei Ausdrücke der Verhöhnung des gesamten Frontsoldatentums, die nicht mehr zu überbieten waren.

Herr Reichskanzler Adolf Hitler! Wäre es nicht Ihre Pflicht gewesen, sich schützend vor Ihre Frontkameraden zu stellen, als dieser unerhörte Schmähefeldzug seinen Anfang nahm? Sie hatten ja allerdings damals Dringenderes zu tun, nämlich sich «schützend» vor Röhm zu stellen und sich für ihn «aufzuopfern»! Die Frontsoldaten werden weder Ihnen, Herr Reichskanzler, Ihre Treulosigkeit vergessen, noch Herrn Göbbels seine Frechheit und Respektlosigkeit vor verdienten Männern der Nation. In welchem Lande der Welt wäre es möglich gewesen, dass man die Frontkämpfer so offen verhöhnt? Sieben Wochen lang musste das Volk die Hetzreden des Herrn Göbbels und seiner Trabanten über sich ergehen lassen und die unverhüllten Ankündigungen vernehmen, man werde vielleicht schon in allernächster Zeit zu einer zweiten Welle der Revolution schreiten müssen, um die «Unbelehrbaren zur Raison zu bringen.»

Welch grauenvoller Hohn lag in Ihren Worten, Herr Kanzler, als Sie sich in Ihrer Rede selbst rühmten: «Bauend auf die Autorität meiner Person und auf meine, wenn notwendig, immer vorhanden gewesene Entschlusskraft .. » Solche Worte wagten Sie zu sagen, nachdem Sie vorher in langen Ausführungen selbst zugegeben hatten, wie gering Ihre Entschlusskraft gewesen ist und wie wenig wert Ihre Autorität noch gewesen war gegenüber Ihren randalierenden SA-Führern. Sie hatten ja sogar offen eingestanden, dass Sie Monate vorher die Schande klar erkannt hatten, aber trotz alledem zögerten, sie auszubrennen.

Eine solche Gefahr musste im Keime erstickt werden: wer sie auch nur einen Tag ausreifen liess, nachdem er sie erkannt hatte, machte sich eines Verbrechens am Volke schuldig!

Wer war der Hauptschuldige?

Und um hierzu Ihre Worte, Herr Reichskanzler, zu gebrauchen: «Es war wirklich eine Verschwörung gegen allen Anstand und alle Moral, die am 30. Juni 1934 vor aller Welt offenkundig wurde.» Und ich frage nochmals: Wer hatte diese Verschwörung gedeckt und gross werden lassen und war damit der Hauptschuldige? – Dieser Mann sass in der Reichskanzlei des Deutschen Reiches!

Herr Reichskanzler!

In Ihrer Rede vor dem Reichstag haben Sie furchtbare Dinge zu berichten gewusst, was alles über das arme deutsche Volk gekommen wäre, wenn Sie nicht im letzten Augenblick die Gefahr des Röhm-Putsches erkannt und unter Einsatz Ihrer eigenen Person das drohende Unheil des blutigen Bürgerkrieges beseitigt hätten. Wer Ihnen noch Glauben schenkte, den musste nachträglich eisiges Grauen packen bei dem Gedanken, welche entsetzliche Katastrophe kurz vor ihrem Ausbruch vom Volke abgewandt worden war – und wer so dachte, musste mit Recht von einem Gefühl tiefster Dankbarkeit überströmt werden gegenüber jenem Manne,

dessen hoher persönlicher Mut und dessen Tatkraft Volk und Vaterland wieder einmal so wunderbar gerettet hatte. Solche Gefühle im Volke wachzurufen, war ja wohl auch der Haupt-sinn der dramatischen Schilderung der von Ihnen so uner-schrocken gebannten Gefahr:

«Ehe noch das Blut von zehntausenden Unschuldigen die Katastrophe besiegeln würde, war ich daher Ende Juni entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu set-zen. Ich entschloss mich daher Samstag, den 30. Juni, den Stabschef Röhm seines Amtes zu entheben, zunächst in Ver-wahrung zu nehmen und eine Anzahl von SA-Führern, deren Verbrechen klar zutage lag, zu verhaften.»

Alles Phantasie und Lüge

Wir Männer des Gestapokellers sahen mit grösster Span-nung den nun folgenden Mitteilungen über den Inhalt der sagenhaften Alarmmeldungen entgegen, auf Grund derer Sie wahllos hatten morden lassen. Hierüber berichteten Sie, Herr Reichskanzler, wie folgt:

«1. Dass für Berlin um 4 Uhr nachmittags Alarm angeord-net sei, dass zum Transport der eigentlichen Stossformatio-nen die Requisition von Lastkraftwagen befohlen und bereits im Gange sei und dass Schlag 5 Uhr die Aktion überfallmä-sig mit der Besetzung der Regierungsgebäude ihren Anfang nehmen sollte. Gruppenführer Ernst war zu dem Zweck auch nicht mehr nach Wiessee gereist, sondern zur persönlichen Führung der Aktion in Berlin zurückgeblieben;

2. wurde in München die Alarmierung der SA bereits für 9 Uhr abends angeordnet. Die SA-Formationen wurden nicht mehr nach Hause entlassen, sondern in die Alarmquartiere gelegt.

Unter diesen Umständen konnte es für mich nur einen ein-zigen Entschluss geben.»

Bei diesen Mitteilungen tönte durch unsern Kellerraum ein von allen Häftlingen beifällig aufgenommener Zwischen-ruf: «Alles Phantasie und Lüge!» und diese Worte fielen bei

Ihren nun folgenden Ausführungen immer häufiger und lauter. Es hätte Sie gewiss betrübt, wenn Sie diese Augenblicke miterlebt hätten, wo Ihre uns bewachenden SS-Männer all dies bewegungslos mitanhörten und nicht im Entferntesten daran dachten, gegen die Zwischenrufer einzuschreiten. Wussten jene SS-Männer doch schon selbst zur Genüge, welch teuflisches Spiel am 30. Juni getrieben worden war – und nicht zuletzt mit der SS, die die standrechtlichen Ermordungen befehlsgemäss auszuführen gehabt hatte. Auf dem Höhepunkt Ihrer immer dramatischer werdenden Darstellung des niedergeschlagenen «SA-Putsches» brüllten Sie mit sich überschlagender, heiserer Stimme in das Mikrophon des Reichstages:

«Wenn überhaupt das Unheil noch zu verhindern war, dann musste blitzschnell gehandelt werden. Nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken. Und es konnte dann keine Frage sein, dass besser hundert Meuterer, Verschwörer und Konspiratoren vernichtet wurden, als zehntausend unschuldige SA-Männer auf der einen, zehntausend ebenso Unschuldige auf der andern Seite verbluten zu lassen. Denn wenn die Aktion des Verbrechers Ernst in Berlin erst abzurollen begann, waren die Folgen ja unausdenkbar! Die Notwendigkeit des blitzschnellen Handelns brachte es mit sich, dass mir in dieser entscheidenden Stunde nur ganz wenige Menschen zur Verfügung standen. Im Beisein des Ministers Göbbels und des neuen Stabschefs Lutze wurde dann die Ihnen bekannte Aktion durchgeführt.»

Und mit der Stimme eines Wahnsinnigen schrien Sie weiter: «Wenn mir jemand den Vorwurf entgegenhält, weshalb wir nicht die ordentlichen Gerichte zur Aburteilung herangezogen hätten, dann kann ich ihm nur sagen, in dieser Stunde war ich verantwortlich für das Schicksal der deutschen Nation und damit war des deutschen Volkes oberster Gerichtshof in diesen 24 Stunden ich selbst.»

Hätte es eigentlich nach solchen Worten aus dem Munde des «Führers» Adolf Hitler überhaupt noch einen Zweifel

geben dürfen, dass das deutsche Volk sich am 30. Juni wirklich in furchtbarster Gefahr befunden hatte, von Verschwörern der SA in einen Bürgerkrieg gestürzt zu werden, in dem zehntausend Unschuldige ihr Leben hätten lassen müssen!? Wer wollte angesichts der vom Reichskanzler Hitler aufgezeigten Gefahr und seiner Überwindung diesem Manne den Dank versagen, der es vermocht hat, den landes- und hochverräterischen Anschlag auf die Nation im letzten und gefährlichsten Augenblick zu ersticken – ja zu einem Zeitpunkt, wo bereits die «meuternden Divisionen» eines «Verbrechers Ernst» und einer «Bestie» Röhm in Angriffsbereitschaft standen «zum Schlage gegen den Staat»?

Unlösbare Widersprüche

Und trotz alledem ging nichts von solchen Gefühlen des Dankes durch das deutsche Volk, sondern lähmendes Entsetzen befiel jeden, der noch über klaren Verstand verfügte. Denn noch gellten einem die Worte in den Ohren, mit denen der Reichskanzler die unabsehbaren Folgen der auf gedeckten SA-Verschwörung an die Wand gemalt hatte: «Bestien – Verbrecher – Verschwörer – Landesverräter – Brunnenvergifter – blutig – blitzschnell – niedermachen – totschiessen – ausbrennen – Geschwüre – bis aufs rohe Fleisch →», da hörte man plötzlich denselben Mann mit fast rührender Stimme in der gleichen Rede die Sätze vortragen: «Die SA hat in diesen für sie wie für mich schwersten Tagen ihre innere Treue bewahrt. Sie hat damit zum dritten Male unter Beweis gestellt, dass sie mein ist.» «Millionen braver SA-Männer und SA-Führer, die ausserhalb dieser Gemeinschaft des Verrates stehen, wurden keine Sekunde in ihrer Pflichtauffassung wankend.»

Von diesem Augenblick an wurde im ganzen Volk das beängstigende Gefühl wach, ob wohl der Reichskanzler Adolf Hitler nicht mehr im Besitz seiner vollen Geisteskräfte sei? Wie wäre es sonst möglich, dass er vor aller Welt derartige sich geradezu irrsinnig widersprechende

Darstellungen zum Vortrag bringt! Denn jedermann musste sich mit Recht fragen: Wie verträgt sich die bis in grauenhafteste Einzelheiten gemachte Schilderung eines «im letzten Augenblick niedergeschlagenen SA-Putsches» – «durch Dezimierung meuternder Divisionen» – mit der am Schlusse dieser Anklagerede feierlich gemachten Feststellung, dass Millionen braver SA-Männer und SA-Führer ihrem Führer Treue bewahrten und keine Sekunde wankend wurden? Durch was sollten denn «zehntausende Unschuldige ums Leben kommen», wenn in der SA Millionen unsagbar treu waren, ausgenommen «eine Handvoll unverlässlicher, zersetzender Elemente» (so betitelte der «Westdeutsche Beobachter» in seinem Extrablatt vom 1. Juli 1934 die Verschwörer um Röhm). Diese «Handvoll Verschwörer» hätte ja eine Kompanie Reichswehr oder Schutzpolizei unschädlich machen können. Hierzu brauchte man ja nicht im ganzen Lande so «blutig zuzugreifen» und «blitzschnell» morden zu lassen und ebenso blitzschnell die Leichen der Ermordeten verbrennen zu lassen! Denn angesichts einer Armee von Millionen treuer und braver SA-Männer und Führer war doch nicht die geringste Gefahr im Verzug, dass zehntausende Volksgenossen im blutigen Bürgerkrieg ihr Leben hätten lassen müssen –, und es bestand auch keinen Augenblick jener «Staatsnotstand», den in einem Gesetz festzulegen sich Reichskanzler Hitler nach dem 30. Juni so beeilt hatte. Im Gesetz hiess es: «Die zur Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe am 30. Juni und am 1. und 2. Juli 1934 vollzogenen Massnahmen sind als Staatsnotwehr rechtens.»

Aber nicht nur in der Rede des Reichskanzlers war der SA jenes lobende Attest ausgestellt worden, dass sie mit dem Röhm-Putsch nicht das Geringste zu tun habe; sechs Tage nach den blutigen Massnahmen zur Niederschlagung des SA-Putsches empfing der neuernannte Stabschef der SA, Lutze, einen Pressevertreter und erklärte laut DNB-Bericht wörtlich Folgendes:

«SA-Putsch» – ohne SA!

«Ich stelle mit aller Entschiedenheit fest, dass kein SA-Mann zu den Verrätern um Röhm gestanden hat. Bei dem ganzen Spuk hat es sich lediglich um eine reine Führerrevolte gehandelt und auch von den Führern hat nur ein kleiner Teil bei der Rebellion mitgemacht. Die SA wusste nichts von den seit Wochen vorbereiteten Unternehmungen der obersten Führerschaft und ist deshalb keineswegs belastet.»

Diese Feststellungen Lutzes haben noch eine besondere Bedeutung dadurch, dass Lutze sich, als der Führer in München «totschiessen» liess, in seiner Begleitung befand. Die Worte des SA-Stabschefs bekräftigte der oberste Führer der SA, Adolf Hitler, nach zwei Monaten auf dem Reichsparteitag der NSDAP erneut in feierlicher Form, als er vor der SA in Nürnberg wörtlich sagte: «Ich habe die Männer der SA hierher befohlen, um vor aller Welt zu bekunden, dass weder die SA, noch irgendeine Gliederung der Partei etwas mit dem Schatten des 30. Juni zu tun hat.»

Aber selbst dem Volksaufklärungsminister Göbbels, der bekanntlich – laut seiner eigenen Aussage so «schlau wie eine Schlange ist» –, passierte bei der Behandlung des heiklen Themas «SA-Putsch» ein schwerer Regiefehler. Er verwickelte sich in den gleichen Widerspruch wie sein Führer. Einerseits schilderte er die Grösse der Gefahr des im Keime erstickten SA-Putsches ausführlich, anderseits teilte er im Rundfunk am 1. Juli 1934 mit, dass, als der Führer am 30. Juni in der Frühe von der Verhaftungsaktion aus Wiessee in München eintraf und vor den versammelten SA-Führern sprach «die Vermutung zur Gewissheit wurde, dass nur ein ganz verschwindend kleiner SA-Führer-Klüngel hinter diesen hochverräterischen Plänen stand, die Masse der SA-Führer und die gesamte SA aber wie ein Mann, wie ein geschlossener Block treu zum Führer steht.»

Es wird für immer ein Geheimnis bleiben, wieso zum Beispiel eine solche Situation wie in München und Wiessee ein

«Staatsnotstand» darstellte, der berechtigte, einen ganzen Tag lang und die darauf folgende Nacht SA-Führer und Zivilisten an der Mauer «totschiessen» zu lassen, und das alles so blitzschnell, dass man sogar Männer aus Versehen ermorden liess, nur weil sie denselben Namen wie Verdächtige trugen!

Das Massenmorden vom 30. Juni – «ein Spass»!

Aber auch für alle andern Städte Deutschlands, in denen angeblich schon in den nächsten Stunden der Röhm-Putsch mit blutigen Folgen beginnen sollte, gilt die Frage: War wirklich Gefahr im Verzug? Lag tatsächlich ein Staatsnotstand vor? Der neue Stabschef Lutze hatte bekanntlich in seiner zitierten Presseunterredung über die Gefahr vom 30. Juni mit den Worten gesprochen: «Bei dem ganzen Spuk . . .» In der offiziellen Parteipresse ging man in der Verkleinerung der vorgelegenen Gefahr aus Versehen aber noch weiter und schrieb zum Beispiel über die SA-Verschwörung von «zahlenmässig verschwindend kleinen Cliques, deren Anmassung nur mit dem verbrecherischen Wahnsinn zu vergleichen ist, dass sie berufen sein könnten, die Geschicke der Nation in ihre Hände zu nehmen. Dieser Spass (!) hat jetzt vorzeitig sein Ende gefunden» (Extraausgabe «Westdeutscher Beobachter», 1. Juli 1934).

Aber dieser Spass und Spuk hatte Sie, Herr Reichskanzler, bewogen, für 24 Stunden sich zum obersten Gerichtshof des deutschen Volkes zu ernennen und in diesen 24 Stunden in ganz Deutschland von Staats wegen ein grauenhaftes Massaker anzuordnen! Und aus diesem Spass und Spuk war über Nacht für das ganze deutsche Volk furchtbar blutiger Ernst geworden. Es klang wie entsetzlicher Hohn, als Sie am Schlusse Ihrer Rechtfertigungsrede mit zitternder Stimme sagten: «So wie ich vor anderthalb Jahren unseren damaligen Gegnern die Versöhnung angeboten habe, so möchte ich auch all denen, die mitschuldig waren an dieser Wahnsinnshandlung, von jetzt ab ebenfalls das Vergessen ansagen.» Wenn

es in jenen Tagen eine Wahnsinnshandlung gegeben hat, dann war es die Ihre vom 30. Juni 1934, die Ihnen aber das deutsche Volk und namentlich die, die durch diese Irrsinnstat ihren Vater, Bruder oder Gatten verloren haben, niemals vergessen, noch verzeihen werden!

Wenn Sie in den letzten Worten Ihrer Rede erklären: «Ich bin bereit, vor der Geschichte die Verantwortung zu übernehmen für die 24 Stunden der bittersten Entschlüsse meines Lebens», dann sei Ihnen an dieser Stelle gesagt, der Tag ist nicht fern, wo das gesamte deutsche Volk sich zum obersten Gerichtshof ernennt und seinen obersten Gerichtsherrn vom 30. Juni 1934 zur Verantwortung zieht!

XII

Geld und Blut

600 Mark Monatsrente für die Hinterbliebenen!

Das schlechte Gewissen der Männer, die für das Blutbad vom 30. Juni verantwortlich waren, war in den Wochen nachher unbeschreiblich. Nicht genug damit, dass Hitler, Göring, Himmler und sein Spiessgeselle Heydrich sich Tag und Nacht aufs Schärfste bewachen liessen – aus Furcht vor einem Racheakt von den Angehörigen der Erschossenen – wurden vor allem auch die Angehörigen der Ermordeten un-aufhörlich überwacht. Die Attentatsgefahr in den Monaten Juli und August 1934 war jedenfalls für die genannten Männer eine überaus ernste. Um diese wenigstens einigermaßen zu vermindern und die verzweifelte Stimmung in den Familien, die durch die Schüsse vom 30. Juni ihres Ernäh-rers beraubt worden waren, etwas zu beruhigen, fand Herr Göring einen Ausweg, über den die Öffentlichkeit bis zum heutigen Tage nichts erfahren haben dürfte. Göring empfahl nämlich dem Chef der Gestapo, Himmler, den Frauen von erschossenen SA-Führern und Zivilpersonen, bei denen die ungerechtfertigte Erschiessung besonders offenkundig zutage lag, eine monatliche Rente von 600 Mark zukommen zu las-sen, und zwar aus einem speziellen Fonds des Geheimen Staatspolizeiamtes. Himmler nahm diesen Vorschlag Görings selbstverständlich an und verteilte ab 1. August 1934 an die grösste Zahl der Hinterbliebenen der Opfer des 30. Juni-Wahnsinns, Renten im Betrage von 600 Mark monatlich, die fortlaufend gezahlt wurden. Die Überreichung des Geldes erfolgte natürlich nicht mit dem Absender: Heinrich Himmler oder Gestapo, sondern wurde in einem geschlossenen Kuvert ohne Begleittext und ohne Absender von einem Boten in Zivil den Hinterbliebenen übergeben. Diese Form war ab-sichtlich gewählt, damit keiner der Rentenempfänger eine

solche Überweisungsquittung einmal politisch auswerten könnte – was selbstverständlich sehr leicht möglich gewesen wäre. Denn die Auszahlung einer Staatsrente war doch der klarste Beweis dafür, dass die Führung des Regimes selbst eingesehen hat, dass ein grosser Teil der Erschossenen zu Unrecht an die Mauer gestellt worden war und sich niemals an irgendeinem «hoch- und landesverräterischen Anschlag» beteiligt habe. Denn im normalen Staatsleben pflegt man Hinterbliebenen von standrechtlich wegen Hoch- und Landesverrat erschossenen Männern keine Renten auszuzahlen!

Hitler, Göring, Himmler und Heydrich hatten in den Wochen nach dem 30. Juni 1934 strengste Anweisung gegeben, unter keinen Umständen einen der Hinterbliebenen der Erschossenen zu sich vorzulassen. Dieses geschah nicht nur aus Furcht vor einem Anschlag, sondern auch aus Furcht davor, dass ein Angehöriger bei einem solchen Besuch die Vorlegung der Schuldbeweise fordern könnte, auf Grund deren jene Männer erschossen wurden. Da kein einziger Beweis sich in den Händen der Verantwortlichen vom 30. Juni 1934 befand, musste also eine solche Situation auf alle Fälle vermieden werden – was auch ausnahmslos geschah. An Versuchen in dieser Richtung seitens der Hinterbliebenen hat es natürlich nicht gefehlt; es war aber alles vergeblich.

Die Denkschrift gegen Heines

Ende Februar 1936 prägte der Staatsanwalt im Schweriner Mordprozess gegen den Lustmörder Seefeld, der 12 junge Menschenleben auf dem Gewissen hatte, folgende Worte: «Warum macht das Gericht mit diesem Scheusal Seefeld nicht kurzen Prozess und lässt ihn hinrichten? So fragen viele Volksgenossen. So sehr man diese Forderungen zu verstehen vermag, so berücksichtigen diese Volksgenossen aber doch verschiedene Punkte nicht. Zunächst:

1. Wir leben in einem Rechtsstaat, und ich habe nicht die rechtliche Handhabe, ohne Weiteres mit einem solchen Menschen kurzen Prozess zu machen.

2. Jeder Vater und jede Mutter haben ein Anrecht darauf, zu wissen, wer ihren Sohn gemordet oder geschändet hat und wie ihr Sohn gestorben ist. Es ist ein Grundsatz nationalsozialistischer Rechtspflege, alle Kapitalverbrechen nach Möglichkeit aufzuklären.» Warum zitiere ich diese Worte eines Staatsanwaltes? Weil ich hiermit aufzeigen will, dass den am 30. Juni ohne jedes ordentliche Gerichtsverfahren zum Tode verurteilten und sofort erschossenen Männern vom Staate weit weniger Recht eingeräumt wurde, als dem zwölffachen Lustmörder Seefeld.

Aber noch ein weiterer Satz aus dem Seefeld-Mordprozess verdient in Zusammenhang mit dem 30. Juni 1934 und vor allem mit dem von Hitler jahrelang geduldeten unsittlichen Treiben der anormalen Röhm-Heines-Ernst-Clique gebracht zu werden. Der Vorsitzende des Schwurgerichtes, Landgerichtsdirektor Sarkander, stellte nämlich am 22. Februar 1936 fest:

«Der Angeklagte Seefeld ist überführt worden, mit allen diesen Knaben perverse Handlungen begangen zu haben. Schon diese Schändung der Knaben ist ein todeswürdiges Verbrechen, weil es sich gegen die Reinheit der Jugend richtet, die im heutigen Staate besonders gepflegt wird und um die der Führer ganz besonders besorgt ist.»

Stimmt das? Nein! Denn Hitler hatte aus einer Denkschrift alle Scheusslichkeiten seiner SA erfahren. Diese Denkschrift war von einer Reihe höherer Beamter aus dem Machtbereich Heines zusammengestellt worden, und zwar auf Grund eidlicher Aussagen der von dem Polizeipräsidenten Heines missbrauchten Hitlerjungen und SA-Männer. Der Inhalt dieser Denkschrift war so erschütternd, dass auch Herr Hitler sie noch in Erinnerung haben dürfte.

Es war Anfang des Jahres 1934, als Hitler beim Tee im Hotel Kaiserhof von einem hohen Regierungsbeamten aus Breslau diese Schrift überreicht erhielt, wobei es zu einem bezeichnenden Zwischenfall kam. Jener Beamte erbat nämlich vom Adjutanten Hitlers, Brückner, der neben Hitler sass, eine kurze Bestätigung darüber, dass der Führer diese

Denkschrift persönlich empfangen habe. Als Hitler das am Teetisch hörte, fuhr er den Beamten erregt an: «Was soll das?» – worauf jener antwortete: «Ich handle lediglich im Auftrage der in der Denkschrift unterzeichneten Männer.» Hitler hat zwei Wochen später den Verfassern der Schrift schriftlich bestätigt, dass er den Inhalt mit tiefster Erschütterung zur Kenntnis genommen habe und er Sorge dafür tragen werde, dass umgehend Wandel geschaffen werde.

Auch dieses Versprechen blieb nur auf dem Papier, denn es änderte sich im Machtbereich Heines' nicht das geringste, sondern Heines trieb unbekümmert sein schamloses Spiel mit der ihm anvertrauten Jugend weiter.

XIII

Eine peinliche Gegenüberstellung

Der Inhalt der von Hitler am 13. Juli 1934 gehaltenen Rechtfertigungsrede vor dem Reichstag war in den Kreisen der «Röhm-Putsch»-Schutzhäftlinge begreiflicherweise tagelang Gegenstand erregter Debatten. Was uns an den Ausführungen Hitlers, Görings und Göbbels, die diese über das Thema «Vorgeschichte zum 30. Juni 1934» gemacht hatten, am stärksten auffiel, war eine Tatsache, die geradezu Bestürzung hervorrief. Bei genauerem Studium jener Reden, wozu wir ja im Übermass Zeit hatten, ergab sich nämlich, dass in der Schilderung des angeblich bestehenden und verhinderten Aufstandsplanes zum grossen Teil Gedankengänge wiederkehrten, die man schon einmal gleichfalls in sehr hochgespannter politischer Situation aus dem Munde derselben Männer gehört hatte. Bestand zwischen der in dramatischer Form geschilderten Zuspitzung der Situation, die zum 30. Juni 1934 führte, nicht eine ausserordentliche Ähnlichkeit mit den Enthüllungen in den Tagen nach dem Reichstagsbrand? Waren nicht auch damals von unserer Regierung aufregende Mitteilungen über einen Kommunistenputsch mit furchtbaren Terrorakten der Öffentlichkeit übergeben worden, die sich nachher, wie ich ja eingehend geschildert habe, als Hirngespinnst und Fälscherstück herausstellten? Wir hätten viel darum gegeben, wenn wir damals die amtlichen Verlautbarungen über die Vorgeschichte zum Reichstagsbrand und zu dem angeblich für den nächsten Tag beschlossenen Kommunistenputsch im Columbia-Haus zur Lektüre gehabt hätten, um vergleichende Wissenschaft zu treiben. Vieles war noch gut im Gedächtnis, es war ja erst 16 Monate her. Aber es genügte doch nicht, um wirklich behaupten zu können, dass das Schema, nach dem man damals die Enthüllungen über den «KPD-Putsch» fabriziert hatte, förmlich als «Vorlage» für den «SA-Putsch» gedient hatte. Über die Kunstfertigkeit im Abschreiben bei der Herstellung von

amtlichen Mitteilungen und Enthüllungen hatte ich ja im Falle Sommerfeld bereits zu berichten gewusst. Dass unser Verdacht damals zu Recht bestand, ähnliche Vokabeln wie am 30. Juni und in Hitlers Rede schon im Februar und März 1933 gehört zu haben, bestätigte sich vollauf, als ich später einmal in der Freiheit einen Blick in die Veröffentlichungen des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes» und in die Reden Hitlers, Görings und Göbbels zum Reichstagsbrand und zum angeblich geplanten KPD-Putsch warf. Das Ergebnis meiner angestellten Vergleiche möchte ich an dieser Stelle der Öffentlichkeit nicht vorenthalten, da ich sie für die Methoden für ungemein aufschlussreich halte, mit denen man beim angeblichen KPD-Putsch 1933 und beim angeblichen SA-Putsch 1934 gearbeitet hat.

1933:

Göring am 1. März 1933 in seiner Rundfunkrede über den angeblich in letzter Minute aufgedeckten KPD-Putsch: «Ja, sogar Polizeibefehle waren gefälscht worden, wonach Panzerwagen auszuliefern waren.» (Dazu schreibt der Verteidiger Torglers, Dr. Sack, in seinem Buch «Der Reichstagsbrand», Seite 44: «Nur durch einen Zufall war vermieden worden, dass der KPD die schweren Polizeiwaffen, die Maschinengewehre und Panzerwagen, in die Hände fielen.»)

1934:

Hitler in seiner am 13. Juli 1934 gehaltenen Rede über den angeblich in letzter Minute aufgedeckten SA-Putsch: «Wie das Operieren mit meinem Namen gewirkt hatte, ergab sich aus der beklemmenden Tatsache, dass es diesen Meuterern z.B. gelungen war, in Berlin unter Berufung auf mich von nichtsahnenden Polizeioffizieren sich für ihre Aktion vier Panzerwagen zu sichern, und dass die Verschwörer Heines und Hayn Polizeioffiziere in Sachsen und Schlesien unsicher machten ...»

Sollte es wirklich einen solchen Zufall geben, dass in den Tagen des Reichstagsbrandes die KPD-Führer sich durch

Fälschungen in den Besitz von Panzerwagen der Polizei zu setzten versuchten und dass diese gleiche Methode im Juni 1934 von SA-Führern angewandt wird, gleichfalls mit dem Ziel, sich von der Polizei Panzerwagen für den geplanten Putsch zu verschaffen? Die Kenntnis bei den Verfassern dieser «Enthüllungen» muss auf dem Gebiete des Polizeiwesens eine recht geringe sein. Denn so leicht gibt ein Polizeioffizier nicht Panzerwagen an Leute aus, die mit irgendeinem Befehl zur Bestellung von Panzerwagen erscheinen. Herr Dr. Sack dürfte jedenfalls mit seiner Feststellung in Polizeifachkreisen einen vollen Heiterkeitserfolg erzielen, was auch für die Ausführungen des Polizeiministers Göring und des Reichskanzlers Hitler gilt. Aber es gibt ja noch weit aufregendere «Zufälle» beim Vergleich der Enthüllungen über den KPD-Putsch 1933 und den SA-Putsch im Juni 1934. Ich zitiere:

«Amtlicher Preussischer Hitler über den Termin des Pressedienst» Görings vom 28. Beginns des «SA-Putsches» Februar 1933 zum «KPD-Putsch»: am 13. Juli 1934:

«Für Dienstag früh 4 Uhr Alarmnachrichten, dass für waren in Berlin grosse Plün- Berlin um 4 Uhr nachmittags derungen angesetzt. Es steht Alarm angeordnet sei und fest, dass mit diesem heutigen dass Schlag 5 Uhr die Aktion Tage in ganz Deutschland die überfallmässig mit der Beset- Terrorakte gegen einzelne zung der Regierungsgebäude Persönlichkeiten, gegen Leib ihren Anfang nehmen sollte.» und Leben der friedlichen Be- völkerung beginnen und den allgemeinen Bürgerkrieg entfesseln sollten.

Nach den Anweisungen sollten Regierungsgebäude, Museen, Schlösser und lebenswichtige Betriebe in Brand gesteckt werden.»

Wir sehen hieraus, dass der laut amtlicher Mitteilung geplante Beginn des allgemeinen Chaos in Deutschland im Februar 1933 auf 4 Uhr früh festgesetzt worden war und mit einem Anschlag auf die Regierungsgebäude beginnen sollte. Hatten die KPD-Führer 4 Uhr früh festgesetzt, so hatten die SA-Führer im Juni 1934 4 Uhr nachmittags zum Losschlagen bestimmt, wobei ebenfalls zuerst die Regierungsgebäude besetzt werden sollten. Es ist in der Tat ein toller Zufall, diese Übereinstimmung in den Enthüllungen über den KPD- und SA-Aufstand, wo man für die Zeit 4 Uhr die gleiche Vorliebe gehabt haben muss. Ein Zufall? Oder sollten vielleicht die Verfasser dieser phantasievollen Enthüllungen im Juni 1934 vergessen haben, dass sie bei ihrem Schwindel schon damals mit der Zeit 4 Uhr operiert hatten?

Göring am 1. März 1933 Hitler über den «SA-
im Rundfunk über den «KPD- Putsch» am 13. Juli 1934:
Putsch): «Unter dem Titel Stabswa-

«Am 15. Februar 1933 ist festgestellt worden, dass die KPD mit der Bildung von Terrorgruppen beschäftigt war.»
schen wurden Terrorgruppen gebildet, um die entscheidenden Schläge rücksichtslos führen zu können.»

Was also die KPD-Führer im Februar angeblich gemacht haben, haben ihnen die SA-Führer im Juni 1934 abgeguckt. Und nun kommen wir zu der rührenden Tatsache, dass sowohl in den Tagen des Reichstagsbrandes einerseits die SA von kommunistischer Seite verführt werden sollte, und andererseits im Juli 1934 dieselbe arme SA von SA-Führern schmähdlichst verführt worden ist. Auch diese märchenhafte Schilderung stelle ich zum Vergleich gegenüber:

Die verführte SA im März 1933. Göring hierzu am 1. März 1933:	Die verführte SA im Juni 1934. Göring hierzu am 1. Juli 1934:
«Zahlreiche gefälschte Be-	«Die armen SA - Männer

<p>fehle von SA- und Stahlhelm- führern wurden gefunden, in denen die SA in geheimnisvoller Weise auf gefordert wurde, sich für die Nacht zum 6. März bereit zu halten, um Berlin zu besetzen, und zwar unter rücksichtslosem Waffengebrauch. Diese gefälschten Befehle wurden dann an Behörden und Bürger weiterverbreitet, um das Schreckgespenst eines nationalsozialistischen Staatsputsches hervorzurufen und die Arbeiterschaft in die notwendige Verwirrung zu bringen.»</p>	<p>sind verführt worden. Sie wurden alarmiert und bewaffnet und wussten nicht wozu.» Göbbels hierzu im Rundfunk: «Es waren nur noch die letzten Reste der schmachvoll getäuscht und wieder abgezogenen SA- Formationen zu sehen.» Hitler hierzu: «Dreimal hatte die SA das Unglück, Führer zu besitzen, denen sie glaubte gehorchen zu müssen und die sie betrogen ...»</p>
---	---

Wie aus diesen beiden, aus dem Munde desselben Mannes gemachten Ausführungen des Ministers Göring vom 1. März 1933 und vom 1. Juli 1934 hervorgeht, hatten sowohl die KPD- als auch die SA-Führer die Absicht, die unschuldige SA zu alarmieren und zu bewaffnen, durch gefälschte Befehle auf die Strasse zu locken und in beiden Situationen wussten die armen SA-Männer nicht, wozu. Diese Schilderung könnte beinahe auf die Tränendrüsen leicht empfindsamer Leser wirken und Rührung erzeugen für die armen, immer verführten SA-Männer, wenn nicht die Wirklichkeit so grauenhaft ernst wäre. Denn auch an diesen Zufall wird kaum einer noch zu glauben vermögen, der von den Fälschermethoden eines Chefs des «Amtlichen Preussischen Pressedienstes» im Vorhergehenden gehört hat.

<p>Hitler schlägt «blitzartig» zu gegen KPD-Putsch im Februar 1933. Hierzu Hitler am 23. März 1933 im Reichstag:</p>	<p>Hitler schlägt «blitzartig» zu gegen SA-Putsch im Juni 1934. Hierzu Hitler am 13. Juli 1934 im Reichstag:</p>
--	--

«Der ganze Umfang der beabsichtigten Aktion dieser Organisation ist weder dem deutschen Volke, noch der übrigen Welt genügend zum Bewusstsein gekommen. Nur durch ihr blitzschnelles Zuschlagen hat die Regierung eine Entwicklung verhindert, die bei einem katastrophalen Ausgang ganz Europa erschüttert haben würde.»

Hierzu der Verteidiger Torgler's, Dr. Sack, in seinem Buch, Seite 45:

«In dieser Erkenntnis war das sofortige Zupacken, wie es Göring durchführte, höchstes Gebot der Stunde.»

In allen amtlichen Verlautbarungen des März 1933 ist das Wort über das blitzartige Zuschlagen noch zahlreiche Male zu finden.

Beim Vergleichen dieser beiden amtlichen Berichte über das Niederschlagen des «KPD-Putsches» und des «SA-Putsches» ergeben sich nicht nur die gleichen Vokabeln, wie

«Wenn überhaupt das Unheil noch zu verhindern war, dann musste blitzschnell gehandelt werden. Nur ein rücksichtsloses und blutiges Zugreifen war vielleicht noch in der Lage, die Ausbreitung der Revolte zu ersticken. Denn wenn die Aktion des Verbrechers Ernst in Berlin erst abzurollen begann, dann waren die Folgen ja unausdenkbar ... Ich war daher entschlossen, dieser unmöglichen Entwicklung ein Ende zu setzen, ehe noch das Blut von zehntausend Unschuldiger die Katastrophe besiegeln würde.»

Göring am 1. Juli 1934:

«Der Führer hat selbst blitzartig eingegriffen und gab mir den Befehl, auf sein Stichwort hin zuzuschlagen.»

Göring am 1. Juli 1934:

«Es war selbstverständlich, dass Schleicher verhaftet werden musste. Er versuchte, bei der Verhaftung einen blitzartigen Überfall zu machen auf die Leute, die ihn verhaften sollten.»

zum Beispiel «blitzschnelles Zuschlagen», sondern auch die Gedankengänge stimmen voll überein, nämlich, dass nur durch dieses «blitzschnelle Zuschlagen» Hitlers das deutsche Volk vor der Katastrophe gerettet worden ist. Es packt einen allerdings kalt an beim Lesen der Worte, die sich mit der Erschiessung Schleichers befassen, wo Göring auch hierbei sich des Wortes «blitzartig» bedient, vor allem wenn man weiss, dass Schleicher erwiesenermassen von SS-Leuten ermordet worden ist und keinen Widerstand geleistet hat. Das schönste wäre, wenn Herr Göring auch über die Einäscherung der erschossenen SA-Führer zu berichten wüsste, dass diese blitzartig erfolgte.

Geplante Attentate gegen Hitler im Februar 1933 beim «KPD-Putsch»:

Amtl. Preussischer Pressedienst vom 28. Februar 1933 meldet über aufgefundene Attentatspläne gegen Regierungsmitglieder, und am 30. März 1933 erklärt Himmler, man besitze umfangreiches Material über geplante, aber im letzten Augenblick verhinderte Attentate auf Hitler und führende Persönlichkeiten.

Geplante Attentate gegen Hitler im Juni 1934 beim «SA-Putsch»:

Amtl. Mitteilungen melden aufgedeckte Anschläge auf den Führer Adolf Hitler. Hitler erklärt hierzu am 13. Juli 1934:

«Man hatte vorsorglicherweise bereits einen Mann gefunden, der meine spätere Beiseitigung durchzuführen hatte: Standartenführer Uhl gestand noch wenige Stunden vor seinem Tode die Bereitswilligkeit zur Durchführung eines solchen Befehls.»

Was im Februar 1933 die KPD-Führer tun wollten, beabsichtigten im Juni 1934 laut amtlicher Meldung nun auch SA-Führer. Wir sehen immer wieder, der «Zufall» zeitigt stets dieselben Methoden. Wir aber fragen im gleichen Atemzug erneut: Ist das wirklich Zufall? Diese Frage gilt auch der folgenden Gegenüberstellung.

«Das über den KPD-Putsch 1933 aufgefundene Material ist so grauenhaft, dass ...»

Herr Göbbels sagt am 1. März 1933:

«Die Zunge sträubt sich mir, wiederzugeben, was die Kommunisten an Verbrechen planten.»

«Das über den SA-Putsch 1934 aufgefundene Material ist so grauenhaft, dass . . .»

Herr Hitler sagt am 13. Juli 1934:

«Ich muss mir beim Bericht hierüber Beschränkungen auferlegen, die bedingt sind durch die Grenzen, die durch das Gefühl der Schande gezogen werden.»

Wir verstehen es allerdings durchaus, dass sich damals beim KPD-Putsch Herrn Göbbels die Zunge sträubte ob seines kunstvoll aufgebauten Lügenwerkes über die angeblich bestehenden Terrorpläne, während wir auch Herrn Hitler verstehen, wenn er, übermannt von dem Gefühl der Schande, sich gezwungen sieht, über manches zu schweigen.

Bei dem nächsten Vergleich sehen wir laut amtlicher Meldung einerseits KPD-Führer als Brunnenvergifter im wahrsten Sinne des Wortes tätig, anderseits am 30. Juni 1934 SA-Führer laut Hitlers Eingeständnis als Brunnenvergifter im geistigen Sinne an der Arbeit.

Februar 1933, KPD-Führer als Brunnenvergifter.

Hierzu Polizeibericht vom 28. Februar 1933:

«Die Politische Polizei betrachtet Münzenberg als den Verfasser der in den geheimen Kellern des Karl Liebknecht-Hauses gefundenen Anleitung zur Vergiftung von Brunnen und Wasserleitungen.»

Hierzu Torglers Verteidiger, Dr. Sack, Seite 43:

Juni 1934, SA-Führer als Brunnenvergifter.

Hitler hierzu am 13. Juli 1934:

«Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschies- sen, und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch ... Ich habe nicht zu untersu-

«Brunnenvergiftungen waren vorgesehen und proletarische Wasserversorgungen aus unverseuchten Tanks si- chergestellt.»
chen, ob und wem von diesen Verschwörern und Brunnen- vergiftern der deutschen öf- fentlichen Meinung ein zu hartes Los zugefügt wurde.»

Die Furcht vor einem neuen 30. Juni

Ich will hiermit die Gegenüberstellungen schliessen, die ich unternommen habe, um dem Leser die überraschende Gleichartigkeit der Ereignisse vom Februar 1933 und vom 30. Juni 1934 vor Augen zu führen. Ich habe an anderer Stelle dieses Buches die Beweise dafür geliefert, dass sowohl die amtlichen Enthüllungen über den geplanten bevorstehenden KPD-Putsch in den Tagen des Reichstagsbrandes wie auch die amtlichen Enthüllungen über den angeblich bevorstehenden SA-Putsch im Juni 1934 Fälschungen grösster Art darstellen. Ich habe Einblicke in die Werkstätten dieser politischen Fälscher vermittelt, die jedem einzelnen Leser die ungeheure Gefahr vor Augen führen, die darin besteht, dass eines Tages jene Menschen ohne Gewissen und ohne Skrupel zum drittenmal die Welt mit Enthüllungen überraschen, aus denen vielleicht noch schlimmere Folgen entstehen, als aus den Ereignissen des Februar 1933 und Juni 1934. In den Teilen des deutschen Volkes, die um all diese Dinge wissen – und die Wahrheit frisst sich eben, wenn auch langsam, so doch sicher durch – besteht, ich kann es bezeugen, eine geradezu unheimliche Furcht davor, dass man eines Tages wieder im Rundfunk hört: «Nur durch das blitzschnelle Zuschlagen des Führers wurde das Volk vor einer Katastrophe gerettet, deren Auswirkungen nicht abzusehen waren. Der Führer hat als oberster Gerichtsherr seines Amtes gewaltet und hat folgende Männer erschossen lassen . . .»

XIV

Methoden der Gestapo!

Die Gestapo ist ein Staat im Staate und hat niemandem – weder dem Reichsministerium des Innern, noch dem preussischen Innenministerium Rechenschaft abzulegen. Es gibt auch keinerlei Einspruch gegen Massnahmen dieser Behörde. Was sie tut, ist ohne Ausnahme «von Staats wegen rechtens». Weder in der Republik, noch im kaiserlichen Deutschland hat es je ein Organ des Staates mit derartiger Machtvollkommenheit gegeben. Man müsste annehmen, dass die Männer, die an der Spitze einer solchen Behörde stehen, Menschen sind von unerhörtestem Verantwortungsgefühl und mit einem Gewissen, das feinstens reagiert. Wie es in Wirklichkeit ist, wissen wir und die ganze Welt.

Gerade an der Spitze dieser Behörde stehen Menschen, die das Wort Gewissen oder Verantwortung überhaupt nicht kennen. Menschen, die nicht etwa die Schule der Beamtenlaufbahn hinter sich haben, wo man zum Gefühl der Verantwortung vorbildlich erzogen wird – der deutsche Beamte genoss in der ganzen Welt den Ruf höchsten Verantwortungsbewusstseins und der Gewissenhaftigkeit –, sondern sie sind alle Männer, die der Bürgerkriegsformation der SS entstammen, und ihre Hauptmotive sind Hass, Rache und Vergeltung.

Eine Kulturschande

Die Gestapo ist eine Kulturschande. Die Methoden seelischer und körperlicher Folterungen kennen keine Grenzen. Die Gestapo hat das Recht, jeden ohne irgendeinen besonderen Befehl in Haft zu nehmen und verschwinden zu lassen. Rechtsanwälte dürfen die Amtsräume der Gestapo nicht betreten. Dem Inhaftierten steht weder das Recht zu, sich verteidigen zu lassen, noch das Recht der Beschwerde. Es gibt keinen rechtloseren Menschen als den von der Gestapo verhafteten. Hier gibt es keine Vorschriften, dass man bin-

nen 24 Stunden einem Untersuchungsrichter vorgeführt werden muss und dass man erfährt, weshalb man verhaftet ist. Wochen- und monatelang sitzen Menschen dort und sind noch nicht ein einziges Mal verhört worden. Dafür erhalten sie von rabiaten Gesellen der SS Andeutungen: «Du elendes Schwein, du kannst dein Kreuz machen über dein Leben.» Die seelischen Martern dieser Menschen sind nicht zu beschreiben, geschweige denn die körperlichen. Was wir an Schreien zu hören bekamen, wenn wir zur Vernehmung hinaufgeführt wurden, und was wir an blutig geschlagenen Gesichtern zu sehen bekamen, ist entsetzlich. Die Gestapo rühmt sich, von jedem Angeklagten das zu erfahren, was sie wissen will. Das Vorspiel hierzu besteht in körperlichen Misshandlungen, während denen ein anderer Scherge ein Protokoll aufsetzt, das der halb bewusstlos Geschlagene dann unterschreibt, ohne zu wissen was darin steht. Das sind dann die Unterlagen, die, wenn ein solcher Unglücklicher überhaupt noch vor ein Gericht kommt, dem Richter vorliegen. Und wenn der Angeklagte abstreitet, dann erklärt ihm der Richter seelenruhig: Sie haben das doch früher selbst ausgesagt! Wehe dem Angeklagten, der vor Gericht erklären würde: Ich bin vorher bewusstlos geschlagen worden. Dieser Mensch kann dann wirklich sein Kreuz unter sein Leben machen, denn die Gestapo hat das Recht, selbst im Falle des Freispruchs und der Aufhebung des richterlichen Haftbefehls, jedermann in weitere zeitlich unbegrenzte Verwahrung zu nehmen. Ein solcher Mann würde schon am nächsten Tag erschlagen werden. So kommt es, dass es vor Gericht niemals einer wagt, zu enthüllen, was der Unterschrift zu seiner Aussage vorausgegangen ist. Am schlimmsten wird mit jenen verfahren, von denen man ihren Freundeskreis erfahren will. Für die Verhörer der SS gibt es keine Achtung vor dem politischen Gegner, der aus Ritterlichkeit lieber alles selbst auf sich nehmen will, als noch andere ans Messer zu liefern. Solche Menschen werden wochenlang misshandelt, und dann gelingt es eben oftmals doch, das, was man wissen will, herauszuprügeln.

Triumph der Rechtlosigkeit

Die Schutzhaftbestimmungen stellen nicht nur für den Verhafteten, sondern auch für die Angehörigen die schwerste Tortur dar, denn die Behörde ist nicht verpflichtet, Auskunft über den Inhaftierten zu geben, ja nicht einmal über die Tatsache, dass er inhaftiert worden ist, geschweige denn, wo er sich befindet. Erlaubnis zum Besuch gibt es erst frühestens nach vier Wochen, wenn bis dahin die Frau, die ihres Ernährers beraubt ist, nicht den Verstand verloren hat. Wäsche oder Esswaren zu erhalten, gilt schon als ein besonderes Glück.

Für die Angehörigen liegt die Trostlosigkeit vor allem darin, dass sie keine Möglichkeit haben, irgendwo etwas für die Inhaftierten zu tun. Auch in das Gebäude der Gestapo wird grundsätzlich kein Angehöriger hineingelassen. Es ist beschämend, dass auf dem grossen internationalen Juristenkongress in Berlin 1934 kein einziger der ausländischen Vertreter das Wort zur Anklage gegen diesen, jedem internationalen Empfinden ins Gesicht schlagenden Strafvollzug erhoben hat. Wenn man zurückdenkt, mit welchen Worten wir zu Zeiten der Weimarer Republik gegen die Marxisten gewettert haben, wenn ein Polizeipräsident einmal SA-Leute über Nacht festsetzen liess und ihnen nicht erlaubte, den Eltern Nachricht zu geben. Damals schrien wir über Rechtlosigkeit und unwürdige Zustände. Was hätten wir wohl gesagt, wenn ein Severing eine Gestapo geschaffen hätte und das Richtschwert so gnadenlos gehandhabt hätte, wie Herr Himmler es heute tut? Die Methoden der Verhöre von anormal Veranlagten gestalten sich stets zu Exzessen übelster Art, da man sich geradezu daran weidet, in Gegenwart der Stenotypistinnen alle Einzelheiten zu Protokoll zu bringen, ja sich sogar nicht scheut, Lokaltermine abzuhalten.

Arge Missstimmung in der SS

Die Verhöre über den Röhm-Putsch waren absonderlichster Natur, denn schon nach wenigen Tagen wagte es kein Kommissar, einen Häftling ernstlich zu befragen, ob er sich der Mitwisserschaft oder der Teilnahme am Putsch schuldig gemacht habe. Nicht nur jeder Kommissar, sondern jeder einzelne SS-Mann war bereits nach wenigen Tagen im Bilde, dass hier etwas sehr Mystisches geschehen ist. Es trug gewiss nicht zur Festigung des Glaubens an den Führer bei, dass die uns bewachende SS meistens Zuhörer war bei unsern Gesprächen, wenn wir Gegenprozess machten. Wir haben oftmals bemerkt, wie fassungslos diese jungen Männer der SS waren, wenn sie Dinge erfuhren, die sie bestimmt niemals für möglich gehalten hätten. Obwohl sie die Pflicht gehabt hätten, von dem Gehörten sofort Meldung zu erstatten, geschah es in keinem einzigen Fall. Wer behauptet, die SS versehe ihren Dienst begeistert, der höre sich einmal die Äusserungen der Missstimmung persönlich an. Es war wirklich rührend, zu sehen, wie dankbar die SS-Leute waren, wenn man ihnen einmal eine Mark schenkte, damit sie mit ihrem Mädchen eine Tasse Kaffee trinken konnten. Die Mitglieder des Standrechtskommandos befanden sich in einer furchtbaren seelischen Verfassung. Wohl hatten sie die Befehle ausgeführt; die Wahrheit erfuhren sie aber schon nach wenigen Tagen, und die Gewissenskonflikte waren entsprechend gross. Und der Glaube an den «Führer» ist auch hier im Wanken.

Bunte Gesellschaft im Gestapo-Keller

Hatte man uns von der SS im Columbia-Haus in den ersten Tagen nach dem sagenhaften Röhm-«Putsch» stets als Hoch- und Landesverräter behandelt und entsprechend liebevoll titulierte, so trat ab 9. Juli plötzlich eine grundsätzliche Wandlung ein. Bei Vernehmungen «zur Person», die stets im Hause der Gestapo stattfanden, bei denen aber kein Wort über den «Röhm-Putsch» gesprochen wurde, erklärte man uns nämlich, dass wir «Ehrenhäftlinge» seien und nicht Schutzhäftlinge. Aus diesem Grunde durften wir uns ja auch innerhalb des Hofes des Columbia-Hauses frei bewegen, uns ungehindert miteinander unterhalten und uns selbst beköstigen – so erklärte der vernehmende SS-Sturmführer in auffallend höflicher Tonart. Gleichzeitig wurden auch die SS-Wachmannschaften im Columbia-Haus, die sich in den ersten Tagen nach dem 30. Juni uns gegenüber schweinemässig benommen hatten, abgelöst, und ein SS-Kommando übernahm unsere Bewachung, von dem niemand mehr uns als Hoch- oder Landesverräter zu beschimpfen wagte. Diese Wandlung hatte sich auf allerhöchsten Befehl vollzogen, da es Adolf Hitler allmählich doch recht unbehaglich geworden war in seiner Rolle als «oberster Gerichtsherr». Auch hatte Hitler inzwischen aus dem ganzen Reiche höchst beunruhigende Mitteilungen erhalten, aus denen klar zu ersehen war, wie grenzenlos die Empörung im ganzen Volke war über die willkürlichen Erschiessungen und Verhaftungen. Selten hat wohl ein Regime so sinnlos und wahllos Verhaftungen vorgenommen, wie Herr Göring «im Zuge der Aktion» vom 30. Juni 1934.

Der Dank vom Hause Hitler

Die interessantesten Persönlichkeiten sassen zweifellos im Keller des Gestapo-Gebäudes in der Prinz Albrecht-Strasse,

wo man bei jeder Vernehmung viele Stunden lang Gelegenheit hatte, sich mit diesen Männern zu unterhalten. Deshalb war auch der Transport vom Columbia-Haus zur Gestapo stets eine sehr begehrte Abwechslung. Was hatte z.B. der bekannte Verherrlicher der Person Hitlers, Herr Edgar von Schmid-Pauli, mit dem «Röhm-Putsch» zu tun? Dieser hat sich bekanntlich durch sein Buch «Die Männer um Hitler» ein grosses Verdienst um die NSDAP und ihren Führer erworben. Jetzt sass er in einer Zelle im Gestapo-Keller ganz verstört auf der Pritsche und bat den wachhabenden SS-Mann inständigst, man solle seine Zelle des Nachts doch nicht abschliessen, er verliere sonst den Verstand bei dem Gedanken, im Hitler-Reich eingeschlossen zu sein! Sein Wunsch wurde erfüllt – bis er vor Resignation in tiefen Schlaf verfallen war; dann schloss der SS-Mann leise seine Kerkertür. Und wenn er morgens aufwachte –, war der Riegel wieder fortgeschoben, so dass der Verehrer Adolf Hitlers glauben konnte, die Nacht in offener Zelle verbracht zu haben. Aber schon nach wenigen Nächten hatte sich auch ein Edgar von Schmid-Pauli daran gewöhnt, dass ihn ein Adolf Hitler des Nachts in verriegeltem Kerker schlafen lässt. So wie wir uns alle mit dem Gedanken vertraut gemacht hatten, dass der Dank vom Hause Hitler so aussieht.

Herr Dr. Sack im Columbia-Haus

Auch Herr Dr. Sack hätte wohl niemals geglaubt, dass ihm seine in den Augen Hitlers und Görings so verdienstvolle Rolle im Reichstagsbrandprozess einmal so schlecht gelohnt würde. Es war Mitte Juli, als im Columbia-Haus Dr. Sack mit seinem unvermeidlichen Monokel im Auge von der SS eingeliefert wurde. Es war ihm begreiflicher Weise nicht absonderlich wohl zu Mute, denn es stand für ihn als einem der besten Freunde des bereits erschossenen Brandstifters und SA-Führers Karl Ernst durchaus nicht fest, ob diese Reise ins Columbia-Haus nicht sehr böse endete! Schliesslich war er doch ein höchst unbequemer Mitwisser in Sachen Reichstags-

Brand-Regie, und es hätte durchaus auf der Linie des Herrn Göring gelegen, wenn er auch in Bezug auf Dr. Sack seine Aufgabe «erweitert» hätte. Es war übrigens interessant zu sehen, dass sich Dr. Sack während seines Aufenthaltes im Columbia-Haus am besten mit den SA-Männern vom Stabe des SA-Führers Ernst verstand, der früheren SA-Untergruppe Ost, Berlin-Brandenburg, Hedemannstrasse. Von diesen SA-Leuten war ja ein Teil über das «Geheimnis» des Reichstagsbrandes aus persönlicher Anschauung im Bilde, was sie mit Herrn Dr. Sack als den Mitregisseur der Leipziger Komödie natürlich von Vorneherein freundschaftlich verband. Dass es unter uns «Ehrenhäftlingen» eine erhebliche Anzahl gab, die die Person Dr. Sacks nur sehr wenig schätzten, dürfte dieser Herr bald gemerkt haben. Als Dr. Sack eingeliefert wurde, war er fest davon überzeugt, dass er sofort von oberster Stelle wieder freigelassen werden würde – was aber zu seiner grossen Betrübnis nicht geschah. Wäre einer seiner besten Freunde, Dr. Diels, damals noch Chef der Gestapo gewesen, so hätte er wohl niemals die Zelle des Columbia-Hauses erlebt, wie übrigens viele andere Persönlichkeiten des Regimes auch nicht.

Chef der Fememord-Abteilung: Schiffer!

So z.B. der Leiter der berüchtigten IE-Abteilung, Sturmbannführer Schiffer, der während der Diels-Ära in der Gestapo eine bedeutende Rolle spielte. Damals oblag ihm die Aufgabe, in den Reihen der Partei und der SA Feme-Urteile? zu vollstrecken! Schiffer war «im Zuge der Aktion» in das Konzentrationslager Lichtenburg eingeliefert worden, wo ihm in voller Uniform nach Zuchthäusler Art die Haare geschoren wurden, und zwar wurde die Prozedur von «BV»-Leuten ausgeführt (Berufs-Verbrechern). Mit Zuchthauschädel und in der Sturmbannführer-Uniform sah ich Schiffer gegen Ende Juli, als ich im Keller der Gestapo wieder einmal auf die Vorführung zur «Vernehmung» wartete. Er schilperte gerade in kleinem Kreise der «Ehrenhäftlinge», wie er

und seine SA-Spiessgesellen von der IE-Abteilung die Feme-Arbeit verrichtet hätten und wie man des Nachts dann die Opfer «eingepflanzt» (!) habe, an Chausseegräben ausserhalb Berlins, und zwar so «kunstgerecht» – wie Schiffer sich zynisch ausdrückte – dass Spürhunde der Landjägerei nicht darauf kommen konnten. Wie viele Volksgenossen sind auf diese grauenhafte Art ums Leben gekommen, von denen die Angehörigen niemals wieder ein Lebenszeichen erhielten und annahmen, es lägen kommunistische Terrorakte vor. In Wirklichkeit waren sie von den eigenen Leuten ermordet und wie räudige Hunde verscharrt worden!

Herr Schiffer schien bei der Anpreisung seiner Feme-Untaten nicht zu wissen, dass unter den Zuhörern auch Männer sassen, die stärksten Abscheu gegenüber seiner Person empfanden. Er erfuhr das erst, als einer der Anwesenden ihm in wenigen Worten seine Meinung über dieses viehische Handwerk kundtat – und von da ab schwieg Schiffer plötzlich.

Unvergesslich wird mir jene erbärmliche Szene bleiben, die sich kurz darauf im Gestapo-Keller abspielte. Ein SS-Mann trat in den Kellerraum und rief Schiffer zu: «Uniformrock ausziehen!» Diese Aufforderung konnte in dieser Situation für Schiffer die Ankündigung des Allerschlimmsten sein. Schiffer ging in seine Zelle, legte den Uniformrock ab und fing plötzlich ganz jämmerlich an zu heulen! Schiffer, der ja fürwahr keine Hemmungen gehabt hatte, wenn es um die Vernichtung anderer Menschenleben ging, bekam jetzt einen Nervenzusammenbruch – aus Furcht, man könnte ihn vielleicht auch einmal «einpflanzen». Und so ging er wie ein Kind weinend und winselnd durch den Kellerraum, ein Bild unbeschreiblicher Erbärmlichkeit!

Das Schlimmste ist ihm aber doch noch erspart geblieben – dank seiner Beziehungen zu Adolf Hitler, die er über das Haus Bechstein hatte, für das er geschäftlich tätig war. Und die Familie Bechstein, die ihr Haus neben der Villa Hitlers am Obersalzberg besitzt und einst enorme Summen für die Abdeckung von Partei-Schulden gezahlt hatte, hatte jetzt natürlich ein Anrecht darauf, von Hitler im Falle Schiffer

eine Gefälligkeit erwiesen zu erhalten – was ja dann auch geschah.

Der Mörder des Hellsehers Hanussen

Eine weitere zweifelhafte Zierde unserer Haft-Gemeinschaft war der SA-Sturmführer Steinle, der Mörder des Hellsehers Hanussen. Steinle gehörte im März 1933 der SA-Untergruppe Ost, Hedemannstrasse, an, die unter dem Kommando von SA-Oberführer Ernst stand. Mit trockenen Worten erzählte uns Steinle, wie er von Ernst seinerzeit den dienstlichen Befehl erhalten habe, Hanussen «umzulegen» – was er auch am selben Tage noch «erledigt» habe. Steinle habe die Ausführung des Befehls dem SA-Gruppenführer Helldorf persönlich melden müssen, da Helldorf den Befehl dem Oberführer Ernst erteilt hatte, für die sofortige «Umlegung» Hanussens Sorge zu tragen. «Jetzt habe ich die ganze Schweinerei am Halse», meinte Steinle mit bedrückter Stimme. «Ich hatte einen so schönen Posten in der Gestapo bekommen, und jetzt ist alles aus . . .» Steinle zeigte sich viele Tage untröstlich und wollte mit der Sprache nur sehr langsam heraus.

Das besorgte dafür umso gründlicher ein Mitglied des SD (Sicherheits-Dienstes), namens Grosse, der schon vor dem 30. Juni im Gestapo-Keller gelandet war!

Es war Mitte Juli 1934, als ich vormittags vom Columbia-Haus zur Gestapo zum Verhör transportiert worden war, wo im Gefängnisgarten der Gestapo ein Kreis von Ehrenhäftlingen «tagte», der sich aus hohen SA-Führern und andern bekannten Männern der Partei rekrutierte. Ich kam mitten in das Referat Grosses, das dieser jenem Kreise über das Kapitel Reichstagsbrand hielt. Unter den Zuhörern befanden sich u.a. Edgar v. Schmid-Pauli, Sturmbannführer Behrens (von der Arbeitsfront), zwei SA-Standartenführer aus Leipzig (einer davon vom SA-Hochschulamt Leipzig) und ein Herr Dr. X., der im Zusammenhang mit dem Spionagefall des Rittmeisters von Sosnowski im Gestapo-Keller sass. Wie

Grosse berichtete, bekleidete er den Rang eines Sturmbannführers der SS und gehörte dem Sicherheitsdienst der SS an, jener wichtigsten und gefürchtetsten Organisation im Dritten Reich.

Hanussen hatte van der Lubbe hypnotisiert!

Das Mitglied des SS-Sicherheitsdienstes, Grosse, berichtete ausführlich über die Rolle, die der Hellseher Hanussen bei der Vorbereitung der Reichstagsbrandstiftung gespielt hat. Hiernach hatte Hanussen im Februar 1933 den Auftrag vom SA-Führer Helldorf, dem jetzigen Polizeipräsidenten von Berlin, bekommen, van der Lubbe hypnotisch zu behandeln, um ihn im Sinne der Ausführung der Reichstagsbrandstiftung zu beeinflussen. Da van der Lubbe, wie auch medizinische Sachverständige im Leipziger Prozess bestätigt haben, ein ausserordentlich leicht zu beeinflussender Mensch gewesen ist, stellte er für Hanussen ein geradezu glänzendes Medium dar. Bei diesen hypnotischen Sitzungen ist laut Aussage Grosses Graf Helldorf stets zugegen gewesen und auch der Brandstifter SA-Führer Ernst. Die Hauptarbeit Hanussens soll hierbei darin bestanden haben, in van der Lubbe sein ohnehin schon überreichlich vorhandenes Geltungsbedürfnis noch zu steigern, und in ihm das Gefühl zu erzeugen, dass er durch die Brandstiftung eine Tat begehe, auf die die ganze Welt ihre Aufmerksamkeit richten werde – ebenso auf seine Person, die über Nacht eine Berühmtheit werde. Selbstverständlich sei von Hanussen und Helldorf dem van der Lubbe immer wieder versichert worden, dass ihm in keinem Falle irgendetwas geschehen würde, sondern dass alle etwaigen Prozessverhandlungen lediglich Komödie seien. Man würde ihn nach der Verurteilung heimlich ins Ausland schaffen und ihn mit genügend Geldmitteln versehen, damit er sorgenlos leben könne. Über den Zwischenfall Helldorf-van der Lubbe vor dem Leipziger Gericht, wobei bekanntlich van der Lubbe zum erstenmal den Kopf hochnahm, als er von Helldorf angesprochen wurde, berichtete SS-Mann

Grosse, dass dies einer der kritischsten Augenblicke gewesen sei, weil aus dem Verhalten van der Lubbes von der Öffentlichkeit mit Recht Verdacht geschöpft wurde, dass zwischen van der Lubbe und Helldorf schon vorher irgendwelche geheime Querverbindungen bestanden haben – was ja auch der Fall war! Das Geheimnis des Verhaltens van der Lubbes vor Gericht, der stets wie geistesabwesend mit gesenktem Kopfe dasass, klärte Grosse dahingehend auf: Van der Lubbe sei während der Dauer des Leipziger Prozesses nicht etwa durch Gift in jenen Dämmerzustand versetzt worden, sondern sei täglich aufs Intensivste hypnotisch behandelt worden, was bei seiner besondern Eignung hierzu natürlich besten Erfolg zeitigte.

Hanussens Ermordung «unumgänglich»

Die Ermordung Hanussens auf Befehl Helldorfs wurde von Grosse als «unumgänglich» (!) bezeichnet, da Hanussen ein zu gefährlicher Mitwisser auch anderer geheimster Vorgänge hinter den Kulissen des Dritten Reiches geworden war.

Sämtliche Zeugen, die ich eingangs benannte, die dem Berichte des Mitgliedes des SS-Sicherheitsdienstes Grosse zugehört haben, sind noch am Leben. Ebenso Herr Grosse, der nach monatelanger Haft im Keller der Gestapo sogar wieder in den Sicherheitsdienst der Gestapo übernommen wurde! Grosse rechnete vorübergehend fest damit, dass man ihn «umlegen» lassen werde. Aber nicht nur Herrn Grosse löste sich in der Gestapo-Haft in jenen aufgeregten Tagen die Zunge – wie es in der Freiheit niemals geschehen wäre.

Aus Göbbels' Zauber-Theater

Einem SA-Sturmführer, der mit uns im Columbia-Haus sass, ging der Mund noch weit mehr über. Er hatte viele Jahre zu der ständigen Begleitung Dr. Göbbels gehört. Dieser Mann packte über Dinge aus, die wirklich Unglaubliches an den Tag brachten. So erzählte er z.B., dass Göbbels vor der

Machtübernahme einmal seiner SA-Begleitung befohlen hatte, eine rote Flüssigkeit bei sich zu führen, mit der Verbandzeug gefärbt wurde, als ob Blut durchgesickert sei. Kurz vor der Versammlung liess dann Dr. Göbbels mehreren SA-Männern seiner Begleitung solche gefärbte Verbandwatte um den Kopf binden, um seine Rede dann ungefähr mit folgenden Worten beginnen zu können: «. . . noch dampft das Blut aus den frischen Wunden, die kommunistisches Mörderpack auf dem Wege zur Versammlung meinen braven SA-Männern schlug ...» Solche Sätze verfehlten natürlich die Wirkung auf die Zuhörer nicht, erhitzten die Stimmung von Vorneherein wunschgemäss und liessen Herrn Göbbels und seine Begleiter als Helden erscheinen, die sich trotz Überfall zu dieser Versammlung durchgeschlagen hatten. Jener SA-Mann, der übrigens ein Freund von Horst Wessel gewesen war und demselben SA-Sturm angehörte, erzählte noch viele andere ähnliche Begebenheiten mit Dr. Göbbels. Die Glaubwürdigkeit dieses SA-Mannes war nicht anzuzweifeln. Vieles berichtete er uns ausdrücklich unter ehrenwörtlicher Versicherung, dass alles den Tatsachen entspreche.

Zur Verfügung Leys

Ein besonders interessanter Fall unter uns «Ehrenhäftlingen» des «Röhm-Putsches» war der Sturmbannführer der SA Behrens, der zum Stabe der «Deutschen Arbeitsfront» abkommandiert war. Behrens hatte dort vor dem 30. Juni die Aufgabe zugewiesen erhalten, die Korruptionsgefahr in der «Arbeitsfront» zu bekämpfen und leitete eine eigens hierzu errichtete Abwehrstelle. Im Laufe seiner Tätigkeit hatte Behrens natürlich ein derartig umfassendes Wissen über die Tiefe des Korruptionssumpfes erhalten, dass er allmählich selbst für den Leiter der «Arbeitsfront», Herrn Dr. Ley, eine Gefahr wurde. Denn wenn Behrens einmal sein Wissen um die furchtbaren Skandale im Bereiche des Herrn Ley an höchster Stelle auspackte, konnte es Herrn Ley unter Umständen den Kopf kosten. Diese Gefahr wurde am 30. Juni

1934 natürlich besonders akut, als die unerhörten Korruptionsfälle im SA-Lager aufgedeckt wurden und die Schuldigen zum Teil an der Mauer endeten. Ley wusste sich aber zu helfen, indem er Herrn Behrens am 30. Juni schleunigst in den Gestapo-Keller werfen liess – ohne jede Begründung. Der Schutzhaftbefehl trug lediglich den Vermerk: «Im Hause des Geheimen Staatspolizeiamtes zur Verfügung des Herrn Dr. Ley zu halten . . .» In Zelle 10 der Gestapo wurde Behrens dann 12 Wochen «zur Verfügung» gehalten, ohne dass ihm jemals mitgeteilt wurde, weshalb er eigentlich im Keller sitze. Der Hauptzweck, den Dr. Ley verfolgte, war aber jedenfalls erreicht worden: Sturmbannführer Behrens war sich in der Gestapo-Zelle bewusst geworden, dass er seine dienstlich erworbenen Kenntnisse um den Korruptionssumpf in der Arbeitsfront ein Leben lang bei sich zu behalten habe. Ausserdem hatte Herr Ley erfolgreich verhindert, dass Herr Behrens in den Julitagen 1934 an irgendwelcher Stelle über die Skandale um Ley und Genossen sprach – was damals für Ley hätte schwerste Folgen haben können.

«Für wen sitztest du?»

Es gab im Columbia-Haus und im Gestapo-Keller eine immer wiederkehrende Redewendung unter uns «Ehrenhäftlingen»: «Für wen sitztest du?» Das sollte heissen: Wem bist du unbequem geworden?

So wie z.B. Sturmbannführer Behrens Herr Ley unbequem geworden war, so war ein gewisser Professor Richter, Bildhauer, dem Obergruppenführer Krüger «lästig» geworden, weshalb er den 72 Jahre alten Mann in den Keller werfen liess. Das «Verbrechen» dieses Mannes bestand in Folgendem: Professor Richter hatte in Berlin ein Haus an die SA vermietet, die dieses Haus – ohne den Eigentümer zu fragen – völlig umbaute. Als Prof. Richter hiergegen in aller Form Einspruch erhob, wurde er von der SA verhöhnt und ihm ausserdem bedeutet, dass er das Haus an die SA zu verkaufen habe. Als Prof. Richter weder mit dem Verkauf, noch

mit dem gebotenen Preis einverstanden war, liess ihn Obergruppenführer Krüger kurzerhand in den Gestapo-Keller sperren – alles «im Zuge der Aktion» vom 30. Juni 1934. Und dort beliess man ihn, bis er mürbe wurde und den Wünschen der SA sich gefügiger zeigte. Mit diesen Methoden, die in einem Rechtsstaat wohl einzigartig dastehen dürften, hat sowohl die SA wie die Partei «beste Erfolge» erzielt. Den Anschauungsunterricht auf dem Gebiete der «Rechtsauffassung», wie sie die SA vertrat, haben wir in der Röhm-Haft auch noch an andern krassen Beispielen erhalten.

Wie Adolf Hitler seine alten Mitkämpfer behandeln liess

Hiervon erhielten wir im Columbia-Haus ganz auserlesene Proben. So wurde z.B. der SA-Gruppenführer Schreyer vom Konzentrationslager Lichtenburg bei uns eingeliefert, dem man dort wie einem Zuchthäusler die Haare geschoren hatte. Schreyer hatte vor dem 30. Juni 1934 mit dem Stabschef Röhm dienstlich sehr viel zu tun gehabt. Schreyer war aber über die Entehrung, die man ihm angetan hatte, gar nicht empört, sondern meinte lachend: «Man muss alles einmal mitgemacht haben!» .. . Ähnliche charakterlose Gestalten erlebten wir noch bei andern SA-Führern, die während der Haft mit stärksten Kraftausdrücken die Person Hitlers belegten und sein Verhalten als schamlos und gemein bezeichneten. Kaum aber waren sie entlassen und hatten die Nachricht, dass ihr Gehalt weiterlaufe und sie ihre SA-Stellung behielten, da lobpriesen sie den «Führer» in höchsten Tönen und verteidigten seine Massnahmen vom 30. Juni bedingungslos!

Der überwiegende Teil der «Ehrenhäftlinge» aber hatte fürs ganze Leben eine Lektion erhalten, die sie bewog, mit der nationalsozialistischen Bewegung und ihrem Führer Adolf Hitler für immer Schluss zu machen. Aber nicht genug damit: vom tiefsten Hass erfüllt gegenüber dem HitlerJRegime verliess so mancher «alte Kämpfer» der NSDAP das Columbia-Haus oder den Gestapo-Keller, wo man in wenigen

Wochen das wahre Gesicht des Regimes in furchtbarstem Anschauungsunterricht kennengelernt hatte.

Für die linksgerichteten politischen Gegner des Hitler-Regimes, die im Columbia-Haus sassen, waren die Masseneinlieferungen von hohen SA- und Parteifunktionären natürlich ein Ereignis besonderer Art. Das hätten sich jene eingesperrten Marxisten jedenfalls niemals träumen lassen, dass eines Tages die Zellen der Columbia-Hölle – so nannte man dieses Haus im Munde der Häftlinge – voll von alten Kämpfern Hitlers liegen und an Zahl die Linkelemente übertreffen würden. Aber was jene vor allem nicht für möglich gehalten hätten, war die Tatsache, dass sich die SS-Wachmannschaften gegenüber den nationalsozialistischen Schutzhäftlingen noch gemeiner benahmen, als gegenüber den eingesperrten Linksleuten. Denn was SA- und Stahlhelmführer in den ersten Tagen des Juli 1934 von den SS-Wachtleuten an Demütigungen über sich ergehen lassen mussten, spottet jeder Beschreibung.

Düsterberg im Columbia-Haus

Man frage einmal den Stahlhelmführer und ehemaligen Reichspräsidentenskandidaten v. Düsterberg, der den ganzen Juli über mit uns zusammen im Columbia-Haus sass! Man frage den Adjutanten des deutschen Kronprinzen, Freiherrn von Müldner, man frage Freiherrn von Medem von der obersten SA-Führung, die gleichfalls ins Columbia-Haus «im Zuge der Aktion» eingeliefert worden waren. Aber noch weit schlimmer war es im Konzentrationslager Lichtenburg hergegangen, wo sich die SS gegenüber höchsten Funktionären des Staates, die man vollkommen willkürlich verhaftet hatte, aufs Schamloseste benahm. Jedem einzelnen der dort Eingelieferten wurden die Haare geschoren – zum Teil mit vorgehaltenen Revolvern, da sich jene Verhafteten mit Recht widersetzen, wie Zuchthäusler behandelt zu werden.

So z.B. der ostpreussische SA-Brigadeführer Quitzrau, der bei seiner Einlieferung das Eiserne Kreuz 1. Klasse an

der Uniform trug und ein völlig untadeliger Mann war. Diesem wurden bei der Haarschneideprozedur, wie er uns berichtete, Pistolenläufe entgegengehalten, während ein «BV»-Mann (Berufsverbrecher) ihm die Haare schor. Herr Oberregierungsrat von Morsbach vom Deutschen Akademischen Austauschdienst und Herr Ministerialrat Nissen vom Reichsinnenministerium mussten dieselbe Prozedur über sich ergehen lassen und noch viele andere mehr, die nicht das geringste mit Röhm zu tun gehabt, geschweige denn sich an einer «Verschwörung» beteiligt hatten. Wir erlebten diese Männer, die von Lichtenburg meist wieder nach dem Columbia-Haus transportiert wurden, in einem Zustande innerer Verzweiflung und tiefster Empörung über die angetane Schmach, die sie wohl in ihrem Leben niemals mehr vergessen werden! Es wäre eigentlich selbstverständlich gewesen, dass die Regierung jenen Männern, die man ohne jeden Grund in den Kerker geworfen und denen die SS mutwillig Zuchthauschädel geschoren hatte, nachträglich Genußgung gab und sie in aller Öffentlichkeit rehabilitierte. Denn als jene Männer aus der Haft herauskamen und wieder in ihr Amt gingen, da zeigte man natürlich insgeheim mit Fingern auf sie, was für die Betroffenen eine seelische Qual sondergleichen bedeutete. An eine Beschwerde über dieses niederträchtige Verhalten der SS gegenüber Männern des Staates, die zumeist Frontoffiziere mit hohen Auszeichnungen gewesen waren, war in jener politischen Situation von damals natürlich nicht zu denken. Denn jeder Beschwerdeführende, und sei es selbst in den Räumen des Reichskanzlers, musste gewärtig sein, dass der Chef der SS und Gestapo, Himmler, seinen Namen erfuhr und ihn sofort von Neuem in den Kerker werfen – oder vielleicht sogar für immer verschwinden liess.

«Der Führer muss von diesen Schandtaten erfahren!» – Diese Losung ging unaufhörlich durch unsere Reihen und wurde nach unserer Entlassung aus der «Ehrenhaft» noch dringender ausgesprochen. Eines stand von Vorneherein fest, dass nach den Erfahrungen vom 30. Juni 1934 es niemand

mehr ohne Lebensgefahr wagen konnte, dem Führer Adolf Hitler über jene Scheusslichkeiten seiner SS zu berichten. War Hitler doch selbst einer der Hauptschuldigen.

Bericht eines «Ehrenhäftlings» im «Braunen Haus»

Tag für Tag trafen wir ehemaligen «Ehrenhäftlinge» des Columbia-Hauses, Lichtenburgs und des Gestapo-Kellers uns im August 1934 und berieten, auf welche Weise dem Führer das Geschehene zu Ohren gebracht werden könne. Schriftliche Eingaben hätten natürlich keinerlei Sinn gehabt, da sie vorher von Dienststellen der Partei abgefangen und sofort dem Chef der Gestapo in die Hände gespielt worden wären. Es musste einer von uns persönlich zum Führer oder zu Hess, seinem Stellvertreter. Ende August erklärte sich einer unserer Leidensgefährten auch tatsächlich hierzu bereit. Sein Name braucht nicht verschwiegen zu werden, denn ihm ist im Braunen Haus in München vom persönlichen Vertrauten Adolf Hitlers, von Herrn Hauptmann Wiedemann das Ehrenwort gegeben worden, dass ihm niemals wegen seiner Berichterstattung im Braunen Haus etwas widerfahren würde. Ein Vorgehen des Chefs der Gestapo gegen diesen Mann – im Verfolg dieser Veröffentlichung – würde also einen glatten Bruch des Ehrenwortes des Vertrauensmannes Adolf Hitlers bedeuten. (Wiedemann ist meines Wissens mit Hitler im Kriege im selben Regiment gewesen.) Es war der ehemalige Leiter der «Nationalen Abwehrstelle gegen kommunistische Umtriebe», Walther Korodi. Auch Korodi hatte mit dem «Röhm-Putsch» nicht das Geringste zu tun gehabt, sondern galt als ausgesprochener Hasser der Röhm-Ernst-Clique. Wie mir von 'einem höheren Beamten des Berliner Polizeipräsidiums nach meiner Entlassung aus der Ehrenhaft mitgeteilt wurde, war es aber Herrn Korodi von der Gestapo verübelt worden, dass er auf eigene Faust ohne jede vorherige Fühlungnahme mit Himmler oder dem Reichsgericht im Mai 1934 in einer Parteizeitung einen Vorstoß im Falle Thälmann unternommen hatte, der in der

Weltpresse Aufsehen erregte. In dem Artikel Korodis war angekündigt worden, dass der Volksgerichtshofprozess gegen Thälmann vor der Türe stünde – was aber zur Überraschung der Öffentlichkeit bereits am nächsten Tage nach Erscheinen des Korodi-Artikels vom Reichsjustizministerium offiziell dementiert wurde, indem man amtlich mitteilen liess: «wann und ob überhaupt ein Verfahren gegen Thälmann eröffnet würde, stehe zurzeit noch nicht fest, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei. Alle anderslautenden Meldungen entsprächen nicht den Tatsachen.»

Göring, dem natürlich die Ankündigung des Thälmann-Prozesses durch den Artikel Korodis sehr ungelegen kam, da er keinen Prozess abzuhalten gedenkt, «erweiterte seine Aufgabe» im Juli 1934 also auch auf den ehemaligen Leiter der Abwehrstelle und liess ihn einsperren – «im Zuge der Aktion».

Wie bereits erwähnt, begab sich Herr Korodi Ende August 1934 nach München, um im Braunen Hause an höchster Stelle über die abscheulichen Vorgänge des Juli 1934 zu berichten im Namen seiner mitverhaftet gewesenen Kameraden.

Die Unterredung, die im «Braunen Haus» in München stattfand, war vermittelt worden durch die ehemalige Privatsekretärin Hitlers, Frau Oldenburg, der Korodi auf besonderen Wunsch Hauptmann Wiedemanns die mündlich vorgebrachten Beschwerden am nächsten Tage im Hotel in die Maschine diktierte. Der Vertrauensmann Hitlers versprach Herrn Korodi, das Gehörte sofort Hess und Hitler vorzutragen und ermächtigte Herrn Korodi beim Abschied, in allen Kreisen seiner Kameraden von dieser Unterredung Mitteilung zu machen als Beweis dafür, dass man im deutschen Staate an höchster Stelle offen Dinge, die einen bedrücken, vorbringen könne. Als Herr Korodi Anfang September 1935 bei einer Zusammenkunft der ehemaligen «Ehrenhäftlinge» vom Juli 1934 davon in meiner Gegenwart erzählte, machte er sich also keines Vertrauensbruches schuldig, ebenso wie ich es nicht tue, wenn ich heute hierüber spreche. Das Bedeusamste an jener Unterredung im Braunen Hause aber

dürfte die folgende Tatsache sein: Hauptmann Wiedemann erklärte Herrn Korodi nach seinem Bericht über die viehische Behandlung von Frontoffizieren und andern Männern durch die SS, dass allen Genugtuung gegeben würde für jene erlittene Schmach – und zwar öffentlich! Hauptmann Wiedemann ermächtigte Herrn Korodi, das auch allen den Kameraden mitzuteilen, denen Unrecht angetan worden war. Bis zum heutigen Tage aber ist keine einzige Genugtuung öffentlich erfolgt, sondern nur in wenigen Fällen und dann hinter verschlossenen Türen, was den Wert der Rehabilitierung natürlich erheblich vermindert.

Zu keiner einzigen öffentlichen Rehabilitierung hatte Adolf Hitler den Mut, obwohl er Tausende von Männern am 30. Juni 1934 in den Kerker hatte werfen lassen unter dem diffamierenden Verdacht, «an einem geplanten hoch- und landesverräterischen Verbrechen gegen Volk und Staat beteiligt zu sein . . .»

XVI

Diels, der Schöpfer der Gestapo

Unter den Hauptverantwortlichen für die Fälschungen der «Amtlichen Mitteilungen» über den angeblichen Aufstand der KPD und für die Inszenierung des Reichstagsbrandes befindet sich ein Mann, der es in der Tat glänzend verstanden hat, sich stets im Hintergrund zu halten. Es ist dies der Leiter der Politischen Polizei, Oberregierungsrat Diels, über dessen Rolle die Öffentlichkeit bis jetzt nur sehr wenig erfahren hat. Seine Person wird hier zum erstenmal ins grelle Scheinwerferlicht gerückt, und sein Wirken und seine Schuld schonungslos aufgezeigt. Dieser Mann hat eine politische Laufbahn hinter sich, die aussergewöhnlicher Art ist.

So sehen wir ihn in der Weimarer Republik im preussischen Innenministerium als Regierungsrat sitzen, als getreuen Paladin des sozialdemokratischen Polizeiministers Severing. Er trat stets als hundertprozentiger schwarz-rot-goldener Republikaner auf und gehörte politisch zu den Kreisen des demokratischen Klubs. Wer Herrn Diels damals kannte, hätte ihm niemals zugetraut, dass er jemals einer Handlung fähig wäre, die sich gegen das Weimarer Regime richtete.

Von Severing zu Hitler!

Die Überraschung war daher gross, als Regierungsrat Diels im Juli 1932, kurz vor dem Sturz des Preussenregimes, seinen Vorgesetzten, den damaligen Staatssekretär des Innenministeriums, Dr. Abegg, Herrn von Papen denunzierte, «mit den Kommunisten gemeinsame Sache gemacht zu haben», und zwar gelegentlich von Empfängen kommunistischer Abgeordneter. Als die Linkspresse Herrn Diels damals scharf attackierte und ihm vor Augen hielt, wie unsauber seine Rolle war und ihm nachwies, dass seine Darstellung über die Unterredungen Abeggs mit kommunistischen Abgeordneten eine böswillige Entstellung sei, da steckte Herr Diels selbst die

schwersten Vorwürfe der Lüge wortlos ein. Für seine Verräterrolle wurde Diels entsprechend belohnt, indem er zum Oberregierungsrat ernannt wurde und als einer der wenigen Beamten vom früheren Preussenregime in seiner Stellung im Innenministerium blieb, wo er die kommunistischen Fragen zu bearbeiten hatte. Der vom Severing-Regime zum Papen-Regime gemauserte Herr Diels erkennt aber sehr bald, dass über kurz oder lang die nationalsozialistische Partei ans Ruder kommen muss, und dass man gut tut, sich rechtzeitig auf die neuen Herren umzustellen. So beginnt er schon während des Papen-Regimes erneut die Rolle des Verräters zu spielen, dieses Mal zugunsten der NSDAP. Bei der Machtübernahme durch Hitler zeigte sich dann, dass Herr Diels tatsächlich den Anschluss an das Dritte Reich gefunden und auch vorgesorgt hatte, dass er die Treppe immer höher stieg.

Die erfolgreiche Methode

Hierbei wendet Herr Diels eine Methode an, die von Vorneherein viel Erfolg verspricht; er lässt nämlich auf Umwegen die führenden Männer der Partei deutlich wissen, wie gross seine Kenntnisse über dunkle Punkte in der Geschichte der NSDAP seien. Diese Kenntnisse zu erlangen, war für ihn ja nicht schwer, da er im Innenministerium zu Severings Zeiten reichlich Gelegenheit gehabt hat, in die Akten Einsicht zu nehmen, die sich zum Beispiel mit den Straflisten nationalsozialistischer Funktionäre beschäftigten. Für die Parteileitung der NSDAP stand jedenfalls am Tage der Machtübernahme fest, dass in der Person des Herrn Diels eine schwere Gefahr für sie lag, und dass diese Gefahr nur beseitigt werden konnte, wenn man diesen Mann, dessen massloser Ehrgeiz bekannt war, in das Regime einspannte und ihn mit sichtbaren Würden bekleidete. Man ist sich gleichzeitig auch wohl bewusst, dass dieser Mann bei der Vernichtung von belastenden Aktenstücken im Innenministerium sehr behilflich sein kann und auch bei der Generalsäuberung der zum Teil stattlichen Straflisten von hohen NSDAP-Funktionären.

Als Göring in das preussische Innenministerium einzieht, geschieht tatsächlich das Unglaubliche: Herr Diels, der noch vor einem Jahr Regierungsrat des roten Polizeiministers Severing war, wird im Dritten Reich an die wichtigste Stelle gesetzt, die man in der Berliner Polizei zu vergeben hat. Er wird zum Leiter der Politischen Polizei ernannt! In Parteikreisen, die nicht eingeweiht sind, weshalb Herr Diels diesen Posten erhält, ist man empört darüber, dass an diese Stelle nicht ein alter Kämpfer der SA oder SS gesetzt wird. Aber niemand wagt, etwas gegen Herrn Diels zu sagen, da man weiss, dass Herr Göring ihn hierzu ernannt hat. Herr Göring hatte in der Wahl dieses Mannes einen glücklichen Griff getan; denn für die Zwecke, für die er Herrn Diels benötigte, war ein Mann von einer solch erschreckenden Charakterlosigkeit und Gewissenlosigkeit der bestgeeignete.

Diels, die rechte Hand Görings

Diels versteht es auch, sich schon nach kürzester Zeit Vertrauen in der Partei, in der SA und SS zu erwerben, weil alle Funktionäre merken, dass hier ein Mann steht, den man für alles gebrauchen kann. So leistet Herr Diels Herrn Göring bei der im Februar einsetzenden Säuberung des Beamtenkörpers der Politischen Polizei wertvolle Dienste, da Herr Diels aus seiner Praxis während des Severing-Regimes am besten weiss, wer von den Beamten nicht ins Dritte Reich gehört. Diels lässt viele Beamte, die seit Jahren gewissenhaft ihren Dienst versehen haben, hinauswerfen, weil er weiss, dass er erst von dem Augenblick an wirklich Herr im Hause ist, wo keiner der Mitwisser seiner früheren Betätigung mehr im Amte ist. Die entscheidende Rolle fällt Herrn Diels Mitte Februar zu, als Herr Göring sich entschlossen hatte, einen kommunistischen Aufstandsplan zu fälschen und in diesem Zusammenhang als «sichtbares Signal» hierfür den Reichstag in Brand stecken zu lassen. Göring wusste, dass Diels durch seine Betätigung im Innenministerium auf dem Gebiete des Kommunismus zu den besten Kennern dieser Materie ge-

hörte. Ebenso wie er wusste, dass dieser Mann mühelos in der Lage war, auch die geschickteste Fälschung eines kommunistischen Aufstandsplanes *zu* entlarven. Es stand also fest, dass ein solches Vorhaben nur ausgeführt werden konnte, wenn man Herrn Diels in das Komplott hineinnahm.

Willig lässt sich der Leiter der Politischen Polizei in diese Verschwörung hineinziehen und folgt nun Schritt für Schritt dem Polizeiminister Göring auf dem Wege, der zum Reichstagsbrand führt und zur Veröffentlichung der amtlichen Meldungen über den angeblichen Aufstandsplan der KPD. Der schlaue Fuchs Diels weiss hierbei allerdings genau, dass er von diesem Moment an das gesamte Regime in der Hand hat und jederzeit einen Staatsskandal erster Ordnung hervorrufen kann, über den jedes Regime stolpern muss, das solche Dinge begeht. Von diesem Augenblick an kann niemand mehr Herrn Diels absetzen oder ihn in Ungnade fallen lassen; einen solchen Mann, der so viel weiss, kann man nur immer höher befördern oder – man kann ihn erschiessen. Ersteres ist erfolgt, denn heute hat Herr Diels bereits den Posten des Regierungspräsidenten von Köln inne. Warum letzteres nicht möglich war, darüber Näheres an anderer Stelle.

Herrn Diels' erste grosse Aufgabe

Als erste grosse Aufgabe fiel Herrn Diels die Durchführung des Manövers mit dem «Karl Liebknecht-Haus» zu, das nach dem Willen Görings erneut durchsucht werden sollte, um dann der Öffentlichkeit Mitteilungen über ungeheuerliche Funde an Waffen und Terrorplänen zukommen zu lassen. Herr Diels, der genau wusste, dass im Karl Liebknecht-Haus nicht das geringste mehr zu finden war – war es doch von ihm selbst im Februar schon einmal gründlich durchsucht worden – machte das Spiel des preussischen Polizeiministers mit und liess am 24. Februar 1933 das Karl Liebknecht-Haus von Beamten der Politischen Polizei erneut durchsuchen. In diesen Tagen sah man Herrn Diels unauf-

hörlich zwischen dem Polizeipräsidium und dem Innenministerium im Auto hin und her rasen, galt es doch, eine schwierige Regie durchzuführen, wobei das Polizeiministerium stets das gleiche verlaublich muszte, wie das Polizeipräsidium. In Schutzpolizeikreisen schüttelte man bedenklich den Kopf, als man zu merken anfang, dass hier ein grossangelegtes politisches Manöver durchgeführt werden sollte, das nur zu leicht mit einem Skandal grössten Formates enden konnte. Die Beamten, die Herr Diels pro forma ins Liebknecht-Haus geschickt hatte, bestanden natürlich aus hundertprozentig zuverlässigen Parteimitgliedern, und so war vorläufig die Gefahr beseitigt, dass einer dieser Beamten dieses Schwindelmanöver verraten könnte.

Fachmännische Fälscherarbeit

Wer Herr Diels in jenen Tagen persönlich gesehen hat, als er an der Fälscherarbeit war, der konnte mühelos feststellen, welch scheuen Blick dieser Mann zur Schau trug und wie aus seinem Gesicht das schlechte Gewissen abzulesen war. Er war sich wohl bewusst, dass das, was er und seine Kollegen von der Politischen Polizei und vom preussischen Innenministerium augenblicklich taten, ein gemeines Verbrechen darstellte, dessen Folgen unabsehbar werden konnten.

Als am Abend des 27. Februar 1933 die Flammen des Reichstagsbrandes zum Himmel schlugen, da lag für den Chef der Politischen Polizei, Diels, die schwierigste Aufgabe darin, zu verhindern, dass irgendein übereifriger Beamter der Polizei «in der falschen Richtung» arbeitete, d.h. durch Zufall auf die Spur der wirklichen Täter kam. Diels hat diese Aufgabe in den Augen Görings meisterhaft gelöst, indem er es wirklich fertigbrachte, die nicht in dieses Komplott eingeweihten Beamten von der richtigen Fährte abzulenken, so dass in dieser Hinsicht kein einziger Regiefehler passierte. Als in der Nacht des Reichstagsbrandes die Massenverhaftungen von Sozialdemokraten und Kommunisten begannen,

da belastete dieser Vorgang das Gewissen des Herrn Diels durchaus nicht, sondern er spielte seine Rolle von Tag zu Tag besser und galt schon nach wenigen Tagen in den Kreisen der SA als «zuverlässigster» Mann! Und das mit Recht. Denn die SA fand in ihm einen Reiter der Politischen Polizei, der ohne Bedenken auch den scheusslichsten Mord, den SA-Leute begingen, deckte. Die grauenhaften Vorgänge, die sich im März und in den folgenden Monaten des Jahres 1933 in den Privatgefängnissen der Berliner SA abspielten, wo politische Gefangene nach mittelalterlichen Methoden gefoltert und in bestialischer Weise umgebracht wurden, wären jedenfalls niemals möglich gewesen, wenn an der Stelle des Herrn Diels ein wirklicher preussischer Beamter gesessen hätte. Denn dieser hätte seinen Beamten nicht jenen Befehl erteilt, den Herr Diels im März 1933 ausgab, als er sie anwies, von der SA getötete politische Gegner nicht polizeilich beschlagnahmen zu lassen, sondern sie der SA zu überlassen. Und ein wirklicher preussischer Beamter hätte auch niemals, wie Herr Diels, Geheimanweisungen ergehen lassen, wonach mit aller Macht zu verhindern sei, dass die Staatsanwaltschaft auf die Spur von Morden komme, die von der SA verübt worden waren! All das wussten die SA-Horden natürlich sehr gut und wüteten daher hemmungslos. Kein einziger brauchte zu fürchten, dass ihm die Politische Polizei des Herrn Diels an den Kragen fuhr. Der Leiter der Politischen Polizei stand damals im Komplott mit der mordenden SA und hat nachweislich in zahlreichen Fällen Akten schleunigst verschwinden lassen, wenn ein Mordfall der SA bekannt zu werden drohte. Herr Diels bedrückte seine üble Rolle aber nicht im Geringsten, sondern er war in jenen Märztagen oftmals in bester Laune anzutreffen und unternahm mit dem damaligen Oberführer Ernst, dem Kommandeur der Mordkaserne Hedemannstrasse, manche vergnügte Sauf tour, an der sich auch Herr Helldorf beteiligte. Das Ohr dieser Männer berührte das markerschütternde Schreien der zu Tode gequälten politischen Gegner nicht; betrunken kehrten sie heim und legten sich dann auf die Sofas ihrer Amtszimmer

nieder. Ihre Untergebenen bedurften ja keiner Befehle, sie mordeten und misshandelten auch ohne besondere Anweisungen. In den kritischen Tagen nach dem Reichstagsbrand hatte Herr Diels sein Amtszimmer in eine regelrechte politische Fälscherwerkstatt umgestaltet, in der nur an der Herstellung gefälschter Nachrichten über Vorgänge, die den Reichstagsbrand betrafen, gearbeitet wurde. So ist Herr Diels auch für die Fälschung verantwortlich, die mit jenem kommunistischen Flugblatt begangen wurde, das der Brandstifter van der Lubbe in der Hosentasche getragen haben soll.

Immer höher stiegen die Aktien des Herrn Diels im Dritten Reich und so war es fast eine Selbstverständlichkeit, dass Göring, als er das Geheime Staatspolizeiamt einrichtete, zu dessen Chef Herr Diels bestellte. Durch diese Würde war Diels plötzlich zu den mächtigsten Männern des Staates geworden, denn er konnte jetzt jedermann, und stand er noch so hoch, verhaften lassen. War die Überraschung schon gross genug, dass jener Mann, der noch vor einem Jahr Regierungsrat des Herrn Severing gewesen und diesem treu ergeben war, nun plötzlich der Chef der gesamten Geheimen Polizei des Dritten Reiches war, so stieg die Verwunderung noch erheblich, als Herr Diels eines Tages die Uniform eines SS-Standartenführers trug! Man wusste eben sehr gut, was man diesem Manne an Dank schuldig war. Als Diels seinen Posten als Chef der Geheimen Staatspolizei antrat, merkte er sehr bald, dass er nun Gelegenheit hatte, in die geheimsten Vorgänge der NSDAP Einsicht zu nehmen. Und er tat es gründlich.

Angst vor dem Auslande

Das blutige Treiben der Gestapo kommt auf sein Konto. Er weiss alles, was an Bestialitäten geschieht, und er duldet alles. Er weiss genau, dass die SA-Führung die von den Ärmsten der Armen gesammelten Groschen verprasst und mit Lustknaben verjubelt. Er selbst nimmt an Festgelagen teil, er kennt genau die Vorgänge in der Arbeitsfront, wo es

zu gewaltigen Unterschlagungen kommt, er sieht das alles, tut aber nichts. Er weiss, dass die Zustände in den Konzentrationslagern eine Kulturschande darstellen, er weiss von den grauenhaften Misshandlungen. Er schreitet nicht ein, sondern im Gegenteil, er trägt stets Sorge dafür, dass die Morde, die in Konzentrationslagern verübt werden, nicht der Staatsanwaltschaft in die Hände fallen. Eine grosse Sorge hat er, und das ist der Reichstagsbrandprozess, von dem er selbst das Gefühl hat, dass er sehr gefährlich werden kann, wenn nicht geschickt operiert wird. Wenn es nach ihm ginge, würde man den Prozess ins Wasser fallen lassen, aber das Ausland drängt immer mehr, und man wird zum Prozess gezwungen. Er hat grosse Furcht davor, dass er vor dem Leipziger Gericht auftreten muss, um unter Eid über die Aufstandspläne der KPD auszusagen, die mit seiner Hilfe gefälscht worden waren. Er weiss genau, dass das Ausland ihn scharf aufs Korn nehmen würde, wenn er vor Gericht erscheinen müsste, und so entledigt er sich der Aufgabe, indem er es durchsetzt, dass Herr Kriminalrat Heller die grosse Aussage über die kommunistischen Aufstandspläne vorträgt, was bekanntlich zur grossen Blamage führte, weil ja wirklich nicht viel vorzutragen war, da alles auf Lügen beruhte. Der ehrgeizige Herr Diels hätte, wenn die Pläne wirklich wahr gewesen wären, es sich bestimmt nicht nehmen lassen, sich vor Gericht als den tatkräftigen Chef der Politischen Polizei feiern zu lassen, der eine so gewaltige Gefahr rechtzeitig aufgedeckt hat. So geschieht also das Unglaubliche, dass die wichtigste Person der Politischen Polizei aus jenen Reichstagsbrandtagen im Leipziger Prozess nicht in Erscheinung tritt, was gleichfalls für den Freund des Herrn Diels gilt, den Reichstagsbrandstifter Gruppenführer Karl Ernst, mit dem er, wie ich schon erwähnte, so manche tolle Kneiptour unternommen hat – vielleicht, um sich das schlechte Gewissen herunterzutrinken. Die Schuld des Herrn Diels an den Mordtaten, Misshandlungen und Willkürakten, die von der SA oder vom Geheimen Staatspolizeiamt im Laufe des Jahres 1933 verübt worden sind, ist so gross, dass man ein umfang-

reiches Buch damit füllen könnte. Denn wäre er ein Mann gewesen, der wirklich für Ordnung und Sauberkeit im Staate sorgte, dann hätte er mühelos alle diese Dinge verhindern können. Und heute sehen wir ihn mit der hohen Würde eines Regierungspräsidenten von Köln bekleidet.

Wie Diels Regierungspräsident wurde

Wie er zu diesem Posten gelangte, soll nicht unerwähnt bleiben. Im Herbst 1933 war es der SS gelungen, einen Vorstoss gegen Diels zu machen, um einen ihrer alten Kämpfer an diese Stelle zu setzen. Herr Diels verschwand plötzlich von seinem Posten und wurde Vizepolizeipräsident von Berlin, was eine ausgesprochene Degradierung bedeutete. Diels erschien aber schon nach kürzester Zeit wieder im Geheimen Staatspolizeiamt, und zwar mit dem erhöhten Titel «Inspektor des Geheimen Staatspolizeiamtes». Hinter den Kulissen hatte sich hierbei ein Vorgang abgespielt, bei dem Herr Coring sehr deutlich zu spüren bekommen hatte, wie mächtig dieser Herr Diels geworden war. Eine leise Andeutung des Herrn Diels über seine umfangreichen Kenntnisse der geheimsten Vorgänge im Dritten Reich hatte nämlich genügt, um Herrn Göring zu veranlassen, Herrn Diels schleunigst wieder einzusetzen und zu befördern. Herr Himmler, der Reichsführer der SS, liess aber nicht locker im Kampf gegen Herrn Diels, und so gelang es ihm doch nach einigen Monaten, Herrn Diels von diesem Posten zu verdrängen. Herr Göring stand also erneut vor der Frage: Was mache ich mit Herrn Diels? Herr Diels, der den Wert seiner Person für das Regime genau kennt, verlangte als Entschädigung den Posten des Regierungspräsidenten von Köln und forderte zugleich von Herrn Göring, dass er ihn persönlich in dieses Amt einführe, und zwar mit einer Rede, in der er zu betonen habe, dass diese Versetzung nicht etwa eine Art Abhalfterung bedeute, sondern im Gegenteil, es eine Ehrung sei, in die Grenzprovinz als Regierungspräsident geschickt zu werden. Herr Göring hat diese Rede befehlsgemäss gehalten. Es

dauerte aber nicht lange, da hatte sich Göring schon wieder mit dieser gefährlichen Person zu beschäftigen, und das war bei der blutigen «Aufräumarbeit» unbequemer Mitwisser am 30. Juni 1934. Denn so wie Ernst und Heines als zwei Hauptakteure des Reichstagsbrandes unter den Rasen geschickt wurden, so gehörte im gleichen Masse der grösste Mitwisser, Herr Diels, dorthin. Das Erstaunen in eingeweihten Kreisen war sehr gross, als man erfuhr, dass Herr Diels am 30. Juni 1934 von den Kugeln der SS verschont blieb; ebenso wie man sich über die Nichtbehelligung Helldorfs wunderte, der doch ebenfalls als Hauptakteur des Reichstagsbrandes eine sehr unbequeme Person war. Weshalb man Herrn Diels nicht erschiessen konnte, erfuhr man erst mehrere Wochen nach den Juniereignissen, als man aus dem Freundeskreise des Herrn Diels und des Grafen Helldorf die vertrauliche Mitteilung erhielt, dass diese beiden Männer sich vor derartigen «Zwischenfällen» rechtzeitig zu schützen verstanden hatten. Herr Diels sowie Helldorf haben ihre Kenntnisse über die Fälschungen der Aufstandspläne der KPD und über den Reichstagsbrand vorsorglich im Ausland deponiert, mit der Weisung an eine Vertrauensperson, dass sie im gleichen Moment jenes Safe öffnen solle, wenn Herrn Diels oder Helldorf Gefahr drohe. Dem etwas übereifrigen Kommando der SS, das Herrn Diels am 30. Juni gerne an die Wand gestellt hätte, dürfte jedenfalls Diels deutlich auseinandergesetzt haben, was die Salve in diesem Falle kostet – dass nämlich im selben Moment seine Vertrauensperson seine Kenntnisse über den Reichstagsbrand der gesamten Öffentlichkeit übergeben würde. Das war also der Grund, weshalb ein Mann wie Herr Diels nicht erschossen werden konnte und im Dritten Reich auch niemals von irgendjemand angerührt werden kann! In der Geschichte der preussischen Regierungspräsidenten stellt dieser Mann jedenfalls eine Figur dar, wie man sie bisher noch nicht gewöhnt war.

XVII

Die Gestapo täuscht Ausländer !

Ein Kapitel für sich stellen die von der Gestapo angewandten Methoden dar, wenn es sich um Besuche ausländischer Delegationen handelt, die Konzentrationslager zu besichtigen wünschen. Nach Erscheinen des ersten Bandes des «Braunbuches» im Sommer 1933 setzte nämlich vom Auslande geradezu ein Massensturm von Journalisten und Delegationen politischer Organisationen ein, die begierig waren, jene Marter-Stätten – genannt Konzentrationslager – persönlich in Augenschein zu nehmen. War doch die Kunde von den Scheusslichkeiten, die entmenschte SA-Horden an wehrlosen politischen Gegnern verübt hatten, in alle Welt gedrungen. Herr Göring, als der Hauptverantwortliche für diese schmachvollen Zustände, wusste sehr wohl, welch schwere Gefahr dem Hitler-Regime erwachsen könnte, wenn es einem ausländischen Besucher gelingen würde, eine der berüchtigten Folterszenen in der Photographie festzuhalten oder zu filmen, was auf raffinierte Weise versucht worden war. Göring gab daher an sämtliche SA-Dienststellen und insbesondere an das ihm unterstellte Geheime Staatspolizeiamt den strengsten Befehl, Besuche nur mit seiner persönlichen Genehmigung zu gestatten. Als seinen Vertrauensmann in dieser Frage ernannte er im Juni 1933 den Regierungsrat Dr. Conradi, der im Gebäude der Gestapo amtierte und schon nach wenigen Wochen Besuche von Ausländern in Konzentrationslagern organisierte «zwecks Widerlegung der im Auslande verbreiteten Greuellügen». Wie die Ausländer bei solchen Besuchen von der Gestapo eingeseift wurden, sei an einem besonders charakteristischen Beispiel erwähnt.

Miss Bothamley studiert die Wahrheit

Kurz nach Beginn des Reichstagsbrandprozesses traf in Berlin eine Engländerin namens Bothamley ein, die sich bei

Dr. Conradi mit der Bitte melden liess, das Konzentrationslager Oranienburg besichtigen zu dürfen. Miss Bothamley gab vor, nach Deutschland gekommen zu sein, um einmal die Wahrheit über die Greuelmeldungen an Ort und Stelle zu erforschen; sie beabsichtige, über ihre Eindrücke nach ihrer Rückkehr in England Aufklärungsvorträge zu halten – als Gegenpropaganda gegen die Greuelhetze. Sofort wurde ein grosses Programm von Herrn Dr. Conradi für die Engländerin ausgearbeitet, das wie folgt aussah: Besichtigung des im Karl Liebknecht-Haus vor dem Reichstagsbrand aufgedeckten Waffenarsenals und der Terrorpläne der KPD. Anschliessend Fahrt zum Konzentrationslager Oranienburg, wo für diesen Tag den Wachmannschaften Weisung gegeben worden war, mit den Schutzhäftlingen in menschlichster Tonart zu verkehren und anständiges Essen herstellen zu lassen. Selbstverständlich wurden sämtliche Häftlinge, die Spuren von Misshandlungen trugen, für diesen Tag abgesondert.

Teil I des Programms bestand natürlich vom ersten bis zum letzten Wort aus Lügen, die ein Beamter der Gestapo der Miss Bothamley geflissentlich vortrug, als er sie zur Besichtigung des KPD-Waffenarsenals und der Terrorpläne fuhr, die angeblich kurz vor dem Reichstagsbrand im Karl Liebknecht-Haus gefunden worden waren – als wichtigstes Beweisstück, dass die KPD am Tage des Brandes losschlagen wollte.

Am Bestimmungsort angelangt – es war das «Revolutionsmuseum» einer Berliner SA-Standarte – zeigte dieser Gestapo-Beamte der Engländerin einen Berg von Gewehren, Bomben und Dolchen, die sämtlich im Karl Liebknecht-Haus versteckt gewesen wären. Aber nicht genug damit habe man auch russische und SA-Uniformen dort entdeckt, die gleichfalls vorgezeigt wurden. In letzteren, so erläuterte der Beamte geheimnisvoll weiter, seien von Kommunisten alle die Terrorakte begangen worden, die man in der Auslandspresse der SA zur Last gelegt hätte.

Als Hauptattraktion wurden der Engländerin, der bei der Schilderung immer kälter geworden war, dann noch Photo-

graphien von Listen gezeigt, die zirka 30,000 Namen von Menschen enthielten, die entweder ermordet oder als Geiseln festgenommen werden sollten! Der Zweck dieser Vorführung gefälschter Mordlisten und anderer Dinge war in diesem Falle natürlich von grösster Wichtigkeit; handelte es sich doch darum, angesichts des tagenden Reichstagsbrandprozesses den Wahrheitsbeweis gegenüber einer Ausländerin zu erbringen für die Mitteilungen Görings über die sensationellen Funde im Liebknecht-Haus. Die Regie der Gestapo mit Miss Bothamley hatte auch wunschgemäss geklappt. Kaum angekommen in ihrer Heimat, hielt sie Vorträge, in denen sie die tollsten Schauernmärchen über die im Liebknecht-Haus gefundenen Waffenlager und Terrorpläne berichtete, die sie mit eigenen Augen gesehen hätte. Ich zitiere im Wortlaut aus dem Vortrag der Miss Bothamley, den sie selbst schriftlich niedergelegt, und Herrn Dr. Conradi von der Gestapo und dem Leiter des Oranienburger Konzentrationslagers, Sturmbannführer Schäfer, zugesandt hat:

«Ich sah ungeheure Massen von Waffen, Gewehren, Revolvern, Sprengstoffen, Bomben, russischen Uniformen und selbst Naziuniformen, die in dem früheren Liebknecht-Haus entdeckt worden waren. Viele von den Verbrechen, die den Nazis zugeschrieben wurden, sind von Kommunisten in Naziuniformen verübt worden. Ich sah Sensen in der Art, wie sie Neger im Urwald zum Töten benützen, Fingerringe, an denen Nägel befestigt waren ... Ich habe hier Photographien von Listen gesehen mit 30,000 Namen von Menschen, die ermordet oder als Geiseln festgenommen werden sollten.»

Im weitem Verlauf ihres Vortrages weiss die Engländerin sogar zu berichten, dass sie jenen Beamten persönlich gesprochen habe, der diese Mordliste mit den 30,000 Namen im Liebknecht-Haus gefunden habe.

Über Oranienburg begeistert ...

Über Oranienburg ist Miss Bothamley in ihrem Vortrag geradezu begeistert. Die Regie der Gestapo war ja auch in

diesem Teile des Programms glänzend geführt worden, indem nämlich Dr. Conradi in Gegenwart der Engländerin Entlassungen vornahm – was natürlich den Eindruck nicht verfehlte. Die Körper der misshandelten Häftlinge hatte sie ja nicht zu sehen bekommen oder die «Steh-Bunker» und andere ähnliche Foltereinrichtungen. Danküberströmte für die «schönen Eindrücke», die sie im Konzentrationslager Oranienburg gewonnen hat, schrieb sie am 4. November 1933 sogar einen Brief an Sturmbannführer Schäfer, in dem es u.a. hiess:

«Ich bin vielleicht die einzige Engländerin, die die Gelegenheit und auch den Mut hat, Ihr Lager und Ihre Unterführer zu verteidigen. Ich habe schon drei Vorträge gehalten – es hat viel Eindruck gemacht.»

Miss Bothamley war allerdings die «einzige Engländerin», die diese Stätte des Grauens verteidigte und ja sogar lobpries! Denn die übrigen Besucher aus England liessen sich von dem Vertreter der Gestapo, Dr. Conradi, nicht derart blind machen, sondern merkten genau das abgefeimte, heuchlerische Spiel und die verlogene Komödie, die hier im Auftrage Görings vor den Ausländern aufgeführt wurde. Aber trotz alledem ist es Herrn Göring in mehreren Fällen – hauptsächlich bei Amerikanern – gelungen, den Eindruck zu erwecken, als ob tatsächlich die meisten Nachrichten über Bestialitäten der SA eine Erfindung der «Greuelhetzer» sei.

Eine peinliche Situation

Peinlich wurde allerdings die Situation, als der ehemalige SPD-Abgeordnete Seger aus Oranienburg floh und im Auslande einen Tatsachenbericht über das Schreckenslager von Oranienburg gab, der das gesamte Ausland aufhorchen liess. Hier musste schleunigst etwas dagegen geschehen, so meinte Herr Göring, und befahl die Abfassung des Buches «Oranienburg», das den Untertitel trägt: «Das Anti-Braunbuch über das erste deutsche Konzentrationslager». Das Vorwort zu diesem Machwerk, das zum Verfasser den Lagerkom-

mandanten Oranienburgs, Schäfer, hatte, schrieb SA-Führer Ernst! Ausgerechnet dieser üble Geselle, dessen Gewissen bekanntlich mit vielen Morden und Misshandlungen an wehrlosen Gefangenen belastet war. Ernst «dankte» in diesem Vorwort den SA-Männern des Konzentrationslagers von Oranienburg «für die bewiesene Härte und Würde», die sie in Ausübung ihrer Erziehungsarbeit gezeigt hätten! Aber schon wenige Monate nach Erscheinen jenes Buches, in dem Oranienburg als so überaus humane Erziehungsstätte gefeiert wurde, musste unter dem Druck der öffentlichen Empörung das ganze Lager aufgelöst und fast sämtliche SA-Bewachungsmannschaften in Schutzhaft genommen werden – im wahrsten Sinne des Wortes – um nämlich jene Strolche vor der Lynchjustiz der erbitterten Bevölkerung zu schützen. So weit war es in jenen Tagen, als das Konzentrationslager Oranienburg plötzlich seine Pforten schloss. Mancher von den SA-Männern, die sich bei Misshandlungen besonders hervorgetan haben, ist böse zugerichtet worden – gelegentlich – beim Heimweg – des Nachts . . . Das Volk vergisst die Schandtaten dieser Männer nicht so schnell und man wird an dem Tage, wo Partei, SA und SS liquidiert werden, die Hände vollauf zu tun haben, den wilden und ungezügelten Ausbruch der dumpf brütenden Rache des Volkes zu verhindern!

XVIII

Reichswehr und NSDAP

Hindenburg bindet Hitler durch Ehrenwort

Für die Führung der NSDAP war es vor der Machtübernahme eine Selbstverständlichkeit, dass man die Reichswehr sofort nach Regierungsantritt von oben bis unten säubert und zum schlagkräftigen Machtinstrument der Partei ausgestaltet. Das war aber natürlich nur dann möglich, wenn man sämtliche Anhänger des der Partei so verhassten Reichswehrministers Schleicher kaltstellte, d.h. zumindest aus dem Wehrministerium entfernte. An den entscheidenden Stellen der Reichswehr durften in Zukunft nur hundertprozentige Parteigänger stehen – dies stand für die Führung der NSDAP vor dem 30. Januar 1933 unverrückbar fest.

Die Ernüchterung, mitten in den hoch fliegendsten Plänen, kam aber bereits am ersten Tage der Machtübernahme. Denn Reichspräsident von Hindenburg, der von den nationalsozialistischen Umgestaltungsplänen auf dem Reichswehrgebiete Kenntnis hatte, verlangte vom soeben ernannten Kanzler Adolf Hitler, dass an der Reichswehr und ihrer Führung nicht das geringste geändert werden dürfe. Hierauf musste Hitler dem Generalfeldmarschall sein Ehrenwort geben, wobei Hindenburg ausserdem zusammenfassend noch einmal ausdrücklich forderte, dass die Wehrmacht als ein unpolitisches Instrument des Reiches zu erhalten sei. Reichskanzler Hitler hat von dieser ehrenwörtlichen Zusicherung selbst seinen vertrautesten Mitarbeitern gegenüber monatelang geschwiegen, weil er eine zu starke Ernüchterung im Kreise seiner Mitkämpfer befürchtete. Und so kam es auch, dass sämtliche führenden Männer der Partei und SA ihre ehrgeizigen, die Wehrmacht betreffenden Pläne weiter schmiedeten – in der festen Annahme, der Führer Adolf Hitler werde den Zeitpunkt bestimmen, in dem dieses wichtigste Machtinstrument des Staates in nationalsozialisti-

sehe Regie übernommen werde, so wie es mit dem Polizeiapparat so glänzend gelungen war.

Röhm wird ungeduldig

Aber Monat um Monat verstrich, und man wartete immer ungeduldiger, dass der Führer seine Hand nach der Reichswehr ausstrecke. Wussten Röhm und seine Kameraden von der SA nichts davon, dass Hitler durch ein Ehrenwort gebunden war und seine Hand gar nicht ausstrecken durfte? Die Pläne der gesamten SA-Führung in bezug auf die Umgestaltung der Reichswehr nahmen indes immer beunruhigendere Formen an. Hatte man doch vor der Machtergreifung den SA-Truppen stets versprochen, sie sofort in die Wehrmacht mit festem Sold einzugliedern – und nun musste man sie immer wieder vertrösten, was natürlich auf die Dauer auch nicht ging. Denn auch der einfachste SA-Mann merkte allmählich, dass sich die Reichswehr offenbar energisch der Verwirklichung solcher Pläne widersetzte und auch die Macht habe, eine Eingliederung der SA in die Wehrmacht zu verhindern. Stabschef Röhm, der hinter den Kulissen alles Erdenkliche tat, um die SA wegen der Hinauszögerung der Eingliederung in Erregung zu bringen, wies bei den Verhandlungen mit dem Reichswehrministerium auch immer nachdrücklicher auf die «gefährliche Stimmung» in der SA hin, die nur beseitigt werden könne, wenn in der gewünschten Richtung Zugeständnisse gemacht würden. In den massgebenden Kreisen der Reichswehr liess man sich aber durch derartige Manöver nicht einschüchtern, sondern blieb gegenüber allen Wünschen des Herrn Röhm und anderer völlig ablehnend. Denn im gesamten Offizierskorps der Wehrmacht war man sich klar darüber, dass eine Überführung grösserer geschlossener SA-Einheiten in die Wehrmacht schlimmste Gefahren in sich barg. Und zwar lagen diese hauptsächlich in der gänzlich anders gearteten Geistesverfassung der SA – verglichen mit der der Soldaten der Reichswehr.

Die GeistesEinstellung der SA und SS gründlich kennenzulernen, hatte man ja gleich in den ersten Wochen nach der Machtübernahme Gelegenheit gehabt, als die Mitglieder dieser Organisationen im Lande wüteten und mordeten. Solchen Geist konnte man in der Wehrmacht nicht gebrauchen, und man empfand vom einfachen Soldaten bis zum höchsten Offizier tiefsten Abscheu vor dem Treiben jener SA- und SS-Kreise. Es wurde daher auch mit begreiflicher Erbitterung aufgenommen, als jener Grussbefehl herauskam, der besagte, dass die Angehörigen der Reichswehr und Polizei mit den Mitgliedern der SA und SS militärischen Gruss zu wechseln hätten. Diese Anordnung, die auf Bitten des Reichskanzlers Hitler vom Wehrminister erlassen worden war, erwies sich auch schon nach kurzer Zeit als ein schwerer Missgriff, da sie zu erregten Zwischenfällen führte.

Schlägereien zwischen Reichswehr und SA!

So erinnere ich mich z.B. eines besonders krassen Falles, als der SA-Gruppenführer Ernst im Juli 1933 vor einem Lokal in Potsdam mit seinem Gruppenstabe in betrunkenener Stimmung halt machte. In dem Lokal sassen Reichswehrosoldaten vor ihrem Glas Bier und freuten sich des freien Sonntagstündchens, als plötzlich SA-Führer Ernst lärmend das Lokal betrat und sein Adjutant «Achtung!» rief, was die Soldaten zu geschlossener Ehrenbezeugung auffordern sollte. Diese blieben aber sämtlich schweigend sitzen, worauf plötzlich SA-Führer Ernst auf einen Tisch zuging und drei Unteroffiziere der Reichswehr anbrüllte: «Warum grüsst ihr nicht, ihr Schweine?» Ernst hatte das Wort «Schweine» noch nicht zu Ende gesprochen, als er schon, von kräftigen Soldatenfäusten gepackt, zur Tür befördert wurde mitsamt seinem betrunkenen SA-Stab. Ein Begleiter Ernsts wollte nach der Waffe greifen – diese wurde ihm blitzschnell von den Soldaten abgenommen. Es hätte jedenfalls nicht viel gefehlt, und es wäre zu einer Schiesserei gekommen. Das Nachspiel gestaltete sich gleichfalls äusserst spannend. SA-Führer Erpst

war nämlich mit der Drohung «Graf Helldorf wird es euch heimzahlen!» zum Polizeipräsidenten Helldorf von Potsdam gefahren, um diesen zu einer Strafexpedition zu veranlassen. In den nächsten Stunden konnte es also zu einem schweren Zusammenstoß kommen, wenn Graf Helldorf wirklich die Potsdamer SA alarmierte – was dieser aber wohlweislich nicht tat, da er genau wusste, wo die stärkeren Bataillone standen. Denn inzwischen war der Vorfall wie ein Lauffeuer durch die Potsdamer Garnison gegangen, und jeder abkömmliche Soldat fand sich binnen kürzester Zeit in der Umgebung des Lokales ein, wo man bis heute auf das Erscheinen der tapferen SA wartet. Am Abend jenes Tages kam es in ganz Potsdam zu Zwischenfällen zwischen SA und Reichswehr, wobei mancher SA-Mann eine gehörige Abreibung für sein freches Auftreten erhielt. Aber nicht nur in Potsdam waren Mitglieder der Wehrmacht und SA in so harte Berührung gekommen. In allen Garnisonstädten des Reiches wurde das Verhältnis zwischen Reichswehr und SA von Tag zu Tag gespannter und machte sich immer häufiger Luft, wobei die SA es stets vermied, irgendwelche Anzeige an die Behörde zu erstatten, selbst wenn SA-Männer windelweich geschlagen worden waren. Man hatte offenbar das richtige Gefühl, dass hier Beschwerden nicht allzu viel nützen würden, sondern im Gegenteil, dass bei solcher Gelegenheit das üble Treiben der SA nur noch besonders gründlich zur Sprache kommen würde.

Die SA und ihre Führer keine Soldaten

Denn für den Soldaten und Offizier der Reichswehr waren doch die SA und ihre «Führer» keine Soldaten, wenn auch ein SA-Führer Ernst das Wort «soldatisch» stets im Munde führte, obwohl er niemals auf einem Kasernenhof erzogen worden war, dafür aber umso mehr die Luxuslokale des Berliner Westens auf Kosten der Steuerzahler kannte.

Wenn in den Reden der Partei- und SA-Führer von der «braunen Uniform» und vom «braunen Ehrenkleid» gespro-

chen wurde, das jeder Deutsche zu achten habe, klang das den Angehörigen der Wehrmacht wie Hohn in den Ohren – wenn sie daran dachten, wie sich die Träger jener braunen «Ehrenkleider» benahmen. Denn für einen Soldaten war es doch einfach ein unmöglicher Begriff, sich in Uniform derart gemein zu betragen, wie man dies tagtäglich von höchsten SA-Führern zu sehen gewohnt war. Und solche Leute befehligen, wie z.B. der 29jährige Ernst, 250,000 Mann, also zweieinhalbmal so viel wie das damalige 100,000 Mann-Reichsheer! So instinktiv die Abneigung des einfachen Soldaten gegenüber der sogenannten «braunen Armee» des Herrn Röhm, so bewusst war die Abneigung im gesamten Offizierskorps der Reichswehr! Die Gründe hierzu waren im Übermass vorhanden und verdienen, erwähnt zu werden, da sie die Haltung der Reichswehr zur Partei, SA und SS verständlich machen.

Hetze gegen General Schleicher

Eine grundlegende Abneigung gegen die NSDAP und ihre Methoden entstand vornehmlich in den letzten Monaten des Jahres 1932, wo der Kampf gegen den Reichswehrminister Schleicher von der Partei in einer Tonart geführt wurde, wie sie nicht von kommunistischer und marxistischer Seite angeschlagen wurde. Die Reden Hitlers, Göbbels und anderer NSDAP-Führer gegen den Wehrminister Schleicher übertrafen die Reden von links noch bei Weitem, was Gehässigkeit und Verächtlichmachung anbelangt. Die Wehrmacht fühlte sich hierdurch insgesamt getroffen und empfand immer tiefergehende Abneigung gegen diese Partei und ihre Führer. Als im November 1932 die NSDAP beim Verkehrsarbeiterstreik dann Seite an Seite mit den Kommunisten focht, war die Haltung der Reichswehr begreiflicherweise zu einer vollständig ablehnenden geworden. Hierzu trug noch wesentlich bei, dass man sich aus Kreisen der NSDAP nicht gescheut hatte, Ende Dezember 1932 den Reichskanzler und Wehrminister Schleicher wissen zu lassen, dass man gegebenen-

falls nicht abgeneigt wäre, durch Entfesselung eines Bürgerkrieges die Regierung Schleicher zur Abdankung zu zwingen. Bei dieser Drohung liess man auch offen durchblicken, dass ja auch «noch andere Kreise» in diesem Falle den Sturz beschleunigen würden – womit man die Kommunisten meinte, die gegen eine Schleicher-Regierung selbstverständlich frischfröhlich mitmarschiert wären.

Die Dinge waren natürlich alle noch nicht vergessen, als Herr Röhm und seine Gefährten sich bei der Reichswehr so eifrig bemühten, grössere Einheiten der SA in die Wehrmacht eingliedern zu lassen. Und wie unbequem ein Herr von Schleicher und sein Anhang in der Reichswehr für die Führung der NSDAP war, wird man jetzt auch besser verstehen können. Denn das Wissen um jene Vorgänge von damals konnte doch eines Tages für die Partei sehr peinlich werden und wäre es ja auch um ein Haar bereits geworden, als im Leipziger Prozess Herr Dimitroff aus heiterem Himmel die Frage stellte: «Ist es wahr, daäs von der NSDAP dem Reichskanzler Schleicher im Januar 1933 mit dem bewaffneten Aufstand gedroht worden ist, falls er nicht freiwillig zurücktritt?»

Woher Dimitroff diese ausgezeichneten Kenntnisse innerster Vorgänge hinter unseren Kulissen gehabt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiss nur, dass diese Frage Dimitroffs mit zu den gefährlichsten des gesamten Prozesses gehört hat und ihre Zulassung entsprechend eilig abgelehnt wurde. Wäre Herr Schleicher, wie Dimitroff verlangte, als Zeuge geladen worden, hätte Schleicher unter seinem Eide bestimmt die Wahrheit gesagt und die politischen Folgen wären unabsehbar geworden. Denn für die Öffentlichkeit wäre es doch eine beispiellose Überraschung gewesen, zu erfahren, dass die Partei, die soeben so wild die KPD der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes beschuldigte, selbst einen Putsch vorbereitet hatte und gegen die Beteiligung der KPD an einer derartigen Aktion nichts einzuwenden gehabt hätte!

Die Ermordung General von Schleichers, seiner Frau und

des Generals von Bredow, die am 30. Juni 1934 im Auftrage Görings «blitzschnell» ausgeführt wurde, wird angesichts solcher Hintergründe natürlich auch erheblich verständlicher. Herr Göring hatte in jenem Augenblick, in dem er das SS-Kommando zu Schleicher schickte, offenbar das Gefühl, dass dieser Mann noch einmal sehr gefährlich werden könnte, wenn er «aus der Schule plaudert». – Deshalb besser weg mit ihm – so dachte Herr Göring und ahnte nicht, dass die von ihm erfundene Lüge von dem angeblichen Landesverrat Schleichers so schnell entlarvt werden würde.

Das Offizierskorps gegen Blomberg!

Für das gesamte Offizierskorps der Wehrmacht stand es am 30. Juni 1934 fest, dass ein General Schleicher niemals einer Handlung fähig wäre, die Landesverrat bedeuten könnte, ebenso, wie die Offiziere die starke Abneigung Schleichers der Röhm-Clique gegenüber kannten, es also von Vorneherein als absurd empfanden, Schleicher habe mit Röhm einen Putsch machen wollen. Nur ein einziger Mann der Reichswehr glaubte diese von Göbbels und Göring ersonnene Lüge von der Verschwörung Schleicher-Röhm und der «Verbindung zu einer auswärtigen Macht». Es war der Reichswehrminister von Blomberg, dessen Haltung gegenüber der Parteiführung der NSDAP bereits seit Monaten immer unterwürfiger geworden war und im Offizierskorps geradezu als verächtlich empfunden wurde. Dieser Mann war es auch, der den Alarmmeldungen eines Göring in den letzten Tagen des Juni 1934 Glauben schenkte, es bestehe die Gefahr eines SA-Putsches, und hierauf den Alarmzustand der Reichswehr anordnete. Aber nicht genug damit. Blombergs Gutgläubigkeit ging sogar so weit, dass er am 1. Juli 1934 einen Erlass an die Wehrmacht herausgab, in dem er die Wahnsinnshandlungen Hitlers und seiner Unterführer vom 30. Juni billigte und im Namen der Wehrmacht Dank sagte:

«Der Führer hat mit soldatischer Entschlossenheit und vorbildlichem Mut die Verräter und Meuterer selbst ange-

griffen und niedergeschmettert. Die Wehrmacht als Waffenträger des gesamten Volkes, fern von innenpolitischen Kämpfen, wird danken durch Hingebung und Treue. Das vom Führer geforderte gute Verhältnis zur neuen SA wird die Wehrmacht mit Freude pflegen im Bewusstsein der gemeinsamen Ideale. Der Alarmzustand ist überall aufgehoben.»

In der Reichswehr war man entsetzt, als man diesen Erlass Blombergs übermittelt erhielt. Hatte man doch schon wenige Stunden nach den Ereignissen vom 30. Juni 1934 das unheimliche Gefühl, dass an dem «Putsch» ebenso wenig wahr war, wie an dem sagenhaften Putsch der KPD nach dem Reichstagsbrand. Blomberg hätte kein Recht gehabt, im Namen der Wehrmacht für dieses Massaker Dank zu sagen, denn die Reichswehr empfand in jenem Augenblick wirklich keine Gefühle des Dankes, wohl aber hatte sie Gefühle unaussprechlich tiefer Schande über das Geschehene. General von Blomberg hatte sich mit dieser Dankadresse ausserhalb der Gesinnungsgemeinschaft der Wehrmacht gestellt, in die er wohl nie wieder aufgenommen werden wird. Die Generalität der Reichswehr wird den Zeitpunkt selbst bestimmen, an dem sie mit Herrn von Blomberg diese offen stehende Rechnung in Ordnung bringt!

Als Reichskanzler Hitler nach dem Tode des Generalfeldmarschalls von Hindenburg oberster Befehlshaber der Wehrmacht geworden war, hoffte man in weiten Kreisen der SA, SS und Parteiführung, dass nunmehr der grosse politische Vorstoss in die Reichswehr gelingen würde. Hatte doch die seinerzeit dem Reichspräsidenten von Hindenburg von Hitler gegebene Zusicherung, die Reichswehr als unpolitisches Instrument zu erhalten, nach Ansicht der Partei ihre Gültigkeit verloren und es war also jetzt die Bahn frei für die Verwirklichung der wehrpolitischen Pläne der NSDAP.

In grösster Eile wurde die Reichswehr sofort nach dem Ableben Hindenburgs auf Adolf Hitler vereidigt, wodurch man in Parteikreisen glaubte, ein gutes Stück vorwärts gekommen zu sein. Dass man sich hierin gewaltig getäuscht hatte, musste man allerdings schon nach Kurzem einsehen.

Denn die Stimmung in der Wehrmacht, die sich seit den Ereignissen vom 30. Juni 1934 dem Regime gegenüber noch besonders verschlechtert hatte, wurde auch durch die Eidesleistung auf Hitler nicht besser. Wohl selten ist von einem Offizierskorps einer Armee der Eid mit so geringer innerer Anteilnahme abgelegt worden, wie bei jenen Vereidigungen im August 1934. Die vom Regime Adolf Hitlers befohlenen Morde an zwei verdienstvollen Männern der Reichswehr, General von Schleicher und Bredow, waren nicht vergessen. Die Erregung wurde im Offizierskorps von Tag zu Tag stärker, da man allmählich die volle Gewissheit erhielt, dass an allen Worten Hitlers, Görings und Göbbels über die angebliche «Verschwörung» Schleichers «in Verbindung mit einer auswärtigen Macht» kein einziges Wort wahr gewesen war.

Geheime Zusammenkünfte von Reichswehroffizieren

Adolf Hitler hat im September 1934 nicht geahnt, dass das Offizierskorps der Reichswehr fast täglich ausserhalb der Kasernen geheime Zusammenkünfte abhielt, in denen es von Männern Bericht über die Wahrheit des 30. Juni 1934 erhielt, die soeben aus der Röhm-Haft entlassen worden waren. Hätte Hitler hiervon erfahren, er wäre imstande gewesen, noch einmal «obersten Gerichtsherrn» zu spielen und «totschiessen» zu lassen. Nur wäre es in diesem Falle nicht so leicht gewesen, wie am 30. Juni mit den SA-Führern.

In den Zusammenkünften des Offizierskorps der Wehrmacht, von denen der Verfasser des «Glückwunschtelegrammes zum 30. Juni, Wehrminister von Blomberg, natürlich nichts erfuhr, ist der gesamte politische Komplex des 30. Juni gründlich durchberaten worden und die Ergebnisse wurden schriftlich fixiert. Der Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes, Himmler, der von verdachterregenden Zusammenkünften von Reichswehroffizieren Mitteilung erhalten hatte, bemühte sich damals vergeblich, auch nur die geringsten Beweise für diese Verschwörung in die Hände zu bekommen. Denn als solche mussten in den Augen der Gestapo

jene geheimen Konferenzen der Offiziere angesehen werden, wo über weit mehr als über «alte Münzen» gesprochen wurde. Und Hitler hatte doch in seiner Rede vor dem Reichstag am 13. Juli 1934 gesagt, dass er Männer totschiessen lässt, auch wenn sie in geheimgehaltenen dienstlichen Besprechungen nur über «alte Münzen» oder die «Witterung» sprechen. Er hatte aber auch gewusst, weshalb er am 1. Juli 1934 den strengen Befehl an alle Dienststellen des Staates ergehen liess, dass es bei schwerster Strafe verboten sei, an den von ihm befohlenen Erschiessungen oder anderen Massnahmen irgendwelche Kritik zu üben. Und General Göring hatte wohlweislich diese Verfügung dahingehend erweitert, dass auch Zusammenkünfte von SA-Leuten verboten sind, «selbst dann, wenn im Sinne des Führers Aufklärung gegeben würde». . . . «Die Aufklärung des deutschen Volkes geschieht bis auf Weiteres ausschliesslich durch Rundfunk und Presse».

Dem Offizierskorps der Wehrmacht schien gerade diese Verlautbarung des «Generals» Göring mit Recht geeignet, stärkstes Misstrauen zu erwecken. Man wollte vertuschen. Also waren am 30. Juni höchst geheimnisvolle Dinge geschehen, die der unbedingten, vollen Aufklärung bedürfen. Man kümmerte sich daher in der Wehrmacht um solche «Befehle» nicht und verschaffte sich die Aufklärung nicht aus der Quelle des Regisseurs des 30. Juni, des Herrn Göbbels, sondern aus berufenstem Munde. Und das waren eben jene Männer, die wochenlang «im Zuge der Aktion» nach dem 30. Juni in Haft gesessen hatten und dort, wie ich schon berichtete, die Wahrheit über die Hintergründe dieser Wahnsinnstat gewissenhaft erforscht hatten. Die Gestapo hätte viel darum gegeben, wenn sie mitten in eine solche geheime Offiziersberatung hätte eindringen und jene Protokolle beschlagnahmen können, die dort niedergelegt wurden über die Fragen:

Sieben peinliche Fragen

1. Lag wirklich ein «Staatsnotstand» vor, der derartige Massnahmen rechtfertigte?

2. Stand Deutschland wirklich am Vorabend eines SA-Putsches, bei dessen Durchführung «Zehntausende von Menschen ihr Leben hätten lassen müssen»? – (was Hitler bekanntlich in seiner Rede mehrfach vortrug.)

3. Haben General von Schleicher und General von Bredow wirklich Verbindungen mit einer auswärtigen Macht aufgenommen und wirklich einen hoch- und landesverräterischen Angriff auf den deutschen Staat versucht – wie es Hitler behauptet?

4. Welche Beweise hatte Hitler in der Hand, als er am 30. Juni den Befehl zu den Erschiessungen gab und auf jedes ordnungsgemässe Kriegsgericht verzichten zu können glaubte?

5. Wer ist verantwortlich für die Ermordungen Schleichers, Klauseners, von Boses u.a.? – Wer waren die SS-Kommandos, die diese Morde durchgeführt haben? – (die bekanntlich mit der Mitteilung bemäntelt wurden: «beim Widerstand gegen die Verhaftung erschossen»).

6. Wer waren die Verfasser des Planes vom 30. Juni 1934 und welche eigentlichen Ziele wurden durch jenes Massenmorden verfolgt?

7. Das Verhalten des Reichswehrministers von Blomberg.

Die Verschwörung

Wenn vor dem 30. Juni von keiner Verschwörung die Rede sein konnte, sondern alle Mitteilungen hierüber erfunden und erlogen waren, so lagen die Dinge jetzt allerdings anders. Denn die geheimen Beratungen des Reichswehr-Offizierskorps, in denen obige Fragen in Form eines Gerichtsverfahrens geklärt wurden, trugen durchaus den Charakter einer Verschwörung – die aber nicht gegen die Sicherheit des Staates und Volkes gerichtet war, sondern gegen die Akteure des 30. Juni, an deren Spitze Hitler, Göring, Göbbels und Himmler gestanden hatten. Es hat begreiflicherweise nicht an Versuchen Himmlers und Görings gefehlt – selbst vor Handstreichern schreckte man nicht zurück – um in den

Besitz eines solchen Protokolles zu gelangen, das die Beantwortung jener hochpolitischen Fragen enthielt. Und man hat sich auch ehrlich Mühe gegeben, jene Männer zu ermitteln, die ihre gewichtigen Kenntnisse aus der «Röhm-Haft» in diesen Beratungen vorgetragen haben. Es misslang aber alles, und so haben Himmler und Göring mit Recht schlimme Befürchtungen, es könnte von der Seite der Reichswehr eines Tages die Begleichung jener offenstehenden Rechnung gefordert werden. Denn bei dieser Gelegenheit dürfte es – insofern ein Göring und Himmler noch erreichbar und nicht mit ihren Blitz-Flugzeugen bereits über alle Berge sind – für diese Männer böse Stunden geben.

Aber auch für den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, Adolf Hitler, stehen bittere Stunden bevor, um die er nicht herumkommen wird. Denn so wie das Offizierskorps sich durch den auf die Person Hitlers geleisteten Eid nicht hat abhalten lassen, insgeheim über ihren obersten Führer zu Gericht zu sitzen, ebenso wenig wird dieses Offizierskorps sich scheuen, auch einem Hitler eine offenstehende Rechnung vorzulegen und ihm das Urteil aus jenen Protokollen zur Kenntnis zu bringen. Und der Inhalt dieses Urteils, in dem Punkt für Punkt jener Fragen beantwortet ist, lautet ungefähr so:

Die Anklageschrift der Reichswehr zum 30. Juni

Zu Punkt 1: Am 30. Juni 1934 hat keinerlei «Staatsnotstand» vorgelegen, der Massnahmen – ohne vorheriges ordnungsgemässes Kriegsgericht – gerechtfertigt hätte. Ein Staatsnotstand konnte nur dann angenommen werden, wenn die Machtmittel des Staates zu jenem Zeitpunkt nicht intakt waren. Das war aber nicht der Fall, sondern Wehrmacht und Polizei, die vollkommen intakt waren, hätten jeden Versuch eines Putsches bereits im Keime ersticken können. Somit lag also auch nicht die geringste Notwendigkeit «blutigen Zugreifens» und «blitzschnellen Zuschlagens» vor, wie das in Form von Massenfüsilierungen vollzogen wurde, wobei erwiesener-

massen sogar Männer infolge Namensverwechslungen erschossen wurden.

Zu Punkt 2: Wie aus umfangreichen Vernehmungen höchster SA-Führer aus dem ganzen Reiche ermittelt worden ist, befand sich am 30. Juni nicht eine einzige SA-Einheit im feldmarschmässigen Marschzustand für einen Putsch. Der Wagenpark der SA war zum grössten Teil sogar nicht in den Händen der Formationen, sondern war der «Kraft durch Freude»-Organisation überlassen worden! Die Behauptung Hitlers, dass der «Verbrecher Ernst» seine Aktion in Berlin um 4 Uhr nachmittags abrollen lassen wollte und hierdurch blutigstes Unheil entstanden wäre, ist vollkommen widerlegt worden durch eidliche Aussagen von Beamten, die bei der Verhaftung Ernsts in Bremen zugegen waren. Ernst hat sich also nicht in Berlin aufgehalten – wie Hitler am 13. Juli 1934 behauptete. Da am 30. Juni nachweisbar keine SA-Formation zu irgendeinem Gewaltstreich marschbereit stand, konnte also auch kein Blutbad entstehen, bei dem laut Hitler «Zehntausende ihr Leben hätten lassen müssen».

Dass «die SA mit dem Schatten vom 30. Juni nicht das geringste zu tun hatte, sondern Treue bewahrt hat» – hat Hitler ausdrücklich im September 1934 auf dem Parteitag bekundet.

Zu Punkt 3: Trotz alledem aber soll General Schleicher im Rahmen eines kurz vor dem Ausbruch stehenden Röhm-Putsches die Durchführung einer landesverräterischen Aktion geplant haben! Die Legende von der «auswärtigen Macht» ist bereits am 5. Juli offiziell dementiert worden und somit erledigt. Am 3. Juli 1934 aber wurde im Gesetz (betreffs Staatsnotstand vom 30. Juni) der angebliche «landesverräterische Angriff» festgestellt, womit die «Aktion» Schleichers gemeint war.

Durch die inzwischen insgeheim erfolgte Rehabilitierung Schleichers und Bredows ist die Lüge von jener Aktion voll zugegeben worden.

Zu Punkt 4: Hitler hatte nachweisbar keinen einzigen Beweis dafür in der Hand, auf Grund dessen er jene Männer

ohne jedes Gericht an die Wand stellen lassen konnte. Die einzigen «Beweise» waren die von seinen Ministern Göring und Göbbels fabrizierten Lügenmeldungen über eine angebliche Verschwörung, die bereits in den nächsten Stunden blutig ausbrechen sollte.

Zu Punkt 5: Die Verantwortung an den Ermordungen jener Männer tragen in erster Linie Göring und Himmler, die die SS-Kommandos dorthin schickten mit der Begründung, es handle sich um die Festnahme von Hoch- und Landesverrättern. Im gleichen Masse ist aber Hitler selbst schuldig, da sein Befehl, «jeden sofort mit der Waffe niederzumachen, der Widerstand bei der Festnahme leistet», als wohlverstandene Aufforderung aufgefasst wurde, jene Landesverräter am besten sofort «niederzumachen».

Zu Punkt 6: Die Untersuchungen haben einwandfrei ergeben, dass der Plan zur Durchführung des Wahnsinnsaktes von Göring und Göbbels stammt und der Reichskanzler Hitler von diesen beiden Ministern in jenes Abenteuer gehetzt worden ist. Die Hauptbeweggründe, die zu diesem Plane führten, war erstens der Wunsch, aus einer fast völlig ausgeweglosen politischen Situation herauszukommen, die entstanden war a) durch die unglaublichen Skandale um die prassenden SA-Führer und die unmoralischen Zustände im Führerkorps; b) durch eine tiefgehende Empörung hierüber im überwiegenden Teile des Volkes und der Partei; c) durch Teile der SA, die durch sinnlose Parolen einer zweiten Revolution masslos hochgeputscht waren und «Taten» erwarteten.

Ein zweiter Beweggrund war die Notwendigkeit der Beseitigung missliebiger politischer Persönlichkeiten, die über interne Vorgänge des Regimes (Reichstagsbrand u.a. m.) zuviel wussten. Zu diesen Missliebigen gehörte in erster Linie auch General von Schleicher, der zu gegebener Zeit seine Kenntnisse über die Vorgänge hinter den Kulissen der Partei als tödlich wirkende Waffe hätte einsetzen können, vor allem sein Wissen um das Kapitel Reichstagsbrand, über das er sich in den Monaten nach der Machtübernahme Hitlers eine sehr gründliche Kenntnis verschafft hatte.

Der Schlag, den Göring gegen die «Reaktion» führte, diente aber vor allem dazu, im Lager der radikalen Parteigenossen und SA-Leute Beifall zu finden und die Aufmerksamkeit von dem üblen Treiben der eigenen Kreise abzulenken.

Zu Punkt 7: Das Verhalten von Blombergs zu den Vorgängen vom 30. Juni wurde vom Offizierskorps der Reichswehr einmütig verurteilt. Denn Blomberg hätte die unbedingte Pflicht gehabt, die Mitteilungen, die ihm von Göring über die Gefahr eines SA-Putsches in den letzten Junitagen gemacht wurden, gründlich überprüfen zu lassen, ehe er sich bereit erklärte, für die Reichswehr den Alarmzustand anzunehmen. Und bei dieser Gelegenheit hätte Blomberg bereits vor den Ereignissen des 30. Juni mühelos feststellen können, dass hier ein gross angelegtes Lügenspiel getrieben wurde. Die grenzenlose Ergebenheit der Person Hitlers und dem Regime überhaupt gegenüber machte General von Blomberg aber derart blind im Vertrauen, dass er alles aufs Wort glaubte, sogar die Lügenmär von der Landesverratsaktion Schleichers. Wäre Blomberg wirklich ein Charakter gewesen, so hätte er umgehend die Untersuchung des Falles Schleicher gefordert und zur Bedingung gestellt, dass der Kanzler in seiner Rede vor dem Reichstag die Darstellung über den Fall Schleicher wahrheitsgemäss gab, und wenn hierüber der Minister Göring gestürzt worden wäre. Die Ehre des um den Aufbau der Reichswehr hochverdienten Generals von Schleicher musste einem General von Blomberg über den Ministersessel eines Göring gehen! Der berüchtigte Befehl an die Wehrmacht vom 1. Juli 1934, in dem Blomberg im Namen der Reichswehr dem Führer Adolf Hitler für seine «soldatische Entschlossenheit» dankte, war ohne Befragen der übrigen Generalität erlassen worden, die sich entschieden widersetzt hätte. Bestand schon vorher zwischen der Generalität und dem Reichswehrminister ein sehr kühles Verhältnis – wegen seiner servilen Haltung der Partei gegenüber – so wurde nunmehr dieses Verhältnis zu ausgesprochener Gegnerschaft. Denn es ist keineswegs übertrieben, wenn man be-

hauptet, dass von Blomberg heute vollkommen isoliert in der Wehrmacht steht und einen grossen Teil des Offizierskorps zu schärfsten Gegnern hat.

«Gefangene sind nicht zu machen!»

Als Reichskanzler Hitler am 13. Juli 1934 vor den Reichstag trat, um seine Massnahmen vom 30. Juni zu «rechtfertigen», da kannte er die Stimmung innerhalb der Reichswehr sehr genau, die seit der Ermordung der Generäle von Schleicher und von Bredow dort herrschte. Denn als Hauptschuldige an diesen Morden zweier hochverdienter Generäle betrachtete man im gesamten Offizierskorps Adolf Hitler und seinen Minister Göring. Letzterer hat ja sogar die Schamlosigkeit besessen, in seiner Rede vom 1. Juli 1934 vor der Presse zu erklären: «Schleicher versuchte bei der Verhaftung einen blitzartigen (stets dieselben Ausdrücke!) Überfall zu machen auf die Leute, die ihn verhaften sollten. Er ist dabei ums Leben gekommen. Die Dinge sind nun so: im Ganzen Lande ist Ruhe.»

Als General Göring diese Darstellung gab, war ihm natürlich genau bekannt, dass sein zu General Schleicher gesandtes SS-Kommando sofort geschossen hatte in der Annahme, dass mit einem solchen Landesverräter nicht viel Umstände zu machen seien. Hatte Göring diesem SS-Kommando doch mitgeteilt, dass General Schleicher eine landesverräterische Aktion (gemeinsam mit Frankreich) geplant habe. Und von Hitler lag für dieses SS-Kommando ja die Weisung vor, «jeden sofort mit der Waffe niederzumachen, der bei seiner Festnahme Widerstand zu leisten versucht». Dieser Befehl, der von Hitler in seiner Reichstagsrede im obigen Wortlaut zitiert worden ist, musste in den Männern der SS-Kommandos ohne Weiteres den Eindruck erwecken, dass er gleichbedeutend sei mit der bekannten Kriegs-Parole: «Gefangene sind nicht zu machen!» Und so machten sie eben keine, sondern «machten nieder» – auch ohne Versuch eines Widerstandes. Noch schlimmer als dieses Abknallen wurde jene

gemeine Diffamierung empfunden, die man dem ermordeten General von Schleicher und von Bredow zufügte, indem man sie ohne jeden ernsthaften Anhaltspunkt beschuldigte, gegen Deutschland eine landesverräterische Aktion beabsichtigt zu haben und diese Schmähung im Gesetz vom 3. Juli 1934 festnagelte, wo von der «Niederschlagung hoch- und landesverräterischer Angriffe» gesprochen wurde und von den «vollzogenen Massnahmen, die von Staats wegen rechtens» gewesen seien.

Hitler versucht zu besänftigen

Den schimpflichsten Vorwurf, den man überhaupt einem Volksgenossen gegenüber erheben konnte, hatte man in diesem Falle gegenüber dem Reichskanzler a. D. und Reichswehrminister a. D. Schleicher erhoben – ohne auch nur den geringsten Beweis dafür erbringen zu können. Hitler wusste, wie grenzenlos die Erbitterung in den Kreisen der Reichswehr und der gesamten alten Wehrmacht über diese beschämenden Tatbestände war, und es war für ihn wirklich keine leichte Aufgabe, vor dem Reichstag darüber auch nur einigermaßen glaubwürdig zu berichten. Und so wählte Hitler die Taktik, einerseits an der Legende von dem Landesverrat Schleichers festzuhalten, obwohl alle Meldungen betreffs «ausländischer Macht» bereits amtlich dementiert werden mussten – andererseits an die Adresse des Reichswehrministers von Blomberg und an die gesamte Wehrmacht überschwänglichste Worte des Lobes und der Anerkennung für bekundete Treue zu richten. Hitler hoffte mit solchen Worten die Stimmung innerhalb der Reichswehr wieder zu bessern, vor allem aber durch seine Erklärung, dass er seine dem Generalfeldmarschall von Hindenburg ehrenwörtlich gegebene Zusicherung auf alle Fälle zu halten entschlossen sei, die Reichswehr als unpolitisches Instrument zu bewahren. Dieser Feststellung, von der die Öffentlichkeit jetzt zum erstenmal erfuhr, folgte eine nicht minder überraschende, nämlich das offene Eingeständnis, dass die Offiziere und Sol-

daten den Weg zur Partei Hitlers noch nicht gefunden haben! Bisher hatte man doch stets betont, dass es gelungen sei, der nationalsozialistischen Idee auch in der Wehrmacht zum Siege zu verhelfen. Jetzt aber hörte man aus Hitlers Munde über die Soldaten und Offiziere der Reichswehr: «Ich kann von Ihnen nicht fordern, dass Sie im Einzelnen ihre Stellung zu unserer Bewegung finden!» Und mit diesen Worten hatte Hitler dem aufmerksamen Zuhörer sehr deutlich verraten, wie es mit der Begeisterung der Wehrmacht für die NSDAP und das Hitler-Regime überhaupt aussah.

Göbbels' Misserfolg bei der Reichswehr

Gegenüber andern Volksgenossen pflegt Hitler ja bekanntlich anders zu sprechen, nämlich: «Ich fordere die Gefolgschaft» usw. Bei der Wehrmacht hätte allerdings ein solcher Befehlston weder Anklang gefunden, noch eine Wirkung gezeigt, worüber Minister Göbbels hinreichend Aufschluss geben dürfte. Ihn schickte nämlich Adolf Hitler wenige Wochen nach der Machtübernahme auf Reisen in Reichswehrgarnisonen, damit er diese im weltanschaulichen Sinne der NSDAP beeinflusse und die Soldaten und Offiziere für die Ziele der Partei gewinne. Herr Göbbels, der in seinen Parteiversammlungen mit Beifall sehr verwöhnt worden ist, gab diese Vortragsreisen in den Wehrkreiskommandos aber schon nach kurzer Zeit auf, da er zwar mit grösster Korrektheit, aber mit ebensolcher Kühle empfangen wurde. Die Soldaten und Offiziere der Reichswehr liessen sich eben mit dem besten Willen nicht von den Mätzchen eines Josef Göbbels blüfeln und selbst das stärkste Pathos des Parteitrommlers Göbbels vermochte die Zuhörer im Soldatenrock nicht zu rühren. Die Meinung gerade über diesen Herrn ist bereits zu fest in der Wehrmacht und eine nicht sehr erfreuliche. Jeder Soldat weiss nämlich, dass der «Kleine Göbbels» es nicht sehr eilig gehabt hat, dem Vaterland zu Hilfe zu eilen, als es wirklich in Gefahr war. Er zog das warme Studierstübchen vor und liess lieber andere den Heldentod des freiwill-

ligen Soldaten sterben. In seinen Reden, auch vor der Reichswehr, stellte er sich aber als der Todesmutigste vor, den es auf Gottes Erde gibt!

Warum die Reichswehr die Bartholomäusnacht nicht verhinderte

Wenn heute in politischen Kreisen über den 30. Juni 1934 und die Haltung der Reichswehr debattiert wird, so hört man meist den gleichen Satz: Es ist einfach unerklärlich, wie die Wehrmacht derartiges dulden konnte und nicht sofort dazwischenfuhr. Sie hätte doch unbedingt einen wild gewordenen Göring und Himmler festsetzen lassen müssen, als diese beiden zu morden begannen. Die Frage, warum das nicht geschehen ist, ist in den bisherigen Veröffentlichungen unbeantwortet geblieben, da es Kenntnisse über internste Vorgänge in der Wehrmacht voraussetzte, über die die Verfasser jener Bücher nicht verfügen konnten.

Dieses Rätsels Lösung sieht so aus: Die Reichswehr hätte es in den ersten Tagen des Juli 1934 durchaus in der Hand gehabt, sämtliche Verantwortliche für das Massensterben vom 30. Juni hinter Schloss und Riegel zu setzen, was gleichbedeutend gewesen wäre mit dem Sturz des nationalsozialistischen Regimes. Denn dieses stand in jenen Tagen, als Hitler sogar auf öffentlichen Plakaten die himmelschreienden Missstände im Führerkorps der SA eingestehen musste, auf gefährlich schwachen Füßen und die Volksstimmung wäre mühelos für eine Beseitigung des gesamten Regimes gewesen.

Wenn die Reichswehr diese Gelegenheit trotz alledem nicht wahrnahm, so geschah das erstens mit Rücksicht auf die Währung, der damals bei der ohnehin äusserst gespannten Wirtschaftslage sehr leicht ein gefährvoller Stoss hätte versetzt werden können – wenn das ganze Hitler-Regime unter jenen beschämenden Umständen davongejagt worden wäre.

Der zweite gewichtige Grund war die Tatsache, dass

die Reichswehr sich noch mitten in der Durchführung ihres Programmes zur Wiederherstellung der Wehrfreiheit befand – was durch eine derartig schwerwiegende innerpolitische Verwicklung empfindlich gestört worden wäre.

Der dritte Grund, weshalb man in jenem Zeitpunkt auf eine Liquidierung des Regimes der NSDAP verzichtete, war die Erkenntnis, dass es taktisch besser sei, die NSDAP bis zu einem gründlicheren Grade abwirtschaften zu lassen. Denn dann konnte niemand der Wehrmacht den Vorwurf machen, sie habe «der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung den Dolchstoß von hinten versetzt.» Und diese Auffassung herrscht auch heute noch in der Reichswehr und trägt eine starke Berechtigung in sich – vorausgesetzt natürlich, dass der richtige Zeitpunkt von der Wehrmacht erkannt wird.

Der kommende grosse Schlag

Das Tempo, in dem man sich in Deutschland diesem Punkt nähert, wo ein Mann der Reichswehr, mit klugem Wirklichkeitssinn und Entschlossenheit nach innen zuzugreifen hat, wird von Tag zu Tag atemraubender. Und im Interesse des Wohles des deutschen Volkes und Staates und der ganzen Welt kann man nur hoffen, dass jene befreiende Nachricht nicht mehr allzu lange auf sich warten lässt, die lautet: Hitler-Regime gestürzt! Auflösung der Partei, SA, SS! Die Regierung Deutschlands ist soeben von einem Reichswehr-Direktorium übernommen. – Grundsätzlicher Wandel in den politischen Methoden nach innen und nach aussen!

Dann noch eines: Teile der Reichswehr waren durch die Vertrauensseligkeit ihres Wehrministers von Blomberg von den blutigen Ereignissen völlig überrascht worden und man glaubte in jenen aufregenden Stunden zunächst wirklich an die Niederschlagung eines aufgedeckten Komplottes und Putsches – woran natürlich General von Blomberg schuld trug, da er sein Ministerium im Sinne der ihm von Göring gemachten Mitteilungen unterrichtet hatte. Hätten die Garnisonkommandos der Wehrmacht am 30. Juni bereits ge-

wusst, welches teuflische Spiel hier getrieben wird, es wäre bestimmt zu bewaffneten Interventionen gegen die rasende SS gekommen – auch ohne Befehl Blombergs. Die Wiederholung eines zweiten 30. Juni dürfte für die SS jedenfalls ein böses und blutiges Abenteuer werden, das schon nach wenigen Stunden im Keime erstickt werden würde.

Die Reichswehr baut vor ...

Über diese Entschlossenheit der Reichswehr für einen solchen Fall ist man sich in weiten Kreisen der SS nicht annähernd im Klaren. Hofft man doch im Stillen darauf, dass die Reichswehr, aus Angst vor Dienstverweigerung nationalsozialistisch eingestellter Soldaten, einen derartigen Waffengang gegen die SS und SA niemals wagen würde. Die Reichswehrführung kennt aber nicht nur diese Gedankengänge der schwarzen und braunen Parteitruppen, sondern ist hinlänglich darüber im Bilde, dass es an Zersetzungsversuchen in dieser Hinsicht nicht mangelt. Die Methoden, die man hier von der SS und SA unter den Soldaten der Wehrmacht anwendet, sind zum Teil äusserst raffiniert und könnten auch zu lokalen Erfolgen führen, wenn nicht die Wehrmacht mit weit überlegener Methode dagegen arbeiten würde. Die Abwehrabteilung des Reichswehrministeriums, die speziell für diese delikate Arbeit aufgezogen wurde, erfährt jedenfalls schon nach kürzester Zeit auch die geringsten Versuche, Unsicherheit in die Armee zu bringen. Und die Strafen, die auf einer derartigen Betätigung stehen, sind derart drakonisch und abschreckend, dass die Lust in SS-Kreisen nur sehr mässig ist, mit jenen Paragraphen in Konflikt zu kommen. Die Hoffnung der SS, der mit der Partei sympathisierende Soldat der Reichswehr würde in einem für die SS peinlichen Augenblick den Dienst verweigern, ist also eine äusserst vage und illusorische. Es dürfte auf alle Fälle für die SS ein sehr böses Erwachen geben, wenn es jemals zu einem solchen Waffengang kommen würde.

Die Drohverordnung vom 1. Februar 1936

Einen gelinden Vorgeschmack für kommende innerpolitische Ereignisse, von denen man auch im Volke seit Langem munkelt, erhielt die SA und SS aus heiterem Himmel am 1. Februar 1936, als im Reichsgesetzblatt plötzlich eine «Verordnung über den Waffengebrauch der Wehrmacht» erschien. In dieser Verordnung wird aufgeführt, wann die Wehrmacht in erster Linie bei der Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern von der Waffe Gebrauch zu machen habe, so z.B. bei «Brechung eines Widerstandes», «bei Durchsetzung einer Aufforderung, die Waffen abzulegen.» Der etwas aufgewecktere Leser wird unschwer wissen, was solche Erlasse bedeuten, denn Waffen haben in Deutschland die politischen Gegner nicht mehr – weder Marxisten, noch Juden – sondern lediglich die Polizei, SA und SS! Es ist begreiflicherweise in der SS und SA mit grösster Bestürzung aufgenommen worden, dass man derartige eindeutige Erlasse zugunsten der Wehrmacht herausgibt.

Und die Nervosität in diesen Kreisen, die schon seit Langem wieder recht erheblich ist, ist hierdurch vervielfacht worden, zumal aus diesem Erlass auch hervorgeht, dass zur Niederhaltung innerer Unruhen die Wehrmacht in erster Linie berufen ist. In den Augen der SA- und SS-Führer war das doch bisher stets das Vorrecht der SS und SA! Der Paragraph 6 dieser Verordnung bringt aber noch weit beunruhigendere Aussichten, denn danach ist der Reichskriegsminister ermächtigt, Ausführungsbestimmungen zu jenem Erlass zu verfügen – ohne Gegenzeichnung des Kanzlers! Es könnte doch immerhin eines Tages ein Reichskriegsminister an die Stelle des der Partei so ergebenen Herrn von Blomberg treten, der über die Notwendigkeit der bewaffneten Privatarmee anders denkt, als Herr von Blomberg und die «Aufforderung, die Waffen abzugeben» mit Hilfe der Wehrmacht durchsetzt. Ob dann die SS und SA auf die Barrikaden steigt, um den Besitz ihrer Waffen zu verteidigen? Ich sage: Nein! Täte die SA und SS es dennoch, müsste jeder Einzelne

ein Selbstmörder sein. Denn über so schwere Waffen wie die Reichswehr verfügt doch keine einzige Formation der SS und SA. Der Ausgang eines solchen Waffenganges wäre von Vorneherein feststehend. Die SS und SA wird also – wenn es so weit ist – befehlsgemäß bis zu einer bestimmten Stunde sämtliche Waffen abgetreten haben – ohne den geringsten Widerstand! Es stirbt kein SA- und kein SS-Mann auf den Barrikaden gegen die Reichswehr. Das steht schon jetzt fest!

XIX

Der Heldentod der 12,000 jüdischen Frontsoldaten!

In ehrfurchtsvoller Erinnerung!

Ich schreibe diese Zeilen am Totensonntag.

Meine Gedanken sind voller Wehmut und Trauer um liebe Menschen aus engster Familie, die im Kampfe für das deutsche Vaterland ihr Leben liessen. In Ost und West, da liegen sie gebettet in kühler Erde – Seite an Seite mit ihren Kameraden – ohne Klassen- und Standesunterschied, und – ohne Rassenunterschied. In endloser Reihe künden die schlichten Kreuze stets nur die gleichen Worte: Pro Patria! Denn damals fragte niemand im feldgrauen Rock den andern: Bist du Jude, Protestant oder Katholik? Sie alle hatten den gleichen Eid auf die gleiche Fahne geschworen und sie kannten alle nur das eine Wort und Ziel: Für unser deutsches Volk und Vaterland!

Hätte damals uns, die wir des Kaisers Rock getragen haben, einer zu sagen gewagt, dass der Heldentod unserer Frontkameraden jüdischen Glaubens jemals mit Ächtung und Diffamierung ihrer Angehörigen «belohnt» werden würde, wir hätten so etwas nicht zu fassen vermocht. Und heute geschieht es tagtäglich, ohne jede Scham und ohne jedes Gewissen. Ständen unsere Gefallenen aus den Gräbern auf, sie würden Worte furchtbarster Anklage und tiefster Verachtung gegenüber jenen Menschen finden, die heute in Deutschland durch ihre «Nürnberger Gesetze» das Andenken von zwölftausend für Deutschland gefallenen jüdischen Frontsoldaten so unsagbar schmähen. Was nützen alle die schönen Worte von Treue und Ehre, die wir in Deutschland jeden Tag hundertmal in Wort und Schrift dem Volke verkünden, wenn wir sie gegenüber zwölftausend, für unser Volk gefallenen Männern und gegenüber ihren Angehörigen so leichtfertig vergessen!

Lebte ein Hindenburg noch, wäre es wohl niemals zu diesem Schandakt von Nürnberg gekommen, der in der ganzen

Welt mit Recht Entsetzen hervorrief. Nur mit Erschütterung vermag man heute die Dankesworte des ehrwürdigen Reichspräsidenten und Generalfeldmarschalls von Hindenburg zu lesen, die er dem Erinnerungsbuch der jüdischen Frontsoldaten vorangestellt hat, und die mit der Versicherung enden:

«In ehrfurchtsvoller Erinnerung an die auch aus Ihren Reihen für das Vaterland gefallenen Kameraden nehme ich das Buch entgegen und werde es meiner Kriegsbücherei einverleiben.» (3. Oktober 1932.)

Und als dasselbe Buch vom jüdischen Frontkämpferbund Deutschlands dem Chef der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums, Oberstleutnant Ott, überreicht wird, dankt auch er mit Worten im Geiste seines obersten Kriegsherrn von Hindenburg und sagt im Namen des Reichswehrministers folgenden Dank:

«Ich habe die Ehre, Ihnen im Auftrag des Reichswehrministers hier in dieser feierlichen Stunde zum Ausdruck zu bringen, dass wir dieses Gedenkbuch unserer jüdischen Kameraden, die im Weltkrieg gefallen sind, in hohen Ehren halten werden, zum Gedächtnis dieser treuen und echten Söhne unseres deutschen Volkes!»

Die Nürnberger Gesetze – eine Schande!

So war die Auffassung des damaligen Reichswehrministers des Deutschen Reiches im Jahre 1932 – und Ende September 1935 sehen wir den Reichskriegsminister von Blomberg im Reichstag zu Nürnberg stehen und schweigen, als durch die Nürnberger Gesetze das Andenken an die zwölftausend Gefallenen «von Staats wegen» ausgelöscht wird. Der Chef des Amtlichen Nachrichtenbureaus, des DNB, verkündet am selben Tag in der gesamten deutschen Presse: «Die Nürnberger Gesetze haben unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass das deutsche Volk es ablehnt, den Juden als deutschen Volksgenossen anzusehen und ihm die gleichen Rechte wie dem Deutschen zuzuerkennen.» Ich frage den

Leiter des DNB an dieser Stelle: Sind die Nürnberger Gesetze wirklich vom deutschen Volk' gemacht worden? Sollte ihm tatsächlich unbekannt sein, dass das deutsche Volk auf den Inhalt der Nürnberger Gesetze nicht den geringsten Einfluss gehabt hat, sondern der alleinige Schöpfer dieser Gesetze ein einziger Mann ist: Julius Streicher! Die «einstimmige Annahme» der Gesetze durch den Reichstag ist doch wohl auch kaum als «Zustimmung des ganzen deutschen Volkes» zu bewerten, nachdem die Mitglieder dieser seltsamsten Volksvertretung fast ausschliesslich aus zu unbedingtem Gehorsam verpflichteten Parteigenossen bestehen. Hätte wirklich einer der wenigen Abgeordneten, die nicht der Partei angehören, gegen das Gesetz gestimmt, hätte er wohl Nürnberg kaum mehr lebend verlassen. Wahrscheinlich hätten sie ihn an Ort und Stelle zusammengeschlagen.

Julius Streicher vertritt nicht das deutsche Volk

Herrn Julius Streicher habe nicht nur ich, sondern viele zehntausende meiner Parteigenossen aus der NSDAP seit vielen Jahren schärfstens abgelehnt, und es muss auch hier erneut erklärt werden: Streicher ist weder das deutsche Volk, noch steht ihm das Recht zu, «im Namen des deutschen Volkes» zu sprechen und Gesetze zu machen. Das Ausland mag versichert sein – ich erkläre das mit bestem Wissen –, dass der grösste Teil des deutschen Volkes mit dem Geiste Streichers und seiner Nürnberger Gesetze nicht das geringste gemein hat, sondern von unaussprechlicher Scham über das Geschehene sind heute Millionen Deutscher ergriffen, und ich bin nicht der einzige von den Mitkämpfern Adolf Hitlers, der sich heute zerquälende Vorwürfe macht, jemals in dieser Front gekämpft zu haben und dadurch, ohne es zu wollen, an vielen mitschuldig geworden zu sein. Wer von uns hätte aber je gedacht, dass ein Pathologe, wie Streicher, einst vom Führer die Erlaubnis erhält, in Deutschlands Gauen zu wüten, und sogar zum Gesetzesverfasser erhoben wird!

Und nun ein Wort an meine Kameraden, die noch heute

den Offiziersrock der deutschen Wehrmacht tragen: Ich weiss sehr wohl, dass der Geist Streichers nicht der eure ist! Noch hat Herr Streicher es nicht vermocht, seine giftige Saat auch in die Reihen unserer stolzen Armee zu säen. Der deutsche Soldat ist immun gegen solche Giftstoffe – davon habe ich mich immer wieder im Verkehr mit den Männern der deutschen Wehrmacht überzeugen können, und es gab mir stets neue Kraft und Hoffnung auf den Tag, wo der Geist Streichers einst wieder ausgerottet wird. Ich weiss auch, dass das Schweigen der Wehrmacht nicht eine Billigung dieser Irrsinnstaten bedeutet. Das Wort Ehre hat beim deutschen Soldaten noch immer den gleichen Klang und Wert wie früher. Und der Tag, an dem dies unter Beweis gestellt werden wird, ist näher, als manche ahnen.

Herrn General Göring, dem Kommandeur der deutschen Fliegertruppen, möchte ich heute an dieser Stelle ein Wort seines gewesenen Vorgesetzten aus dem Weltkrieg, des ehemaligen Inspektors der deutschen Fliegertruppen, Oberstleutnant Siegert, in die Erinnerung rufen, das dieser hochverdiente und untadelige preussische Offizier 1924 als Geleitwort einem Buche gab, das über die Leistungen von hundertfünfundzwanzig jüdischen Kriegsfliegern der deutschen Armee berichtete, von denen achtundzwanzig im Luftkampf den Heldentod fanden. Dieser arische, preussische Offizier schrieb:

«Ich möchte mit diesem Vorwort die jungen deutschen Männer dahin beeinflussen, ihren Führern den Auftrag zu erteilen, Parteikämpfe in einer Form auszufechten, die sich gleicherweise von Verunglimpfungen Lebender wie von Leichenschändung entfernt hält.»

Leichenschändung !

Vergessen war diese Mahnung, als Adolf Hitler Herrn Streicher und seiner SA freie Bahn gab und es zu den Gesetzen von Nürnberg kam, die im wahrsten Sinne des Wortes Verunglimpfung von Lebenden und Leichenschändung

darstellen – um mit den Worten Siegerts zu sprechen. Und trotz alledem, es wäre auch heute noch nicht zu spät, sich jener Mahnung zu erinnern und danach zu handeln.

Wie beschämend die Nürnberger Gesetze und ihre Ausführungsbestimmungen für Deutschland sind, wurde einem durch ein Ereignis im Ausland besonders eindringlich vor Augen geführt. Als im deutschen Rundfunk Mitte November 1935 die Streicherrichtung der NSDAP siegesfroh die sogenannten Durchführungsverordnungen der Nürnberger Gesetze verkündete – in bekannter Tonart –, da wurde zur selben Stunde vom englischen Rundfunk über das ganze Imperium und nach den Vereinigten Staaten die Gefallenen-gedenkfeier übertragen, die zu Ehren der gefallenen jüdischen Frontkämpfer Englands in London auf dem Hoarse Guards Paradenfeld stattfand. Da hörte man, wie der Chef des englischen Generalstabes, Feldmarschall Sir Archibald A. Montgomery-Massingverd, die Front der angetretenen fünftausend Mitglieder des jüdischen Frontkämpferbundes abschritt, und ihm die jüdischen Inhaber der höchsten britischen Kriegsauszeichnung, des Viktoriakreuzes, persönlich vorgestellt wurden. Unter den Klängen des Musikkorps der Königlichen Schottischen Garde marschierten dann die Formationen zum Grab des Unbekannten Soldaten, wo ein Kranz niedergelegt wurde mit der Widmung: «Dem Andenken der im Weltkrieg gefallenen englischen Juden.» Hierauf nahm Feldmarschall Montgomery die Parade ab. Im Feldgottesdienst zelebrierte der rangälteste jüdische Feldkaplan der englischen Armee, Oberrabbiner Dr. J. H. Hertz. In der Royal Albert Hall fand nach dem Feldgottesdienst der jährliche Kameradschaftstee statt, an dem als Ehrengast nicht nur der Generalstabschef Montgomery teilnahm, sondern auch andere hohe Offiziere der englischen Armee und Flotte.

«Die Teilnahme dieser Repräsentanten der Macht Grossbritanniens», so sagte Oberrabbiner Hertz in seinem Toast, «ist symbolisch für Englands Humanität und für sein Eintreten für Freiheit und Gerechtigkeit!»

Der Generalstabschef dankte in einer längern Ansprache,

in der er das dem Vaterland gebrachte Opfer der jüdischen gefallenen Frontsoldaten würdigte. Auf ein vom Major Brunel-Cohen verlesenes Huldigungstelegramm an den König ging folgendes Danktelegramm ein: «Seine Majestät dankt allen Versammelten von Herzen für ihre freundlichen und loyalen Grüsse, die von Seiner Majestät sehr gewürdigt werden.»

Und bei uns in Deutschland sasscn zur selben Stunde Tausende von Angehörigen gefallener jüdischer Frontkämpfer und viele tausende deutscher Juden, die ihre Pflicht an der Front getreulich erfüllt haben, in Haft und vernahmen im Rundfunk als «Dankadresse» des Dritten Reiches ihr Todesurteil – moralisch wie wirtschaftlich. Ausgesprochen von Menschen, deren Seelen von dem Pesthauch eines menschenunwürdigen Hasses umgeben sind und deren Verstand durch jenen Hass umnachtet zu sein scheint.

Es gibt keinen Deutschen von Ehre und Gesittung, der angesichts all dieser Dinge nicht peinigende Scham empfinden würde. Möge dieses Bekenntnis den deutschen Volksgenossen jüdischen Glaubens, die das gleiche Ehrenkleid der stolzen Armee Deutschlands getragen haben wie ich, ein Trost in dieser schweren Stunde sein.

Was soll werden?

Über die Frage, was zu geschehen hat, bestehen selbstverständlich die verschiedenartigsten Auffassungen. So denkt der Kommunist, der heute illegal in Deutschland arbeitet, natürlich daran, dass eines Tages, wenn das Regime in eine Krise geraten sollte, seine Bewegung zum Siege schreiten würde. Das gleiche denkt bestimmt auch der illegal arbeitende Marxist. Er muss ja so denken, denn sonst hätte es ja keinen Sinn, dass er überhaupt arbeitet. Zu den Gegnern des Regimes, die illegal arbeiten, d.h. unter der Decke, kommt dann noch die grosse Front der Enttäuschten und Betrogenen im bürgerlichen Lager und im Rechtslager überhaupt. Die Frage, was soll geschehen, kann nur mit äusserster Nüchternheit beantwortet werden. Diese Nüchternheit kann aber nur der aufbringen, der die Machtverhältnisse im Staate genau kennt und weiss, welche Mittel dem Staate zur Verfügung stehen, wenn von irgendeiner Seite der Versuch zu einem Umsturz gemacht wird.

Die Reichswehr hat die Schlüsselstellung

Die Lösung des Problems kann in einem Satz zusammengefasst werden: Es gibt keine politische Machtgruppe, die gegen die Reichswehr etwas unternehmen kann, sondern die Losung für jedermann, ganz gleich in welchem Lager er steht, kann heute nicht anders lauten, als sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass der einzige Faktor, der noch Ordnung schaffen könnte, nur die Reichswehr sein kann und dass dieser Faktor in dem Augenblick, wo er sich hierzu anschickt, vollstes Vertrauen bedarf und auch verdient. Denn seien wir ehrlich, die Wehrmacht hat sich bisher an all den Dingen, die das Volk bedrücken, nicht beteiligt und ich glaube, man hätte froh sein können, wenn statt der Gestapo von der Reichswehr die Exekutive ausgeübt worden

wäre. Der Gedanke einer antifascistischen Einheitsfront, die in Form eines Volkssturmes das Regime in einer Krise hinwegfegt, muss dahingehend korrigiert werden, dass ein solcher Volkssturm nur dann zum Erfolg führt, wenn die Gewehre der Reichswehr in der gleichen Richtung mitmarschieren. Wenn man von einer Einheitsfront spricht, die für den Ernstfall zu schaffen wäre, dann kann es nur die Einheitsfront aller Deutschen sein, die das Hitler-Regime ablehnen und das gemeinsame Ziel kennen, wieder einen Rechtsstaat zu erhalten und die elementarsten Begriffe von Freiheit wieder verwirklicht zu sehen.

Wir wissen sehr wohl, dass die Ablehnung des Regimes schon Einheitsfrontbildungen sichtbarer Natur gezeigt hat: im Konzentrationslager. Denn dort gibt es keinen Stahlhelmer, der den Marxisten noch hasst, sondern sie alle sind Opfer einer unerträglichen Willkür, für sie alle gibt es nur einen Gedanken, zur Beseitigung dieses Willkürregimes beizutragen. Ich erachte es für unerhört wichtig, dass die seelische Vorbereitung des deutschen Volkes in dieser Richtung klar vollzogen und jede Phantasterei von Vorneherein ausgeschaltet wird. Denn schreitet die Wehrmacht zu jenem bedeutsamen Schritt, dann ist für das Gelingen dieser Aktion von grösster Bedeutung, dass ein Volk hinter dem neuen Regime steht, das nicht durch zahllose Einzelwünsche zersplittert ist. Ich bin fest überzeugt, dass jene politische Macht, die das Volk von dem augenblicklichen Terror befreit, nicht nur die Marxisten, sondern auch die Rechtsfront hinter sich hat und vollstes Vertrauen erhält – vorausgesetzt natürlich, dass das Volk sofort sichtbar sieht, dass Wandel geschaffen wird.

SA und SS gegen Reichswehr?

Wir sind die Schutztruppe nach innen, so bezeichnen sich stolz SS und SA, ohne dabei zu überlegen, dass diese Aufgabe mit «Freiheitsbewegung» eigentlich nichts mehr zu tun hat, sondern eher das Wort Freiheitsberaubung verdient.

Man weiss in einzelnen Stellen der Partei sehr genau, dass eines Tages der Augenblick kommen kann, wo von der Reichswehr mit dem ganzen Parteispuk aufgeräumt wird. Es ist also kein Zufall, dass die SA so fleissig übt. Sie sagt allerdings für «Naturkatastrophen». Dazu brauchte man ja keine Uniform, z.B. um Deichbrüche oder Moorbrände niederzukämpfen, und keinen Schiessunterricht. Es unterliegt keinem Zweifel, dass von hohen Führern der SA von einer geheimnisvollen Mission gesprochen wird. Und ich bin fest überzeugt, dass viele ahnungslose SA-Leute tatsächlich glauben, sie würden die Wehrmacht durch ihr blosses Dasein «schrecken».

Es hat noch nie einem Volke zum Heil gereicht, wenn man Organisationen schuf, deren Hauptaufgabe ist: Die Wacht nach innen! In einem Ordnungsstaate ist das die Aufgabe der Polizei und im besondern Ernstfall auch die Aufgabe der Wehrmacht. Das Bekenntnis Himmlers ist erschütternd, wonach er sagt, er wisse, «dass es sehr vielen schlecht wird, wenn sie die SS-Uniform sehen.» Ist dieser Satz nicht eine schwere Verhöhnung des gesamten Gedankens der «Freiheitsbewegung?» Er hat aber mit diesem Ausdruck ins Schwarze getroffen, denn es ist wirklich so, und jeder, der einmal die Willkür der Himmler-Garden erlebt hat, dem wird es nicht nur schlecht, sondern der empfindet tiefsten Hass und Verachtung. Eine innere Befriedung des Volkes ist nicht möglich, solange Uniformen in den Strassen gezeigt werden, bei deren Anblick es einem Volksgenossen schlecht wird. Warum wird es niemandem schlecht, wenn er eine Uniform der Reichswehr oder der Schutzpolizei sieht? Weil diese Männer in Anstand und Zucht ihren Dienst versehen und als Hüter der Ordnung nach innen und nach aussen dem Volke ein vorbildliches Leben zeigen. Diese Männer begehen keine Willkürakte, diese Männer repräsentieren einen Geist, vor dem es niemandem schlecht zu werden braucht, Herr Himmler! Es wird ja so vielen nicht nur vor der schwarzen Uniform übel, sondern in erster Linie vor dem Geist, der in dieser Organisation herrscht. Man wird im Falle des Ordnung-

schaffens, d.h. im Augenblick, wo diese Organisationen aufgelöst werden, oft Mühe haben, schwere Racheakte, ja sogar Lynchjustiz zu verhindern, denn in weiten Teilen der Bevölkerung ist der Hass gegen die SS, die im Volksmund auch schwarze Schweine oder schwarze Schurken genannt wird, so stark, dass impulsive Handlungen zu verstehen wären. Wie gross die Abneigung und der Hass gegen diese Organisationen sind, wird man erst richtig ermessen können an der Grösse der Freude der Bevölkerung in dem Augenblick, in dem sie von diesem Anblick einmal erlöst wird.

Es kommt der Tag! ...

Was wird werden? Eines Morgens um 5 Uhr früh wird man in Deutschland aufwachen und erstaunt sein darüber, dass der grosse militärische Ausnahmezustand über das schlafende Volk verhängt worden ist. Man wird ernste Gesichter von Soldaten unterm Stahlhelm sehen, die neben Maschinengewehren Wache halten. Diese Soldaten werden nicht sprechen, nicht «Deutschland, erwache!» rufen. Sie werden nur eines tun, einen Befehl ausführen, der lautet:

Zur Durchführung des an allen Plakaten angebrachten Programms ist der grosse militärische Ausnahmezustand verhängt worden» Die NS-Partei und alle ihre Gliederungen, die SA und SS werden als aufgelöst erklärt und die Formationen werden aufgefordert, bis 12 Uhr mittags sämtliches Waffenmaterial und alle Uniformstücke abzuliefern. Jede Weigerung ist rücksichtslos mit dem Gebrauch der Waffe zu beantworten, ebenso jeder geringste Aufstandsversuch, von welcher Seite er auch kommen mag!

Die militärische Stärke Deutschlands ist heute so gross, dass ein solcher Ausnahmezustand in einer Form durchgeführt werden kann, dass es hierbei keinen einzigen Toten zu geben braucht, denn es müsste einer wahnwitzig sein, wenn er glaubt, gegen die Waffen der Reichswehr anrennen zu können.

Auf dem gleichen Plakat wird der Oberkommandierende

der Reichswehr dem Volke mitteilen, dass sämtliche Gesetze, die die persönliche Freiheit des Einzelnen eingeschränkt haben, rechtsungültig erklärt werden, dass des Weiteren noch am selben Tage sämtliche politischen Schutzhäftlinge aus der Haft zu entlassen sind, dass am selben Tage die Konzentrationslager aufgelöst werden und dass jedes Vergehen gegen das Rechtsgefühl des Volkes mit drakonischer Schärfe bestraft werden wird. Der Oberkommandierende wird erklären, dass er jedermann Generalpardon anbietet, der gewillt ist, an der Wiederherstellung der inneren Freiheit des Volkes mitzuarbeiten, und er wird zum Ausdruck bringen, dass erwartet wird, dass als Zeichen der Dankbarkeit für die Generalamnestie jedermann an der Befriedung im Innern freudig mitarbeitet, ganz gleich welcher politischen Gesinnung er ist.

Will der Kommunist und der Marxist seine Freiheit wieder haben und menschenwürdig behandelt werden, so wie es ihm als Volksgenossen zukommt, dann muss er sich mit dem Gedanken vertraut machen, der Wehrmacht gegenüber die feindliche Haltung aufzugeben, und er muss so ehrlich sein, anzuerkennen, dass diese Macht es war, die ihm die braunen Ketten abnahm. Die Wehrmacht verlangt keinen Dank weiter, als die aufrichtige Mitarbeit an dem Neuaufbau des Rechtsstaates. Jeder Einzelne mag versichert sein, dass das gegebene Wort der Reichswehr, Generalpardon zu üben und jedem die versöhnende Hand hinzustrecken, weit mehr Wert hat, als dieselben Worte aus dem Munde eines Adolf Hitler! Denn dieser sprach sie und duldete zugleich, dass man die Gegner mordete und schlug, nur weil sie nicht schnell genug ihre Gesinnung wechseln konnten. Das Wort «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche», hat schon einmal vermocht, im deutschen Volke Kräfte hervorzurufen, mit denen Übermenschliches geleistet wurde. Es wird und muss möglich sein, die Zauberkraft dieses Wortes von Neuem wirken zu lassen und sie wird wirken, wenn das Volk fühlt, dass es wirklich ehrlich gemeint ist. Und dieses Mal gilt dieses Wort für die friedliche Aufbauarbeit!

Inhalt

	Seite
Gutachten Dr. Zürcher	5
Vorwort des Verlages	7
I Einleitung	9
Breche ich meinem Volke die Treue? – Ich stelle mich freiwillig dem Volksgerichtshof! – Verteidige ich die Marxisten? – Verdient Hitler Schonung?	
II Offener Brief an Göring!	15
«Zur Knebelung des gesamten deutschen Volkes» – Nach- prüfung verboten ¹ – Ein schlechtes Gewissen – Das Prinzip der Schlichtheit und Sparsamkeit – Die Schlicht- heit des Führers – Freifahrt nach Madeira	
III Vergeudung der Steuergelder! «Im Dienste der Arbeitsbeschaffung!» – «Gemeinnutz geht vor Eigennutz!»	26
IV Wie der Plan zur Reichstagsbrandstiftung ent- stand	
Ausweglose Situation im Februar 1933 – Das falsche Ehrenwort – «Es muss etwas geschehen!» – Der Sommer- feld-Plan – Die Einzelheiten des Planes zur Reichstags- brandstiftung – Helldorf bringt van der Lubbe	29
V Die Regisseure des Reichstagsbrandes an der Arbeit	
«Hier herrscht vollkommene Ruhe!» – Notverordnung zur Aufrichtung der Parteiherrschaft – Göring belügt das Kabinett – Die deutschnationalen Minister glaubten Göing – Auch Hindenburg liess sich betrügen – Hinden- burg erfuhr nie die Wahrheit! – Ein peinlicher Regie- fehler	39
VI Hitlers Verhalten vor dem brennenden Reichstag Dr. Sack versucht eine Rechtfertigung – Hitlers Hem- mungen – Hitlers Verhalten 16 Monate später	50
VII Eine Fälschung, von der die Welt noch nichts weiss	
Von der Politischen Polizei genehmigt – «Das Flugblatt in der Hosentasche van der Lübbes» (Faksimile Seite 61) – Einige Fragen an Mitschuldige	58
	211

	Seite
VIII	Aus der Werkstatt der Dokumentenfälscher . 64 Die Reichswehr hegt Misstrauen – Beauftragte der Reichswehr kontrollieren Göring – Wenn alles wahr gewesen wäre ... – Massnahmen, die unterlassen wurden – Keiner wurde auf frischer Tat ertappt – Phantasie und Wirklichkeit
IX	Göbbels übergibt der Öffentlichkeit neue Fälschungen 73 Göbbels und Dr. Ehrt vom Evangelischen Presseverband – Im amtlichen Auftrage ... – Torglers Rolle – Was Herr Göbbels schreiben liess – Einige peinliche Fragen – «Die KPD griff zu den Waffen ...» – Bürgerkriegsdilettanten fälschen Dokumente – Lügen haben kurze Beine – Dr. Ehrt überführt Göring der Unwahrheit – Steine und Knüppel als moderne Waffen
X	Vorgeschichte zum 30. Juni 1934 86 «Es droht die Revolution in Permanenz!» – Mit Zustimmung der Reichswehr – «Wir werden über sie hinwegschreiten!» – Der überhitzte Kessel – Der Ausweg
XI	Fragen an Hitler!..... 95 Wir hörten Hitlers Rede im Gestapo-Keller – Gegenprozess zum 30. Juni – Führer-Qualitäten – Göbbels und Göring als «Anarchisten» – Unhaltbare Behauptungen Hitlers – Anstatt roter – brauner Terror! – «Greuelhetze der jüdischen Weltpresse» – SA-Kaserne Hedemannstrasse – Dankbarkeit ist eine Tugend ... – Der Fall Heines – Warum Graf Helldorf verschont wurde! – Wo blieb die Generalsäuberung der Partei? – Sittlichkeitsverbrecher als Polizeipräsident – Das Volk drohte zur Selbsthilfe zu greifen – Göring gesteht den SA-Terror ein – Warum schlug Göring nicht zu? – Masslose Verhöhnung des leidenden Volkes – Wer war der Hauptschuldige? – Alles Phantasie und Lüge – Unlösbare Widersprüche – «SA-Putsch» – ohne SA! – Das Massenmorden vom 30. Juni – «ein Spass»!
XII	Geld und Blut 600 Mark Monatsrente für die Hinterbliebenen! – Die Denkschrift gegen Heines
XIII	Eine peinliche Gegenüberstellung 130 Die Furcht vor einem neuen 30. Juni
	134

XIV	Methoden der Gestapo.....	143
	Eine Kulturschande – Triumph der Rechtlosigkeit – Arge Missstimmung in der SS	
XV	Bunte Gesellschaft im Gestapo-Keller	147
	Der Dank vom Hause Hitler – Herr Dr. Sack im Columbia-Haus – Chef der Fememord-Abteilung: Schiffer! Der Mörder des Hellsehers Hanussen – Hanussen hatte van der Lubbe hypnotisiert! – Hanussens Ermordung «unumgänglich» – Aus Göbbels' Zauber-Theater – Zur Verfügung Leys – «Für wen sitztest du?» – Wie Adolf Hitler seine alten Mitkämpfer behandeln liess – Düstenberg im Columbia-Haus – Bericht eines «Ehrenhäftlings» im «Braunen Haus»	
XVI	Diels, der Schöpfer der Gestapo.....	162
	Von Severing zu Hitler! – Die erfolgreiche Methode – Diels, die rechte Hand Görings – Herrn Diels' erste grosse Aufgabe – Fachmännische Fälscherarbeit – Angst vor dem Auslande – Wie Diels Regierungspräsident wurde	
XVII	Die Gestapo täuscht Ausländer!	172
	Miss Bothamley studiert die Wahrheit – Über Oranienburg begeistert ... – Eine peinliche Situation	
XVIII	Reichswehr und NSDAP	177
	Hindenburg bindet Hitler durch Ehrenwort – Röhm wird ungeduldig – Schlägereien zwischen Reichswehr und SA! – Die SA und ihre Führer keine Soldaten – Hetze gegen General Schleicher – Das Offizierskorps gegen Blomberg! – Geheime Zusammenkünfte von Reichswehroffizieren – Sieben peinliche Fragen – Die Verschwörung – Die Anklageschrift der Reichswehr zum 30. Juni – «Gefangene sind nicht zu machen!» – Hitler versucht zu besänftigen – Göbbels' Misserfolg bei der Reichswehr – Warum die Reichswehr die Bartholomäusnacht nicht verhinderte – Der kommende grosse Schlag – Die Reichswehr baut vor ... – Die Drohverordnung vom 1. Februar 1936	
XIX	Der Heldentod der 12,000 jüdischen Frontsoldaten	200
	In ehrfurchtsvoller Erinnerung! – Die Nürnberger Gesetze – eine Schande! – Julius Streicher vertritt nicht das deutsche Volk – Leichenschändung!	

	Seite
XX Was soll werden?.....	206
Die Reichswehr hat die Schlüsselstellung – SA und SS gegen Reichswehr? – Es kommt der Tag! ...	
Inhaltsverzeichnis	211